

Christian Schramm | Ludger Pries

Komplexe Migration – Differenzierte Integration

Lokale Dynamiken zwischen Rumänien/Bulgarien
und dem Ruhrgebiet



Nomos

Migration & Integration

herausgegeben von

Prof. Dr. Anna Mratschkowski,
FOM Hochschule, Essen

Band 15

Christian Schramm | Ludger Pries

Komplexe Migration – Differenzierte Integration

Lokale Dynamiken zwischen Rumänien/Bulgarien
und dem Ruhrgebiet

Unter Mitarbeit von Andreea Melania Nagy



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2024

© Christian Schramm | Ludger Pries

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1586-3

ISBN (ePDF): 978-3-7489-4569-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748945697>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Diese Publikation entstand im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Projektes „Zuwanderung aus Südosteuropa – Teilhabe und Zusammenhalt auf kommunaler Ebene ermöglichen“ (Zusudo). Das Projekt wurde von Prof. Dr. Ludger Pries geleitet und von Dr. Christian Schramm koordiniert und durchgeführt. Außerdem in diesem Projekt tätig waren Andreea Nagy als wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Rumyana Shopova und Leif Merlin Tietz als wissenschaftliche Hilfskräfte. Andreea Nagy führte den Großteil der Survey-Befragungen und die qualitativen Interviews mit rumänischen Migrierenden sowie die Experteninterviews in Rumänien durch. Sie war zudem maßgeblich verantwortlich für die Aufarbeitung dieser Interviews sowie für die Organisation der im Laufe des Projekts durchgeführten Veranstaltungen. Besonders hervorzuheben ist hierbei eine internationale Tagung in Timisoara im Mai 2023. Den Großteil der Survey-Befragungen von bulgarischen Migrierenden übernahm Rumyana Shopova. Sie hat zudem die Datenerhebung in Bulgarien sowie die Koordinierung der gemeinsamen Arbeit mit den beiden bulgarischen Wissenschaftlern Dr. Alexey Pamporov und Dr. Nikola Venkov (beide Bulgarian Academy of Science) unterstützt.

Wir danken allen Befragten und Interviewten für ihre Zeit und das Interesse, das sie unserer Studie schenkten. Ein Dank geht zudem an die Mitglieder des Beirats und alle weiteren Personen, die ihre Expertise auf verschiedenen Veranstaltungen mit uns geteilt haben, allen voran Dr. Remus Gabriel Anghel (Nationale Universität für Politische Studien und Öffentliche Verwaltung, Bukarest).

Die in dieser Publikation verwendeten Zitate, die ursprünglich in anderen Sprachen veröffentlicht wurden, haben wir ins Deutsche übersetzt. Wir bemühen uns um eine geschlechtergerechte Schreibweise. Wo nicht anders möglich, wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit jeweils nur die männliche oder die weibliche Form verwendet. Alle Weblinks wurden im Juni 2024 überprüft.

Bochum, im Juni 2024

Ludger Pries und Christian Schramm

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
1. Migration und Integration zwischen Rumänien/Bulgarien und dem Ruhrgebiet	17
1.1 Für eine erweiterte Perspektive auf Migration als komplexen Prozess	20
1.2 Stand der Forschung, Konzeption der Studie und leitende Fragestellungen	28
1.3 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage	35
1.4 Regionale und soziokulturelle Diversität der Befragten	40
2. Diversität der Migrierenden und komplexe Mobilitätsmuster – vier Idealtypen	49
2.1 Ausgewählte Merkmale rumänischer und bulgarischer Migrierender	50
2.2 (Vor-)Urteile und Survey-Empirie zu bulgarischen und rumänischen Migrierenden	58
2.3 Mobilitätsmuster und Migrationstypen	79
3. Sechs Städte – sechs Migrationsstrukturen und Integrationspolitiken	115
3.1 Dortmund	117
3.2 Duisburg	127
3.3 Essen	137
3.4 Hagen	146
3.5 Oer-Erkenschwick	152
3.6 Gladbeck	159

4. Einordnung der Migrationsdynamiken und Integrationsstrukturen	167
4.1 EU2- und Gesamtmigration der sechs Städte im Vergleich	168
4.2 Wahrnehmungsmuster Migration und Integration in den Städten	176
4.3 Netzwerke und Selbstorganisationen rumänischer und bulgarischer Migrierender	201
4.3.1 Überblick Netzwerke und Organisationen	203
4.3.2 Die Vielfalt von Roma-Organisationen und externe Erwartungen	206
4.3.3 Gegenseitige Erwartungen, Handlungszwänge und Widersprüche	212
4.4 Perspektive von Akteuren der Herkunftskommunen	216
5. Für ein differenziertes Denken und Handeln bei Migration und Integration	225
5.1 Differenzieren	228
5.2 Informieren	231
5.3 Anerkennen	233
5.4 Kooperieren	236
Literatur	239

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1:	Wanderungen zwischen Deutschland und Rumänien, 2005-2022	22
Abbildung 1.2:	Wanderungen zwischen Deutschland und Bulgarien, 2005-2022	23
Abbildung 1.3	Entwicklung rumänischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten	26
Abbildung 1.4:	Entwicklung bulgarischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten	27
Abbildung 1.5:	Anlage, Fragestellungen und Gegenstände der Studie	34
Abbildung 1.6:	Altersstruktur der Befragten	39
Abbildung 1.7:	Höchster Bildungsabschluss der Befragten	40
Abbildung 1.8:	Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Rumänien	41
Abbildung 1.9:	Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Bulgarien	42
Abbildung 1.10:	Sprachgruppen der Befragten	43
Abbildung 1.11:	Selbstzuschreibung der Befragten zu Religionsgemeinschaften	44
Abbildung 1.12:	Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland	46
Abbildung 1.13:	Beschäftigungsgruppen der Befragten	47
Abbildung 2.1:	Beschäftigung vor der 1. Ausreise	51

Abbildung 2.2: Aussagen zum Einkommen vor der 1. internationalen Migration	52
Abbildung 2.3: Hauptanlass für die 1. internationale Migration	52
Abbildung 2.4: Unterstützungsbedarfe	55
Abbildung 2.5: Wahrnehmung von Diskriminierung in Lebensbereichen	56
Abbildung 2.6: Häufigkeit von Geld-/Gütersendungen an Familie/ Freunde	57
Abbildung 2.7: Häufigkeit des Besuchs nahestehender Personen in anderen Ländern	58
Abbildung 2.8: Sprachgruppe und Hauptanlass der 1. Reise ins Ausland	59
Abbildung 2.9: Sprachgruppe und Anzahl der Migrationen (Wohnorte)	60
Abbildung 2.10: Höchster Bildungsabschluss und Anzahl der Migrationen	61
Abbildung 2.11: Sprachgruppen und höchster Bildungsabschluss	63
Abbildung 2.12: Religion und Sprachgruppe	64
Abbildung 2.13: Religion und höchster Bildungsabschluss	65
Abbildung 2.14: Religion und Anzahl der Kinder	65
Abbildung 2.15: Sprachgruppe und Anzahl der Kinder	66
Abbildung 2.16: Dauer aktueller Aufenthalt und Anzahl Beschäftigungsverhältnisse	67
Abbildung 2.17: Sprachgruppe und aktueller Beschäftigungsstatus	68
Abbildung 2.18: Religionszugehörigkeit und aktueller Beschäftigungsstatus Frauen	69

Abbildung 2.19: Elternschaft und aktueller Beschäftigungsstatus	70
Abbildung 2.20: Aktueller Beschäftigungsbereich und Geschlecht	71
Abbildung 2.21: Höchster Bildungsabschluss und aktueller Beschäftigungsstatus	71
Abbildung 2.22: Sprachgruppe – Aussagen zum aktuellen Einkommen	72
Abbildung 2.23: Höchster Bildungsabschluss und Qualifikationsanerkennung	73
Abbildung 2.24: Sprachgruppen und Unterstützungsbedarfe	74
Abbildung 2.25: Sprachgruppen und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Schulkindern	75
Abbildung 2.26: Höchster Bildungsabschluss und wahrscheinlicher Umzug in 1-5 Jahren	77
Abbildung 2.27: Erste Migration aus Rumänien und Bulgarien	87
Abbildung 2.28: Häufigkeit der Ankunftsländer, 1. bis 7. Migration	88
Abbildung 2.29: Häufigkeit der Motive für Migration, 1. bis 7. Migration	90
Abbildung 2.30: Aufenthaltsdauer und Anzahl Migrationen, erste 3 Aufenthalte	90
Abbildung 2.31: Anzahl der Beschäftigungen und Aufenthaltsdauer der 1. bis 4. Migration	91
Abbildung 2.32: Häufigkeitsverteilung der Migrationstypen	101
Abbildung 2.33: Migrationswege von Viktoria	104
Abbildung 2.34: Migrationswege von Kaya	105
Abbildung 2.35: Migrationswege von Constantin	107

Abbildung 2.36: Migrationswege von Alex	110
Abbildung 2.37: Migrationswege von Mihael	111
Abbildung 2.38: Migrationswege von Cristina	113
Abbildung 3.1: Akteurskonstellation und Austauschformate in Dortmund	125
Abbildung 3.2: Akteurskonstellation und Austauschformate Duisburg	134
Abbildung 3.3: Akteurskonstellation und Austauschformate Essen	143
Abbildung 3.4: Akteurskonstellation und Austauschformate Hagen	150
Abbildung 3.5: Akteurskonstellation und Austauschformate Oer- Erkschwick	157
Abbildung 3.6: Akteurskonstellation und Austauschformate Gladbeck	163
Abbildung 4.1: Zu- und Abwanderungsdynamik EU2 und Rest der EU (4 Städte + Kreis RE, 2006-2022)	170
Abbildung 4.2: Aufenthaltsdauer von EU-Bürgern ohne EU2 (4 Städte + Kreis RE, 2012-2022)	171
Abbildung 4.3: Aufenthaltsdauer von EU2-Bürgern (4 Städte + Kreis RE, 2012-2022)	172
Abbildung 4.4: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo (6 Städte, 2012-2022)	175
Abbildung 5.1: Migrationstypen und Lebensbereiche mit Unterstützungsbedarf	230

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1:	Beschäftigungsstatus vor der 1. Ausreise und aktueller Beschäftigungsstatus	53
Tabelle 2.2:	Anzahl gesprochener Sprachen	54
Tabelle 2.3:	Multiple Regression zur Anzahl der Migrationen	62
Tabelle 2.4:	Vier Idealtypen von Migration	83
Tabelle 2.5:	Anzahl der Migrationen aller Befragten	86
Tabelle 2.6:	Clusteranalyse Migrationstypen	93
Tabelle 5.1:	Kommunale Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration	229

Abkürzungsverzeichnis

ABH	Ausländerbehörde
AfD	Alternative für Deutschland
AWO	Arbeiterwohlfahrt
AZR	Ausländerzentralregister
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EG DU	Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
EHAP	Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EU2	Rumänien und Bulgarien
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
FB	Fachbereich
GfB	Gesellschaft für Beschäftigungsförderung
HTA	hometown association
ISSAB	Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung
KI	Kommunales Integrationszentrum
KIM	Kommunales Integrationsmanagement
KOD	Kommunaler Ordnungsdienst
KOSMATI	Kommunale Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
MHKBD	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung
MIgrADO	Dienstleistungszentrum Migration & Integration Dortmund
MifriN	Migrantinnen und Migranten in friedlicher Nachbarschaft
MKFFI	Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Abkürzungsverzeichnis

MKJFGFI	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration
MSO	Migrantenselbstorganisation
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
RAA	Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
SOE	Südosteuropa
SOE-MKJFGFI	Programm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus Südosteuropa des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration
VKJ	Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet

1. Migration und Integration zwischen Rumänien/Bulgarien und dem Ruhrgebiet

Deutschland ist seit jeher ein Einwanderungs- und Migrationsland. Schon im 19. Jahrhundert und bis zum Ersten Weltkrieg kam es im Zusammenhang von ländlicher Armut und Industrialisierung zu massiven Migrationsbewegungen. Aus den seit der Reichsgründung 1871 zu Deutschland zählenden Gebieten wanderten über fünf Millionen Menschen vor allem in die USA aus. Umgekehrt wanderten millionenfach Menschen in das Gebiet des späteren Deutschen Reiches ein, vor allem in die sich industrialisierenden Ballungsräume wie das Ruhrgebiet.¹ Wie stark Wanderungsdynamiken das Leben bis heute bestimmen, zeigt sich an der Arbeits- und der Fluchtmigration. Jährlich verlassen etwa eine Million Menschen das Land, und gerade infolge der syrischen Flüchtlingsbewegung 2015 und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wanderten noch wesentlich mehr Menschen nach Deutschland ein. Allein zwischen 2015 und 2019 überstieg die Zahl der Menschen, die nach Deutschland einwanderten, den Anteil der Personen, die das Land verließen, um mehr als 2,7 Millionen. Diese Einwanderung ist dringend nötig, denn „[o]hne Nettozuwanderung würde sich die Bevölkerung im Erwerbsalter bereits bis 2035 um rund 9 Millionen Menschen verringern.“²

Die herausragende Rolle von Migration lässt sich am Beispiel des Ruhrgebiets verdeutlichen. Hier wuchs die Bevölkerung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr schnell an – und zwar um mehr als das Zehnfache von etwa 220.000 Menschen um 1816 auf zirka 2,6 Millionen im Jahr 1905 und etwa 3,8 Millionen im Jahr 1925. Im Jahr 1961 erreichte das Ruhrgebiet mit 5,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern einen Höchststand. Trotz aller Struktureinbrüche bei den früher prägenden Branchen Kohle und Stahl leben noch immer über 5 Millionen Menschen im Ruhrgebiet. Mehr als drei Viertel der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitet in

1 Vgl. Sternberg 2018.

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/06/PD19_242_12411.html; vgl. auch https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/_inhalt.html.

den 2020er Jahren im Dienstleistungssektor.³ Dabei ist auch das Ruhrgebiet – ähnlich wie ganz Deutschland – schon immer durch sehr komplexe Wanderungsdynamiken gekennzeichnet. Bereits im 19. Jahrhundert gab es komplexe Mobilitätsdynamiken von Einwanderung, Rückkehrwanderung, Pendelwanderung bis hin zu transnationaler Expertenwanderung. Letztere entstand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als Ingenieure und Unternehmer zwischen den Hochburgen der aufkommenden Industrialisierung hin- und herreisten, und manchmal auch (vorübergehend oder dauerhaft) ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegten, um Wissen zu erwerben und Märkte zu erschließen (Pries 2013).

Seit zweihundert Jahren ist das Ruhrgebiet eine der am dichtesten besiedelten Regionen in Deutschland und Europa. Die Migrationsdynamik hat hier mit der EU-Osterweiterung noch einen wesentlichen Schub erhalten.⁴ Das gilt für Polen und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens ebenso wie für die zuletzt beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien. Gerade im Zusammenhang mit der 2014 in Kraft getretenen vollen EU-Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien – oft als EU2-Zuwanderung bezeichnet – kamen Schlagworte wie ‚Armutsmigration‘, ‚Einwanderung in Sozialsysteme‘ und ‚Problemhäuser‘ auf. Im Gegensatz dazu wurden während der Covid-19-Pandemie Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen wie beispielsweise die ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnisse in der Schlachtindustrie für bulgarische und rumänische Arbeitsmigrierende thematisiert. Die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion der Migration aus Rumänien und Bulgarien bewegen sich also zwischen zwei Extremen. Auf der einen Seite wird die Zuwanderung vorwiegend als Problem fehlender Integrationswilligkeit, des Sozialmissbrauchs oder mangelnder Qualifikationen wahrgenommen. Am anderen Pol werden die Notwendigkeit von (Fachkräfte-)Zuwanderung betont und die Herausforderungen von prekären Arbeits- und Wohnbedingungen rumänischer und bulgarischer Beschäftigter etwa in der Fleischindustrie thematisiert.

In diesem Spannungsfeld sind die hiermit vorgelegten Studienergebnisse verortet. Mit Hilfe von umfangreichen eigenen Erhebungen in ausgewählten Kommunen des Ruhrgebiets sowie in den Herkunftsländern Bulgarien und Rumänien und durch die Auswertung bereits vorhandener Daten und

3 Vgl. <https://www.rvr.ruhr/daten-digitales/regionalstatistik/>; <https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrgebiet>.

4 Vgl. Statistikportal des Regionalverbands Ruhr zur demografischen Entwicklung im Ruhrgebiet insgesamt <https://statistikportal.ruhr/#Demografie>.

Studien sollen die tatsächlichen Migrationsdynamiken zwischen diesen Regionen erfasst werden. Mit welchen Zielen kommen die Menschen aus den EU2-Ländern ins Ruhrgebiet? Wann und warum wandern sie wieder zurück oder in andere Regionen? Welche Migrationserfahrungen haben sie gegebenenfalls vor ihrer Ankunft im Ruhrgebiet gemacht? Aus welchen Gründen entscheiden sich einige Migrierende zu einem dauerhaften Verbleib in Deutschland? Wie ändern sich die Migrationsabsichten im Laufe des Lebens und durch welche Faktoren werden sie beeinflusst?

Um solche Fragen beantworten zu können und ein ganzheitliches Bild der Migrationswirklichkeit zwischen Rumänien, Bulgarien und dem Ruhrgebiet zu gewinnen, nimmt diese Studie drei Aspekte in den Fokus. Zunächst betrachtet sie die tatsächlichen Migrationsverläufe und -absichten der Menschen selbst. Hierzu wurden umfangreiche Befragungen von insgesamt 600 Migrierenden durchgeführt. Zweitens wurden über 60 Interviews mit Beauftragten für Migration und Integration von Kommunen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege (im Folgenden oft nur als Träger bezeichnet) und Nichtregierungsorganisationen in sechs Ankunftscommunen des Ruhrgebiets durchgeführt. Dabei ging es vor allem darum, die Wahrnehmungen und Sichtweisen dieser Expertinnen und Experten kennenzulernen. Sind diese vielleicht einseitig auf Einwanderung getrimmt und interpretieren die zirkuläre oder Rückkehrwanderung von Menschen als Fehlleistung? Schließlich wurden auch die Erfahrungen und Perspektiven von kommunalen Vertretungen aus Herkunftskommunen in Rumänien erhoben.

Die empirischen Befunde zeigen recht deutlich, dass man unterschiedliche Migrationstypen unterscheiden sollte. Es gibt Menschen, die aufgrund ihrer tatsächlichen Wanderungsverläufe und der geäußerten Zukunftspläne als *Zuwanderer bzw. Immigranten* bezeichnet werden können. Einen zweiten Typus bilden diejenigen, die nach einigen Jahren in ihr Herkunftsland *zurückwandern* wollen und dort auch ihren eindeutigen Bezugspunkt haben. Drittens gibt es auch solche Migrierende, die ihren Lebensmittelpunkt als *zirkulär Wandernde* zwar weiterhin im Herkunftsland haben und trotzdem recht regelmäßig für begrenzte Zeiträume, etwa zu Erntearbeiten oder projektbezogenen Arbeiten, ins Ruhrgebiet kommen. Schließlich findet sich auch ein Typus von *transnational Migrierenden*, die weder eine eindeutige Selbstverortung noch klare Zukunftspläne im Hinblick auf Migration besitzen, da sich ihre Familienmitglieder und Lebensbezugspunkte über mehrere Länder verteilen.

Diese vier Gruppen von Einwandernden, Rückkehrwandernden, zirkulär Wandernden und transnational Wandernden entsprechen *idealtypischen Unterscheidungen*. In der Realität ist die Zuordnung von Menschen zu diesen Kategorien weder für diese selbst noch für kommunale Migrations- und Integrationsbeauftragte eindeutig. Selbst wenn Migrierende mit der klaren Absicht nach Deutschland kommen, nach einigen Jahren wieder an ihren Herkunftsort zurückzukehren, ist es möglich, dass sie sich während ihres Aufenthaltes im Ruhrgebiet umorientieren. Sie schwanken dann zwischen Rückkehrwanderung und Einwanderung. Aber auch wenn die Zuordnung Migrierender zu einem dieser vier Idealtypen schwierig ist, ist sie aus verschiedenen Gründen wichtig. Erstens kann sie (die Zuordnung) insbesondere in der Ankommens- und Integrationsarbeit dabei helfen, die divergenten Lebenslagen und Zukunftspläne von Migrierenden zu verstehen und ihren Erwartungen und Bedürfnissen dadurch gerechter zu werden. Zweitens ist dies gerade für kommunale Ankommens- und Integrationsarbeit wichtig, weil Migrierende unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse haben. Schließlich hilft die Differenzierung dieser Migrationstypen dabei, eine der sozialen Wirklichkeit angemessenere Migrations- und Integrationspolitik zu gestalten. Hierbei zeigte sich insgesamt, dass sich die Wirklichkeitsdeutungen und Agenden aller drei Gruppen stark unterscheiden. Diese Studie kann hoffentlich zu einem besseren Verstehen und Erklären der komplexen Migrationsdynamik beitragen. Dazu wird im Folgenden zunächst der bisherige Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung und das eigene konzeptionelle sowie methodische Vorgehen erläutert.

1.1 Für eine erweiterte Perspektive auf Migration als komplexen Prozess

Lange Zeit herrschten in gesellschaftlichen Diskussionen wie auch in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zwei Annahmen vor. Erstens ging man davon aus, dass internationale Migration ein mehr oder weniger klar gegliederter, berechenbarer und meistens einmaliger Vorgang ist, bei dem Menschen ihre Koffer packen und in ein anderes Land auswandern würden, um sich dort ein neues Leben aufzubauen. Eine zweite Unterstellung war, dass sich Migrationsdynamiken durch staatliche Kontrollen und Anreizstrukturen weitgehend steuern ließen. So sollte etwa durch die sogenannte ‘Gastarbeiter’-Politik erreicht werden, dass die Menschen, die wegen akuter Arbeitsmarktprobleme rekrutiert worden waren, nach Ablauf ihrer

formalen Aufenthaltsgenehmigungen (von zwei oder drei Jahren) wieder in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Die tatsächlichen Entwicklungen und auch die historische Forschung haben beide Annahmen als der Wirklichkeit nicht angemessen ausgewiesen.⁵

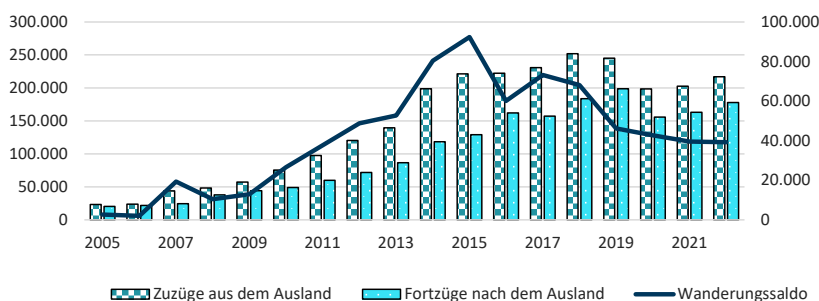
Internationale Migration ist ein offener Prozess. Ziele und Pläne ändern sich in der Regel im Laufe der Zeit, nicht zuletzt, weil die Migrierenden völlig neue Erfahrungen machen. Eine geplante dauerhafte Auswanderung kann sich in eine Rückkehrwanderung verändern – das war beispielsweise bei etwa einem Viertel bis einem Drittel der großen Überseeauswanderungen aus Europa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg der Fall. Sozialkontakte, Kommunikationsaustausch, sozialkulturelle Identitäten und Lebenspläne können sogar über mehrere Generationen hinweg im wahrsten Sinne des Wortes grenzüberschreitend sein. Diese Dynamik wird stark durch wechselseitige Selbst- und Fremdwahrnehmungen und -bezeichnungen zwischen Migrierenden, bereits früher Migrierten und über Generationen Sesshaften beeinflusst. Solche Faktoren prägen das Ankommen an einem neuen Platz, die Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben und die mögliche längerfristige Integration (Pries 2020, 2024). Gerade deshalb ist – wie wir ausführlicher in Abschnitt 2.3 begründen und zeigen werden – die Unterscheidung verschiedener Idealtypen internationaler Migration wie Auswanderung, Rückkehrwanderung, zirkuläre Wanderung und transnationale Wanderung hilfreich. Dies gilt insbesondere für die Europäische Union (EU), in der die volle Freizügigkeit bezüglich Arbeit und Wohnen für 27 Länder gilt, die sich hinsichtlich ihrer Geschichten, Kulturen, Sprachen und Wirtschaftsbedingungen teilweise sehr stark unterscheiden.

Das zeigt sich auch im Hinblick auf das Ruhrgebiet und die EU2-Länder Bulgarien und Rumänien. Beide Länder traten 2007 der EU bei, und seit 2014 besteht volle Personenfreizügigkeit mit Deutschland. Bis dahin war der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hauptsächlich auf höher Qualifizierte eingeschränkt. Allerdings begann die Migration zu Beschäftigungszwecken nach Deutschland – auch von formal noch nicht Anspruchsberechtigten – bereits früher. Diese wurde und wird vor allem über soziale Netzwerke etwa als Saisonarbeit, mittels Soloselbstständigkeit und über Entsendeagenturen organisiert. Die Pflege- und Baubranche sowie die Fleischindustrie hatten großes Interesse an EU2-Beschäftigten, die oft in

5 Vgl. zur Geschichte der Migration etwa Bade 2000 und Bade/Oltmer 2004.

prekären, nicht sozialversicherungspflichtigen oder über Subunternehmen arrangierten Arbeitsverhältnissen angestellt waren und häufig zwischen Ankunfts- und Herkunftsregionen migrierten.⁶ Die Abbildungen 1.1 und 1.2 verdeutlichen, dass der Wanderungssaldo (rechte Skala), also das Mehr an Auswanderung nach Deutschland im Vergleich zur Rückwanderung in die EU2-Länder, nach der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2014 signifikant anstieg und sich ab 2016 tendenziell wieder verringerte. Gleichwohl bleibt das Niveau der Zu- und Fortzüge (linke Skala) bis in die Gegenwart zwischen 150.000 und 250.000 sehr hoch – schon dies deutet auf sehr komplexe Wanderungsmuster hin.

Abbildung 1.1: Wanderungen zwischen Deutschland und Rumänien, 2005-2022



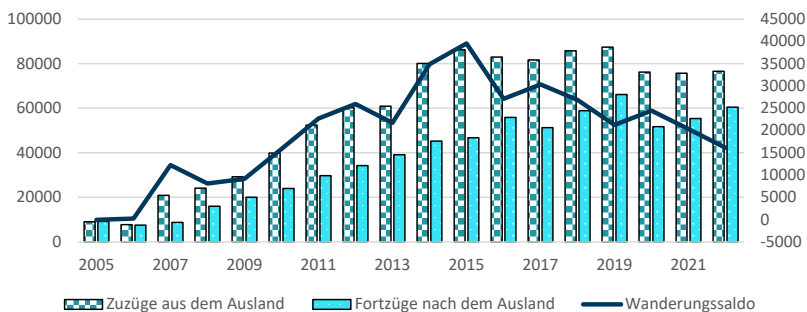
Quelle: DeStatis 2023

Die Anzahl rumänischer Migrierender ist im Vergleich zu bulgarischen wesentlich höher, was sich größtenteils aus der fast dreimal so großen Gesamtbevölkerung Rumäniens erklärt. Im Jahr 2023 machen Menschen aus Rumänien etwa 6,5 Prozent und solche aus Bulgarien 3,1 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus (DeStatis 2024). Eine wesentliche Triebkraft für die Migration zwischen Deutschland und EU2 ist der ausgeprägte Niveauunterschied im Hinblick auf gesellschaftliche Wohlfahrt, Arbeitsmarkt- sowie generelle Lebenschancen. So betrug das durchschnittliche kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2022 in Bulgarien etwa 31.900 US-Dollar, in Rumänien ca. 38.700

6 Vgl. Wagner/Hassel 2015.

US-Dollar, während es sich in Deutschland auf etwa 68.100 belief.⁷ Das Durchschnittseinkommen lag 2023 in Deutschland bei knapp 31.000 Euro, in Rumänien bei etwa 10.000 Euro und in Bulgarien bei 9.300 Euro. Die nach den EU-Kriterien erhobene saisonbereinigte Arbeitslosenrate lag 2023 für Deutschland bei 3,1 Prozent, für Bulgarien bei 4,4 und für Rumänien bei 5,6 Prozent.⁸ Schon diese wenigen Strukturdaten lassen erkennen, warum Menschen eine Arbeitsmigration aus EU2 nach Deutschland erwägen können.

Abbildung 1.2: Wanderungen zwischen Deutschland und Bulgarien, 2005-2022



Quelle: DeStatis 2023

Ein wichtiger Grund, warum Deutschland die volle Personenfreizügigkeit – im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten – für Bulgarien und Rumänien vom Beitrittsjahr 2007 aus über die maximale Übergangszeit bis 2014 hinauszögerte, war die Befürchtung, dass es zu einer umfangreichen ‚Armutszuwanderung‘, zu massivem ‚Sozialbetrug‘ bzw. ‚Sozialtourismus‘ (etwa durch unberechtigte Kindergeldbezüge) kommen könne. Den vorliegenden Studien nach hat sich diese Befürchtung trotz einzelner Fälle von Sozialmissbrauch nicht bestätigt. Auch handelte es sich keineswegs nur um die Einwanderung ärmerer und weniger Qualifizierter, sondern um eine gemischtqualifizierte Zuwanderung aus diesen Ländern.⁹ Im

7 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf.

8 Vgl. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_di17/default/table?lang=de; <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/3-01032024-bp>.

9 Zu den Befürchtungen vgl. etwa Brücker et al. 2013; Jobelius/Stoiciu 2014; Bade 2014.

Bundesdurchschnitt lag die Beschäftigungsquote der aus EU2-Regionen Eingewanderten im Dezember 2023 mit 65,2 über dem Durchschnitt und die Arbeitslosenquote mit 9,9 Prozent unterhalb des Durchschnitts der ausländischen Bevölkerung. Die SGB-II-Hilfequote war zwar mit 14,1 Prozent immer noch höher als für den Durchschnitt aller EU-Staatsangehörigen, sie liegt mit 6,7 Prozent aber mittlerweile unter dem bundesweiten Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Im Zeitverlauf zeigt dabei die Gruppe der aus Bulgarien Eingewanderten höhere Arbeitslosen- und SGB-II-Hilfequoten als die der rumänischen Migrierenden (Brücker et al. 2024). Auch in NRW hat sich die Beschäftigtenquote unter den aus EU2 stammenden Menschen im letzten Jahrzehnt stark erhöht, sie lag 2018 weit über dem Durchschnitt der in NRW lebenden ausländischen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren (Sieglén 2020).¹⁰

Die Daten für das Ruhrgebiet zeichnen ein teils anderes Bild. Für das Jahr 2022 reichten die Beschäftigtenquoten der aus Bulgarien und Rumänien Zugewanderten von überdurchschnittlichen 66 Prozent im Kreis Recklinghausen bis zu stark unterdurchschnittlichen 31 Prozent in Hagen. Auch die Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten fielen für 2022 höher aus als im Bundesdurchschnitt.¹¹ Im Ruhrgebiet trifft die Migration zudem auf schrumpfende Städte mit hohem Wohnungsleerstand, auf für einen Bevölkerungsanstieg nicht genügend ausgerichtete Regelstrukturen wie Schulen und Kitas und verschuldete kommunale Haushalte, aus denen sich wenig mehr als die Integrations-Pflichtaufgaben finanzieren lassen.¹² Sichtbar wurden vor allem diejenigen Migrierenden, die sich zunächst in vom Strukturwandel besonders betroffenen Stadtteilen und unter prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen niedergelassen hatten. Nachbarschaftliche Konflikte und teilweise äußerst prekäre Lebenssituationen konzentrierten sich auf einige

10 Vgl. auch Brücker et al. 2015; Brücker et al. 2020; dennoch wurden per Gesetzesänderung zum 29.12.2016 diejenigen Personengruppen für fünf Jahre von Leistungen des SGB II (ALG II) und SGB XII (Sozialhilfe) ausgeschlossen, die nur über ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche verfügten, nicht erwerbstätig waren und keine ausreichenden Existenzmittel hatten (materielles Aufenthaltsrecht) oder nur ein Aufenthaltsrecht als Kinder ehemals Beschäftigter nach Art. 10 VO 492/2011 besaßen (Voigt 2017: 33f.); der Deutsche Städtetag forderte 2018 zudem mit Blick auf rumänische und bulgarische Familien erfolglos die Verringerung der Kindergeldzahlungen für die Fälle, in denen Kinder in den Herkunftsländern lebten, vgl. <http://www.staetdetag.de/presse/statements/086152/index.html>.

11 Vgl. Daten im digitalen Anhang: https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

12 Vgl. Bogumil et al.; 2012.

Sozialräume und überforderten zu Beginn Träger und kommunale Dienste. Es folgten deutschlandweit und international beachtete Medienberichte zu Straßenstrichen und vermüllten „Problemhäusern“.¹³ Um die Herausforderungen bewältigen zu können, richteten die Kommunen Forderungen nach einem stärkeren Engagement an Land, Bund und die Europäische Union.¹⁴

Insgesamt zeigt sich, dass die öffentliche Debatte im Hinblick auf die EU2-Zuwanderung sehr zugespitzt und kontrovers geführt wurde. Letztere wurde in Politik und Gesellschaft vorwiegend als Problem und Herausforderung behandelt, während die Migration rumänischer und bulgarischer Fachkräfte, Ärzte oder Akademikerinnen, die in den Herkunftsländern zum Teil zu erheblichen Lücken in der lokalen Versorgung führte, kaum thematisiert wurde. Diese generellen Diskussionen beeinflussten auch das lokale Integrationsmanagement in den Kommunen. Vor allem die als Roma bezeichneten Migrierenden aus EU2 wurden als Problemgruppe wahrgenommen. Diese besaßen vergleichsweise schlechte Qualifikationen und Arbeitsmarktchancen, bänden ihre Kinder kaum in das allgemeine Schulsystem ein und seien insgesamt nur schwer für Integrationsmaßnahmen zu gewinnen.¹⁵ In der öffentlichen Wahrnehmung entstand das Bild, dass es sich bei den EU2-Zugewanderten vor allem um Angehörige der Roma-Minderheiten handelt. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass höchstens ein Drittel der aus Rumänien und Bulgarien Zugewanderten dieser Gruppe zugeordnet werden können.¹⁶ Dabei bleibt allerdings völlig offen, wie sich

13 Vgl. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsprostituierte-aus-osteuropa-eine-frau-fuer-fuenf-euro-100.html>; <https://publik.verdi.de/ausgabe-2011-05/f%C3%BCr-ein-paar-euro-am-tag/>; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsprostituierte-aus-osteuropa-eine-frau-fuer-fuenf-euro-100.html>.

14 Vgl. Stadt Dortmund; 2012; das Positionspapier des Deutschen Städtetages von 2013: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf; Schmidt 2019.

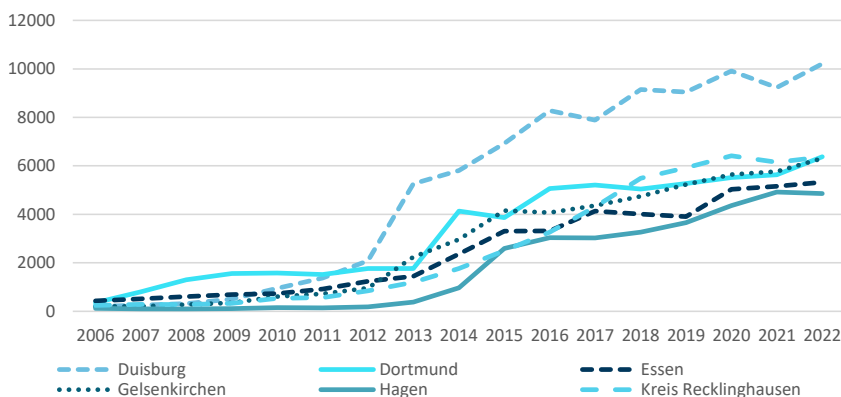
15 Vgl. Matter 2015; Geiges et al. 2017.

16 Vgl. für Dortmund <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/in-diese-stadtbezirke-ziehen-zunehmend-rumaenen-und-bulgaren-aus-einem-ziehen-sie-weg-plus-1444783.html>; https://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-aus-rumaenien-und-bulgarien-von-724.de.html?dram:article_id=436770; für Hagen https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutszuwanderung-aus-osteuropa-hagen-im-ruhrgebiet-statt.1001.de.html?dram:article_id=448303; zum Besuch des NRW-Arbeitsministers in Rumänien vgl. <https://www.wn.de/Welt/Politik/3830015-NRW-Arbeitsminister-besucht-Roma-Siedlung-in-Rumaenien-Zwischen-Ausgrenzung-und-Armut>; zum Anteil von Romanes an den Migrierten vgl. Bainski 2019: 9 und eine etwas ältere Schätzung von Cahn/Guild 2008.

die entsprechenden Menschen selbst sehen und welchen sozialkulturellen Gruppen sie sich zuordnen.

Die Debatten um die EU2-Zuwanderung konzentrierten sich lange Zeit auf das Ruhrgebiet, in dem sich auch ein beachtlicher Teil der EU2-Migration verdichtet. Im Jahr 2022 verzeichneten die Städte Duisburg (25.960), Dortmund (11.385), Gelsenkirchen (10.340), Essen (8.350), der Kreis Recklinghausen (8.300) und Hagen (7.165) die meisten EU2-Eingewanderten im Regionalverband Ruhr. Danach folgten mit einigem Abstand Hamm (4.375) sowie die Kreise Unna (3.785) und Herne (3.350), Bochum (3.685) und die restlichen dem RVR zugehörigen Städte und Kreise (IT.NRW 2024). Die Abbildungen 1.3 und 1.4 zeigen die registrierte Zuwanderung aus Rumänien bzw. Bulgarien für sechs Gebietseinheiten im Ruhrgebiet, in denen die Zuwanderung am stärksten ausgefallen ist.¹⁷ Auffallend für beide Gruppen ist die besonders starke Zuwanderung nach Duisburg. Für die rumänische Einwanderung lässt sich sagen, dass neben Duisburg vor allem der Kreis Recklinghausen zwischen 2014 und 2018 einen ähnlich starken Anstieg verzeichnete.

Abbildung 1.3 Entwicklung rumänischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten

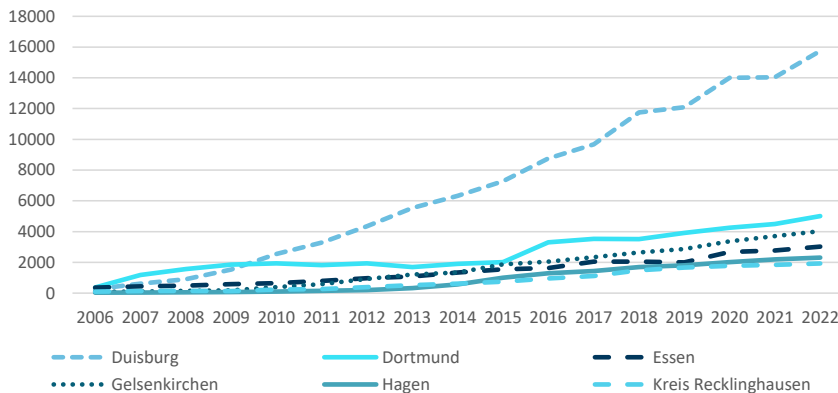


Quelle: IT.NRW 2024 (AZR)

17 Da vergleichbare und aktuelle Daten teilweise nur auf der Ebene der Einzelstädte oder der kreisfreien Städte und Kreise zur Verfügung standen, ist im Folgenden je nach Datenquelle nur von den *Städten* oder (wenn Städte und der Kreis Recklinghausen gemeint sind) von *Gebietseinheiten* die Rede.

In Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Hagen wächst die rumänische Bevölkerung seit 2015 bzw. 2016 dagegen etwas langsamer als in den Jahren 2013 bis 2014 (vgl. Abb. 1.3). Die Anzahl bulgarischer Eingewandelter wuchs bis 2020 in Duisburg extrem stark, dagegen blieb sie nahezu gleichmäßig auf relativ geringem Niveau in den Kommunen Gelsenkirchen, Hagen und im Kreis Recklinghausen. In Essen verringerten sich die bulgarische und die rumänische Bevölkerung um das Jahr 2018 leicht, in den Folgejahren stieg sie jedoch wieder an. Der Zuzug bulgarischer Eingewandelter nach Dortmund intensivierte sich im Jahr 2016 deutlich, blieb dann aber konstant auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie in den drei zuvor genannten Kommunen (vgl. Abb. 1.4).

Abbildung 1.4: Entwicklung bulgarischer Einwohner in 6 Ruhrgebiets-Gebietseinheiten



Quelle: IT.NRW 2024 (AZR)

Schon diese wenigen Daten verweisen darauf, dass es seit den 2010er Jahren gewisse gemeinsame Entwicklungstrends in der EU2-Migration gibt, nämlich ein zunächst langsames und dann ab 2014 recht schnelles Anwachsen des Gesamtvolumens der Migration. Dabei ist zu beachten, dass es neben dem ansteigenden Gesamtsaldo der registrierten Migrierten aus Rumänien und Bulgarien weiterhin auch ein sehr hohes Niveau an jährlichen Ein- und Auswanderungen gibt, auch auf kommunaler Ebene.¹⁸ Gleichzeitig zeigt sich eine starke Konzentration dieser EU2-Migration auf wenige Regionen

18 vgl. Daten im digitalen Anhang: https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

in Deutschland, wobei das Ruhrgebiet ein bedeutsamer Sammelpunkt ist. Ein genauerer Blick auf die kommunale Ebene ergibt aber auch, dass hier noch erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten und Kreisen bestehen. Auch diese Befunde sprechen dafür, die Migrationsdynamik zwischen Deutschland und den EU2-Ländern differenziert zu betrachten und dabei der kommunalen Ebene besondere Beachtung zu schenken. Angesichts der bestehenden Wissenslücken und vereinfachenden (Vor-)Urteile will die hiermit vorgelegte Untersuchung zum einen durch wissenschaftliche Evidenz zu einer Versachlichung der Diskussionen beitragen. Zum anderen möchten wir konzeptionelle und handlungspraktische Vorschläge unterbreiten, die zur Verbesserung des lokalen Managements von komplexen Migrations- und Integrationsdynamiken beitragen können.

1.2 Stand der Forschung, Konzeption der Studie und leitende Fragestellungen

Die bisher skizzierten Entwicklungen der Migration aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland und speziell in Gebietseinheiten des Ruhrgebiets veranschaulichen die enormen Veränderungen in der Wanderungsdynamik der letzten zwanzig Jahre. Im Rahmen dieser Studie kann der längerfristige Wandel der Migration weder für das Ruhrgebiet noch für Deutschland insgesamt behandelt werden. Einige Hinweise auf vorliegende Untersuchungen hierzu müssen genügen, bevor wir dann auf die kommunale Ebene zurückkommen. Einer der wichtigsten Historiker der internationalen Migration fragte in einem neueren Aufsatz (Oltmer 2018a), ob man im Hinblick auf die letzten Jahrzehnte für Deutschland sinnvollerweise von einer „neuen Migration“ sprechen müsse, wobei sich das Neue auf die Migrationsdynamiken selbst und auf die Migrationsregime beziehen könne. Oltmer (ebd.: 28) resümiert, dass sich für „die bundesdeutschen Migrationsverhältnisse der vergangenen Jahrzehnte [...] die Migrationstopographie verschoben“ habe. Die vorher vorherrschende Migration aus südlichen, vor allem Mittelmeeranrainerstaaten habe sich zu einer Migration vor allem aus östlichen Ländern (vor allem der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten) verschoben. Gleichzeitig sei das Niveau der Fluktuation, also der beständigen Zu- und Abwanderungen, im Zusammenhang gerade der EU-Freizügigkeit besonders hoch, und viele neue restriktive Regulierungen erschwerten den Zuzug von Asylsuchenden.

Für den EU-Zusammenhang insgesamt liegen ebenfalls umfangreiche Studien vor (z. B. Scholten/Van Ostajen 2018, Jennissen et al. 2023), auf

die hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Die Notwendigkeit einer *lokalen* Perspektive auf Migrationsprozesse und Migrationsregime ergibt sich keineswegs erst mit den Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Dass Migrationsdynamiken immer auch lokal ausgehandelt und gestaltet werden, zeigen viele Beiträge eines Sammelbandes in einer historisch-sozialwissenschaftlichen Perspektive an ausgewählten Beispielen seit dem 19. Jahrhundert (Oltmer 2018b). Für die gegenwärtige Situation von Migration und Integration in Deutschland wird die Bedeutung des Blicks auf die lokalen Bedingungen durch viele neuere Studien und Publikationen unterstrichen (vgl. etwa Gesemann/Roth 2021).

So betont ein im Auftrag der Diakonie Hamburg erstellter Literaturbericht „[z]ur Situation von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Deutschland“, dass gerade die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit die Länder und besonders die Kommunen und die Systeme der sozialen Wohlfahrtssicherung vor enorme Herausforderungen stelle. Dabei sollten „typische Muster der Inanspruchnahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (Kovacheva/Cyrus 2020: 40) berücksichtigt werden, wie vor allem die Unterscheidung zwischen Unionsbürgerinnen und -bürgern mit und ohne klare Bleibeperspektive. Denn die Anforderungen an die Systeme sozialer Sicherung, die Bedarfe an Ankommen, Teilhabe und Integration unterscheiden sich jeweils für die unterschiedlichen Migrationsgruppen.¹⁹

In einer anderen Studie wurden 23 rumänische Migrierende in Deutschland, vor allem ausgehend von Berlin, sowie 25 Informationsvermittler und Beraterinnen im Hinblick auf das soziale Sicherungssystem (*welfare brokers*) in Deutschland mithilfe von Leitfadeninterviews nach ihrer sozialen Praxis, den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Sicherung befragt (Voivozeanu/Lafleur 2023). Dabei zeigte sich, dass gerade die Migrierendengruppen mit besonders prekären Beschäftigungs- und Wohnverhältnissen die größten Schwierigkeiten haben, überhaupt Informationen zu den Sicherungsleistungen zu erhalten und dann auch ihre Rechte einzufordern.

Fokussiert auf die Stadt Duisburg und hier speziell den Stadtteil Marxloh wurden in einer Fallstudie rumänische und bulgarische Eingewanderte, in Marxloh alteingesessene Menschen deutscher oder anderer Staatsangehörigkeiten (vor allem aus der Türkei und Polen) sowie Expertinnen und Experten aus Politik und Stadtverwaltung befragt (Böckler et al. 2018).

19 Vgl. auch Kovacheva/Cyrus 2022 für die Ergebnisse der empirischen Studie in der Stadt Hamburg.

Dabei zeigte sich nach Aussage der Autorinnen und Autoren, dass die überwiegende Mehrheit der neu Zugewanderten dauerhaft in Deutschland bleiben möchte, Verbesserungsbedarf für sich in fast allen Lebensaspekten (Arbeiten, Wohnen, Sprachlernen, Bildung etc.) sieht und gezielte Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und bei der Arbeitssuche erwartet. Wenn diese Studie zu dem Schluss kommt, dass „Neuzuwanderer aus den EU-2-Ländern dauerhaft in Duisburg bleiben werden“ (ebd.: 7), so wird im weiteren Verlauf der hier vorgelegten Untersuchung zu prüfen sein, ob dies nicht eine zu grobe Reduktion der Komplexität von Migrationsdynamiken und Zukunftserwartungen ist (vgl. Kapitel 2 und 3).

Eine vom NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration beauftragte Untersuchung zur Rolle der Nachbarschaftsbeziehungen für gelingendes Ankommen und die Integration von Migrierenden legten Kurtenbach und Rosenberger (2021) vor. Anhand von vier Teilstudien auf Stadtteilebene in Dortmund, Köln, Metelen und Münster zeigten sie, dass die räumlich-nachbarschaftlichen Beziehungen eine wesentliche Ressource für die Integrationserfahrungen im Alltagsleben sind. Diese Quartiersbeziehungen entwickeln sich aber nicht einfach und automatisch in einem integrationsförderlichen Sinn. Sie benötigen vielmehr eine Unterstützung durch differenzierte und sensibel auf die unterschiedlichen Migrationsgruppen und Stadtteilbedingungen eingehende kommunale Integrationspolitik. Dabei sind auch besonders die Themen Diskriminierung und Rassismus zu adressieren, um Grundlagen für Vertrauensbeziehungen zu legen. In einer anderen Veröffentlichung erweitern Kurtenbach und Gehne (2024) die Perspektive auf eine transnationale Integrationsarbeit: Wenn man die lokale Ebene für das Verstehen von Migrations- und Integrationsdynamiken tatsächlich ernst nimmt, so muss dies für die Herkunfts- und die Ankunftsregion gleichermaßen gelten.

Ebenfalls ausgehend von der Einsicht, dass Migration und Integration vor allem lokal stattfinden und zu gestalten sind, thematisieren Kühn et al. (2024) in einer neueren politikwissenschaftlichen Studie das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Hinblick auf Integrationsaufgaben. Angesichts knapper Ressourcen werden Verantwortlichkeiten nicht selten zwischen diesen Ebenen hin- und hergeschoben. Letztlich müssen aber die Kommunen vor Ort die Aufgaben von Migration und Integration bearbeiten. Die Untersuchung plädiert dafür, dass den Kommunen für die ‘Pflichtaufgabe Integration’ zwar eigentlich dauerhaft die angemessenen finanziellen und personellen Mittel bereitgestellt werden müssten, dass kommunale Integrationsfachleute allerdings realistisch gesehen keine zu

großen Hoffnungen entwickeln sollten. Denn eine krisenfeste, das heißt auch von den wechselnden politischen Mehrheitsverhältnissen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene unabhängig gewährleistete Struktur für Integrationsarbeit ist bisher noch nicht verwirklicht. So besteht weiterhin ein Spannungsverhältnis zwischen den politischen Weichenstellungen auf Länder- und Bundesebene sowie der Eigendynamik von Migrationsprozessen einerseits und den letztlich auf der kommunalen Ebene zu bearbeitenden Aufgaben von Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration andererseits. Selbst wenn den Kommunen von Bund- und/oder Länderseite eine formalrechtlich expliziter formulierte 'Pflichtaufgabe Integration' zugeschrieben würde, wären damit die Ressourcenfragen noch nicht gelöst.

Diese Strukturprobleme werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass die kommunale Integrationsarbeit in Deutschland stark nach Bundesländern ausdifferenziert ist, da diese über eigene Integrationspolitiken, -geschichten und Gesetzesregulierungen verfügen: „Die Länder haben Gestaltungs- und Regelungsspielräume in der Integrationspolitik. Sie nutzen diese, um eigene integrationspolitische Akzente zu setzen. [...] So unterschiedlich die Ressortierung der Integration im Einzelnen erfolgt ist, dies hat nicht zu einer vollständigen Ausdifferenzierung oder Sektoralisierung der Integrationspolitik geführt. Diese bleibt vielmehr ein hybrides politisches Handlungsfeld mit einer starken querschnittsförmigen Komponente. Integration und Integrationspolitik werden entscheidend von Akteuren jenseits der Integrationsministerien gestaltet.“ (Blätte 2017: 54).

Ab 2005 wurden in einigen Bundesländern (NRW, Baden-Württemberg) Ministerien auch explizit mit den Auftrag und häufig Namen der Integration versehen. Ab 2010 wiederum verabschiedeten verschiedene Bundesländer spezifische Integrationsgesetze: Berlin, NRW, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bayern (Schupp/Wohlfarth 2022). Dabei sind „die Unterschiede zwischen den Gesetzen in Berlin, NRW und Baden-Württemberg einerseits und Bayern andererseits gravierend“ (Blätte 2017: 54). So definieren die ersten vier Bundesländer in den entsprechenden Gesetzen ein teilhabe- und integrationsorientiertes Leitbild, während das bayerische Integrationsgesetz stärker auf Assimilation und deutsche Leitkultur setzt (ebd.: 46). Auch alle anderen Bundesländer haben spezifische Konzepte und Rechtsrahmen definiert, aber keine spezifischen Integrationsgesetze verabschiedet.

Ziel der hiermit vorgelegten Studie ist es, den Blickwinkel auf eine äußerst dynamische, transnationale und diverse Migrationsbewegung zwi-

schen den EU2-Ländern und Deutschland, hier speziell dem Ruhrgebiet, zu erweitern. Wenn wir diese Wanderungsdynamiken besser verstehen und erklären, können Stereotype und Stigmatisierungen einzelner Gruppen wie ‚der Roma‘ überwunden werden. Dann können auch Prozesse des Ankommens, der Teilhabe und der Integration differenzierter betrachtet und unterstützt werden. Dabei geht es von Anfang an darum, auch die Herkunftskontexte und -kommunen mit in den Blick zu nehmen. Denn die meisten der vorliegenden Untersuchungen zur EU2-Zuwanderung fokussieren fast ausschließlich den jeweiligen Ankunftskontext in Deutschland. Dabei wird ‚gelungene Migration‘ in der Regel einseitig als Einwanderung gefasst, also als eine Art Einbahnstraßenentwicklung des Wechsels von einem Herkunftsort in Bulgarien oder Rumänien hin zu einem Ankunftsort in Deutschland bzw. im Ruhrgebiet. Eine Differenzierung von Migrationstypen, wie bereits dargestellt etwa zwischen Einwanderung, Rückkehrwanderung, zirkulärer und transnationaler Wanderung, wird kaum vorgenommen. Bei Rückkehr- oder Weiterwanderung wird dann in der Regel an die Migrierendengruppen gedacht, deren Arbeitsmarktteilhabe wegen fehlender Qualifikationen als schwierig oder deren soziokulturelle Anpassungsbereitschaft als niedrig eingeschätzt werden. Letzteres betrifft dann oft zumindest implizit die Gruppe der Roma.²⁰

Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass Arbeitsmigrierende aus EU2-Ländern seit der EU-Freizügigkeit besonders in Branchen mit einem hohen Maß prekärer Arbeitsbedingungen beschäftigt sind.²¹ So konzentrierte sich im Jahr 2018 mehr als die Hälfte der EU2-Beschäftigten in NRW in den Berufssegmenten *Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe* und *Verkehrs- und Logistikberufe*, und zwar auf den beiden unteren Anforderungsniveaustufen *Helfer* und *Fachkraft*. Beschäftigte aus Bulgarien und Rumänien waren dabei wesentlich häufiger als andere aus dem Ausland stammende Arbeitskräfte in diesen Sektoren mit problematischen Arbeitsbedingungen tätig

20 Vgl. Sandner Le Gall; 2016; vgl. auch Cöster 2015 oder die Ausgabe Stadtforschung und Statistik, Jg. 28, H. 2; Ceylan (2018) zeigt auf, wie die neueren Migrationen nach Duisburg im Rahmen der EU-Erweiterungen mit dem Konzept der Etablierten-Außenseiter-Figuration von Norbert Elias untersucht werden können: inzwischen gehören viele ältere Immobilien in Einwanderungsvierteln Personen aus der inzwischen etablierten Einwanderergruppe der Türkeistämmigen; Konflikte ergeben sich z.B., wenn nicht renovierte Wohnungen überteuert an EU2-Migrierte vermietet werden.

21 Vgl. Birke 2022; Loschert et al. 2023; Hassan et al. 2024.

(Sieglen 2020: 40ff.).²² Gerade während der Covid-19-Pandemie traten die prekären Arbeits- und Wohnverhältnisse von EU2-Beschäftigten etwa in der Fleischindustrie zutage.²³ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien sind außerdem überdurchschnittlich häufig im Sektor der Land-, Forst- und Gartenbauberufe tätig, der oft mit saisonalen Pendelmigrationen einzelner Familienmitglieder und entsprechend transnationalen Haushalts- und Sorgearrangements verbunden ist.²⁴

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage und des gegenwärtigen Standes entsprechender Forschungen zielt diese Studie erstens und vor allem darauf ab, die lokalen und grenzüberschreitenden *Migrationsdynamiken* zwischen den Herkunftsregionen, früheren Auslandsaufenthalten (etwa in anderen romanisch-sprachigen Ländern wie Spanien oder Italien) und ausgewählten Kommunen im Ruhrgebiet zu registrieren. Dabei sollen sowohl die tatsächlichen Wohn- und Arbeitsstationen im Lebensverlauf als auch die jeweiligen lebensweltlichen und biographischen Orientierungen der Menschen erfasst werden. Dafür ist es wichtig, Daten zu den lokalen und grenzüberschreitenden Familienkonstellationen und Netzwerken sozialer Beziehungen aufzunehmen, um die individuellen Migrations- und Lebensverläufe eingebettet in ihren sozialen Umwelten zu verstehen. Leitend sind dabei die Fragen wer für wie lang, mit welchem Ziel migriert und welche transnationalen Organisationen und Netzwerke relevant sind (vgl. Abbildung 1.5).

Zweitens sollen diese personenbezogenen Migrationsdynamiken in die Kontexte sowohl der Herkunfts- als auch der Ankunftsgemeinden eingebettet werden. Dazu wurden relevante Daten zur Entwicklung der EU2-Migration in ausgewählten Ruhrgebietskommunen zusammengestellt und Interviews mit dortigen Behördenvertretern und Expertinnen von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Hierdurch wird es möglich, die jeweiligen Vorstellungen und Konzepte zu Migration und Integration in den öffentlichen Verwaltungen und migrationsbezogen arbeitenden Orga-

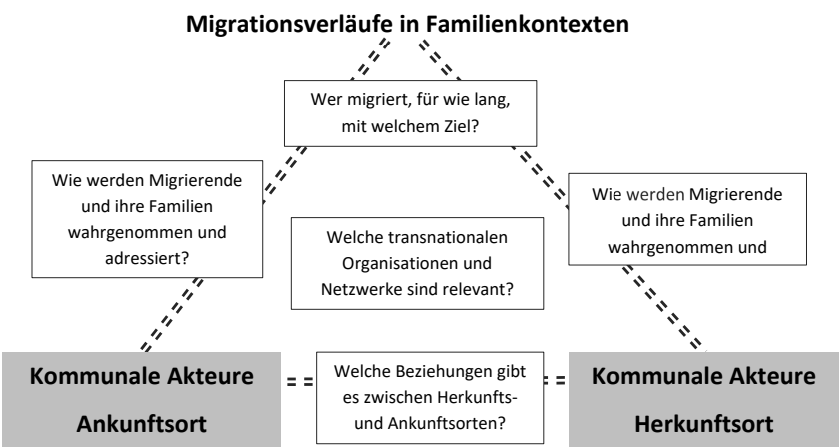
22 Der Vergleich der Verteilung der unterschiedlichen Anforderungsniveaus in den sechs untersuchten Ruhrgebietskommunen mit NRW und dem Bundesgebiet insgesamt zeigt für 2022 nur geringe Unterschiede. Auf allen drei Ebenen sind Tätigkeiten auf Helferniveau am stärksten verbreitet (zwischen 54 und 61 Prozent aller von Rumänen oder Bulgaren ausgeübten Tätigkeiten). Der Anteil an Fachkräften liegt zwischen 34 und 40 Prozent, vgl. digitaler Anhang https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

23 Vgl. Bosch et al. 2020.

24 Vgl. Siöland et al. 2023; Lechner 2020; Biaback Anong 2024.

nisationen zu erfassen. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass die Zukunftspläne von EU2-Zugewanderten auch von den lokalen Ankommens-, Teilhabe- und Integrationspraktiken beeinflusst würden. Schließlich soll drittens auch beispielhaft die Lage in den Herkunftskommunen der EU2-Migrierenden erfasst werden. Leitfragen sind dabei: „Wie werden Migrierende und ihre Familien (in den Herkunft- und Ankunftsorten) wahrgenommen und adressiert?“ und „Welche Beziehungen gibt es zwischen Herkunft- und Ankunftsorten?“, etwa zwischen den kommunalen Verwaltungen oder anderen nicht-staatlichen Organisationen (vgl. Abbildung 1.5)?

Abbildung 1.5: Anlage, Fragestellungen und Gegenstände der Studie



Quelle: Eigene Ausarbeitung

Insgesamt soll durch diese Studie ein erweiterter Blick auf das Migrationsgeschehen zwischen dem Ruhrgebiet, Rumänien und Bulgarien, auf typische Migrationsverläufe und die Vielfalt soziodemographischer Merkmale und subjektiver Erfahrungen, Erwartungen und Zukunftsperspektiven ermöglicht werden. Für ausgewählte Ruhrgebietskommunen werden die Zuwanderungsstrukturen insgesamt und besonders die Geschichte der Migration mit den EU2-Ländern dargestellt. Während sich schon hierbei eine Vielfalt von Migrations- und Integrationsstrukturen zeigt, wird die Situation in den Ankommenskommunen noch komplexer durch die divergierenden Wahrnehmungsmuster und Integrationskonzepte sowie die praktische Zusammenarbeit zwischen staatlichen Verwaltungseinrichtungen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, Migrantenorganisationen und der Zivilgesell-

schaft vor Ort. Schließlich sind auch die (historisch gewachsenen oder fehlenden) Beziehungen und Interessen zwischen Herkunfts- und Ankunftsorten zu berücksichtigen, weil das wechselseitige kommunale Verständnis für nachhaltige Migrationsbeziehungen wichtig ist und auch die individuellen Migrationsdynamiken beeinflussen kann.

1.3 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Die hiermit vorgelegte Studie stützt sich zwar auch auf bereits durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen und vorhandene Datenbestände, sie basiert aber im Wesentlichen auf eigens erhobenen Daten, die mithilfe einer Mischung aus quantitativen und qualitativen Verfahren gewonnen und analysiert wurden. Die wesentlichen *Analyseeinheiten* sind, wie in Abbildung 1.5 hervorgehoben, die Migrationsverläufe in Familienkontexten und die Konstellationen hierfür relevanter kommunaler Akteure in den Herkunfts- und Ankunftsorten. Als *Erhebungseinheiten*, für die Daten gesammelt wurden, dienten zunächst die Migrierenden selbst. Es wurden insgesamt 600 Interviews mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens (als quantitatives Survey) durchgeführt. Außerdem wurden etwa 50 ethnographische Gespräche und 11 biographische Interviews mit Migrierenden (als qualitative Erhebungsmethode) durchgeführt. Neben den migrierenden Personen als erste Erhebungseinheiten bezog sich eine zweite Ebene von Erhebungseinheiten auf kommunale Beauftragte für Integration und Mitglieder der Freien Wohlfahrtspflege sowie von migrantischen Selbstorganisationen. Hierzu wurden insgesamt 63 Interviews im Ruhrgebiet sowie 9 Interviews in entsprechenden rumänischen Herkunftskommunen mit Experten und Expertinnen durchgeführt.

Als *Bezugseinheiten* für die Studie herangezogen wurden zunächst sechs Ankunftscommunen im Ruhrgebiet (Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen, Gladbeck, Oer-Erkenschwick) sowie zehn Herkunftskommunen (Timisoara, Fagaraș, Brașov, Toflea, Tecuci, Barbulești, Șinca Noua, Kreis Suceava, Plovdiv, Region Montana), die im Laufe der Studie als relevante Auswanderungsorte identifiziert wurden. Als *Erhebungsinstrumente* dienten Leitfäden für die Interviews und ein standardisierter Fragebogen für den Survey. Der recht umfangreiche Fragebogen enthielt Abschnitte zu den soziodemographischen Daten, zu den Wohn- und Beschäftigungsverläufen, zu Formen der (wirtschaftlichen und sozialkulturellen) Teilhabe in der jeweiligen Wohnkommune, zu (möglichen) Diskriminierungserfahrungen

und Zukunftsplänen sowie zu praktizierten transnationalen Beziehungen mit Orten in anderen Ländern. Hierdurch sowie anhand der qualitativen Erweiterungen durch die biographischen Gespräche war es möglich, die kompletten Wohn- und Beschäftigungsverläufe der Menschen, ihre gegenwärtige Arbeits-, Wohn- und Lebenssituation sowie die migrationsbezogenen Erfahrungen und Zukunftspläne retrospektiv zu erheben. Teilergebnisse der Studie wurden in mehreren Fachkonferenzen und wissenschaftlichen Veranstaltungen in Deutschland und in Rumänien präsentiert.

Eine wichtige Frage ist, wofür diese Daten und Studienergebnisse eigentlich stehen. Ist die Befragung repräsentativ und welche Verallgemeinerungen sind möglich? Während die Frage nach verallgemeinerbaren Lehren aus der Studie im Abschlusskapitel ausführlicher behandelt wird, sollen hier einige Anmerkungen zur Repräsentativität gemacht werden. Für repräsentative Befragungen muss eine Grundgesamtheit aller in Frage kommenden Erhebungseinheiten definiert werden – für sozialwissenschaftliche Studien oder Meinungsumfragen sind dies oft Personen. Aus dieser Grundgesamtheit wird dann eine Zufallsstichprobe gezogen, deren Größe sich nach den angestrebten Genauigkeitswerten und den Strukturmerkmalen der Grundgesamtheit richtet, die für die zu untersuchenden Phänomene zentral sind. Kennt man z. B. die Gesamtzahl der in Deutschland wahlberechtigten Personen und kann (z. B. aufgrund vorhergehender Studien) annehmen, dass das Wahlverhalten besonders von den Merkmalen Geschlecht, Alter, dem Bildungsstand und der Wohnregion der Wahlberechtigten beeinflusst wird, so können schon mit recht kleinen Stichproben von einigen Tausend Befragten recht gute Prognosen über das tatsächliche Wahlverhalten getroffen werden, sofern die Stichprobe nach den genannten Merkmalen gewichtet wird.

Genau hier ergeben sich bei Migrationsstudien grundsätzliche Probleme. Denn meistens gibt es keine genauen Kenntnisse über den Umfang und die Struktur der Migrierenden. Ankunftsländer von Migration wie Deutschland können diejenigen erfassen, die sich an ihrem jeweiligen Wohnort anmelden müssen. Allerdings variieren die An- und Abmeldepflichten selbst zwischen EU-Mitgliedsstaaten und noch mehr in anderen Weltregionen sehr stark. Selbst für Deutschland gibt es eine nicht unerhebliche Grauzone, etwa von Menschen, die als Touristen einreisen und dann einfach länger als die erlaubten drei Monate im Land bleiben, von Menschen, die sich bei der Ausreise nicht abmelden oder bei der Einreise nicht anmelden, sowie von Menschen, die mit mehreren Wohnsitzen jonglieren, um sich Steuer- oder

Sozialleistungsvorteile zu sichern.²⁵ Die Migrationstypen der Aus- bzw. Einwanderung und der Rückkehrwanderung lassen sich noch am besten anhand offizieller Meldedaten identifizieren. Jedoch ist der Austausch entsprechender Meldedaten z.B. zwischen Deutschland und Rumänien bisher kaum entwickelt. Noch schwieriger gestaltet sich die Erfassung der Zahl zirkulär und transnational Migrierender.

Wie bereits die Abbildungen 1.1 und 1.2 zeigten, sind selbst die registrierten Zu- und Fortzüge zwischen Deutschland und den EU2-Ländern so umfangreich und dynamisch, dass sich die Grundgesamtheit der zwischen den Ländern Migrierenden jedes Jahr erheblich verändern kann. Deshalb sind die in Verwaltungsprozessen generierten Daten (wie etwa der Mikrozensus oder die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes) kaum geeignet, um tatsächliche *individuelle Migrationsbewegungen* zu erfassen. Bisher gibt es auch keine brauchbaren und robusten Paneldaten hierfür. Als Paneldaten bezeichnet man solche Datenbestände, in denen in regelmäßigen Abständen die gleichen Erhebungseinheiten (meistens Personen oder Unternehmen) befragt werden. Für Migrationsfragen kämen in Deutschland das SOEP (Sozioökonomisches Panel) und das GERPS (German Emigration and Remigration Panel Study) in Frage. Allerdings kann das SOEP kaum die nach einer gewissen Zeit aus Deutschland Auswandernden über längere Zeiträume weiterhin befragen, und das GERPS bezieht nur deutsche Staatsangehörige und deren Migrationsbewegungen ein.²⁶

Vor diesem Hintergrund wurden für diese Studie Migrierende aus Bulgarien und Rumänien an wichtigen Konzentrationspunkten in den Städten Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen, Gladbeck und Oer-Erkenschwick per Zufallsauswahl angesprochen und – für den Fall, dass sie sich zumindest drei Wochen und nicht zu Urlaubszwecken in Deutschland aufhielten – um die Teilnahme an der Survey-Befragung gebeten. Auf der Grundlage von teilnehmenden Beobachtungen und Auskünften von Expertinnen und

25 Nicht zuletzt wegen dieser Grauzone wurden die Bußgelder im Meldegesetz 2024 neu festgesetzt, vgl. <https://www.bussgeldkatalog.org/bundesmeldegesetz/>; für die EU vgl. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=471&langId=de>; zu Meldestrategien mobiler digitaler Nomaden vgl. Thiel 2021.

26 Vgl. für das SOEP https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.40135.de/verbleibstudie.411729.pdf, wo allein bezogen auf die 15 Wellen von 1985 bis 1998 etwa ein Zehntel der Befragten nicht mehr auffindbar sind (drop-outs); <https://www.bib.bund.de/DE/Forschung/Surveys/GERPS/German-Emigration-and-Remigration-Panel-Study.html>; zu der weltweit umfangreichsten Untersuchung grenzüberschreitender Migrationsbewegungen zwischen Mexiko und den USA vgl. das *Mexican Migration Project* <https://mmp.opr.princeton.edu/>.

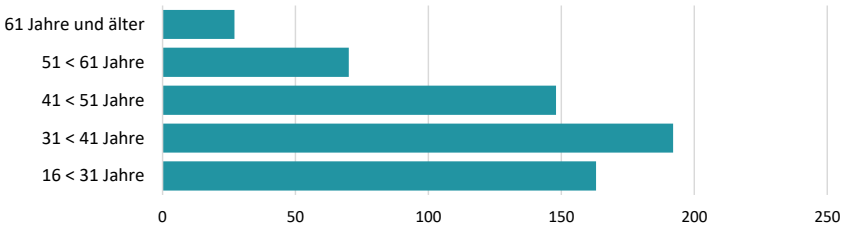
Sachbearbeitern wurden Sammelpunkte für die Interviews z. B. an Kirchen, um landestypische Restaurants oder Märkte, im Umfeld bedeutender Arbeitgeber und auf wichtigen Mobilitätsrouten ausgemacht. Dort wurden die zu Befragenden auf Bulgarisch, Türkisch oder Rumänisch von Teammitgliedern und einigen weiteren speziell trainierten Personen angesprochen und gegebenenfalls interviewt. Bei der Auswahl der befragten Personen (*sampling*) handelte es sich also um eine geklumpte Zufallsauswahl. Die Interviewpartnerinnen und -partner für die ethnographischen und biographischen Interviews wurden aus dem Pool der Survey-Befragten und weiteren Netzwerkkontakten rekrutiert. Die Interviews mit kommunalen Beauftragten und Fachleuten für Migration und Integration im Ruhrgebiet und den Herkunftskommunen wurden durch gezielte Ansprache organisiert, wobei auf eine ausgewogene Auswahl nach Funktionsbereichen geachtet wurde (z. B. Ausländeramt, Ordnungsamt, lokales Integrationsteam, Jugendamt, Bereich Bildung, Jobcenter).

Um die mögliche Repräsentativität der Studie hinsichtlich einiger relevanter Merkmale abschätzen zu können, werden im Folgenden einige Survey-Daten präsentiert und mit anderen ähnlichen Studien verglichen. Die Abbildung 1.6 veranschaulicht die Altersstruktur der im Survey befragten Personen. Diese weicht von der vergleichbaren Alterspyramide der in Deutschland tätigen Erwerbspersonen insofern ab, als die befragten rumänischen und bulgarischen Migrierenden deutlich jünger sind. Über drei Viertel der Befragten sind jünger als 51 Jahre, dagegen ist die Gruppe der 51- bis über 60-Jährigen in der Gesamterwerbstätigenpopulation sehr stark vertreten. Die Altersstruktur der in der Studie erfassten rumänischen und bulgarischen Beschäftigten entspricht annähernd dem Altersaufbau der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Deutschland insgesamt sowie der in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen.²⁷ Hinsichtlich der Geschlechterverteilung der Befragten (53 Prozent männlich, 47 Prozent weiblich) ergibt sich eine ähnliche Struktur wie bei

27 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-altersgruppen.html>; <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/erwerbstaetigenquote-alter.html>; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61688/erwerbstaetigenquoten-nach-geschlecht-und-alter/>; <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Beschaeftigung/Beschaeftigte/Alterspyramide-Bevoelkerung/Alterspyramide-Bevoelkerung-Nav.html>; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/bevoelkerung-und-demografie/329511/alters-und-geschlechtsstruktur/>.

allen Erwerbstätigen. 77 Prozent der Befragten gaben an, verheiratet zu sein oder in fester Partnerschaft zu leben, 23 Prozent waren alleinstehend. Für die in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen insgesamt weist das Statistische Bundesamt etwa die Hälfte als alleinstehend aus.²⁸

Abbildung 1.6: Altersstruktur der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein wichtiges Merkmal ist außerdem der höchste Bildungsabschluss der Befragten. Wie Abbildung 1.7 zeigt, gaben etwa 130 Personen (22 Prozent) an, keinen Schulabschluss oder höchstens den der Primarschule zu besitzen (bis zu 4 Jahren). 44 Prozent gaben eine Sekundarschul- (7 bis 8 Jahre) oder vergleichbare Berufsschulbildung (11 bis 12 Jahre) an, 16 Prozent das Hochschulzugangszugzeugnis und 18 Prozent einen Universitätsabschluss. Diese Verteilung der Befragten nach höchstem Bildungsabschluss entspricht weitgehend derjenigen der rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen in Deutschland. Die größten Abweichungen finden sich bei denjenigen mit nicht-akademischem Berufsabschluss. Diese sind im Sample weniger häufig vertreten.²⁹

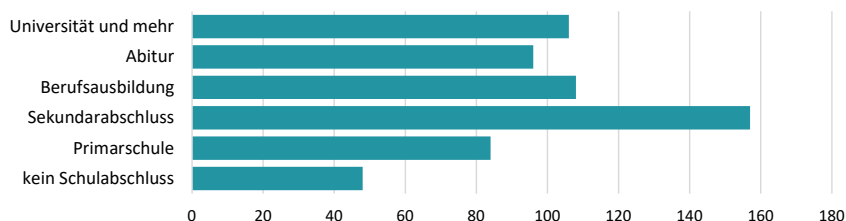
Dabei zeigt sich bei den Befragten aus Rumänien im Vergleich zu denen aus Bulgarien eine gewisse Polarisierung: Rumänische Befragte gaben häufiger als die bulgarischen hohe Bildungsabschlüsse (Berufsausbildung, Abitur oder Hochschulabschluss), aber auch mehr niedrige Abschlüsse (bis Grundschule) an. Männer waren bei mittleren Abschlüssen (Berufsausbildung oder Sekundarabschluss) wesentlich häufiger vertreten als Frauen.

28 Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1713096765104&code=12521#abreadcrumb>.

29 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-migrationshintergrund-erst-2010220237005.xlsx>.

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung waren in der Stichprobe fast gleich viele Männer aus Bulgarien und aus Rumänien vertreten, während der Anteil von Rumäninnen wesentlich höher war als der der Bulgarinnen.

Abbildung 1.7: Höchster Bildungsabschluss der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Beim Vergleich mit der Gesamtbevölkerung in den Kommunen des Regionalverbands Ruhr zeigt sich, dass die Personen in unserem Sample insgesamt jünger sind, wesentlich häufiger höchstens vier Jahre Schulbildung aufweisen und seltener einen Haupt- oder Realschulabschluss haben. Der Anteil an Personen mit Abitur bzw. Universitätsabschluss ist mit rund einem Drittel jedoch ähnlich.³⁰

1.4 Regionale und sozialkulturelle Diversität der Befragten

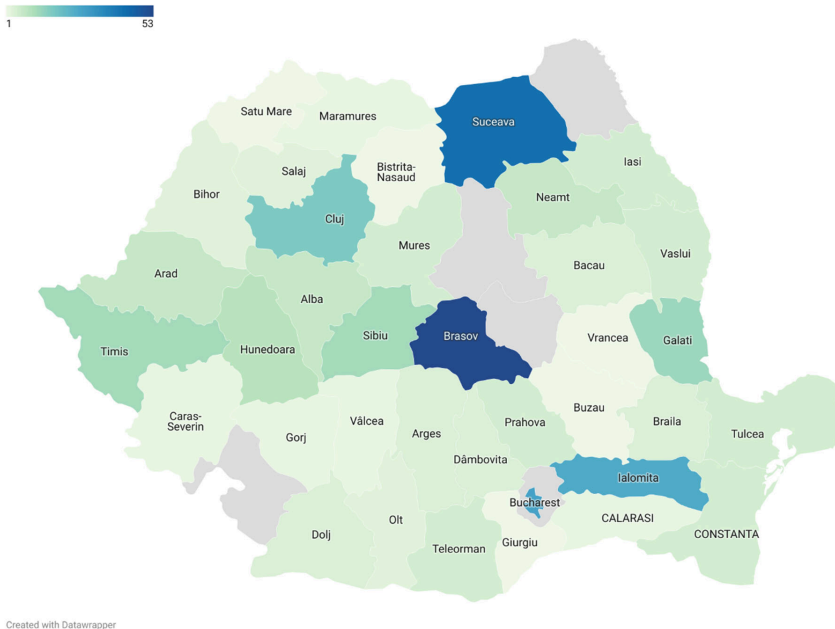
Ein wichtiger Aspekt der Befragung betrifft die Herkunftsregionen der Befragten. 83 Prozent von ihnen gaben einen Geburtsort an, der nach den bulgarischen Standards (ab 3.5000 Einwohnerinnen) bzw. den rumänischen Definitionen (ab 4.000 Einwohnern) im Hinblick auf die soziale und technische Infrastruktur als urban gilt.³¹ 30 Prozent der Befragten gaben an, vor ihrer ersten internationalen Migration bereits einmal innerhalb des Landes umgezogen zu sein. Drei Viertel davon gaben an, zwischen urbanen Orten gewandert zu sein. Dementsprechend handelt es sich um eine eher urbane Population. Die Regionen, aus denen die im Sample vertretenen Personen initial migrierten, sind für Rumänien in Abbildung 1.8 und für Bulgarien in Abbildung 1.9 dargestellt. Die rumänischen Herkunftsregionen

30 Vgl. <https://www.landesdatenbank.nrw.de/link/statistikTabellen/12211#abreadcrumb;https://statistikportal.ruhr/#Demografie>.

31 Vgl. <https://www.mrrb.bg/en/administrative-and-territorial-structure-of-the-republic-of-bulgaria-act/>; https://ro.wikipedia.org/wiki/Comunele_Rom%C3%A2niei.

sind breit gefächert, konzentrieren sich aber im Sample etwas stärker auf die Kreise Brasov, Suceava, Ialomita und Bukarest. Zu den Personen mit rumänischer Staatsbürgerschaft zählen auch 19 Personen, deren Mobilität den Ausgangspunkt in Moldawien genommen hat.

Abbildung 1.8: Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Rumänien



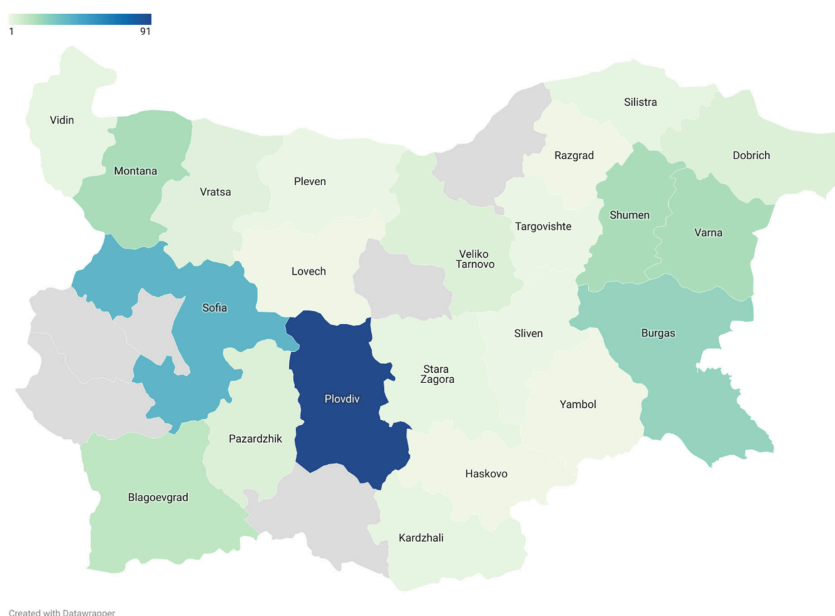
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Gemäß der Untersuchungen in Rumänien konzentriert sich ein großer Teil der am stärksten von internationaler Migration betroffenen Kreise in der östlichen Region Moldau, unter anderem Bacau, Galati, Vaslui und Iasi. Darauf folgen Bukarest und die westlichen Kreise Caras Severin, Timis und Arad. In der Region Transsilvanien (Siebenbürgen) verzeichnen die Kreise Hunedoara, Brasov und Sibiu die höchsten Emigrationsraten (Sandu 2023). Während die regionale Herkunft der in dieser Studie befragten Rumäninnen und Rumänen – wie in der Abbildung 1.8 ersichtlich wird – dieser gesamtrumänischen Auswanderungsstruktur nicht entspricht, spiegelt unser Sample annähernd die Herkunftsregionen der im Ruhrgebiet lebenden rumänischen Staatsbürger wider. Die Melderegister der Kommunen

Duisburg, Essen, Dortmund und Hagen weisen Braşov, Bukarest, Ialomiţa, Galaţi, Suceava als die Hauptherkunftsregionen aus.

Unter den bulgarischen Herkunftsregionen dominiert Plovdiv, gefolgt von Sofia. Auch die Verwaltungsbezirke Burgas, Shumen, Varna, Montana und Blagoevgrad sind etwas häufiger vertreten. Die Melderegister der Kommunen Duisburg, Essen, Dortmund und Hagen zeigen die Verwaltungsbezirke Plovdiv, Pazardzhik, Shumen, Varna, Peshtera, Veliki Preslav, Dobrich, Sofia und Montana als besonders bedeutsame Herkunftsregionen. Plovdiv ist dabei in drei von vier Städten die wichtigste Region.

Abbildung 1.9: Herkunftsorte der Befragten nach Kreisen in Bulgarien

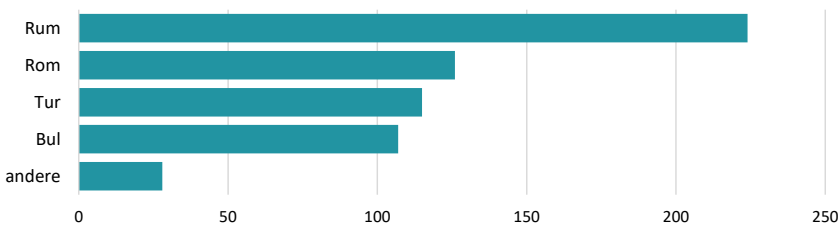


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Zwei wichtige Aspekte, die eine Differenzierung der sozialkulturellen Zugehörigkeiten vor allem jenseits der vereinfachenden Roma-Kategorie ermöglichen, sind die Erst- oder Muttersprache der Interviewten sowie deren Religionszugehörigkeit. Sprachgruppen beziehen sich in dieser Studie auf die erste und zweite Muttersprache und wurden folgendermaßen gebildet. Wer ausschließlich Rumänisch oder Bulgarisch als Muttersprache angab, wurde der Sprachgruppe Rumänisch oder Bulgarisch zugewiesen. Wer Romanes

entweder als Erst- oder als Zweitsprache angab, wurde der Sprachgruppe Romanes zugewiesen. Ausnahmen umfassen diejenigen mit der Kombination Türkisch als erste Muttersprache und Romanes als zweite Muttersprache. Diese wurden der türkischen Sprachgruppe zugewiesen. Wer Türkisch entweder als Erst- oder als Zweitsprache angab, wurde der Sprachgruppe Türkisch zugewiesen. Zu den weiteren Ausnahmen zählen diejenigen mit der Kombination Romanes als erste Muttersprache und Türkisch als zweite Muttersprache. Diese wurden der Sprachgruppe Romanes zugewiesen. Unter "Andere" wurden diejenigen gruppiert, die als Erst- oder Zweitsprachen weitere Sprachen wie Ungarisch, Deutsch oder Russisch angegeben haben.

Abbildung 1.10: Sprachgruppen der Befragten



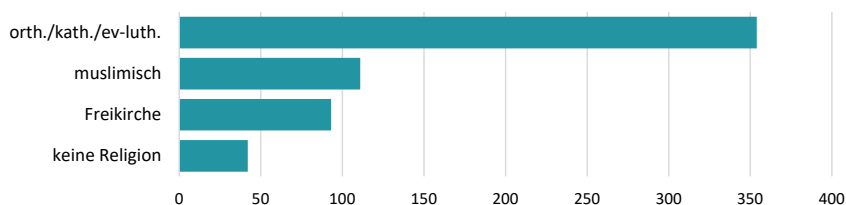
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Die für analytische Zwecke konstruierte Kategorie Sprachgruppe entspricht nicht der Praxiskategorie im Sinne von ethnischer Selbstidentifikation. Ethnische, religiöse und andere Identitätskategorien entstehen immer in einem Interaktionsprozess von Selbst- und Fremdzuschreibungen und damit verbundenen Grenzziehungen zwischen Subgruppen *innerhalb* bestimmter Großgruppen (bspw. Gabor, Lingurari, , Ursari, Daskane, Horahane als verschiedene Romagruppierungen oder evangelisch-lutherisch, katholisch, orthodox oder evangelikal als verschiedene christliche Glaubensrichtungen) und *zwischen* Großgruppen (z. B. Roma und Nicht-Roma oder muslimisch und christlich). Dieser Prozess der sozialkulturellen Selbst- und Fremdzuschreibung ist – regional verschieden – in mehr oder weniger langfristige gesellschaftliche Wandlungsprozesse eingebettet. Diese Entwicklungen reichen oft Jahrhunderte zurück, etwa in den Kontext der Versklavung der Roma-Bevölkerung in Rumänien, der Assimilationspolitik in Bulgarien, in die Prozesse der umfassenden Transformation der ehemaligen Ostblockländer in den 1990er Jahren bis hin zur EU-Osterweiterung und den damit induzierten Wanderungsbewegungen. Für die beiden Her-

kunftsländer Bulgarien und Rumänien wird jeweils etwa ein Zehntel der Bevölkerung den Roma-Gruppierungen zugeschrieben (Schätzung nach COE 2012), und in Bulgarien geben etwa 8 Prozent jeweils eine türkische Herkunft und Türkisch als Muttersprache an.³²

Für die verschiedenen Gruppierungen der Roma in Rumänien und Bulgarien zeigt sich insgesamt ein sehr diverses und im Zeitverlauf dynamisches, durch generationenübergreifende Interaktionsprozesse geprägtes Bild. Dabei sind die unterschiedlichsten Sprachkombinationen, Religionspraktiken, weitere kulturelle Muster wie etwa die Gestaltung von eher endo- oder exogamen Heiratsbeziehungen oder die sozioökonomischen Teilhabestrategien (etwa nach Geschlecht und abhängiger oder selbständiger Beschäftigung) denkbar.³³ In diesem Sinne ist *Sprachgruppe* als analytische Kategorie zu verstehen, die uns die empirische Annäherung an die Praxiskategorie *ethnische Selbstzuschreibung* (*Ethnizität*) erlaubt. Allerdings konnten Feindifferenzierungen in der standardisierten Befragung nur begrenzt erfasst werden. Die qualitativen und biographischen Interviews deuten auf wesentlich mehr zu berücksichtigende Aspekte hin. Auch in anderen Studien zur sozialkulturellen Selbstverortung sowie zu entsprechenden Fremdzuschreibungen und Diskriminierungserfahrungen werden die Vielfalt und Differenzierung sozialer Gruppen immer wieder betont.³⁴

Abbildung 1.11: Selbstzuschreibung der Befragten zu Religionsgemeinschaften



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein letzter Aspekt, der diese sozialkulturelle Vielfalt unterstreicht, ist der der Religionszugehörigkeit (Abbildung 1.11). In der Befragung gaben 42 Personen (7 Prozent) an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Immerhin 93 Befragte (15,5 Prozent) nannten die Zugehörigkeit zu einer

32 Vgl. https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x_2=338.

33 Vgl. Rimmel 1993; Pamporov 2009; Bauerdick 2013; Toma et al. 2018.

34 Vgl. Strauß 2021; FRA 2022.

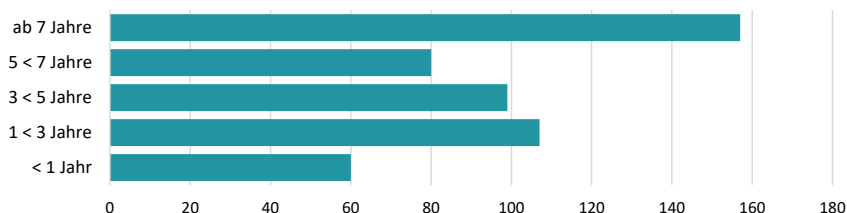
freikirchlichen Gemeinde, 111 Personen (18,5 Prozent) gaben an, Muslime bzw. Musliminnen zu sein, und 354 Befragte (59 Prozent) informierten, dem evangelisch-lutherischen, katholischen oder orthodoxen Glauben anzuhängen. Daten für Rumänien weisen insgesamt einen Anteilswert von 74 Prozent orthodox Gläubigen und von jeweils 5 Prozent Katholiken und Freikirchlern aus. Für Bulgarien lassen sich Werte von 65 Prozent Orthodoxen, 10 Prozent Muslimen und 5 Prozent keiner Religionsgemeinschaft Angehörigen finden.³⁵ Damit sind die Gruppen der Freikirchler und der Muslime in der Befragung stärker vertreten als im Durchschnitt der Herkunftsländer. Selbst wenn man nur diese vier sehr groben Einteilungen der Religionszugehörigkeit mit den ebenfalls nur annäherungsweise erfassten fünf Sprachgruppen kombiniert, ergeben sich 20 verschiedene Kombinationsmöglichkeiten. Diese sind nicht alle gleich wahrscheinlich, gleichwohl ergab die Datenauswertung interessante Einblicke in die sozialkulturelle Vielfalt der Befragten. Diese Diversität wird in den folgenden Kapiteln immer wieder thematisiert.

Abschließend seien noch zwei wichtige soziodemographische Merkmale erwähnt: Die Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland und die Wirtschaftssektoren, in denen sie zum Interviewzeitpunkt tätig waren. Für die Aufenthaltsdauer ist in Abbildung 1.12 die Anzahl der Befragten nach Gruppen von „unter 1 Jahr“ bis zu „ab 7 Jahre“ aufgeführt, wobei die zum Interviewzeitpunkt in Bulgarien bzw. Rumänien Lebenden bei dieser Zählung ausgeschlossen wurden. Etwa 12 Prozent gaben an, bis unter einem Jahr in Deutschland zu leben. 21 Prozent gaben ein bis drei Jahre an, 19 Prozent drei bis fünf Jahre, 16 Prozent fünf bis sieben Jahre und 31 Prozent mindestens sieben Jahre. In den Daten des Statistischen Bundesamts wird eine etwas andere Gruppierung vorgenommen. Danach waren im Jahr 2022 von insgesamt 1,3 Millionen in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern etwa 9 Prozent weniger als ein Jahr, 24 Prozent ein bis unter vier Jahre, 17 Prozent vier bis unter sechs Jahre und 50 Prozent sechs Jahre und mehr im Ausländerzentralregister (AZR) gemeldet.³⁶ Daraus ergibt sich ein leichtes Übergewicht der sich für kürzere Zeiträume in Deutschland aufhaltenden Befragten im Vergleich zur Gesamtheit der im AZR gemeldeten Personen aus Rumänien und Bulgarien.

35 Vgl. <https://www.recensamantromania.ro/rezultate-rpl-2021/rezultate-definitive/>; https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x_2=338.

36 Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=table&code=12521-0006&bypass=true&levelindex=0&levelid=1687775450148#abreadcrumb>.

Abbildung 1.12: Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland



Quelle: eigene Berechnung nach Zusage-Daten

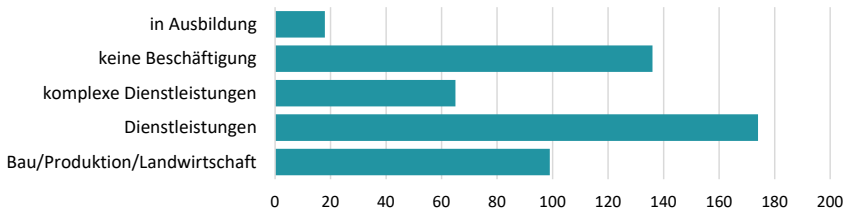
Im Hinblick auf die Beschäftigungssektoren, in denen die Befragten zum Interviewzeitpunkt (unter Ausschluss der in Bulgarien und Rumänien Interviewten) tätig waren, ergeben sich die in Abbildung 1.13 aufgezeigten Verhältnisse. Knapp vier Prozent befanden sich in Ausbildung, 27 Prozent gaben an, keiner Beschäftigung nachzugehen, in komplexeren Dienstleistungen waren etwa 13 Prozent tätig, in einfachen Dienstleistungen ein gutes Drittel und in den zusammengefassten Sektoren Bau/ Produktion/ Landwirtschaft³⁷ knapp 20 Prozent. Diese Anteilswerte sind durchaus kompatibel sowohl mit den in Abschnitt 1.2 berichteten Anteilen der aus Rumänien und Bulgarien stammenden und in NRW aufhältigen Beschäftigten als auch mit den Daten auf Bundesebene, sie weisen sogar noch höhere Werte für einfache Tätigkeiten auf.³⁸ In unserer Befragung machen einfache Dienstleistungen und Bau/Produktion/Landwirtschaft zusammen mehr als die Hälfte aller Beschäftigungen der Befragten aus. Für die Kommunen Duisburg, Essen, Dortmund, Hagen und den Kreis Recklinghausen (Wohnorte) weisen Daten der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2022 *Bau- und Ausbauberufe, Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe, Verkehrs-*

37 Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen ist in dieser zusammengefassten Kategorie eher gering. Den Hauptanteil machen Bau und produzierendes Gewerbe aus. Zu Letzterem gehören zum Beispiel auch Beschäftigte in der Fleischwirtschaft (überwiegend in Oer-Erkenschwick aber auch in Duisburg). In der Klassifizierung der einzelnen Beschäftigungen insgesamt orientieren wir uns am *International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC), Rev. 4*: https://unstats.un.org/unsd/publication/seriesm/seriesm_4rev4e.pdf.

38 Vgl. Siegl 2020; https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=2A979D4AC554AD4613C5B8E8930C565F?nn=25122&topic_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft.

und Logistikberufe, Reinigungsberufe und medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe als die häufigsten Beschäftigungsfelder aus.³⁹

Abbildung 1.13: Beschäftigungsgruppen der Befragten



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ohne auf die ganze Vielfalt der Befragungsergebnisse ausführlich eingehen zu können, werden in dem folgenden Kapitel 2 die komplexen Migrationsverläufe der Befragten dargestellt. Dabei werden immer wieder auch die bisher präsentierten soziodemographischen Daten der Befragten erwähnt. Allerdings können die differenzierten (bivariaten) Zusammenhänge zwischen einzelnen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Religionszugehörigkeit, Erst- bzw. Muttersprache, Familien- und Haushaltskonstellation einerseits und dem Beschäftigungs- und Migrationsverlauf nur andeutungsweise behandelt werden. Die Darstellung soll dazu beitragen, die oft vereinfachenden Vorannahmen zu rumänischen und bulgarischen Migrierten zu kontextualisieren und zu kontrastieren. Das Hauptaugenmerk wird darauf liegen, die Migrationsdynamiken der Befragten zu analysieren und zu prüfen, ob diese durch die in Abschnitt 1.1 bereits vorgestellten vier Migrationstypen der Einwanderung, Rückkehrwanderung, zirkulären und transnationalen Wanderung angemessen erfasst werden können.

39 Vgl. digitaler Anhang https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

2. Diversität der Migrierenden und komplexe Mobilitätsmuster – vier Idealtypen

Wanderungsbewegungen innerhalb oder zwischen staatlichen Grenzen sind als komplexe soziale Prozesse häufig mehr als ein einmaliger Wechsel des Wohnortes und Lebensmittelpunktes. Von den Millionen Auswanderern, die Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert Richtung USA verließen, kehrte ein nicht unerheblicher Teil zurück. Die Weiterentwicklung der Dampfschifffahrt Ende des 19. Jahrhunderts erleichterte die transatlantische Mobilität dabei erheblich.⁴⁰ Auch die millionenfache Migration in das Ruhrgebiet seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war keine reine Einwanderung, sondern seit Anbeginn eine Mischung aus Mobilitätsmustern mit ganz unterschiedlichen zeitlichen, räumlichen und sozialen Bezügen.⁴¹ Untrennbar mit diesen Mustern verbunden sind die verschiedenen Präferenzen, Erwartungen, Ressourcen und Selbstverortungen der Migrierenden und ihrer Familien und damit auch ihre Ankommens-, Teilhabe-, und Integrationsstrategien - sei es im Hinblick auf die Gestaltung ihrer sozialen Beziehungen zu Nachbarn und Familienmitgliedern, den Umgang mit kulturellen Eigenschaften wie Sprache, die Art und Weise der Teilhabe am Arbeitsmarkt oder der Inanspruchnahme von kommunalen Integrationsangeboten sowie ihre politische Beteiligung vor Ort und eventuell auch in den Herkunftsländern. Mittels der Typisierung von häufig auftretenden Mobilitätsmustern und den damit verbundenen subjektiven Orientierungen bemüht sich die Migrationsforschung seit jeher um die Systematisierung und Einordnung dieses sozialen Phänomens. Bevor wir jedoch die empirisch ermittelten Typen rumänischer und bulgarischer Migrierender näher beschreiben (Abschn. 2.3), folgen zunächst zwei Abschnitte (2.1 und 2.2), in denen wir die untersuchte Gruppe anhand zentraler Merkmale charakterisieren und einige Vorannahmen kontrastieren bzw. kontextualisieren, die oft über rumänische und bulgarische Migrierende, bzw. über bestimmte Teilgruppen, geäußert werden.

Dieses Kapitel verfolgt drei Ziele. Zum einen möchten wir die Diversität der Migrierenden im Hinblick auf ihre soziodemografischen Merkmale

40 Vgl. Abramitzky et al. 2019.

41 Vgl. Pries 2024, Kapitel 2.

(etwa Familienstand, Bildung, Beschäftigung, Sprache, Religion), ihre Migrationserfahrungen und -absichten, ihre (grenzüberschreitenden) Teilhabemuster und schließlich ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse sowie die damit verbundenen Erwartungen an die Ankunftsgesellschaft verdeutlichen. Zum anderen möchten wir aber auch darauf hinweisen, dass es innerhalb dieser Diversität typische Erscheinungsformen von Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration gibt. Drittens schlagen wir vor, diese Komplexität in vier Idealtypen der Migration zu verdichten: Auswanderung, Rückkehrwanderung, Pendelwanderung und transnationale Wanderung. Eine solche Verdichtung der Vielfalt von Migration und Migrierenden in vier idealtypischen Konstellationen kann hilfreich sein, um die bestehenden Handlungsansätze des Umgangs mit Migration und Integration weiterzuentwickeln.

2.1 Ausgewählte Merkmale rumänischer und bulgarischer Migrierender

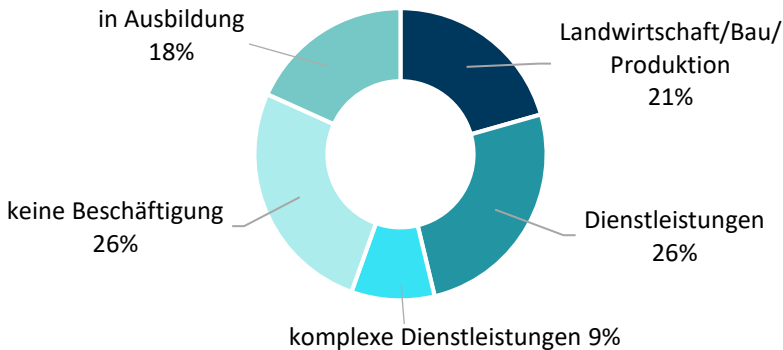
Auf die einleitende Charakterisierung der untersuchten Stichprobe in Kapitel 1 folgt nun zunächst eine stärker beschreibende Darstellung der Häufigkeiten der ausgewählten Merkmale. Wir beginnen mit den wirtschaftlichen Lebenskontexten vor der ersten internationalen Migration und den Beweggründen, die zur ersten Ausreise geführt haben. Darauf folgen ausgewählte Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfe der Migrierten sowie ein Überblick zu grenzüberschreitenden Lebensbezügen.

Migrationskontexte und -motivationen

Unter den am Arbeitsmarkt Beschäftigten ist die Gruppe derjenigen am größten, die vor ihrer Ausreise im Bereich Dienstleistungen tätig war. Knapp zehn Prozent erbrachten komplexe Dienstleistungen in den Bereichen Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen, sowie im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung. Bei den weniger komplexen Dienstleistungen (26 Prozent) dominieren die Bereiche Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen vor Verkehr und Logistik, Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Weitere 21 Prozent waren überwiegend im verarbeitenden Gewerbe/in der Herstellung von Waren sowie im Baugewerbe/Bau

beschäftigt und zu kleineren Teilen auch in der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei sowie der Energieversorgung tätig.⁴² 18 Prozent befanden sich vor der Ausreise noch in einer Ausbildung und rund ein Viertel war nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv.

Abbildung 2.1: Beschäftigung vor der 1. Ausreise

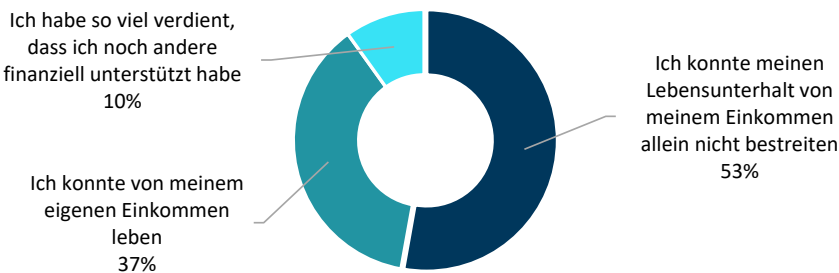


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Im Hinblick auf die durch Arbeit zu erwirtschaftenden materiellen Lebensgrundlagen zeigt sich in Abbildung 2.2, dass etwas mehr als die Hälfte der Migrierten (nicht nur gering Qualifizierte) vor ihrer ersten internationalen Migration nicht vom eigenen Einkommen leben konnte. 37 Prozent konnten das jedoch durchaus und zehn Prozent haben mit ihrem Einkommen zusätzlich andere Personen versorgt. Rund die Hälfte ließe sich also zumindest bei ihrer ersten Migration einer Form der ‚Armutsmigration‘ zuordnen.

42 Die Bezeichnung der Wirtschaftszweige orientiert sich an der internationalen Standardklassifikation der Wirtschaftszweige der Vereinten Nationen (ISIC Rev. 4) bzw. der Klassifikation in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2): <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5902453/KS-RA-07-015-DE.PDF>. NACE basiert auf ISIC, ist aber feiner untergliedert.

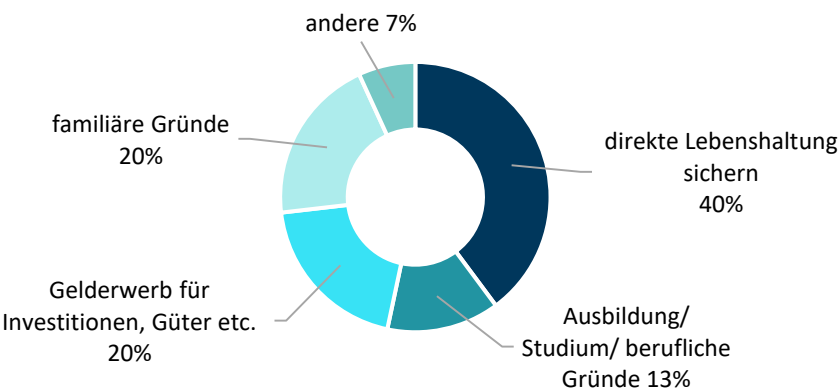
Abbildung 2.2: Aussagen zum Einkommen vor der 1. internationalen Migration



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Auch die folgende Abbildung 2.3 stützt diese Annahme. Hier wird ersichtlich, dass nur rund 40 Prozent aus existentiellen Gründen, also zur Absicherung der direkten Lebenshaltung, das Land verlassen haben. Die Motive für diese erste Migration sind durchaus divers und liegen auch in der Absicht, Geld für Investitionen in Güter oder in bessere Bildungschancen für sich selbst bzw. Folgegenerationen zu sparen (20 Prozent). Weitere wichtige eher ökonomisch orientierte Gründe stehen im Zusammenhang mit der Beschäftigungssituation sowie Ausbildung oder Studium (13 Prozent). Schließlich sind auch für diese erste Wanderung familiäre (20 Prozent) und andere Gründe (wie Heimweh, Gesundheit, Bildung der Kinder; 7 Prozent) relevant.

Abbildung 2.3: Hauptanlass für die 1. internationale Migration



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfe

Eine Möglichkeit zur besseren Einschätzung der Arbeitsmarktteilhabe von Migrierenden im Ankunftsland ist die Betrachtung des Beschäftigungsverlaufs über den gesamten Zeitraum der mitunter mehrfachen Wanderungen. Eine vereinfachende Möglichkeit besteht darin, den letzten Beschäftigungsstatus vor Ausreise mit dem aktuellen Beschäftigungsstatus im Moment der Datenerhebung zu vergleichen. Tabelle 2.1 zeigt dabei, dass die Arbeitsmarkttaktivierung im Zeitverlauf größer ist als die Arbeitsmarktdeaktivierung. Während von den 263 vor der ersten Ausreise beschäftigten Personen 41 aktuell keine Beschäftigung ausüben (16 Prozent), sind von den 125 vor der ersten Ausreise nicht beschäftigten Personen aktuell 51 in Arbeit (41 Prozent). Gleichzeitig haben mehr als zwei Drittel der zuvor in einer Ausbildung befindlichen Personen aktuell eine Arbeit aufgenommen. Im Abschnitt 2.3 werden die Beschäftigungsverläufe noch etwas genauer betrachtet.

Tabelle 2.1: Beschäftigungsstatus vor der 1. Ausreise und aktueller Beschäftigungsstatus⁴³

	Aktuell beschäftigt	Aktuell ohne Beschäf- tigung/Haushalt	Aktuell in Aus- bildung	Gesamt
Beschäftigt vor 1. Aus- reise	216	41	6	263
Ohne Beschäftigung/ Haushalt vor 1. Ausreise	51	74	0	125
In Ausbildung vor 1. Aus- reise	63	17	11	91
Gesamt	330	132	17	479

Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Neben den Arbeitserfahrungen verfügen Zugewanderte auch über andere (informelle) Lernerfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die in auf formale Bildungs- und Berufsabschlüsse ausgerichteten Anerkennungsverfahren oft nicht berücksichtigt werden. Ein Beispiel sind dabei Sprachkennt-

43 Bei einigen Analysen wurden die in Rumänien und Bulgarien erhobenen Fälle (N=94) nicht einbezogen. Die Fallzahl wird angegeben, wenn diese Gruppe ausgeschlossen wurde, wie es hier der Fall ist, und generell immer, wenn nur Teilgruppen betrachtet werden (bspw. Eltern).

nisse. Nur 17 Prozent der Befragten sprechen neben ihrer Muttersprache keine weitere Sprache. 30 Prozent sprechen höchstens eine weitere Sprache und etwas mehr als ein weiteres Drittel höchstens zwei Sprachen. Immerhin noch 22 Prozent sprechen drei bis vier weitere Sprachen. Tabelle 2.2 zeigt die Häufigkeit der verschiedenen Sprachen, die als Muttersprachen oder weitere Sprachen gesprochen werden. Während Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch und Romanes als häufigste Muttersprachen angegeben werden, sind Deutsch und Englisch die häufigsten weiteren Sprachen, worauf Italienisch, Russisch und Spanisch folgen. Insgesamt ergaben die 600 Survey-Interviews Kenntnisse von 23 verschiedenen Sprachen. Deutschkenntnisse werden dabei von 353 Personen (59 Prozent) angegeben. Gleichwohl zeigen die qualitativen Interviews, dass ein Großteil der Befragten Erläuterungen von typischen Verwaltungsabläufen, Regeln etc. in der eigenen Sprache benötigt. Gleichzeitig ist erwähnenswert, dass der eigentlich umfangreiche Sprachschatz sehr vieler EU2-Migrierender bei Verwaltungsbehörden weder (an-)erkannt noch genutzt wird.

Tabelle 2.2: Anzahl gesprochener Sprachen

Sprache	1. Muttersprache	2. Muttersprache	1. weitere Sprache	2. weitere Sprache	3. weitere Sprache	4. weitere Sprache	Gesamt
Deutsch	2	0	179	133	30	9	353
Rumänisch	323	4	4	1	1	0	333
Bulgarisch	142	25	88	6	2	1	264
Romanes	41	89	10	3	4	1	148
Türkisch	88	23	16	8	2	3	140
Englisch	0	0	96	69	23	3	191
Russisch	1	18	31	17	11	3	81
Italienisch	0	0	23	23	12	5	63
Spanisch	0	0	20	16	18	5	59
Andere	3	6	29	40	28	10	116
Gesamt	600	165	496	316	131	40	1748

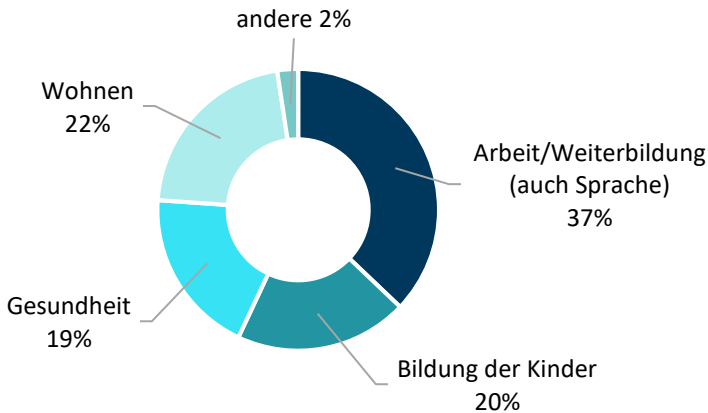
Created with Datawrapper

Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Im Hinblick auf die Lebensbereiche, in denen Unterstützungsbedarfe geäußert werden, tritt als wichtigster Bereich Arbeit und Weiterbildung, inkl. Sprache hervor. Darauf entfallen 37 Prozent aller Antworten. Das verweist auf die Bereitschaft der Zugewanderten, die Chancen zur gesellschaftlichen

Teilhabe durch eigene Bemühungen zu erhöhen, wenn dafür die richtigen Bedingungen geschaffen werden. Dies deckt sich auch mit den Eindrücken der interviewten Jobcenter-Angestellten im Bereich Markt und Integration (vgl. Kapitel 3). Die restlichen Antworten verteilen sich in etwa gleich auf die verbleibenden Bereiche Wohnen, Bildung und Gesundheit.

Abbildung 2.4: Unterstützungsbedarfe

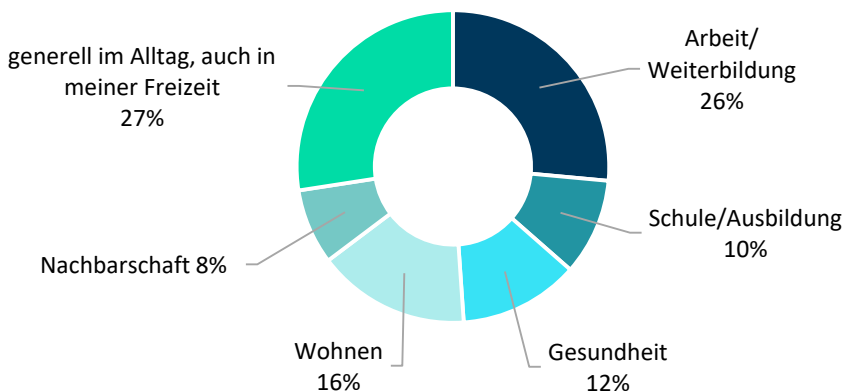


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

41 Prozent der Befragten geben an, sich in einem oder mehreren Lebensbereichen schon einmal schlechter als andere Menschen behandelt gefühlt zu haben. Besonders häufig werden Diskriminierungen im Alltag (28 Prozent der Antworten) sowie auf der Arbeit bzw. in der Weiterbildung (26 Prozent der Antworten) wahrgenommen. Mit einigem Abstand folgen die Bereiche Wohnen, Gesundheit, Schule und Nachbarschaft (16 Prozent, 12 Prozent, 10 Prozent, 8 Prozent der Antworten). Die Forschung zur Wahrnehmung und Äußerung von Diskriminierungserfahrungen geht davon aus, dass dieses Phänomen von vielen empirischen Erhebungen untererfasst wird und abhängig ist von bestimmten Merkmalen wie dem Bildungsstand oder der vergleichenden subjektiven Einordnung mit früheren Diskriminierungserfahrungen etwa im Herkunftsland.⁴⁴ Deshalb sind die hier ermittelten Werte sehr ernst zu nehmen.

44 Vgl. Neuburger/Hinrichs 2021.

Abbildung 2.5: Wahrnehmung von Diskriminierung in Lebensbereichen



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

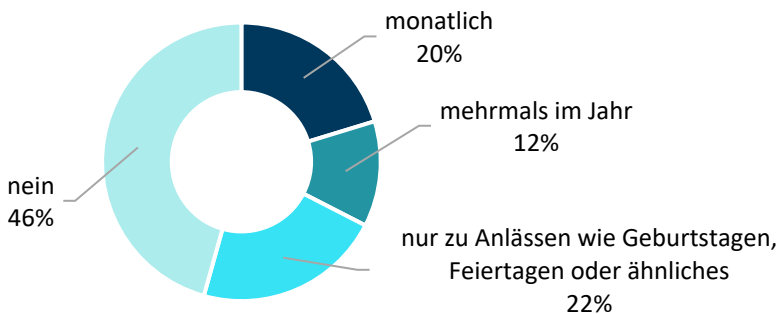
Grenzüberschreitende Lebensbezüge

Um die Ausgestaltung von Ankommen, Teilhabe und Integration in den Ankunftskommunen angemessen zu erfassen, sollte auch die lebensweltliche Bedeutung grenzüberschreitender Lebensbezüge für die Migrierten einbezogen werden. Wie in Kapitel 1 bereits ausgeführt, lebt der überwiegende Teil der interviewten Personen in einer festen Partnerschaft mit Kindern in einem gemeinsamen Haushalt. Bei genauerer Analyse zeigen sich aber auch verschiedene grenzüberschreitende Familienkonstellationen. Während eine Minderheit von 18 Prozent der aktuell in Deutschland lebenden Befragten angibt, dass Mitglieder der Kernfamilie (entweder mindestens ein Kind oder der Partner bzw. die Partnerin) aktuell im Ausland leben, gibt eine Mehrheit von 76 Prozent an, dass dies bei mindestens einem Mitglied der erweiterten Herkunftsfamilie (Eltern oder Geschwister) der Fall ist. In beiden Fällen leben die Familienmitglieder überwiegend in den Herkunftsländern.⁴⁵ Ein Hinweis darauf, wie bedeutsam diese sozialen Bindungen ins Ausland sein können, ist die Häufigkeit von Geld- und Gütersendungen an Familie und Freunde. Abbildung 2.6 zeigt, dass etwas mehr als die Hälfte der Migrierten Geld ins

⁴⁵ In dieser Analyse wurden die in Rumänien und Bulgarien interviewten Personen nicht beachtet.

Ausland überweist bzw. Güter verschickt.⁴⁶ 20 Prozent der Befragten tun dies monatlich, 12 Prozent mehrmals im Jahr und 22 Prozent verschicken Geld oder Güter nur zu speziellen Anlässen wie Geburtstagen, Feierlichkeiten oder ähnlichem. 46 Prozent geben an keine dieser Transaktionen auszuführen. Das bedeutet aber nicht, dass soziale Bindungen zu Familienmitgliedern und Freunden im Ausland für diese Gruppe keine Rolle spielen. Von den 272 Personen, die weder Geld noch Güter verschicken, gibt rund die Hälfte an, einmal oder mehrmals pro Jahr ihnen nahestehende Personen in anderen Ländern zu besuchen (nicht abgebildet).

Abbildung 2.6: Häufigkeit von Geld-/Gütersendungen an Familie/Freunde



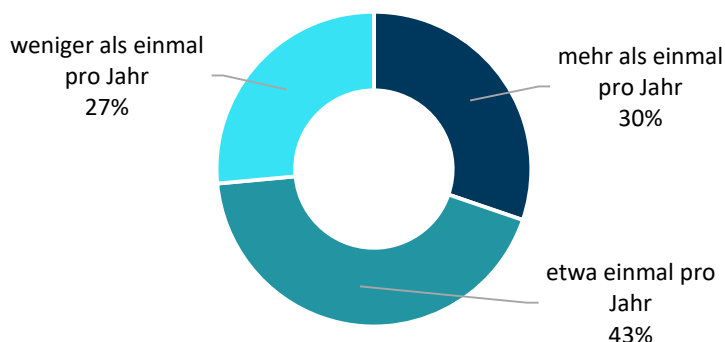
Quelle: eigene Berechnung nach Zusesudo-Daten

In der folgenden Abbildung 2.7 zeigt sich, fahren nur 27 Prozent der Befragten weniger als einmal pro Jahr zu Besuchen in andere Länder, 43 Prozent tun dies etwa einmal pro Jahr und immerhin noch 30 Prozent sogar öfter. Hinzu kommt, dass 40 Prozent (irgendeine Art von) Immobilien im Herkunftsland besitzen, und auch auf politischer Ebene gibt es bedeutende Herkunftsland-bezüge. Rund die Hälfte hat in den letzten Jahren an Wahlen in Rumänien teilgenommen (nicht abgebildet). Diese Daten unterstreichen die große

⁴⁶ Schätzungen der Weltbank zeigen, dass im Jahr 2022 insgesamt rund 8,8 Mrd Euro aus dem Ausland nach Rumänien überwiesen wurden, knapp 3 Prozent des BIP: <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT?locations=RO>. Laut Bundesbank stammen 2023 rund 604 Millionen Euro aus Deutschland: <https://mediendienst-integration.de/migration/arbeitskraefte.html#c3651>. Der Beitrag zu Haushaltsökonomien aber auch gesamtwirtschaftlich ist also enorm. Für Rumänien vgl. <https://panorama.ro/aderare-ue-economie-bunastare-romani/>; für einen allgemeinen Überblick zu den Auswirkungen von Migration auf die Herkunftsländer vgl. Lücke 2021 und für einen weiterführenden Überblick zu globalen Migrationsdynamiken und Auswirkungen vgl. IOM 2024.

Bedeutung transnationaler Beziehungen der im Survey interviewten Personen.

Abbildung 2.7: Häufigkeit des Besuchs nahestehender Personen in anderen Ländern



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

2.2 (Vor-)Urteile und Survey-Empirie zu bulgarischen und rumänischen Migrierenden

Im folgenden Abschnitt werden statistisch relevante Zusammenhänge zwischen ausgewählten Merkmalen dargestellt.⁴⁷ Wir beschränken uns hier überwiegend auf *bivariate* Zusammenhänge, also Zusammenhänge zwischen zwei Merkmalen. Die Analyse verbindet dabei meist ein migrations- bzw. auf Teilhabe und Integration bezogenes Merkmal mit einem soziodemografischen Merkmal der Migrierten. In der Auswahl der Merkmale haben wir uns an häufig geäußerten Vorannahmen orientiert. Die Analyse soll dazu beitragen, diese Annahmen vor dem Hintergrund der empirischen Daten besser einordnen zu können und ein differenzierteres Bild rumänischer und bulgarischer Migrierter zu erhalten. So lassen sich besser Teilgruppen identifizieren, auf die spezifische Unterstützungsmaßnahmen ausgerichtet werden können. Das Unterkapitel gliedert sich in fünf Abschnitte. Zunächst schauen wir genauer auf Zusammenhänge mit Migrationsmotiven und -verläufen, darauf folgen sozialkulturelle Orientie-

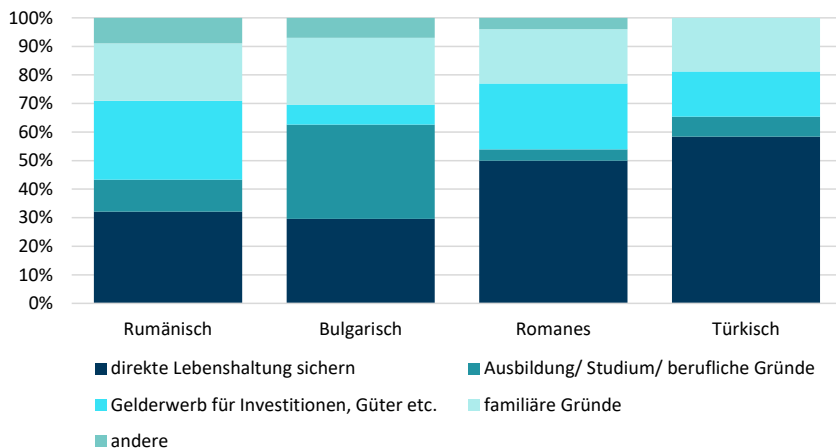
47 Falls im Text nicht anders erläutert, sind alle hier beschriebenen Zusammenhänge mindestens auf einem Niveau von 95 Prozent signifikant.

rungen, Teilhabemuster auf dem Arbeitsmarkt, Fähigkeiten und Bedarfe und schließlich Zukunftsperspektiven.

Wer migriert aus welchen Gründen und wer wechselt am häufigsten den Wohnort?

Wie bereits angedeutet, ist das Motiv der Sicherung der direkten Lebenshaltung nicht für alle Migrierenden gleichermaßen von Bedeutung. Ein häufig vorgebrachtes (Vor-)Urteil besagt, dass *besonders niedrig Gebildete Roma zu den ‚Armutsmigranten‘ zählen*. Die Analyse zeigt hier einen deutlichen Zusammenhang zwischen höchstens vier Jahren Schulbildung sowie Sekundarschulabschluss und dem Motiv der Sicherung der direkten Lebenshaltungskosten. Befragte mit Universitätsabschluss wandern deutlich häufiger aus beruflichen Gründen. Da es einen Zusammenhang gibt zwischen Sprachgruppen⁴⁸ und dem höchstem Bildungsabschnitt zeigt Abbildung 2.8, wie zu erwarten war, dass es durchaus vor allem Türkisch und Romanes sprechende Personen sind, die ihre erste internationale Wanderung aus existentiellen Gründen unternehmen.

Abbildung 2.8: Sprachgruppe und Hauptanlass der 1. Reise ins Ausland



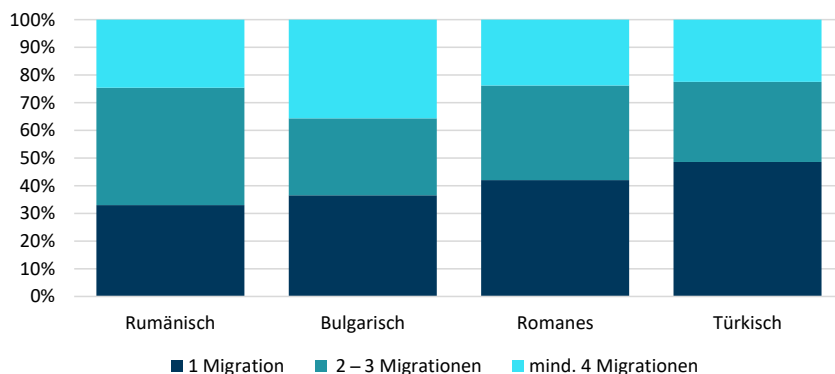
Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

48 Aus Darstellungsgründen wird hier aufgrund der niedrigen Fallzahl auf die Ausprägung „Andere“ verzichtet. Zur Konstruktion der Merkmalskategorie Sprachgruppe und der Ausprägung „Andere“ siehe Kapitel 1.1.

Der Anteil beträgt aber höchstens knapp 60 Prozent, und auch Gelderwerb für Investitionen sowie familiäre Gründe sind relevant. Demgegenüber nennen Bulgarisch sprechende Personen am häufigsten Motive in Verbindung mit Arbeit, Ausbildung oder Studium und unter Rumänischsprechenden befindet sich der größte Anteil derjenigen, für die der Gelderwerb für Investitionsprojekte ausschlaggebend war bei ihrer ersten Migration.

Eine weitere oft geäußerte Annahme ist, dass *häufige Wohnortwechsel besonders unter Roma*, die wenig an einem Ort verwurzelt seien und relativ problemlos an anderen Orten wieder (temporär) ankommen könnten, anzutreffen seien. Abbildung 2.9 zeigt hier ein anderes Bild. Romanesssprachige und Türkischsprachige haben jeweils die geringsten Werte bei mehr als vier Migrationen und jeweils die höchsten Werte bei einer Migration.⁴⁹

Abbildung 2.9: Sprachgruppe und Anzahl der Migrationen (Wohnorte)



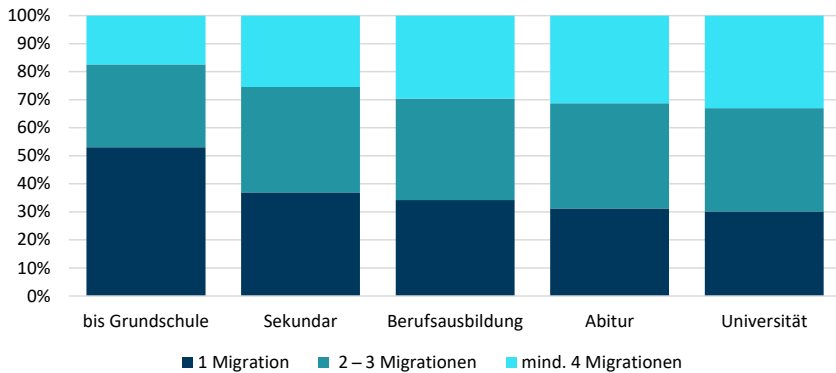
Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Abbildung 2.10 zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen dem höchsten Bildungsabschluss und der Anzahl der Wohnortwechsel. Die über formale Bildung zugänglichen Ressourcen ermöglichen Wanderungen also offensichtlich stärker als die sozialkulturellen Selbstverortungen und die damit verbundenen Gruppenzugehörigkeiten und Netzwerke. Abbildung 2.11 im folgenden Abschnitt zeigt dabei deutlich, dass besonders Türkisch-

49 Erhoben wurden alle Wohnortwechsel nach der ersten internationalen Wanderung. Das können Wohnortwechsel innerhalb des Ruhrgebiets sein, aber auch innerhalb der Herkunftsländer und selbstverständlich alle internationalen Wanderungen. Der Begriff 'Migration' schließt also auch Wohnortwechsel zwischen Ruhrgebietsstädten ein.

und Romanes sprechende Personen niedrige oder keine Bildungsabschlüsse aufweisen. Um den Einfluss vieler Variablen auf ein bestimmtes Merkmal genauer bestimmen zu können, werden im Folgenden die Ergebnisse multivariater Analysen vorgestellt.

Abbildung 2.10: Höchster Bildungsabschluss und Anzahl der Migrationen



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Eine Berechnungsform, die die Vorhersagbarkeit der Varianz der Ausprägungen einer abhängigen Variable durch mehrere gleichzeitig wirkende unabhängige Variablen überprüft, ist die multiple Regression. Um besser einschätzen zu können, welche Merkmale einen Einfluss auf die Anzahl der Wohnortwechsel nehmen, haben wir die soziodemografischen Merkmale *Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Staatsangehörigkeit, Sprachgruppe und rurale oder urbane Herkunft* mit der *Gesamtzahl der Wechsel der Beschäftigungen bzw. des Beschäftigungsstatus* (beschäftigt/nicht beschäftigt) und der *durchschnittlichen Dauer der jeweiligen Aufenthalte* in einer multiplen Regression zusammengeführt und deren Vorhersagekraft auf die Anzahl an Wohnortwechseln überprüft. Die in Tabelle 2.3 dargestellte Regressionsberechnung weist mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit signifikante Einflüsse der aufgeführten unabhängigen Variablen auf das abhängige Merkmal „Anzahl der Migrationen“ auf. Das ANOVA-Modell kann 74 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen erklären.

Tabelle 2.3: Multiple Regression zur Anzahl der Migrationen

Modell: multiple lineare Regression	Standardis. Koeffizienten	T	Sig.
(Konstante)		1,701	0,089
Bildung mehr als Sekundar	-0,040	-1,563	0,119
Sprachgruppe Rum.	-0,038	-0,645	0,519
Sprachgruppe Bulg.	-0,045	-0,757	0,449
Sprachgruppe Rom.	-0,099	-1,873	0,062
Sprachgruppe Tur.	-0,055	-0,915	0,361
Herkunft Stadt-Land	0,042	1,873	0,062
Anzahl Besch.	0,779	34,627	0,000
Dauer Aufenth.	-0,225	-9,741	0,000
Staatsangeh.	0,103	2,178	0,030
Geschlecht	0,071	3,234	0,001
Alter	0,051	2,217	0,027

Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Die Berechnung in dieser wesentlich komplexeren Merkmalskombination ergibt überraschenderweise, dass Bildung (*Bildung mehr als Sekundar*) und die Sprachgruppe (*Sprachgruppe Rum, Bulg., Rom., Tur*) nun keinen signifikanten Einfluss mehr ausüben. Auch ob jemand vor der Ausreise auf dem Land oder in der Stadt gelebt hat (*Herkunft Stadt-Land*), spielt in diesem Modell keine Rolle. Stattdessen ist die zusammengenommene Anzahl der Wechsel der Beschäftigungen bzw. des Beschäftigungsstatus während aller Aufenthalte (*Anzahl Besch.*) die Variable mit der höchsten Erklärungskraft (je mehr Wechsel, desto mehr Wohnortwechsel).⁵⁰ Dahinter folgt die Variable der durchschnittlichen Dauer der jeweiligen Aufenthalte (*Dauer Aufenth.*) (je länger, desto weniger Wohnortwechsel). Das verweist auf die besondere Bedeutung der Eigendynamik von Migrationsprozessen und der Abhängigkeit der jeweils vorgefundenen Möglichkeiten, die eigenen (sich wandelnden) Vorstellungen zu verwirklichen. Diesen Aspekt werden wir in Abschnitt 2.3 bei der Konstruktion der Migrationstypen wieder aufgreifen. Weitere signifikante Variablen sind die Staatsangehörigkeit, Geschlecht und

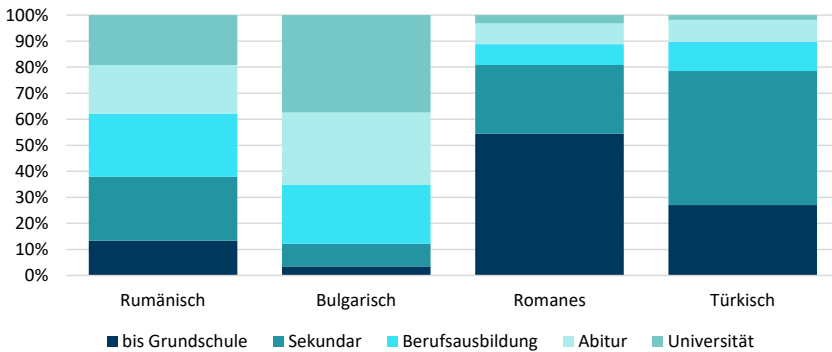
50 Die hervorgehobenen Werte in der Spalte *Sig.* verweisen auf die Variablen, bei denen ein signifikanter Zusammenhang nachgewiesen werden kann. Der Wert in der Spalte *Standardisierte Koeffizienten* verweist auf die Erklärungskraft der jeweiligen signifikanten Variablen. Der höchste Wert der Korrelationsmatrix liegt bei 0,687 und findet sich bei Staatsangehörigkeit und bulgarischer Sprachgruppe. Damit kann eine Multikollinearität ausgeschlossen werden.

Alter. Rumänische Migrierende sowie ältere Befragte haben mehr Wohnortwechsel realisiert. Hingegen sind Frauen weniger mobil als Männer.

Wie verteilen sich sozialkulturelle Merkmale und wer hat welche Orientierungen?

Abbildung 2.11 zeigt hier zunächst, dass romanes- und türkischsprachige Migrierende die stärkste Bildungsbenachteiligung in ihren Herkunftsländern erfahren haben. Diese Ergebnisse bestätigen eine Reihe von umfassenderen Studien zu Diskriminierung, Armut und Ausgrenzung von Minderheitengruppen in osteuropäischen Ländern.⁵¹ Besonders hoch ist der Anteil derjenigen mit höchstens vier Jahren Schulbildung unter Romanesssprachigen. Der Anteil derjenigen mit Sekundarschulabschluss ist unter Türkischsprachigen am größten. In unserer Stichprobe sind Bulgarischsprachige mit den höchsten Anteilen an Abitur- und Universitätsabschlüssen am qualifiziertesten.

Abbildung 2.11: Sprachgruppen und höchster Bildungsabschluss

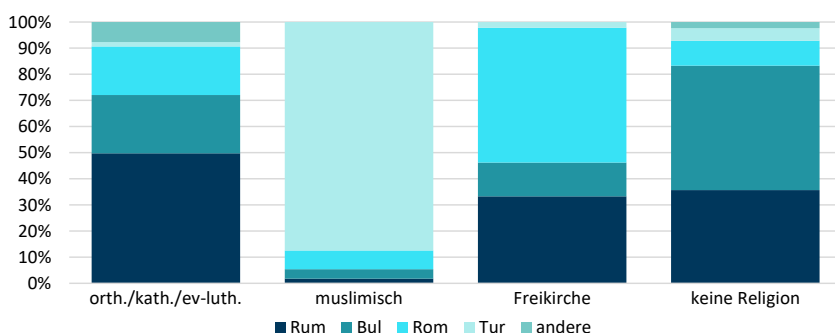


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

51 Vgl. etwa FRA 2022; die Veröffentlichungen des Netzwerks *European Roma Grassroots Organisations Network* (ERGO) <https://ergonetwork.org/publications/>; zu Stolipinovo vgl. Venkov/Panchev 2016 und Venkov 2023; zur türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-minderheit-in-bulgarien-das-erbe-der-100.html>; zu Roma in Rumänien vgl. den Sonderband der *Studia Sociologia*, Vol. 58(2) der Babeş-Bolyai University http://www.studia.ubbcluj.ro/arhiva/cuprins_en.php?id_editie=816&serie=SOCIOLOGIA&nr=2&an=2013.

Religiöse Orientierungen können eine wichtige Bedeutung haben für die Art und Weise, wie soziale Beziehungen innerhalb und außerhalb der eigenen Familie konkret gestaltet werden. Abbildung 2.12 zeigt, dass Türkischsprachige überwiegend muslimischen Glaubens sind und Romanessprachige besonders häufig einer der Freikirchen angehören.⁵² Unter denjenigen, die den großen christlichen Kirchen (orthodox, katholisch, ev.-lutherisch) angehören, repräsentieren Rumänischsprachige die größte Gruppe. Bulgarischsprachige sind am häufigsten konfessionslos. Insgesamt zeigt sich der Großteil der Befragten den traditionellen christlichen Kirchen zugehörig (n=354). Die kleinste Gruppe erklärt sich keiner Religionsgruppe zugehörig (n=41). Das verweist auf die hervorgehobene Bedeutung religiöser Orientierungen für die eigene Identitätskonstruktion und damit auch auf die wichtige Rolle religiöser Gemeinden insgesamt.

Abbildung 2.12: Religion und Sprachgruppe

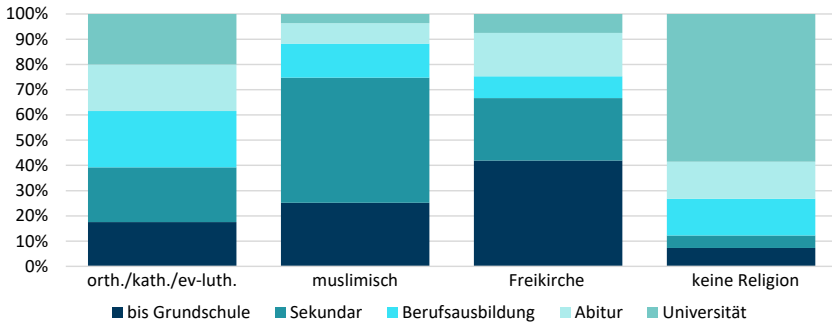


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

In Hinblick auf den Zusammenhang zwischen der Religionszugehörigkeit und dem höchsten Bildungsabschluss zeigt sich, dass die unterschiedlichen Abschlüsse relativ gleich innerhalb der traditionellen christlichen Kirchen verteilt sind. In Freikirchen ist der Anteil derjenigen mit höchstens vier Jahren Schulbildung am größten. Die kleine Gruppe der Religionslosen hat am häufigsten einen Universitätsabschluss.

52 Unter „Freikirchen“ wurden mehrere Glaubensgemeinschaften subsummiert. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gehören der Pfingstkirche an. Die andere Hälfte zählt sich zu einer Anzahl anderer Freikirchen u.a. Baptisten und Zeugen Jehovas.

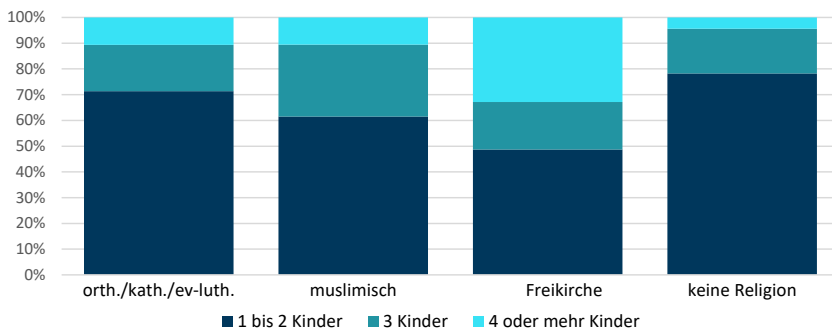
Abbildung 2.13: Religion und höchster Bildungsabschluss



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Eine oft angetroffene Vorannahme bezieht sich auf die *hohe Anzahl von Kindern unter bestimmten Religionsangehörigen und besonders unter Roma-nesssprachigen*. Abbildung 2.14 zeigt hier zunächst, dass der Anteil an Personen mit ein bis zwei Kindern in allen Religionsgruppen am größten ist. Der Anteil derjenigen Familien mit vier oder mehr Kindern ist unter Angehörigen der Freikirchen am höchsten. Hier liegt der Anteil bei rund 30 Prozent, während er bei den anderen christlichen Religionsangehörigen und bei muslimischen Gläubigen nur rund 10 Prozent beträgt. Vergleicht man die Gesamtzahl der Befragten, die ein bis zwei Kinder haben ($n=306$) mit der Zahl derjenigen, die vier oder mehr Kinder haben ($n=65$), dann zeigt sich, dass letztere insgesamt eine kleine Gruppe ausmachen (insgesamt gaben 25 Befragte an, Angehörige einer Freikirche zu sein und 4 oder mehr Kinder zu haben).

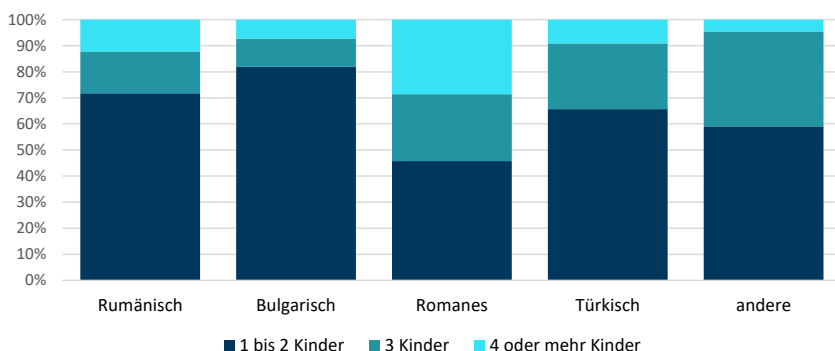
Abbildung 2.14: Religion und Anzahl der Kinder



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den Zusammenhang zwischen den Sprachgruppen und der Kinderanzahl in Abbildung 2.15. Auch hier dominieren ein bis zwei Kinder in allen Gruppen. Romanessprachige besitzen dabei den höchsten Anteil an Personen mit vier oder mehr Kindern (insgesamt gaben 30 Romanes sprechende Befragte an 4 oder mehr Kinder zu haben). Im Hinblick auf den Familienstand ließ sich jedoch kein Zusammenhang mit dem Merkmal Sprachgruppe finden.

Abbildung 2.15: Sprachgruppe und Anzahl der Kinder



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Insgesamt zeigt sich ein diverses Bild des Zusammenhangs zwischen Sprachgruppen, Religionen, familiären Orientierungen und Bildungsabschlüssen. Es ist daher umso wichtiger, die historisch geprägten sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungsdynamiken in den spezifischen Herkunftsregionen wahrzunehmen, um den ausgewählten Zielgruppen die richtigen Angebote zu unterbreiten. So ist etwa durchaus relevant zu fragen, unter welchen Umständen eine Pfingstlergemeinde im Herkunftsort entstanden ist und welche Rolle sie für das Alltagsleben im Herkunft- und Ankunftsort spielt (z.B. im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis oder interethnische Beziehungen).⁵³ Wichtig wäre auch zu klären, wie sich die Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft historisch entwickelt haben, was das für die Teilhabechancen vor Ort bedeutet und welche Zugänge es zu formaler Bildung gibt bzw. welche Relevanz diese für die eigene soziale Positionierung hat.⁵⁴

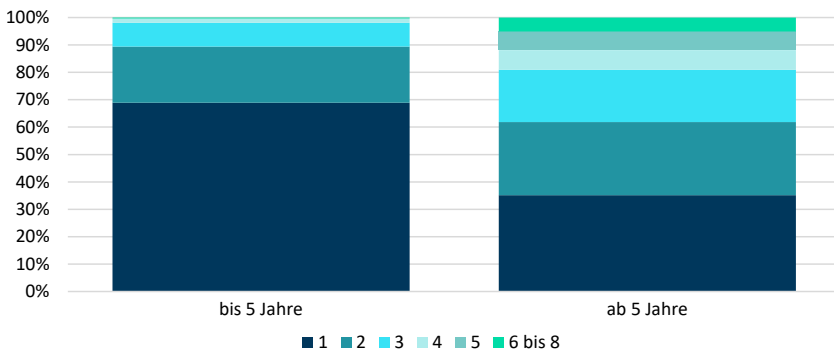
⁵³ Vgl. Martin 2003.

⁵⁴ Vgl. Toma et al. 2018; Tesăr 2015.

Welche Merkmale beeinflussen die Teilhabe am Arbeitsmarkt?

Eine häufige Annahme ist, dass vor allem die gering Gebildeten unter den EU2-Migrierten in den ersten fünf Jahren, in denen sie kein Daueraufenthaltsrecht genießen, 6 monatige Phasen der (oft geringfügigen) Beschäftigung mit Phasen der Arbeitslosigkeit verbinden und so ihren Arbeitnehmerstatus absichern. Dieser Annahme entsprechend würden die Wechsel nach fünf Jahren regulären Aufenthaltes und mit erworbenem Daueraufenthaltsrecht seltener werden bzw. gäbe es die Tendenz dauerhaft Sozialleistungen zu beziehen. Unsere Analysen des Aufenthalts am gegenwärtigen Wohnort zeigen demgegenüber zum einen, dass es keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem höchsten Bildungsabschluss und der Anzahl der Wechsel der Beschäftigungen bzw. des Beschäftigungsstatus (in Beschäftigung/arbeitslos) gibt. Zum anderen wird zwar ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der Anzahl der Wechsel der Beschäftigungen bzw. des Beschäftigungsstatus deutlich. Dieser verläuft aber genau umgekehrt zu der oft angenommenen Richtung des Zusammenhangs (Abbildung 2.16).

Abbildung 2.16: Dauer aktueller Aufenthalt und Anzahl Beschäftigungsverhältnisse



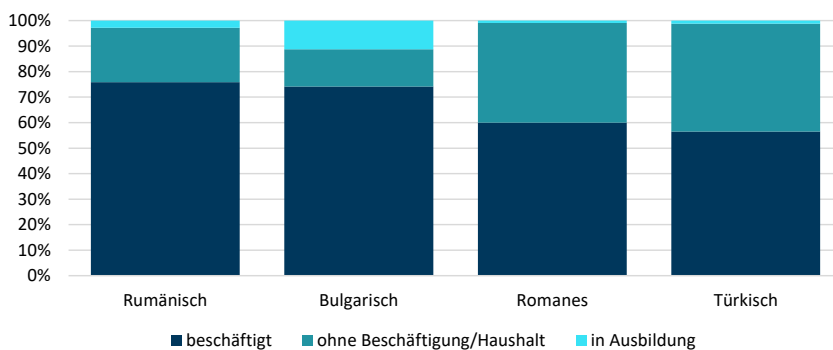
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Bei bis zu fünf Jahren Aufenthaltsdauer dominiert eindeutig ein einziges Beschäftigungsverhältnis (unter 75 Prozent der Befragten). Nach mehr als fünf Jahren Aufenthalt beginnen die Migrierten diese häufiger zu wechseln.

Es lässt sich vermuten, dass die aufenthaltsrechtliche Sicherheit maßgeblich mit dazu beiträgt, sich beruflich verbessern zu können.⁵⁵

Eine weitere Annahme bezieht sich darauf, *dass es besonders Roma sind, die keine Beschäftigung ausüben*. Abbildung 2.17 zeigt, dass der Anteil derjenigen ohne Beschäftigung (bzw. ausschließlich im Haushalt tätig) unter Romanes- und Türkischsprachigen tatsächlich am größten ist (rund 40 Prozent). Jeweils nach Geschlecht unterteilt zeigt sich, dass diese Differenz zu den ausschließlich Rumänisch- und Bulgarischsprachigen vor allem durch die höhere Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen in diesen beiden Gruppen zustande kommt. Hier sind knapp die Hälfte der Befragten, die auch beschäftigt sind, Frauen, während bei den Romanes- und Türkischsprachigen von allen Beschäftigten nur etwa ein Fünftel bis ein Drittel Frauen sind.⁵⁶ In diesen beiden letztgenannten Sprachgruppen gibt es also jeweils mehr nicht am Arbeitsmarkt tätige Frauen als formell Beschäftigte: Von den Romanes sprechenden Frauen waren 20 in Beschäftigung und 30 ohne Beschäftigung; bei den Türkisch sprechenden Frauen waren 10 in Beschäftigung und 22 ohne Beschäftigung. Bei den Rumänisch und Bulgarisch sprechenden Frauen war jeweils eine große Mehrheit aktiv beschäftigt.

Abbildung 2.17: Sprachgruppe und aktueller Beschäftigungsstatus



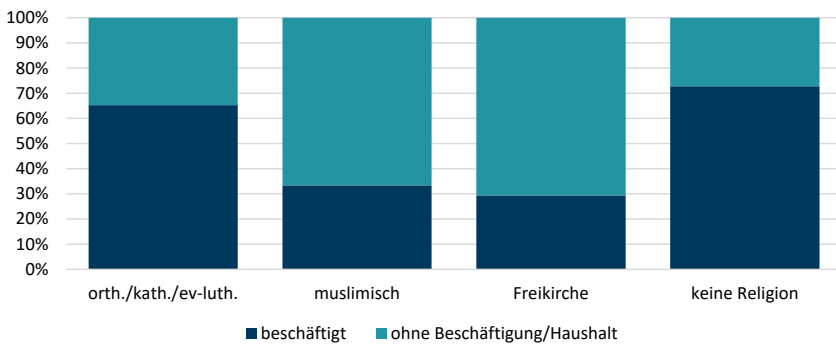
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

⁵⁵ Vgl. Loschert et al. 2023.

⁵⁶ Die Geschlechterverteilung innerhalb der Sprachgruppen gestaltet sich überwiegend ähnlich. In der Gruppe der Türkischsprachigen ist der Anteil der Männer jedoch am höchsten.

Gründe für die geringere Arbeitsmarktbeteiligung können unter anderem kulturell-religiöse Orientierungen und damit verbundene Rollenzuschreibungen innerhalb der Familie sein. Unsere Daten in Abbildung 2.18 zeigen hierbei, dass sich die höchsten Anteile der nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiven Frauen unter den muslimisch Gläubigen und denjenigen die einer Freikirche angehören, finden. Zu beachten ist jedoch die Diversität in den verschiedenen Religionsgemeinden, die hier unter *Freikirchen* subsummiert wurden.

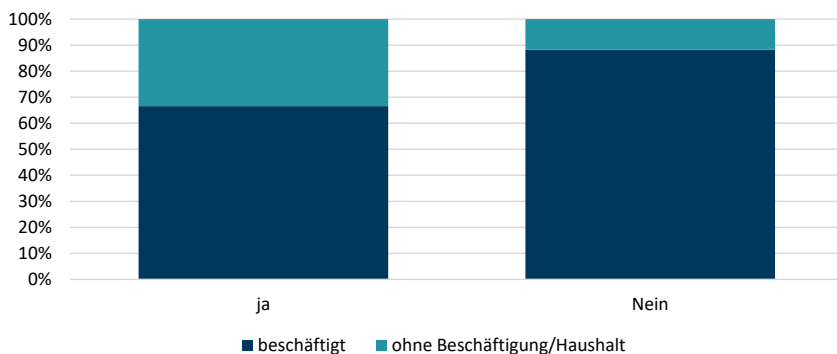
Abbildung 2.18: Religionszugehörigkeit und aktueller Beschäftigungsstatus Frauen



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein konkreter Fall, in dem die innerfamiliäre Rollenverteilung für die Arbeitsmarktteilhabe relevant wird, ist Elternschaft. Unsere Analyse zeigt (Abbildung 2.19), dass sich im Falle von Kindern die Arbeitsmarktteilhabe signifikant verringert. Wenn man dazu gleichzeitig nach Geschlecht kontrolliert (hier nicht dargestellt), verschwindet dieser Zusammenhang bei Männern komplett, während er bei Frauen besonders stark ausgeprägt ist. Dies bedeutet, dass der Beschäftigungsstatus der Männer (arbeitslos oder nicht) nicht signifikant mit der (möglichen) eigenen Vaterschaft korreliert. Frauen hingegen sind vor allem dann ohne reguläre Beschäftigung, wenn sie gleichzeitig Mütter sind.

Abbildung 2.19: Elternschaft und aktueller Beschäftigungsstatus

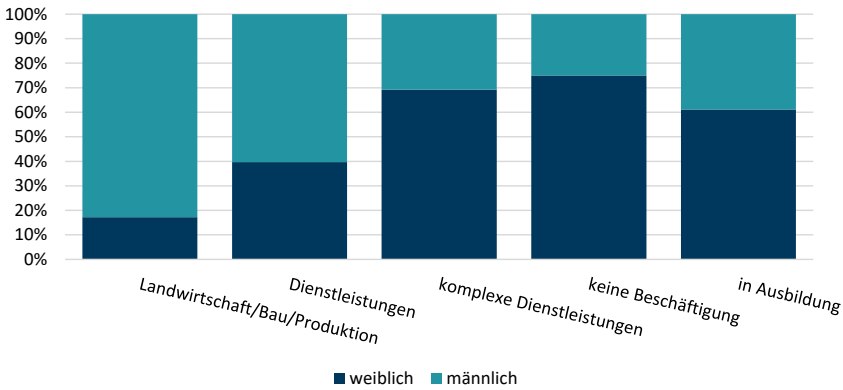


Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Insgesamt sind Frauen zwar viel häufiger nicht auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt als Männer. In unserer Stichprobe sind sie aber im Bereich der komplexen Dienstleistungen wesentlich häufiger vertreten als Männer (Abbildung 2.20). Sie befinden sich zudem häufiger aktuell in einer Ausbildung (zu beachten ist hier eine nur kleine Fallzahl von 18). Männer sind hingegen häufiger in den Bereichen Landwirtschaft/Bau/Produktion und Dienstleistungen vertreten.

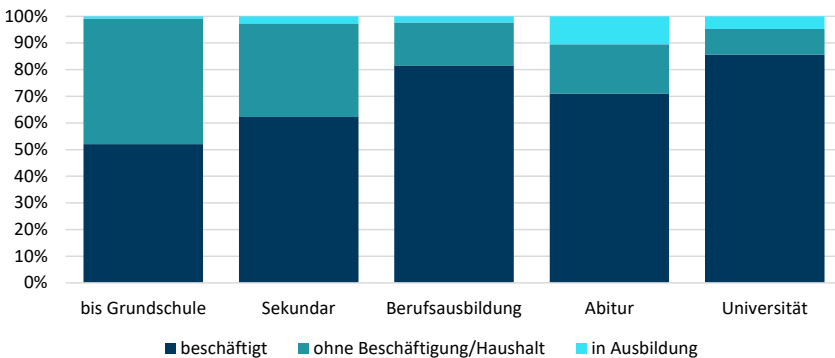
Mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Bildung und dem aktuellen Beschäftigungsstatus in Abbildung 2.21 zeigt sich, dass vor allem die weniger formal Gebildeten häufiger nicht auf dem Arbeitsmarkt tätig sind. Die Befragten mit Berufsausbildung und Universitätsabschluss sind am seltensten nicht beschäftigt. Die Korrelationsanalyse gibt zwar einen statistisch mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit signifikanten Zusammenhang zwischen höchstem Bildungsabschluss und Beschäftigungsstatus aus, dieser ist aber nicht linear in dem Sinne, dass ein höherer Bildungsabschluss eindeutig mit einer höheren Beschäftigungsrate korreliert. Vielmehr gaben diejenigen Interviewten mit Abitur als höchstem Abschluss häufiger als diejenigen mit Berufsschul- oder Universitätsabschluss an, noch in Ausbildung oder ohne Beschäftigung/nur im Haushalt tätig zu sein.

Abbildung 2.20: Aktueller Beschäftigungsbereich und Geschlecht



Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Abbildung 2.21: Höchster Bildungsabschluss und aktueller Beschäftigungsstatus

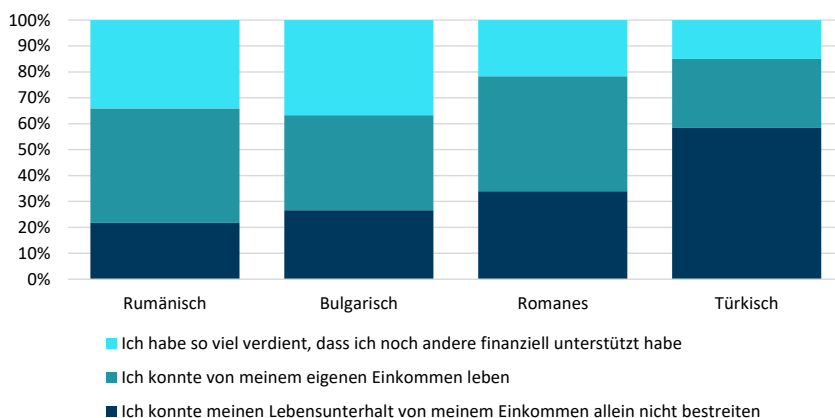


Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Wir haben die Interviewten auch gefragt, inwieweit sie ihren eigenen Lebensunterhalt von dem durch die Arbeit erwirtschafteten Einkommen bestreiten können. Nach Sprachgruppe analysiert, gelingt dies gegenwärtig am ehesten den Rumänischsprachigen und am seltensten den Türkischsprachigen (Abbildung 2.22). Unter Bulgarischsprachigen ist der Anteil derjenigen am größten, die vom eigenen Einkommen auch noch andere unter-

stützen können. Romanesssprachige geben seltener als Türkischsprachige an, vom eigenen Einkommen nicht leben zu können, sie können jedoch ähnlich selten auch noch andere unterstützen. Wenn man die gleiche Analyse unter Einbezug des höchsten Bildungsabschlusses als Kontrollvariable durchführt (nicht abgebildet), ist der Zusammenhang nur noch bei denjenigen mit Grundschulbildung signifikant. Das weist daraufhin, dass das Merkmal Bildungsabschluss einen größeren Einfluss auf die Bewertung des Einkommens hat als die Zuordnung zu einer Sprachgruppe. Es bleibt aber auffällig, dass besonders Türkischsprachige angeben, nicht vom eigenen Einkommen leben zu können.

Abbildung 2.22: Sprachgruppe – Aussagen zum aktuellen Einkommen



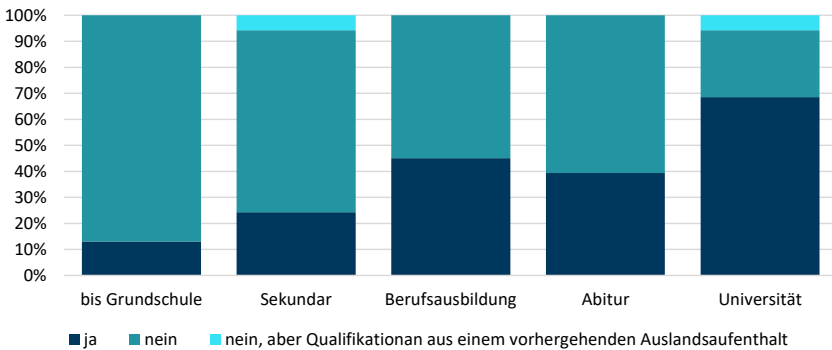
Quelle: eigene Berechnung nach Züsado-Daten

Welche Fähigkeiten bringen Migrierte noch mit und wer hat welche Bedürfnisse?

Oft werden erlernte Fähigkeiten und Fertigkeiten aus früheren Arbeitserfahrungen nicht (an)erkannt oder es wird angenommen, dass darunter *kaum relevante Erfahrungen für den deutschen Arbeitsmarkt* sind. Unsere Ergebnisse zeigen, dass besonders in komplexeren Mobilitätsverläufen eine Vielzahl oft verschiedenartiger Beschäftigungen ausgeführt wurden. Dazu wurden Netzwerke aufgebaut, Sprachen und andere Kompetenzen des ‚Sichzurechtfindens‘ erlernt und angewandt. Schließlich sahen sich viele Migrierende auch in die Lage versetzt, ihre Familienbeziehungen

grenzüberschreitend organisieren zu müssen. Im Abschnitt 2.3 zu Mobilitäts- und Beschäftigungsverläufen sowie zu Migrationstypen werden diese Aspekte erneut aufgegriffen. An dieser Stelle soll ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und der Anerkennung von Qualifikationen in der aktuellen Beschäftigung genügen (Abbildung 2.23). Es geht dabei um Anerkennung im weiteren Sinne, also inwieweit erworbene (auch informelle) Qualifikationen bei der Besetzung einer bestimmten Stelle und der Zuweisung bestimmter Tätigkeiten berücksichtigt werden. Die Analyse zeigt, dass es den am höchsten Gebildeten am ehesten gelingt, Qualifikationen aus dem Herkunftsland bzw. aus früheren Auslandsaufenthalten anerkennen zu lassen. Trotzdem ist auch hier der Anteil an Personen, denen das nicht gelingt, mit 25 Prozent recht hoch. Auch die Befragten mit Abitur oder einer im Herkunftsland erworbenen Berufsausbildung gelingt eine Anerkennung in rund 60 Prozent der Fälle *nicht*. Die niedrigsten Anerkennungsraten finden sich bei denjenigen mit höchstens vier Jahren Schulbesuch und denjenigen mit Sekundarabschluss.

Abbildung 2.23: Höchster Bildungsabschluss und Qualifikationsanerkennung

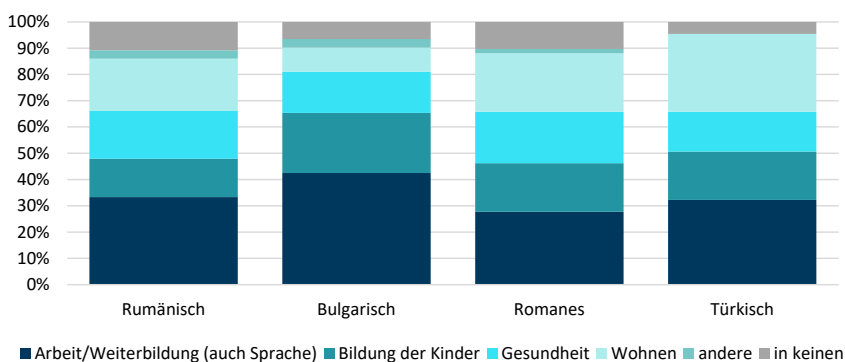


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Eine weitere Vorannahme im Hinblick auf Interessen bzw. Bedarfe und daran auszurichtende Unterstützungsmaßnahmen betreffen wiederum Roma. Oft werden ihnen *mangelndes Interesse an der Schulbildung ihrer Kinder* oder eine gewisse *Genügsamkeit im Hinblick auf ihre berufliche Positionierung* zugeschrieben. In Abbildung 2.24 wird demgegenüber deutlich, dass die Befragten aller Sprachgruppen den größten Unterstützungsbedarf im Bereich Arbeit/Weiterbildung (inkl. Sprache) sehen (rund 30 Prozent der

Antworten). Auch der Vergleich zwischen Rumänischsprachigen und Romanes- und Türkischsprachigen zeigt eher geringe Unterschiede. Häufiger als in den anderen Sprachgruppen wird der Bereich Arbeit von Bulgarischsprachigen genannt. Auch im Bereich Bildung der Kinder finden sich nur relativ geringe Abweichungen (rund 20 Prozent der Antworten). Hierauf bezogene Unterstützungsbedarfe werden nur von Bulgarischsprachigen etwas häufiger genannt (Bulgarischsprachige sind im Sample etwas höher gebildet). Wesentlich öfter als in den anderen Sprachgruppen erwähnen Türkischsprachige Unterstützungsbedarf im Bereich Wohnen (knapp 30 Prozent der Antworten). Auch Romanesssprachige äußern dies öfter als Rumänisch- und Bulgarischsprachige. Der Bereich Gesundheit wird von Romanesssprachigen öfter erwähnt als von anderen Sprachgruppen (rund 20 Prozent der Antworten).

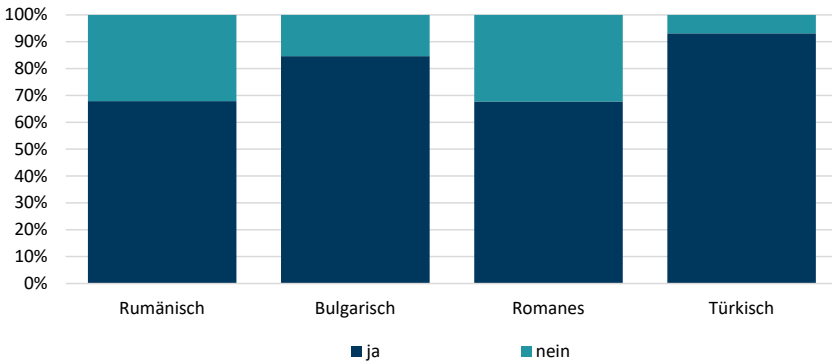
Abbildung 2.24: Sprachgruppen und Unterstützungsbedarfe



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Ein genauerer Blick auf den Teil der Stichprobe, dessen Kinder eine Schule in Deutschland besuchen, zeigt, dass besonders Romanes- und Rumänischsprachige weniger zufrieden sind mit der Art und Weise, wie die Bedürfnisse ihrer Schulkinder behandelt werden (Abbildung 2.25). Für mehr als 30 Prozent der Befragten beider Gruppen werden die Bildungsinstitutionen den Ansprüchen der Eltern also nicht vollumfänglich gerecht. Besonders hohe Zustimmungswerte finden sich demgegenüber unter Türkischsprachigen. Sie schätzen auch die Bildungschancen ihrer Kinder als sehr gut ein (nicht dargestellt).

Abbildung 2.25: Sprachgruppen und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Schulkindern



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Aus der Diskriminierungsforschung wissen wir, dass Diskriminierung insbesondere von höher gebildeten Menschen wahrgenommen und benannt wird.⁵⁷ Auch unsere Ergebnisse zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Diskriminierungswahrnehmung. Etwas mehr als die Hälfte derjenigen mit Universitätsabschluss stimmen der Frage zu, ob sie sich manchmal schlechter behandelt fühlen als andere Menschen. Bei denjenigen mit Abitur sind dies nur etwas mehr als 40% und die niedrigsten Zustimmungswerte mit knapp unter 40 Prozent finden sich bei den Befragten mit Grundschulbildung.

Einschätzung der Teilhabechancen im Ruhrgebiet und Migrationsabsicht

Der folgende Abschnitt bezieht sich auf die Zukunftsaussichten der Befragten im Hinblick auf wesentliche Aspekte ihres Lebens. Insgesamt sehen die Befragten ihre Zukunft positiv bezogen auf Arbeit, Wohnen und ihr Leben generell, gleichwohl gibt es hier Unterschiede nach dem Bildungsgrad und den Sprachgruppen. Die unteren beiden Bildungsgruppen (Grund- und Sekundarabschluss) halten es häufiger für eher unwahrscheinlich, in der Region langfristig einer geregelten und gut bezahlten Beschäftigung nachzugehen. Betrachtet man die Befragten nach den einzelnen Sprachgruppen, so zeigt sich, dass unter den Türkischsprachigen der Anteil derjenigen am

57 Vgl. El-Mafaalani 2021.

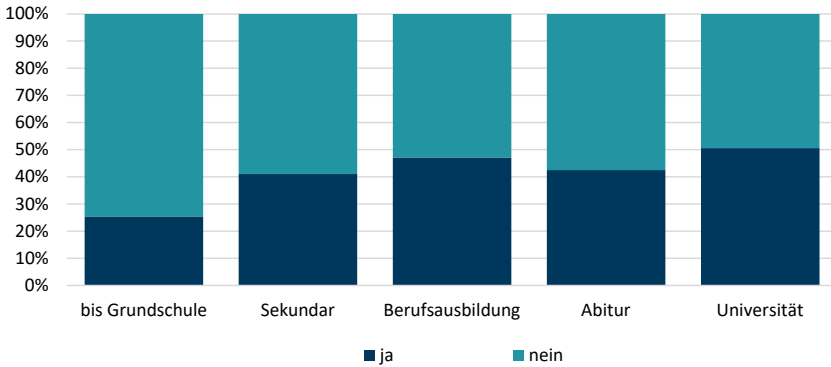
höchsten ist, die positive Zukunftsaussichten bezogen auf Arbeit für eher unwahrscheinlich halten.

Ein ähnliches Muster findet sich im Hinblick auf die Einschätzung des Zugangs zu angemessenem Wohnraum. Diejenigen mit Sekundarabschluss, unter denen Türkischsprachige deutlich überrepräsentiert sind, erweisen sich als am skeptischsten gegenüber ihren Teilhabechancen im Bereich Wohnen (siehe auch den höheren Unterstützungsbedarf im Bereich Wohnen in Abbildung 2.24). Der Zusammenhang zwischen Sprachgruppe und der Einschätzung zum Wohnraum zeigt hingegen keine Signifikanz.

Bei der Frage, für wie wahrscheinlich die Befragten es halten, in der Region insgesamt ein Leben gemäß den eigenen Vorstellungen führen zu können, zeigen diejenigen mit den mittleren Bildungsgraden Sekundarabschluss und Berufsausbildung die höchsten Ablehnungswerte (rund 30 Prozent). Unter Personen mit Grundschulbildung ist der Anteil derjenigen mit einer positiven Einschätzung hingegen am höchsten (rund 85 Prozent). Nach Sprachgruppe sortiert, zeigt sich deutlich, dass Türkischsprachige den höchsten Anteil derjenigen aufweisen, die es für (eher) unwahrscheinlich halten, in der Region ein Leben zu führen, das den eigenen Vorstellungen entspricht (knapp 40 Prozent). Die höchsten Anteile mit (eher) positiver Einschätzung finden sich in den Gruppen der Rumänisch- und Romanesssprachigen (jeweils rund 80 Prozent).

Abschließend zeigt Abbildung 2.26 den Zusammenhang zwischen höchstem Bildungsabschluss und erneuter Migrationsabsicht. Sie bezieht sich damit weniger auf eine häufig geäußerte Vorannahme als auf eine Notwendigkeit, die nicht nur auf kommunaler Ebene im Ruhrgebiet, sondern bundesweit als solche erkannt wird. Es geht um die Bemühungen, *eine dauerhafte Einwanderung von Fachkräften zu stimulieren bzw. so zu agieren, dass die hier bereits Lebenden nicht wieder wegziehen*. Unserer Frage, ob ein erneuter Umzug in den nächsten ein bis fünf Jahren wahrscheinlich ist stimmen jedoch fast die Hälfte der Befragten mit Universitätsabschluss zu. Der Anteil an Weiterwanderungswilligen ist hier größer als in allen anderen Bildungsgruppen. Besonders groß ist der Kontrast zu Befragten mit Grundschulbildung (25 Prozent). Von allen Befragten, die einen weiteren Umzug für wahrscheinlich halten und ungefähre Vorstellungen vom Zielort haben, würden rund 60 Prozent in ihre Herkunftsländer zurückkehren, 17 Prozent würden in ein anderes Land migrieren und die restlichen 23 Prozent würden eher innerhalb Deutschlands umziehen (nicht dargestellt).

Abbildung 2.26: Höchster Bildungsabschluss und wahrscheinlicher Umzug in 1-5 Jahren



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Zwischenfazit

In Abschnitt 2.1 und 2.2 konnten wir zeigen, dass die häufig geäußerten und eher pauschalen Vorannahmen in Bezug auf die Migrationsmotive, -umstände, Eigenschaften und Orientierungen von rumänischen und bulgarischen Migrierten einer empirischen Analyse häufig nur bedingt standhalten. Besser geeignet sind teilgruppenspezifische und an konkreten Bedarfen orientierte Analysen als Grundlage für die Entwicklung konkreter Maßnahmen. Es bestätigt sich, dass Romanes- und Türkischsprachige in ihren Herkunftsländern die größte Bildungsbenachteiligung erfuhren, die größten Schwierigkeiten hatten, sich und ihre Familien angemessen zu versorgen, und dass diese Umstände ein wichtiges Motiv für ihre erste internationale Migration kennzeichneten. Unsere Daten relativieren fast alle gängigen (Vor-)Urteile gegenüber „den Roma“. Erstens lässt sich unter den von uns Befragten keine einheitliche Roma-Gruppe identifizieren. Wir haben es vielmehr mit heterogenen, sich hinsichtlich vieler Merkmale, wie etwa der Erstsprache, der religiösen Orientierung, dem Herkunftsland oder dem höchsten Bildungsabschluss ausdifferenzierenden Teilgruppen zu tun. Zweitens können wir zwar viele statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen personenbezogenen Merkmalen und beschäftigungs-, bildungs- sowie wohnungsrelevanten Faktoren identifizieren. Diese Zusammenhänge

entsprechen aber ebenfalls kaum den gängigen Klischees etwa der romanesprechenden Arbeitslosen oder Hochmobilen.

Zu der Gruppe mit dem größten Unterstützungsbedarf zählen romanesprachige Mütter mit niedriger formaler Bildung und freikirchlichen Glaubens (in besonders an traditionellen Geschlechterrollen orientierten Gemeinden) sowie deren Kinder. Türkischsprachige scheinen ihre mit der Migration verbundenen Erwartungen am wenigsten erfüllt zu sehen. Sie zeigen die höchsten Werte bei einer eher negativen Einschätzung ihrer Zukunftsperspektiven im Hinblick auf Arbeit, Wohnen und generell auf ein Leben entsprechend ihrer Vorstellungen. Es lässt sich vermuten, dass sie eben nicht im Rahmen der Netzwerke der alteingesessenen Türkischsprachigen, die ihre Teilhabe in den Ankunftsgesellschaften insgesamt erleichtern, eingereist sind. Stattdessen befinden sie sich als Außenseiter wohl noch immer auf benachteiligten Position innerhalb und außerhalb dieser Beziehungsnetzwerke.⁵⁸

Am gegenüberliegenden Ende des Spektrums befinden sich diejenigen mit Universitätsabschluss. Sie zeigen zwar mit die positivsten Einschätzungen im Hinblick auf ihre Teilhabechancen in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Lebensgestaltung generell. Gleichzeitig nehmen sie aber am häufigsten Diskriminierungen wahr und können sich am ehesten vorstellen, das Ruhrgebiet wieder zu verlassen. Wie wir im folgenden Abschnitt 2.3 zeigen werden, sind unter ihnen besonders häufig transnationale Migrierende. Es lässt sich annehmen, dass sie ihre Erfahrungen im Ruhrgebiet mit denen in anderen Ankunftsändern und -regionen vergleichen und am ehesten über grenzüberschreitende Netzwerke verfügen, die eine erneute Migration erleichtern können. Um diese Gruppe zum Verbleib in der Region zu bewegen, werden querschnittsübergreifende Bemühungen notwendig sein.

Aus den Befunden lassen sich einige unstrittige Empfehlung ableiten. Es sollten z.B. die informell erworbenen Fähigkeiten, die Bereitschaft zur Weiterbildung sowie die Unterstützungsbedarfe in den Bereichen Bildung, Wohnen und Gesundheit stärker Beachtung finden, wenn erreicht werden soll, dass Migrierende wirklich ankommen und ihre Teilhabe eigenständig gestalten können.

58 Vgl. Ceylan 2018.

2.3 Mobilitätsmuster und Migrationstypen

Die vorangegangenen zwei Abschnitte 2.1 und 2.2 haben ein vielfältiges und differenziertes Bild der Migrationsdynamiken und Migrierenden zwischen dem Ruhrgebiet und Rumänien bzw. Bulgarien gezeichnet. Sozialwissenschaftliche Studien sollten jedoch bei aller gebotenen Differenzierung auch anstreben, die komplexe Wirklichkeit so zu beschreiben und zu erklären, dass ein besseres Verständnis daraus erwachsen kann sowie die Fähigkeit, praktische Schlussfolgerungen abzuleiten. Um unser Wissen über soziale Phänomene wie die Migrationsdynamiken von Menschen zu organisieren und besser verständlich zu machen, hat sich die sozialwissenschaftliche Methode der Typenbildung als besonders nützliches Werkzeug erwiesen. Man greift dabei oft auf die Konstruktion von *Idealtypen* zurück, die bestimmte Merkmale und deren spezifische Ausprägungen hervorheben, die als jeweils ‚typisch‘ angesehen werden können. Dadurch schaffen sie eine gewisse Konsistenz und machen komplexe soziale Phänomene besser zugänglich. In der empirischen Wirklichkeit lassen sie sich in dieser ‚idealen‘ Form jedoch kaum finden.⁵⁹

Die im Folgenden vorzustellenden Idealtypen der Migration sind also keine starren Klassifikationen, sondern ein Vorschlag, das tatsächliche Migrationsgeschehen besser einordnen und verstehen zu können. Das wichtigste Kriterium einer guten Typologie ist ihre *Erklärungsmächtigkeit*. Die konkreten handelnden Akteure sind dabei nicht ein-zu-eins jeweils einem Typus zuzuordnen. Ziel ist es vielmehr, dass möglichst viele konkrete Fälle durch die Typenbildung angemessen gruppiert und als einem Idealtypus nahekommend eingeordnet werden können. Die Idealtypen sollen dabei in sich möglichst stimmige und voneinander unterschiedene Erklärungen liefern. Die hier vorgestellten vier Migrationstypen beruhen dabei auf einer Kombination aus deduktiven und induktiven Verfahren. Einerseits wird eine Unterscheidung idealtypischer Migration aufgrund anderer Forschungserfahrungen und Studienergebnisse (deduktiv) eingebracht, andererseits werden die eigenen Befragungsergebnisse dieser Studie (induktiv) durch Clusteranalysen sinnvoll gruppiert. Dabei zeigt sich, dass die folgende Typisierung nicht nur die Gruppe rumänischer und bulgarischer Migrierter im Ruhrgebiet gut abbildet, sondern auch eine gewisse Allge-

59 Zu Konzepten der Typenbildung in den Sozialwissenschaften vgl. Merz-Benz/Wagner 2007; Kelle/Kluge 2010.

meingültigkeit besitzt. Sie eignet sich daher auch gut zur unterstützenden Orientierung für Akteure des lokalen Integrationsmanagements.

Die verschiedenen Typisierungsvorschläge der Migrationsforschung legen je unterschiedliche Schwerpunkte bei der Auswahl der Merkmale, die Migrationen im Allgemeinen kennzeichnen. Diese können sein: *Migrationshäufigkeit*, *Migrationsrouten*, *Gründe* und *Umstände*, unter denen sie stattfinden, *Dauer des Aufenthalts* an den verschiedenen Orten, *soziale Beziehungsstrukturen* sowie *sozialkulturelle Selbstverortungen* und *Absichten*.⁶⁰ Neben den klassischen Migrationstypen der Einwanderung, Rückkehr und Pendelwanderung⁶¹ heben neuere Studien auch den Typ der transnationalen Migration hervor.⁶² Der Begriff transnational bezieht sich auf Prozesse, durch die Migrierte "vielschichtige soziale Beziehungen aufbauen und aufrechterhalten, über die sich Herkunfts- und Ankunftsgesellschaften miteinander verbinden" (Basch et al. 1994: 6). Transnationale Migrierende haben also grenzüberschreitende, pluri-lokale Lebensbezüge, die sich über mehrere Länder erstrecken und auf die sich ein bedeutender Teil ihrer (wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch orientierten) Handlungspraktiken ausrichtet. Wo diese hinreichend beständig, dicht und häufig sind, bilden sie transnationale soziale Räume, die das Alltagsleben sowohl von Migrierenden als auch von Nicht-Migrierten erheblich beeinflussen.⁶³ Diese transnationale Forschungsperspektive auf Migrationen als im Zeitverlauf andauernde soziale Phänomene und auf damit verbundene Prozesse gesellschaftlichen Wandels ist in den frühen 1990er Jahren mit Blick auf Migrationsdynamiken zwischen den USA und der Karibik bzw. Mexiko entstanden. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Intensivierung von Globalisierungsprozessen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Auch im europäischen Raum hat sich die Migrationsforschung weiterentwickelt, um die zunehmende Komplexität von Migrationen angemessen erfassen zu können. Nicht zuletzt die beiden EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 haben zu einem grundlegenden Wandel in Umfang, Richtung und Dynamik grenzüberschreitender Mobilität geführt.⁶⁴ Schätzungen ergeben, dass allein in den zehn Jahren zwischen 2004 und 2014 etwa 5

60 Vgl. Pries 2024.

61 Vgl. Massey et al. 1987; Cerase 1974.

62 Vgl. Basch et al. 1994; Pries 2001; Vertovec 2009; Anghel et al. 2019a.

63 Vgl. Levitt/Schiller 2004; Pries 2010a; Faist et al. 2014.

64 Vgl. Schramm 2025 für einen Überblick zu Bedingungen und Charakteristika von Intra-EU Mobilität sowie für eine Kurzfassung der hier vorgestellten Mobilitätsmuster und Migrationstypologie.

Millionen ‚neue‘ EU-Bürger und Bürgerinnen in die ‚alten‘ EU-15-Länder umgezogen sind (Engbersen 2018: 63). Insgesamt hat sich so seit der Jahrtausendwende die Gesamtzahl der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenen wohnen mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig bei etwa 15 Millionen (Wiśniowski et al. 2023). Gleichzeitig ziehen jährlich Millionen von Menschen in einen EU-Staat oder verlassen diesen, inkl. ihres eigenen. 2019 taten dies rund 3 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger (Hassan et al. 2023: 47ff.).

Engbersen und Snel (2010) beschreiben in ihren Untersuchungen *Liquid migration* als einen neueren Typ der Migration, der zumindest auf einen Teil der mittel- und osteuropäischen Migrierenden zutrifft. *Liquid migration* hebt die Temporalität und Zirkularität der Mobilitätsmuster hervor, bei der es oft zu keiner melderechtlichen Registrierung kommt. Das verringert auch die Sichtbarkeit dieser Gruppe Migrierender. *Liquid migration* kann als reguläre Arbeitsmigration verstanden werden, deren Vorhersehbarkeit aber zunehmend schwieriger wird: „Arbeitsmigranten reagieren auf die sich verändernden Bedingungen auf den verschiedenen Arbeitsmärkten europäischer Länder und passen sich ihnen an“ (ebd.: 34). Dabei werden kurze und lange Aufenthalte in verschiedener Weise miteinander kombiniert. Schließlich ist dieser Migrationstyp weniger stark an familiäre Verpflichtungen gebunden. Mit der Migration werden selten ganz konkrete Ziele verbunden und zukünftige Lebensprojekte sind tendenziell eher offen. An anderer Stelle unterscheiden Engbersen et al. (2013) vier Typen, je nach der Intensität der (sozialkulturellen, wirtschaftlichen und politischen) Bindungen an das Ankunfts- und das Herkunftsland. *Footloose migrants* stehen dabei auf der einen Seite des Spektrums mit schwachen Bindungen an beide Länder. *Bi-national migrants* finden sich am entgegengesetzten Ende mit starken Bindungen sowohl an das Herkunfts- als auch an das Ankunftsland. Schwach/starke Kombinationen finden sich bei *circular migrants* (schwache Bindung an das Ankunftsland, starke Bindungen an das Herkunftsland) sowie bei klassischen *Settlement migrants* (schwache Bindung an das Herkunftsland, starke Bindung an das Ankunftsland) (ebd.: 977).

Andere Typologisierungen fokussieren sich stärker auf die Muster von Mobilitätsverläufen zwischen verschiedenen Ankunftsländern oder zwischen Ankunfts- und Herkunftsländern. Sie schauen dabei auf Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen von Migrierenden, die Rolle von sozialen Netzwerken und sich verändernde Rahmenbedingungen. Ciobanu (2015) erläutert Bedingungen für und Folgen von *multiple mi-*

grations rumänischer Migrierender. Ahrens und King (2023) untersuchen Mobilitätsverläufe als *onward migration* und die dabei entstehenden transnationalen Beziehungsgeflechte und sozialen Praktiken. Sie beziehen sich auf verschiedene Gruppen von Migrierenden innerhalb und außerhalb Europas. Salamońska und Czeranowska (2021) beschreiben die Häufigkeit des Auftretens einmaliger (*one-off*), mehrfacher (*multiple*) und sich wiederholender (*repeat*) Migrationen auf spezifischen Korridoren innerhalb der EU und den Zusammenhang mit soziodemografischen Merkmalen der Migrierenden wie Geschlecht, Alter, Bildung (der Eltern), Beschäftigungsstatus, Familienstand oder unterschiedliche Staatsangehörigkeiten innerhalb von Familien. Paul und Yeoh (2021) heben die Rolle von Migrations-Infrastrukturen in *multinational migrations* hervor. Der Begriff Migrations-Infrastrukturen bezieht sich auf kommerzielle Akteure wie Rekrutierungsagenturen oder informelle Vermittler, regulatorische Rahmenbedingungen und Prozesse, materiell-technologische Strukturen für Kommunikation und Transport, humanitäre Organisationen und schließlich soziale Migrationsnetzwerke, die Migrationen ermöglichen und ihre konkrete Ausgestaltung beeinflussen (ebd.: 8).

Die im Folgenden vorzustellenden Typen rumänischer und bulgarischer Migration in das Ruhrgebiet sind wie bereits angedeutet einerseits aus dem Stand der sozialwissenschaftlichen Literatur (deduktiv) abgeleitet und andererseits gewonnen bzw. befestigt auf der Grundlage der empirischen Datenerhebung. Wir orientieren uns dabei an den bereits von Pries (2004) vorgeschlagenen vier Idealtypen der *Einwanderung/Auswanderung*, *Rückkehr*, *Pendelwanderung* und *transnationalen Migration*. Diese Typologie eignet sich besonders gut, da sie räumliche und zeitliche Dimensionen von Mobilitätsverläufen und subjektive Orientierungen der Migrierenden miteinander kombiniert. Sie kann auch den größten Teil der in der sozialwissenschaftlichen Forschung vorgeschlagenen und oben skizzierten Migrationstypen integrieren.⁶⁵

65 Die folgenden Ausführungen sind aus Pries 2024, Abschnitt 3.1 entnommen.

Tabelle 2.4: Vier Idealtypen von Migration

	Auswanderung/ Einwanderung	Rückkehr- wanderung	Zirkuläre Wanderung	Transnationale Wanderung
Anzahl Landeswechsel	einer	zwei	viele	viele
Ortsbezüge	bi-lokal	bi-lokal	pluri-lokal	pluri-lokal
Lebensmittelpunkt, soziale Bindungen	von Herkunfts- zu Ankunftsland	Herkunftsland	Herkunftsland	pluri-lokal
Migrationsgründe und -kontexte	komplex, besseres Leben	Arbeit, Bildung, Flucht	Arbeit, oft saisonal	komplex, 'Risiko- diversifizierung'
Sozialkulturelle Selbstverortung	von Herkunfts- zu Ankunftsland	Herkunftsland	Herkunftsland	transnational

Quelle: Pries 2024: Abschnitt 3.1

Ein klassischer Migrationstyp ist die *Aus- bzw. Einwanderung*. Seit der Gründung des Deutschen Reiches bis zum Ersten Weltkrieg wanderten mehr als fünf Millionen Menschen aus Deutschland aus. Die USA, Kanada und Australien, aber auch Brasilien, Argentinien und Chile gelten als klassische Einwanderungsländer für weitere Millionen Migrierende aus Europa.⁶⁶ Die Grundidee bei diesem Typus von Wanderung ist, dass ein einmaliger Landeswechsel vom Herkunfts- zum Ankunftsland erfolgt und dann auch eine schrittweise Verschiebung des Lebensmittelpunktes und der sozialen Bindungen in das Ankunftsland erfolgt. Entsprechend verändert sich auch nach und nach die sozialkulturelle Selbstverortung, eventuell erst in der zweiten Einwanderungsgeneration, aber doch mehr oder weniger linear vom Herkunfts- zum Ankunftsland. Millionen von Auswandernden aus Europa entsprachen mehr oder weniger diesem Typus. Die Auswanderungsgründe können vielfältig und komplex sein - von der Suche nach Beschäftigung bis zur Flucht vor Verfolgung -, immer geht es aber um die Suche nach einem besseren Leben.

Allerdings entwickelte sich auch ein nicht geringer Teil – Schätzungen gehen je nach Länderkontext von einem Fünftel bis zu einem Drittel – von geplanter Auswanderung zum zweiten Typus, der Rückkehrwanderung

66 vgl. Bade/Oltmer 2008 für Deutschland; weitere Nachweise in der entsprechenden Enzyklopädie; vgl. auch <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/252241/geschichte-der-migration-in-deutschland/>; <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/341068/geschichte-der-migration-nach-und-aus-deutschland/>.

aus den USA in Herkunftsländer wie Schweden, Italien oder Deutschland (Smith 1997 und 2001). Hierbei handelte es sich um enttäuschte, nicht erfolgreiche oder marginalisierte Migrierende, die wieder zurückkehrten. Der Typus der *Rückkehrwanderung* war vor allem prominent in der Figur des ‚Gastarbeiters‘. Nachdem schon seit den 1920er Jahren zwischen vielen europäischen Ländern Abkommen zur befristeten Arbeitsmigration abgeschlossen worden waren, migrierten ab den 1950er Jahren Millionen von Arbeitsuchenden auf der Basis von Anwerbeabkommen nach Deutschland, Frankreich oder andere Länder. Rückkehrwanderung hat ebenfalls einen bi-lokalen, nur auf das Herkunfts- und Ankunftsland ausgerichteten Ortsbezug. Die Gründe für diesen Typus von Migration reichen von Arbeit und Beschäftigung über Ausbildung und Studium bis hin zu Flucht als vorübergehendem Auslandsaufenthalt. Immer bleibt hier das Herkunftsland der Bezugspunkt für soziale Bindungen und sozialkulturelle Selbst- und hier auch Fremdverortung. Gastarbeitende selbst und auch die aufnehmenden Länder erwarten, dass es zu einer Rückkehr in das Herkunftsland kommt. Studierende, die einige Semester oder ein ganzes Studium im Ausland verbringen, mögen auf eine Rückkehr in das Herkunftsland orientiert sein, und Flüchtlinge hoffen in der Regel, möglichst rasch wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Ein dritter Migrationstypus ist der der *zirkulären Wanderung*. Hierbei bleibt die sozialkulturelle Orientierung und auch der Lebensmittelpunkt auf das Herkunftsland bezogen, aber die Ortswechsel können vielfältig sein und sich auch auf ganz unterschiedliche Länder beziehen. So können etwa Arbeitsmigrierende saisonal – etwa erst zur Spargel- später zur Apfel- oder Walnussernte – in verschiedenen Ländern aktiv sein und immer wieder in ihre Herkunftsgemeinde zurückkehren. Beschäftigte großer multinationaler Unternehmen oder internationaler Organisationen (von den Vereinten Nationen über das Internationale Rote Kreuz bis hin zu Nichtregierungsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder Greenpeace) können mehrjährige Arbeitsaufenthalte in den verschiedensten Ländern absolvieren. Auch werden die Beschäftigten von diplomatischen Corps in variierende Länder geschickt. In allen Fällen bleibt der identifikative Bezug und der Lebensmittelpunkt auf das Herkunftsland ausgerichtet.

Ein vierter Idealtypus ist schließlich die *transnationale Migration*, bei der sich Lebensmittelpunkte und soziale Netzwerkbeziehungen pluri-lokal über verschiedene Länder und Orte hinweg aufspannen. Die sozialkulturelle Selbstverortung ist nicht mehr eindeutig auf ein Herkunfts- oder Ankunftsland, sondern auch über lange Zeiträume und Generationen hinweg

pluri-lokal ausgerichtet. Zwischen Mexiko oder der Dominikanischen Republik und den USA existieren komplexe, auf Großfamilien und mehreren Generationen gegründete soziale Netzwerke und Austauschbeziehungen (Levitt 2001). Selbst Präsidentschaftswahlen in einem Land wie Senegal können durch Migrierende in transnationalen Netzwerken entscheidend beeinflusst werden (Salzbrunn 2009). Der Begriff Kosmopoliten bezeichnet Menschen, die überall auf dem Globus zu Hause sind oder sich zu Hause fühlen; oft wird er auf Künstler oder Intellektuelle, also eine kleine Elite angewendet. Transnationale Migration ist dagegen ‚geerdeter‘ an Orten in unterschiedlichen gesellschaftlichen bzw. sozialkulturellen Länderkontexten. Transnationale Migrierende leben die Diversität verschiedener gesellschaftlicher Sozialräume für sich selbst; dabei kann es sich um einfache Arbeitsmigrierende, Beschäftigte internationaler Organisationen, Wissenschaftlerinnen oder Kulturschaffende handeln. Die Gründe für transnationale Migration können von Zwang (z.B. bei Émigré-Netzwerken, Pries/Yankelevitch 2019) bis zu Selbstverwirklichung (etwa bei Kulturproduzierenden) reichen; die geographische und sozialkulturelle Vielfalt transnationaler Migration impliziert in der Regel eine Diversifizierung von Lebensrisiken.

Im folgenden Abschnitt 2.3.1 fassen wir die Mobilitätsmuster zusammen und geben einen kurzen Einblick in die Beschäftigungsverläufe der Migrierten. Mobilität bezieht sich hier zunächst nur auf die Bewegungen im geographischen Raum, die über einen gewissen Zeitraum innerhalb oder zwischen Ankunfts- und Herkunftsländern stattfinden. In Abschnitt 2.3.2 erläutern wir die Herleitung der Typen rumänischer und bulgarischer Migrierter mittels quantitativer Methoden und beschreiben deren Eigenschaften genauer. Im Abschnitt 2.3.3 folgen beispielhaft ausführlichere qualitative Fallbeschreibungen jedes Typs.

Muster der Mobilität und der Beschäftigung

Um den individuellen Mobilitätsverlauf zu erfassen, haben wir mit der ersten internationalen Wanderung begonnen und dann alle nachfolgenden internationalen oder innerstaatlichen Bewegungen erfasst.⁶⁷ Unsere Stich-

67 Es ist zu beachten, dass aus methodischen Gründen zirkuläre Wanderungsbewegungen, die über einen längeren Zeitraum von mindestens einem Jahr stattgefunden haben und bei denen die Aufenthalte nur einige Wochen bzw. Monate andauerten, als *ein* Mobilitätsereignis erfasst wurden. Dies gilt für 42 Befragte. Zudem wurden auch moldauische Staatsangehörige erfasst, die zusätzlich über einen rumänischen Pass

probe lässt sich grob in drei Gruppen unterteilen: diejenigen mit einer Mobilität (38 Prozent), mit 2 bis 3 Mobilitäten (35 Prozent) und mit 4 bis 15 Mobilitäten (27 Prozent), wobei die Zahlen ab der vierten Mobilität rasch abnehmen (Tabelle 2.5).

Tabelle 2.5: Anzahl der Migrationen aller Befragten

Anzahl Migrationen	Häufigkeit	Prozent
1	229	38,2
2	101	16,8
3	111	18,5
4	63	10,5
5	32	5,3
6	28	4,7
7	13	2,2
8	8	1,3
9	3	0,5
10 und mehr	12	2,0
Total	600	100,0

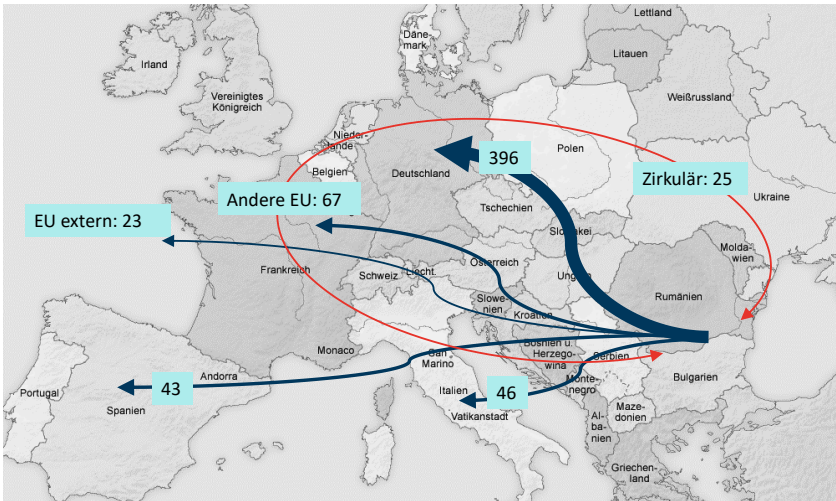
Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Insgesamt haben wir 33 verschiedene Ankunftsländer gezählt, von denen 21 innerhalb der EU (einschließlich des Vereinigten Königreichs, soweit die entsprechenden Aufenthalte im Zeitraum von dessen EU-Mitgliedschaft gezählt wurden) liegen und 12 außerhalb. Abbildung 2.27 zeigt die *erste* Migrationsbewegung rumänischer und bulgarischer Staatsangehöriger in die verschiedenen Ankunftsländer. Während zwei Drittel aller Befragten nach Deutschland wandern (n=396), geht jeweils in etwa die gleiche Anzahl nach Italien (n=46) und Spanien (n=43). Ein etwas größerer Anteil verteilt sich auf verschiedene andere EU-Länder (n=67). Während Italien und Spanien (vor allem aufgrund der Sprachverwandtschaft) typische Ankunftsländer für rumänische Migrierende sind, verteilen sich bulgarische Migrierende stärker auf andere EU-Länder wie das (ehemalige EU-Mitgliedsland) Vereinigte Königreich, Frankreich oder Griechenland. Zwei kleinere Grup-

verfügten. Deren Mobilitätsverlauf beginnt oft in der Republik Moldau. Auf diese und andere Besonderheiten wird in der Folge aus Gründen der Übersichtlichkeit der Darstellung keine Rücksicht genommen.

pen gehen in Länder außerhalb der EU (n=23) oder wandern zirkulär zwischen zwei Orten (n=25).⁶⁸

Abbildung 2.27: Erste Migration aus Rumänien und Bulgarien



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

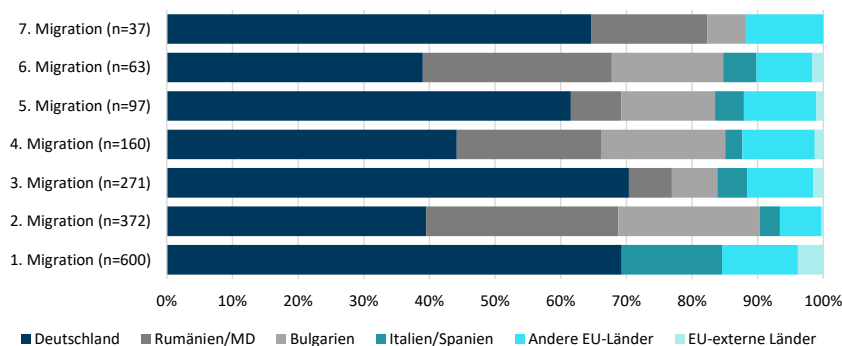
Eine Analyse der Kombinationen von Zielländern während des gesamten Mobilitätsverlaufs zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Personen mit durchschnittlich zwei bis drei Migrationen (Gruppe 2, 35 Prozent der Befragten) entweder innerhalb Deutschlands umgezogen ist, von Italien, Spanien oder einem anderen EU-Land nach Deutschland migriert ist oder aber eine Rückkehrerfahrung (aus Deutschland oder anderen Ländern) vor dem Umzug nach Deutschland gemacht hat.⁶⁹ Für die mobileren Personen mit 4 bis 15 Migrationen (Gruppe 3; 27 Prozent der Befragten) sind Deutschland und Italien/Spanien zu Beginn ihres Mobilitätsverlaufs weniger wichtige

68 Für genauere Analysen wäre zu berücksichtigen, dass die volle EU2-Freizügigkeit von u.a. Griechenland, Spanien und Portugal im Jahr 2009; von Italien 2012 und von Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Holland, Luxemburg, Malta und dem Vereinigten Königreich erst Anfang des Jahres 2014 gewährt wurde, vgl. etwa <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-01-08/citizens-bulgaria-and-romania-receive-full-rights-eu-labour-market>.

69 Von den 94 Zurückgekehrten, die in Rumänien/Bulgarien befragt wurden, sind 30 Prozent zwei- bis dreimal umgezogen, die restlichen 70 Prozent sind viermal oder öfter umgezogen.

Ziele. Stattdessen kommen andere EU-Länder sowie im Verlauf dann Rumänien/Bulgarien häufiger vor. Im Mobilitätsverlauf beschränken sich die Wanderungen dann zunehmend auf Ziele innerhalb Deutschlands oder zwischen den Herkunftsländern und Deutschland.

Abbildung 2.28: Häufigkeit der Ankunftsländer, 1. bis 7. Migration



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Abbildung 2.28 zeigt die Häufigkeit der Aufenthaltsländer in den ersten sieben Migrationen. Dabei wird ein wellenartiger Verlauf sichtbar, der vor allem auf die pendelartigen Bewegungen zwischen Deutschland und den Herkunftsländern zurückzuführen ist.⁷⁰ Italien und Spanien sind ab der zweiten Migration weniger relevant. Das deckt sich mit den Ergebnissen anderer Studien, die auf den Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 auf Migrierte in diesen Ländern verweisen und auf die Neujustierung von Migrations- und Lebensprojekten.⁷¹ Andere EU-Länder bleiben hingegen für einen kleinen Teil der Befragten bis in die siebte Migration relevant. Zielländer außerhalb der EU machen von Beginn an den kleinsten Anteil aus. Nach Staatsangehörigkeit differenziert (nicht abgebildet), lässt sich feststellen, dass rumänische Migrierende häufiger Italien oder Spanien als Zielland auswählen als bulgarische Migrierende. Für letztere spielen andere europäische Länder wie Griechenland oder das Vereinigte Königreich eine etwas wichtigere Rolle. Wie unter 2.2 bereits ausgeführt, wandern in

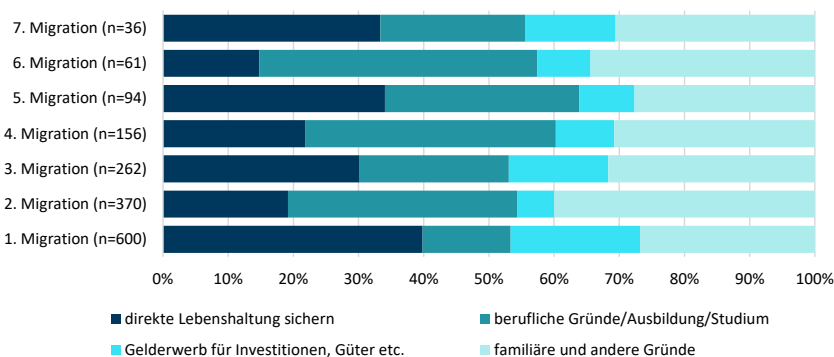
⁷⁰ Bulgarien als Herkunftsländ wird weniger häufig genannt, da auch die Anzahl bulgarischer Befragter geringer ist als die der Befragten mit rumänischer Staatsangehörigkeit.

⁷¹ Vgl. Ciobanu 2015.

unserer Stichprobe rumänische Migrierende etwas häufiger als bulgarische Migrierende.

Abbildung 2.29 zeigt bezogen auf die Häufigkeit der genannten Hauptmotive im Wanderungsverlauf ein ähnliches Muster wie die Abbildung 2.28, was auf eine Verbindung zwischen Ankunftsändern und Migrationsanlass zurückzuführen ist. Für die ersten drei Migrationen lässt sich dabei ein signifikanter Zusammenhang nachweisen. Um die direkte Lebenshaltung zu sichern, migriert man zuerst eher nach Deutschland oder wandert zirkulär. Auch berufliche und familiäre Gründe sind in dieser ersten Migration bereits eng mit dem Ankunftsland Deutschland verbunden. Diejenigen, die Geld für Investitionen erarbeiten möchten, richten ihre ersten Wanderungen eher in andere Länder innerhalb und außerhalb der EU aus. In den beiden folgenden Migrationen sind die Zusammenhänge etwas anders. Deutschland wird zwar weiterhin am ehesten als Zielland gewählt, um die direkte Lebenshaltung zu sichern und aus beruflichen Gründen, jedoch werden daneben nun auch andere Länder innerhalb oder außerhalb der EU als Zielorte relevant. Der Zusammenhang zwischen diesen Zielländern und Investitionsplänen bleibt bestehen. In die Herkunftsländer zurück gehen die Migrierten eher aus familiären Gründen. Für den Verlauf insgesamt ist zudem auffällig, dass auch Rückkehrmigrationen mit beruflichen Gründen bzw. mit einer Ausbildung oder einem Studium verbunden werden. Das kann darauf hindeuten, dass die ausgeübte Beschäftigung bzw. die Beschäftigungsbedingungen in Deutschland und anderen Ländern nicht zufriedenstellend sind und dass man sich in den Herkunftsländern eher erhofft, die eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Familiäre und andere Gründe (u.a. Heimweh, gesundheitliche Gründe etc.) spielen bereits in der ersten Migration eine wichtige Rolle (in 27 Prozent der Fälle), werden besonders in der zweiten (überwiegend Rückkehr-)Migration relevant und bleiben auch im Verlauf eher konstant (bei rund 30 Prozent der Befragten bis in die siebte Migration). Es zeigt sich also auch hier, dass das pauschale Bild der ‚Armutsmigration‘ der Dynamik in Migrationen nicht gerecht wird. Vielmehr variieren die Beweggründe je nach den vorgefundenen Möglichkeiten, die eigenen Pläne umzusetzen. In diesem Prozess spielen die familiären Bindungen durchgängig eine zentrale Rolle.

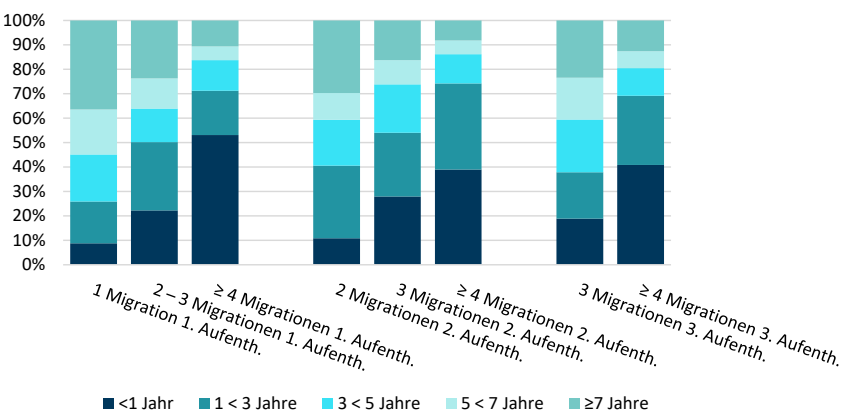
Abbildung 2.29: Häufigkeit der Motive für Migration, 1. bis 7. Migration



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Wie bereits in Abschnitt 2.2 angedeutet, spielt die Aufenthaltsdauer eine bedeutende Rolle für die Gesamtzahl an Migrationen. In Abbildung 2.30 zeigt sich ein (statistisch signifikanter) Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer der ersten drei Aufenthalte und der Gesamtzahl an Migrationen, die unternommen wurden.

Abbildung 2.30: Aufenthaltsdauer und Anzahl Migrationen, erste 3 Aufenthalte

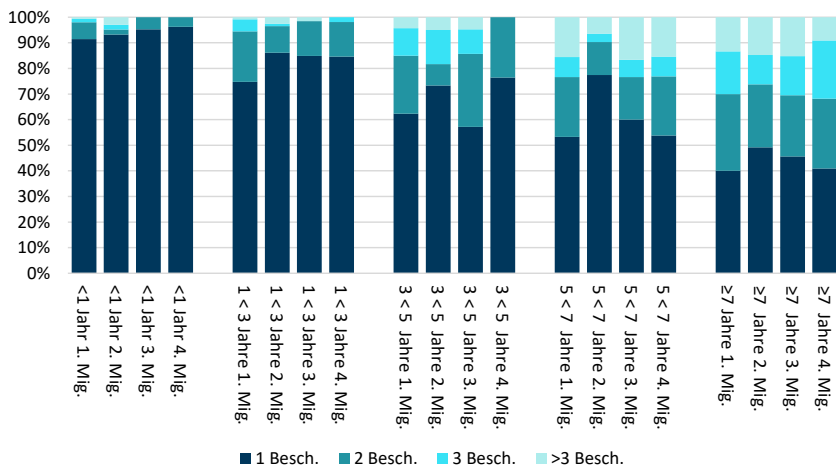


Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Je mehr Migrationen von einer Person unternommen werden, desto kürzer sind ihre Aufenthalte an den entsprechenden (Zwischen-)Stationen. Mindestens 40 Prozent derjenigen mit mehr als drei Migrationen halten sich an den ersten drei Orten höchstens ein Jahr auf.

Zum Abschluss dieses Abschnittes werden die Beschäftigungsverläufe der Migrierten erneut aufgegriffen. Dabei liegt der Fokus auf der Anzahl ihrer Beschäftigungen und der Aufenthaltsdauer. Aufgrund der geringen Fallzahl ab dem fünften Aufenthalt (n=32) lassen sich nur für die ersten vier Aufenthalte statistisch signifikante Zusammenhänge nachweisen. In Abbildung 2.31 wird deutlich, dass Migrierende ihre Beschäftigungen bzw. den Beschäftigungsstatus (beschäftigt/nicht beschäftigt) umso häufiger wechseln, je länger ihre einzelnen Aufenthalte andauern. Sie richten sich also weder in einer Situation der Arbeitslosigkeit mit evtl. Sozialleistungsbezug noch in einer Beschäftigung ein, die von ihnen als angemessen wahrgenommen wird. Vielmehr wird die berufliche Situation im Zeitverlauf immer häufiger verändert. Bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als 7 Jahren haben nur noch rund 40 Prozent der Befragten höchstens eine Beschäftigung bzw. den Beschäftigungsstatus nicht gewechselt.

Abbildung 2.31: Anzahl der Beschäftigungen und Aufenthaltsdauer der 1. bis 4. Migration



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Fünf Typen rumänischer und bulgarischer Migrierender

Wir haben uns bis hierher bemüht, ein angemessenes Bild der Diversität der Migrierenden und ihrer komplexen Mobilitäts- und Beschäftigungsmuster zu zeichnen. In den folgenden Abschnitten stellt sich die entgegengesetzte Herausforderung, nämlich die Reduktion von Komplexität mittels Typenbildung. Nur so kann es gelingen, das Phänomen Migration besser zugänglich zu machen und konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten. Für die Konstruktion der empirischen Typen wurde das statistische Verfahren der Clusteranalyse angewandt. Etwas vereinfacht formuliert, werden dabei Fälle nach vorher festgelegten Merkmalen sortiert. In den dabei entstehenden sogenannten Clustern finden sich dann die Fälle, deren Merkmalsausprägungen sich besonders ähnlich sind. Die übrigen Fälle, welche mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten mit den bisherigen Fällen aufweisen, werden in jeweils andere Cluster sortiert. Man erhält so eine nicht vordefinierte Anzahl von Clustern mit je ähnlichen Fällen, die sich aber untereinander stark unterscheiden.

Für die Cluster- bzw. Typenbildung wählen wir einige Merkmale aus der von Pries (2004) vorgeschlagenen Migrationstypologie aus und wenden sie auf die aus der Befragung von 600 rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen sowie aus qualitativen Interviews gewonnenen empirischen Daten an.⁷² Diese Merkmale beziehen sich auf räumliche und zeitliche Elemente der Mobilitätsmuster, den Beschäftigungsverlauf und die sozialen Beziehungen der Migrierten. Konkret haben wir folgende vier Variablen genutzt: *Anzahl der Wohnortwechsel, durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Wohnort, Gesamtzahl der Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse bzw. des Beschäftigungsstatus während des gesamten Mobilitätsverlaufs* (einschließlich der Wechsel von Arbeitslosigkeit/Bildung in Beschäftigung und umgekehrt) und schließlich *aktueller Wohnort von Partner und Kindern* (hier wurde unterschieden, ob mindestens ein Mitglied der Kernfamilie im gleichen oder in einem anderen Land wohnt).

72 Für die Konstruktion der Typologie mittels Clusteranalyse mussten 5 Fälle ausgeschlossen werden, bei denen Anfangs- und Enddatum der ersten internationalen Wanderung nicht rekonstruiert werden konnten.

Tabelle 2.6: Clusteranalyse Migrationstypen

Cluster (Typen)	Häufigkeit	Anzahl Wohnortwechsel (M) ⁷³	Durchschn. Aufenthaltsdauer pro Aufenthalt (M) ⁷⁴	Anzahl Wechsel Beschäftigung (M) ⁷⁵	Aktueller Wohnort Kernfamilie		
					Im gleichen Land	Nicht im gleichen Land	Keine Angabe (ohne Kinder/ Partner)
1) Einwandererfamilien	277	1,57	6,5	2,6	277	0	0
2) Rückkehrorientierte Versorger	88	2,77	4,4	3,7	0	88	0
3) Rückkehrorientierte/Ww junge Singles	73	2,22	3,7	2,9	0	0	73
4) Transnational orientierte Familien	137	5,12	3,0	7,2	137	2	1

Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

Tabelle 2.6 zeigt das Ergebnis der Clusteranalyse, aus der vier verschiedene Cluster bzw. Typen hervorgehen. In der folgenden Typenbeschreibung werden zunächst die für die Clusteranalyse genutzten Merkmale mit ihren durchschnittlichen Ausprägungswerten für jeden Typ in vergleichender Art und Weise dargestellt. Darauf folgen weitere Beschreibungen, die sich aus bivariaten Analysen mit soziodemografischen und auf verschiedene Aspekte von Teilhabe bezogenen Merkmalen ergeben.⁷⁶ Zu den vier in der obigen Tabelle 2.6 dargestellten Typen kommen die *Zirkulären Migrierenden* als *fünfter Typ* hinzu, die aus methodischen Gründen nicht über die Clusteranalyse errechnet werden konnten⁷⁷ Stattdessen wurde dieser Typ maßgeblich über eine Häufigkeitsanalyse der Anzahl der Wohnortwechsel, der Zeiträume der jeweiligen Aufenthalte und der Angaben zum Wohnort von

73 Standardabweichung Wohnortwechsel für Cluster 1) 0,765; 2) 1,934; 3) 1,426; 4) 2,265.

74 Standardabweichung Aufenthaltsdauer für Cluster 1) 4,82; 2) 3,33; 3) 2,64; 4) 1,82.

75 Standardabweichung Wechsel Beschäftigung/Status für Cluster 1) 1,42; 2) 2,33; 3) 1,78; 4) 2,82.

76 Wenn nicht anders angegeben, zeigen alle weiteren genannten Variablen in der bivariaten Zusammenhangsanalyse mit den Clustern signifikante Zusammenhänge (mind. 95 Prozent).

77 Zirkuläre Wanderungsbewegungen, die über einen längeren Zeitraum von mindestens einem Jahr stattgefunden haben und bei denen die Aufenthalte nur einige Wochen bzw. Monate dauerten, wurden als ein Mobilitätsereignis erfasst.

Mitgliedern der Kernfamilie ermittelt. Die folgende Beschreibung orientiert sich an vier bereits zu Beginn dieses Abschnitts 2.3 vorgestellten Idealtypen der Einwanderung, der Rückkehrwanderung, der zirkulären Wanderung und der transnationalen Wanderung (Tabelle 2.4). Dabei werden die in der obigen Tabelle 2.6 getrennt aufgeführten Typen der *Versorger-Rückkehrer* und der *jungen Singles-Rückkehrer/Weiterwanderer* als zwei Subtypen des *Rückkehrwanderung* behandelt.

Als *ersten Idealtyp*, zu dem fast die Hälfte der Stichprobe (n=277) zählen, können wir *Einwanderer-/Auswandererfamilien* identifizieren. Die zu diesem Typ gehörigen Befragten haben im Durchschnitt 1,6 Mal ihren Wohnort und 2,6 Mal ihre Beschäftigung gewechselt, womit sie die im Vergleich zu allen anderen Typen niedrigsten Werte aufweisen. Andererseits gehören sie mit 6,5 Jahren zu der Gruppe mit der durchschnittlich längsten Aufenthaltsdauer. Im Moment der Datenerhebung lebt die gesamte Kernfamilie im selben Land wie die Migrierenden (was überwiegend bedeutet am gleichen Wohnort). Weitere Zusammenhangsanalysen zeigen, dass die Migrationsvorhaben der Einwanderer-/Auswandererfamilien häufiger als bei den anderen Typen im Zeitraum zwischen 2014 und 2019, also unter den Bedingungen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit, begannen. Die Entscheidung zur Migration wurde dabei eher aus familiären Gründen oder zur Sicherung des unmittelbaren Lebensunterhalts - und weniger auf der Grundlage von Investitionsplänen - getroffen. Außerdem zeigt sich, dass Einwanderer-/Auswandererfamilien wesentlich häufiger als Befragte anderer Typen kein oder nur unregelmäßig Geld ins Ausland schicken. Sie sind eher als andere und überdurchschnittlich oft mit Behörden und Organisationen vor Ort in Kontakt. Arbeit/Weiterbildung - und dabei besonders das Erlernen der deutschen Sprache - ist für sie, aber auch für alle anderen Typen, der wichtigste Lebensbereich, in dem Unterstützungsbedarf besteht.

Das Erlernen von Sprache ist ein wichtiger Bestandteil der persönlichen Entwicklung und oft eine Bedingung für soziale Mobilität in der Ankunfts-gesellschaft. Aus der Sicht eines Fleischfabrikarbeiters beispielsweise ist der Wechsel des Beschäftigungssektors sehr eng mit dem Erlernen der deutschen Sprache verbunden, denn "nur die, die in ihrem Leben nicht mehr erreichen können, bleiben in der Fabrik" (I2.1). Einwandererfamilien wünschen sich aber auch häufiger als andere Unterstützung in den Bereichen Bildung der Kinder und Gesundheit. Und auch wenn die anfängliche Anpassungsphase in der Aufnahmegesellschaft oft als schwierig beschrieben wird, neigen Einwandererfamilien zu einer Haltung, die sich so zusammen-

fassen lässt: "Entweder man passt sich an oder man geht zurück, wenn man unglücklich ist" (I2.2). Sie schätzen es viel häufiger als andere als (eher) wahrscheinlich ein, dass sie am gegenwärtigen Wohnort ein den eigenen Vorstellungen entsprechendes Leben führen können, und haben überwiegend die Absicht, längerfristig zu bleiben. In unserer Stichprobe haben die Befragten dieses Typs häufiger als andere eine Grundschulbildung oder einen Sekundarschulabschluss. Sie verteilen sich aber ähnlich wie die restlichen Befragten der Stichprobe in allen Altersgruppen.

Als *zweiten Idealtyp* können wir Rückkehrmigrierende (15 Prozent der Befragten) ausmachen, wobei zwischen zwei Subtypen zu unterscheiden ist. Der erste *Untertyp* von Rückkehrorientierten kann als *Versorger-Rückkehrer* charakterisiert werden. Dieser weist im Vergleich zu den anderen Typen durchschnittliche Werte bei der Anzahl der Wohnortwechsel (2,8), den Wohnjahren an jedem Ort (4,4) und den Änderungen der Beschäftigungsverhältnisse/des Beschäftigungsstatus (3,7) auf. Zum Zeitpunkt der Befragung lebten die entsprechenden Befragten allein am Ankunftsort, während sich der Partner bzw. die Partnerin und die gemeinsamen Kinder in einem anderen Land befinden (hauptsächlich im Herkunftsland). Der Zeitpunkt der ersten Migration ist mehr oder weniger gleichmäßig auf die Zeit vor und nach 2014 verteilt. Die Sicherung des unmittelbaren Lebensunterhalts wird häufiger als bei anderen als Anlass sowohl für die erste als auch für die letzte Wanderung genannt, jedoch kann dieses Ziel durch die Migration nur vorübergehend erreicht werden. Bei der letzten Migration haben auch berufliche oder bildungsbezogene Gründe insgesamt an Bedeutung gewonnen. Wie im vorangegangenen Abschnitt zu Mustern der Mobilität und der Beschäftigung bereits erwähnt, umfassen die typischen Mobilitätspfade dieser mäßig mobilen Personen entweder ein südeuropäisches Land oder Deutschland als erstes Ziel und danach sehr oft auch die Herkunftsländer, bevor sie an den gegenwärtigen Wohnort in Deutschland wandern.

Während der Rückkehrphase in die Heimatländer lassen sich die Erwartungen in beruflicher und materieller Hinsicht oft nicht erfüllen, was eine erneute Migration notwendig werden lässt, wie eine befragte Person erläutert: „Wenn es mir in Rumänien besser ginge, würde ich nach Hause zurückkehren (...) Ich bleibe aus der Not heraus. Noch 2 Jahre verliere ich hier, aber nicht mehr“ (I2.3). *Versorger-Rückkehrer* sind überproportional häufig männlich, über 40 Jahre alt und verfügen über eine Berufsausbildung. Sie schicken in der Regel monatliche Überweisungen nach Hause und haben häufiger als andere keinen Kontakt zu lokalen Behörden oder Organisationen. Sie weisen zudem die niedrigsten Werte in Bezug

auf den täglichen Kontakt mit Nachbarn oder anderen Personen, die keine Landsleute oder Arbeitskollegen sind, auf. Sie verfügen außerdem häufiger als andere nicht über einen aktuellen Aufenthaltsstatus oder eine Krankenversicherung, was auf ein gewisses Maß an Prekarität hindeutet. Unterstützungsbedarfe sind häufiger als bei anderen im Bereich Wohnen verortet und sie schätzen die Chancen auf einen angemessenen Wohnraum öfter als eher negativ ein. Das könnte auf den Wunsch eines nur schwer umzusetzenden Familiennachzugs hindeuten. Außerdem beurteilen sie die Wahrscheinlichkeit, dass sie am gegenwärtigen Wohnort ein den eigenen Vorstellungen entsprechendes Leben führen können, als gering ein und beabsichtigen in naher Zukunft wieder umzuziehen - möglichst in das jeweilige Herkunftsland.

Der zweite Subtyp von Rückkehrern (13 Prozent der Befragten) lässt sich als *junge Singles mit Rückkehr-/Weiterwanderungsorientierung* charakterisieren. In Bezug auf die Anzahl der Wohnortwechsel (2,2), die Anzahl der Jahre, die sie an jedem Ort gelebt haben (3,7), und die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse/des Beschäftigungsstatus (2,9) weist dieser Subtypus ähnliche Durchschnittswerte auf wie der vorhergehende. Allerdings sind die diesem Typus zuzurechnenden Befragten häufiger jünger, zwischen 16 und 31 Jahre alt, verfügen eher über eine Berufsausbildung oder Abitur und haben meist keine Partner oder Kinder. Ihr erstes Migrationsprojekt begann überwiegend nach 2014 und war häufiger mit beruflichen bzw. Bildungsmotivationen oder mit Investitionsplänen verbunden, „um im Leben weiter zu kommen und mehr Geld zu verdienen“ (I2.4), wie es eine Interviewperson formulierte.

Wie die älteren *Versorger-Rückkehrer* haben sie weniger Kontakt zu lokalen Behörden oder Organisationen und haben zum Zeitpunkt des Interviews häufiger einen irregulären Aufenthaltsstatus. Dieser Typus äußert sich weder übermäßig positiv noch übermäßig negativ über die Chancen, am derzeitigen Wohnort ein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu führen. Trotzdem ist die Absicht, in naher Zukunft wieder umzuziehen, ausgeprägter als bei anderen und hängt wahrscheinlich auch mit dem Erreichen zuvor gesteckter Ziele zusammen. So sagt die bereits oben zitierte Person nach ihrer Rückkehr: „Ich bin dem Geld lang genug hinterhergelaufen, jetzt ist es an der Zeit, dass es zu mir kommt“ (I2.5). Diese Gruppe junger alleinstehender Personen scheint insgesamt jedoch weniger klare Pläne zu haben. Von denjenigen, die einen Umzug in Erwägung ziehen, würde die Hälfte zurück nach Rumänien oder Bulgarien gehen, die andere Hälfte

kann sich andere Zielorte vorstellen, die jedoch hauptsächlich innerhalb Deutschlands liegen.

Als dritter Typus kann die *transnational orientierte Familienmigration* (etwa 25 Prozent der Befragten) identifiziert werden. Bei diesem transnationalen Typus finden wir im Vergleich zu den anderen Typen die höchsten Werte in Bezug auf Wohnortwechsel (5,1) und Beschäftigungsverhältnisse/-status (7,2) sowie den niedrigsten Wert in Bezug auf die Aufenthaltsdauer je Ort (3). Mit anderen Worten, die diesem Typus entsprechenden Migrierenden sind viel häufiger umgezogen als andere, blieben kürzer und wechselten häufiger das Beschäftigungsverhältnis bzw. den Beschäftigungsstatus. Ihre persönlichen Migrationsprojekte scheinen stark an den Verlauf der Ereignisse gebunden zu sein. Eine befragte Person drückte es so aus: „Alles hängt von der Stimmung ab, wo und wie wir angekommen sind und was die Zukunft bringt“. (I2.6) Die erste Migration fand häufiger vor 2007 oder zwischen 2007 und 2013 statt, und zwar – ähnlich wie bei den jungen Singles – häufiger aus beruflichen Gründen oder um Geld für Investitionen zu verdienen. Während die Hälfte dieser Gruppe bei ihrem ersten Umzug noch allein migrierte, reiste die große Mehrheit ab dem zweiten Umzug gemeinsam mit Partnern und Kindern. In unserer Stichprobe kann also nicht von transnationalen Kernfamilien gesprochen werden, die über verschiedene Länder verstreut sind, sondern eher von transnational orientierten (Kern-)Familien mit unterschiedlichen Lebensbezügen in verschiedenen Ländern.

Was die Geldüberweisungen betrifft, so tendieren die Befragten zwar dazu, Geld ins Ausland zu schicken, jedoch nicht mit derselben Häufigkeit wie die Brotverdiener-Rückkehrer. Sie haben weniger Kontakt zu lokalen Behörden und Organisationen als die Einwandererfamilien, aber mehr als beide Rückkehrtypen. Ähnlich wie die Einwandererfamilien äußern sie häufiger Unterstützungsbedarf im Bereich Bildung für die Kinder. Die Befragten gehören häufiger der mittleren Altersgruppe der 31- bis 40-Jährigen an, und sie sind unter den Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss überrepräsentiert. Sie verfügen über mehr Sprachkenntnisse als die anderen Typen, die sie unter anderem im Laufe ihrer komplexeren, sich über mehrere Länder erstreckenden Mobilitätsgeschichte erwarben. Sie unterscheiden sich deutlich von den anderen Typen in ihrer stärker ausgeprägten Diskriminierungswahrnehmung, in der eher negativen Einschätzung, am aktuellen Wohnort ein Leben nach den eigenen Vorstellungen führen zu können, und schließlich auch dadurch, dass sie es sich am ehesten vorstellen können, in den kommenden Jahren erneut umzuziehen. Allerdings

möchten sie dabei eher nicht zurück nach Rumänien oder Bulgarien, sondern zeigen sich eher unentschlossen, welches Land ihre nächste Ziel sein könnte.

Der vierte Idealtypus kann als *zirkuläre Migrierende* charakterisiert werden. Die zirkulären Migrierenden bewegen sich meist allein über einen kürzeren Zeitraum von mindestens drei Wochen bis zu einigen Monaten grenzüberschreitend zwischen ländlichen sowie städtischen Orten. Im Durchschnitt tun sie dies bereits seit sechs Jahren, wobei der kürzeste Zeitraum der zirkulären Wanderung sieben Monate und der längste mehr als 15 Jahre beträgt. Diese zirkulären Wanderungen finden in der Regel zwischen dem Herkunftsland (als Wohnort) und einem bestimmten Zielland (als Arbeitsort) statt. Es gibt jedoch auch einige wenige Fälle, in denen das Herkunftsland kein Teil des zirkulären Musters war oder in denen drei Länder beteiligt waren. Mehr als die Hälfte der Befragten dieses Typs wandern zirkulär zu Beginn ihres internationalen Mobilitätsverlaufs. Die meisten von ihnen lassen sich im weiteren Verlauf den Typen der Einwanderer oder Rückkehrer zuordnen. Die zweite große Untergruppe wandert zunächst mindestens einmal für einen längeren Zeitraum ins Ausland und weist dann zu einem bestimmten Zeitpunkt während ihres Mobilitätsverlaufs zirkuläre Wandermuster auf. Nur ein eher geringer Anteil der Befragten ist zum Zeitpunkt der Erhebung noch in zirkulären Wandermustern involviert. Die beiden letztgenannten Untergruppen weisen tendenziell die Merkmale transnationaler Migrationen auf, weil sie Aufenthalte in mehr als zwei verschiedenen Ländern angaben, in die Viele mehrfach oder auch zirkulär gewandert sind. Bei zwei Dritteln der zirkulären Wanderungen waren die Befragten in den Zielländern beschäftigt, vor allem in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, und im Heimatland arbeitslos. Beim restlichen Drittel arbeiteten sie an Orten im Herkunfts- und einem anderen Land. Bei etwa der Hälfte der zirkulären Bewegungen wurden die Arbeitsverhältnisse als informell beschrieben, und es bestand keine Krankenversicherung.

Im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten aller vier Typen ist hervorzuheben, dass eine Mehrheit in allen Typen einen Bedarf an Unterstützung im Bereich Arbeit und Weiterbildung am aktuellen bzw. letzten Wohnort in Deutschland angab. Insgesamt wies zum Zeitpunkt der Befragung nur eine geringe Anzahl der Befragten einen informellen Aufenthaltsstatus und ein Beschäftigungsverhältnis auf. Betrachtet man jedoch den gesamten Mobilitäts- und Arbeitsverlauf, so stellt man fest, dass alle Typen während ihres ersten Auslandsaufenthalts recht häufig mindestens ein informelles

Beschäftigungsverhältnis eingegangen sind. Deutlich überrepräsentiert sind dabei Befragte des Typs der Versorger-Rückkehrer (49 Prozent der Befragten) sowie des Typs der transnational orientierten Familien (45 Prozent der Befragten). Der Anteil derjenigen, die mindestens eine informelle Beschäftigung ausübten, sinkt dann im Zeitverlauf, allerdings weniger stark für den transnationalen Typ. Ähnliche Tendenzen zeigen sich im Bereich der Krankenversicherung, wobei der Typus der Versorger-Rückkehrer stärker von einer fehlenden Versicherung betroffen ist. Bei der Frage, ob die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe mit einem bestimmten Migrationstyp zusammenhängt, zeigt sich nur ein schwacher Zusammenhang. Bulgarischsprachige sind etwas häufiger im transnationalen Typ verortet, während Rumänischsprachige häufiger dem Typ der Single-Rückkehrer bzw. Weiterwanderer angehören. Romanes- und Türkischsprachige sind leicht überrepräsentiert im Typ der Einwandererfamilien. Insgesamt bestätigt dies die im Abschnitt 2.2 vorgestellten Ergebnisse: Entgegen oft geäußerter Annahmen gehören diejenigen, die vielfach „den Roma“ zugeschrieben werden oder die sich selbst der Roma-Gruppe zugehörig erklären, nicht zu den mobilsten, vielmehr weisen diese Befragten ganz verschiedene Mobilitätsmuster auf.⁷⁸

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Typus der *Einwandererfamilien* am ehesten von klassischen bereichsübergreifenden Integrationsmaßnahmen profitiert, die sich auf einen langfristigen Aufenthalt ausrichten. Dabei sollte aber die generationenübergreifende Aushandlungsdynamik in Migrationsprozessen nicht außer Acht gelassen werden. Auch Einwanderer und/oder ihre Kinder können eine Rückkehr- oder transnationale Lebensorientierung entwickeln. Was das konkret für die strategische Ausrichtung von Integrationsarbeit bedeutet, werden wir in Kapitel 4 vertiefen. Der Subtypus der *Versorger-Rückkehrer* des zweiten Migrationstyps scheint hingegen die vulnerabelste Migrierendengruppe zu sein (in Bezug auf Beschäftigung, Wohnung und soziale Beziehungen in der Aufnahmegesellschaft). Diese Migrierenden benötigen Unterstützung im Zielland, aber auch im Herkunftsland, wo der Partner und die Kinder leben. Sie sind nicht sehr mobil und tendenziell stärker mit ihrem eigenen sozialkulturellen Umfeld und ihren Herkunftsländern verbunden. Sie benötigen eine Mischung aus Integrationsdienstleistungen lokaler Behörden und Organisationen sowie grenzüberschreitend ausgerichtete Dienste. Auf grenzüberschreitender Ebene kann für sie eine besondere Herausforderung darin be-

78 Vgl. auch Sandner Le Gall 2017; Toma et al. 2018; Anghel et al. 2019b.

stehen, sozialrechtliche Ansprüche einzufordern, die sich aus der formellen Beschäftigung im Zielland ergeben und sich beispielsweise auf Leistungen für die im Heimatland lebenden Kinder beziehen. Sie sollten auch vor und nach ihrer Rückkehr z. B. über Rentenansprüche und Antragsverfahren beraten werden.

Für den zweiten Subtyp der *jungen Singles mit (Weiter-)Wanderungsabsichten* findet die Suche nach beruflichen Chancen und Investitionsmöglichkeiten hauptsächlich zwischen dem Zielland und dem Herkunftsland statt. Einerseits gehören sie zu den Personen, die am ehesten von Berufsbildungsprogrammen erreicht werden können.⁷⁹ Andererseits sind sie wahrscheinlich auch am empfänglichsten für Beratungen in Bezug auf Investitionen, zum Beispiel in ihr eigenes Unternehmen im Herkunftsland. Die dem dritten Idealtypus der *transnational orientierten Familien* nahekommenden Befragten verfügen über die größte Bandbreite an Fähigkeiten und Bedürfnissen. Sie besitzen eine größere Vielfalt an Arbeits- und sonstigen Erfahrungen, die sie in anderen Ländern erworben haben und die in ihrem derzeitigen Wohnsitzland oft nicht anerkannt werden. Die Anerkennung früherer formeller und informeller Lernerfahrungen ist jedoch zentral für die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und spielt auch darüber hinaus eine wichtige Rolle, zum Beispiel im Umgang mit Behörden oder beim Eintritt der Kinder in das Schulsystem.⁸⁰ Auch die Einforderung sozialrechtlicher Ansprüche gestaltet sich für sie schwieriger als für andere aufgrund ihrer komplexeren Arbeitsverläufe. Schließlich zeigen sich bei ihnen auch die größten Herausforderungen im Hinblick auf innerfamiliäre Aushandlungsprozesse um die zukünftige räumliche Verortung und die entsprechenden Lebensorientierungen der verschiedenen Generationen. Insgesamt benötigen sie ein möglichst breit gefächertes Angebot an Unterstützung und Beratung: einerseits sehr lokal und andererseits mit einer stark transnationalen Orientierung, die EU-weit ausgerichtet ist.⁸¹

Die Befragten des vierten Typus der *zirkulär Migrierenden* verorten ihren Lebensmittelpunkt an ihrem Herkunftsort. Gleichzeitig sind sie wie

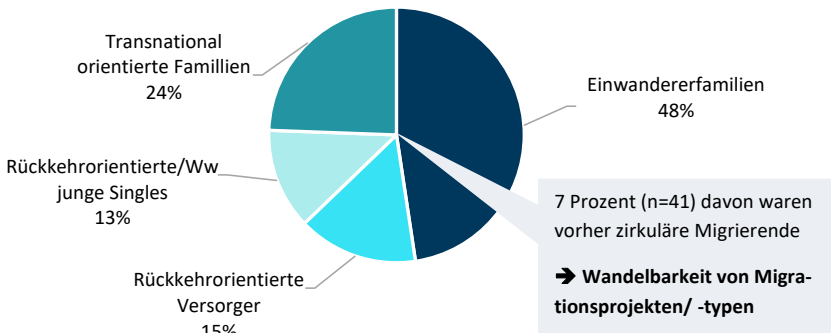
79 Vgl. Jeon 2019.

80 Vgl. ILO 2020; Döring et al. 2015.

81 Vgl. bspw. die Dienstleistungen des Gewerkschaftsnetzwerks *Fair European Labour Mobility*: <https://www.fair-labour-mobility.eu/de>; für die Merkmale transnationaler Migrationen in der niederländisch-nordrhein westfälischen Grenzregion sowie erste Maßnahmenvorschläge vgl. Jungwirth und Glassner 2024; für eine transnationale Perspektive auf Soziale Arbeit generell vgl. Boldt-Jaremko et al. 2022 und spezifisch zu Sozialer Arbeit mit migrantischen Roma vgl. Vogel/Buzoianu 2022.

die *transnational Wandernden* im Ausland mit prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert. Die Arbeit der Behörden bei der Überwachung und Durchsetzung von Vorschriften sowie die einschlägigen Beratungsdienste für *zirkulär Migrierende* im Zielland (etwa in der Landwirtschaft) müssen durch ein dichtes Netz leicht zugänglicher Beratungsstellen in den Herkunftsländern ergänzt werden.⁸² Gegenwärtige Vorschläge zur Stärkung der Netzwerke der gewerkschaftlichen Beratungsstellen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)⁸³ scheinen dahingehend ein erster Schritt zu sein. Abbildung 2.32 gibt abschließend einen Überblick über die Häufigkeit des Auftretens der 4 bzw. 5 Typen. Da Typ 5 zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Mobilitätsverläufen auftrat, wird er hier separat ausgewiesen mit dem Verweis auf die prinzipielle Offenheit von Migrationsprojekten. Im nun folgenden Unterabschnitt werden die bisher wesentlich auf der Basis der Befragungsdaten beschriebenen Idealtypen um qualitative Einblicke in ausgewählte Lebens- und Migrationsgeschichten, die jeweils verschiedenen Typen zugeordnet werden können, ergänzt.

Abbildung 2.32: Häufigkeitsverteilung der Migrationstypen



Quelle: eigene Berechnung nach Zusudo-Daten

82 Vgl. Luig 2024.

83 Zur Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) vgl. <https://www.bmas.de/DE/Europa-und-die-Welt/Europa/Beschaeftigungs-und-Sozialpolitik-in-der-EU/Institutionen-und-Gremien/ela.html>.

Qualitative Fallbeschreibungen

Die folgenden Einzelfallbeschreibungen beruhen auf offen gestalteten qualitativen Interviews, in denen die Befragten sich ausführlich zu ihrem Lebenslauf äußern konnten. Aus Gründen der Anonymisierung wurden für die Darstellung einige sehr spezifische Ortsangaben durch das Benennen größerer administrativer Einheiten ersetzt. Ebenso wurden alle Personennamen geändert.

Viktoria und ihr transnationales Familienleben: Nur solange an einem Ort „bis es absolut genug ist“

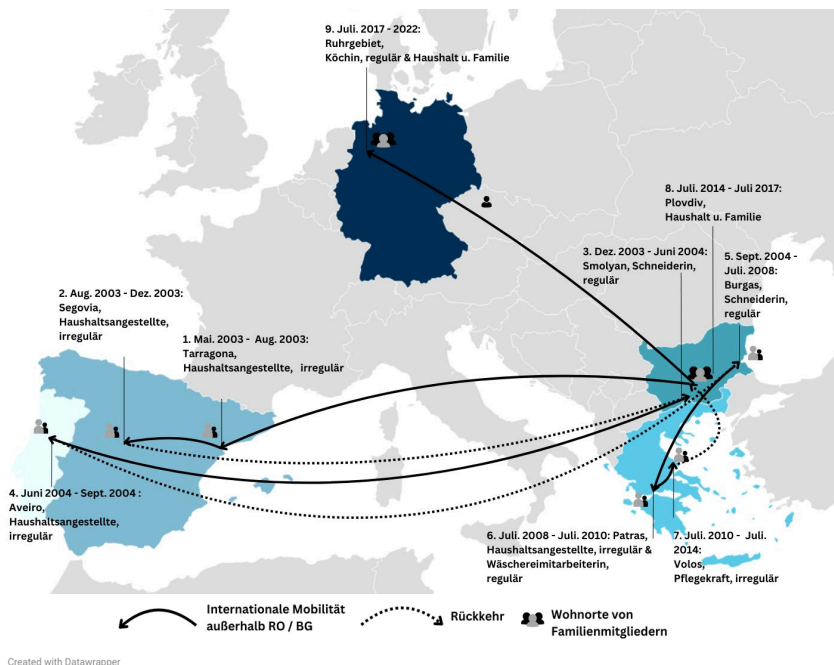
Viktoria, geboren 1977, verlässt Plovdiv (Bulgarien) zum ersten Mal im Mai 2003, weil „das Leben im Land nicht einfach war und ich meinem Kind eine bessere Zukunft bieten wollte“ (I2.7). Sie hat Abitur, managt zu dieser Zeit eine Wäscherei und ist Mutter eines kleinen Kindes. Von ihrem Ex-Mann lebt sie getrennt. Ihre erste Migration unternimmt sie zusammen mit ihrem Kind nach Spanien, wo sie sieben Monate lang informell in verschiedenen Haushalten arbeitet. Unterstützt wird sie dabei von ihrem Vater, der auch in Spanien lebt. „Ich konnte die Sprache dort jedoch nicht gut und hatte wenig Möglichkeiten, eine Arbeit zu finden“ (I2.8). Danach kehrt sie aus familiären Gründen nach Bulgarien zurück, aber nicht nach Plovdiv, sondern in die Region Smolyan, wo sie als Schneiderin formell beschäftigt ist. Ein halbes Jahr später, im Juni 2004, geht sie erneut ins Ausland; weniger aus existentiellen Gründen, sondern weil sie weitere Erfahrungen im Ausland sammeln möchte. Während ihres dreimonatigen Aufenthalts in Portugal arbeitet sie wieder informell in einem Haushalt. Im Herbst des gleichen Jahres kehrt sie nach Bulgarien zurück, diesmal in die Stadt Burgas und verbleibt dort bis ins Jahr 2008. Wieder ist sie als Schneiderin angestellt. Im Jahr 2007 tritt Bulgarien der EU bei und Viktoria entscheidet sich, diesmal wieder eher aus existentiellen Gründen, für eine erneute Migration. Sie reist nach Griechenland, wo bereits ihre Mutter und andere Familienmitglieder leben. In Patras arbeitet sie wieder im häuslichen Bereich, kann dann später in eine Wäscherei wechseln, wo sie einen Arbeitsvertrag erhält. Dass sie nun zum ersten Mal ein formelles Beschäftigungsverhältnis im Ausland hat, wird durch die Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in Griechenland im Jahr 2009 möglich.

Nach 2 Jahren in Patras geht sie aus familiären Gründen nach Volos, wo sie informell als Pflegekraft arbeitet. Im Jahr 2014 kehrt sie nach Plovdiv

zurück, wo ihr zweites Kind geboren wird. Sie widmet sich dem Haushalt und der Familie bis 2017, als sie ihrem neuen Partner nach Deutschland folgt. In Deutschland arbeitet sie eine Zeit lang formell als Köchin und kümmert sich später ausschließlich um ihren eigenen Haushalt und ihre Familie. Obwohl sie am Arbeitsmarkt teilnimmt, sieht sie sich als Ausländerin in Bezug auf Gehalt und Arbeitsbedingungen benachteiligt. Auch in anderen Lebensbereichen erlebt sie Diskriminierung. In Erinnerung ist ihr ein Zwischenfall in der Notaufnahme eines Krankenhauses geblieben, bei dem sie nicht über ihren Gesundheitszustand informiert wurde. Ihr Deutsch war nicht gut genug und das medizinische Personal weigerte sich, sich auf Englisch oder Russisch zu verständigen: „Das ist Deutschland, hier wird nur Deutsch gesprochen“ (I2.9). Zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2022 erwägt ihr Partner, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen. Erneut sieht sie sich in die Lage versetzt, eine Entscheidung über ‚Bleiben oder Gehen‘ treffen zu müssen.

Viktorias Migrationsentscheidungen stehen jeweils im Zusammenhang mit eher ökonomischen Gründen, familiären Arrangements und individuellen Präferenzen. Bei keiner ihrer Migrationen legt sie sich zu Beginn auf eine bestimmte Aufenthaltsdauer fest, sie möchte "nur so lange [bleiben], bis ich sehe, dass ich es nicht mehr aushalte und dass es absolut genug ist", "es hängt alles von der Stimmung ab und davon, wo wir angekommen sind und was die Zukunft bringt" (I2.10). Während ihres gesamten Mobilitätsverlaufs ist sie Teil eines wechselnden transnationalen Familienarrangements mit Familienmitgliedern, die am selben Ort und in anderen Ländern leben. Ihre sozialen Beziehungen und Selbstverortungen erstrecken sich über mehrere wechselnde Länder. In einem Moment sind sie deutlicher an einem Ort zentriert, in einem anderen weniger. Neben ihrem vielfältigen beruflichen Werdegang durchläuft sie eine Scheidung, eine neue Partnerschaft und wird erneut Mutter. Alle Migrationen zwischen 2003 und 2014 unternimmt Viktoria gemeinsam mit ihrem ältesten Kind. Als sie 2017 von Plovdiv nach Deutschland aufbricht, begleitet sie der mittlerweile Teenager jedoch nicht mehr. Viktoria zeigt eine tiefe Verbundenheit zu Bulgarien und ihrem Geburtsort, an dem ihre erweiterte Familie lebt. Doch "Bulgarien ist ein Land, das nur Probleme schafft, ich wollte den Problemen dort entfliehen" (I2.11). Und während sie sich in Portugal und Spanien eher als Touristin fühlt, gefällt ihr Griechenland besonders, "weil dort mein Erfolg in finanzieller Hinsicht begonnen hat, ich kann die Sprache und kann mich dort gut verständigen" (I2.12).

Abbildung 2.33: Migrationswege von Viktoria



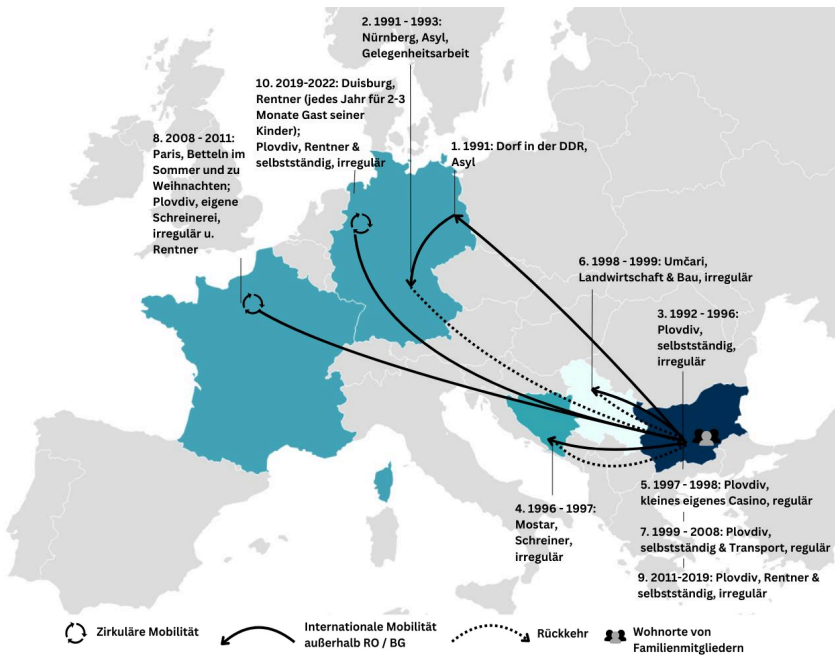
Quelle: eigene Darstellung

Kaya, der Wanderer, lebt in Plovdiv und reist regelmäßig nach Duisburg

Kaya wird 1962 in Plovdiv geboren und hat einen Sekundarschulabschluss. Vor seiner ersten Migration im Jahr 1991 arbeitet er informell als Schuhmacher und ist bereits Familienvater. Er beschreibt sich selbst als Wanderer, als jemand, der das Bedürfnis hat zu reisen, "weil ich im Kommunismus gelebt habe und als sich die Tore öffneten, Allah! Alles musste ich sehen" (12.13). Zusammen mit einer Gruppe von Freunden macht er sich kurz nach dem Regimewechsel mit dem Bus auf den Weg nach Polen, überquert die Grenze nach Deutschland und beantragt Asyl. Während des Verfahrens lebt er in Nürnberg und verdient seinen Lebensunterhalt mit verschiedenen Jobs. Einmal reist er nach Berlin, wo er Teile der deutschen Mauer an Touristen verkauft. Nach anderthalb Jahren kehrt er nach Plovdiv zurück, wo er vier Jahre mit seiner Familie lebt und sich mit einer kleinen, nicht registrierten Schreinerei selbständig macht. Das Handwerk hat er bereits

in der Schule und bei seinem Großvater gelernt, der in seinem Hof eine Drehbank hatte.

Abbildung 2.34: Migrationswege von Kaya



Quelle: eigene Darstellung

1996 reist er erneut mit Freunden ins Ausland, diesmal nach Bosnien und Herzegowina, wo er ein Jahr lang informell als Tischler arbeitet. Zwischen 1997 und 1998 lebt er wieder mit seiner Familie in Plovdiv und betreibt ein kleines, diesmal registriertes, Casino in der Nachbarschaft. Danach folgt ein weiteres Jahr Auslandsaufenthalt in Serbien, wo er informell zunächst in der Landwirtschaft und dann auf dem Bau arbeitet. Zwischen 1999 und 2008 lebt er in Plovdiv, kümmert sich um seine kleine Schreinerei und arbeitet regulär im Transportwesen. In dieser Zeit erleidet er eine körperliche Behinderung und kann in der Folge nur noch eingeschränkt arbeiten. Zwischen 2008 und 2011 fährt er jeden Sommer und in der Weihnachtszeit nach Paris, um auf öffentlichen Plätzen zu betteln. Den Rest des Jahres lebt er in Plovdiv. Er erhält eine kleine Rente im Zusammenhang

mit seiner Behinderung und arbeitet zudem in seiner Schreinerei. Aber das Geschäft läuft nicht mehr gut. Anstatt seiner restaurierten Ware kaufen seine früheren Kunden nun neue Möbel. Ähnlich wie die, die ihre Freunde und Verwandten in Deutschland besitzen.

In dieser Zeitphase nach 2011 zieht einer seiner Söhne mit Frau und Kindern von Plovdiv nach Duisburg, wo sie sich langfristig niederlassen. Ab 2019 reist der nun 57-Jährige jedes Jahr für zwei bis drei Monate zu seinem Sohn nach Duisburg und lebt den Rest des Jahres in Plovdiv. Noch immer versucht er über die Reparatur und den Verkauf von Möbeln und Gerätschaften seine kleine Rente aufzubessern. Von seinem Sohn in Deutschland erhält er nicht regelmäßig Geld. Zu seinen Erfahrungen in Duisburg hebt er die Kontrolle durch Nachbarn und lokale Behörden hervor, erwähnt aber auch die Unterstützung, die die Familie seines Sohnes erhält. Wenn er deren Situation mit seinen Erfahrungen in Bulgarien vergleicht, dann hat er das Gefühl, dass sie in Deutschland besser behandelt werden.

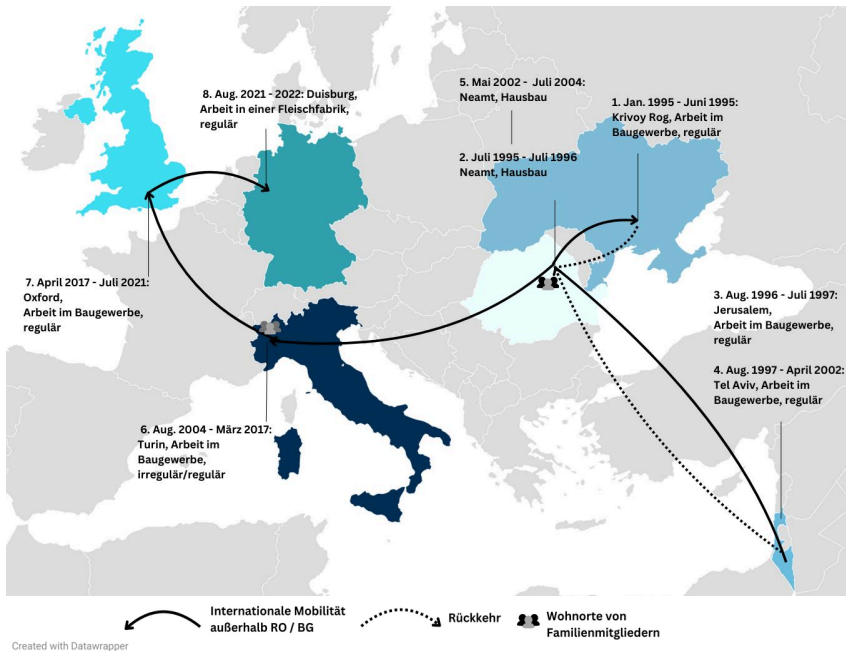
Constantin, 25 Jahre Wanderarbeit in sechs Ländern

Constantin wird 1975 geboren, absolviert eine Berufsausbildung in der Metallurgie und arbeitet auf Baustellen im Kreis Neamț (Rumänien). 1995 beschließt er, im Ausland zu arbeiten, um Geld zu sparen und ein eigenes Haus zu bauen. Er ist jung, ledig und lebt in einer von Armut geprägten Region in einem Land, das sich nach dem Regimewechsel 1990 gerade in einer tiefen gesellschaftlichen Umbruchphase befindet. Reisen nach Westeuropa sind nur eingeschränkt möglich und die Suche nach Arbeitsmöglichkeiten in den östlichen Nachbarländern ist in dieser Zeitphase nicht ungewöhnlich. Daher entscheidet sich Constantin auch für die Stadt Krivoy Rog in der Ukraine in seiner ersten internationalen Migration. Er arbeitet dort sechs Monate auf dem Bau, einem Sektor für den er ausgebildet ist und in dem er Erfahrung hat. Im Sommer desselben Jahres kehrt er zurück und beginnt mit dem Bau seines Hauses in seiner Heimatstadt. Im Juli 1996 reist er nach Jerusalem, wo er ein Jahr wiederum auf dem Bau tätig ist. Ein Jahr darauf geht er nach Tel Aviv, verbleibt aber im gleichen Beschäftigungssektor. Er verdient sehr gut, muss aber aus aufenthaltsrechtlichen Gründen 2002 das Land verlassen und kehrt nach Rumänien zurück. In den folgenden zwei Jahren baut er weiter an seinem eigenen Haus und heiratet.

Im Jahr 2004 geht er zusammen mit seiner Ehefrau und seinem Bruder nach Turin (Italien), wieder auf der Suche nach einer gut bezahlten Arbeit.

Bis 2007, dem Jahr des EU-Beitritts Rumäniens, hat er dort auf allen Baustellen ausschließlich informelle Arbeitsverhältnisse. Erst ab 2007 arbeitet er mit einem regulären Arbeitsvertrag im Baugewerbe. Während seines 13 Jahre andauernden Aufenthalts in Italien werden ihm zwei Kinder geboren. Im Jahr 2017 beschließt die Familie aus finanziellen Gründen, das Land zu verlassen. Seine Ehefrau entscheidet sich gegen einen Neuanfang in einem anderen Land und zieht es vor, mit den beiden Kindern nach Rumänien zurückzukehren. Sie bezieht das im Laufe der Jahre errichtete Haus und lebt in der Nähe anderer Familienmitglieder. Sie hat eine Berufsausbildung, ist nach ihrer Rückkehr aber nicht berufstätig und widmet sich dem Haushalt und den Kindern. Constantin dagegen zieht weiter in das Vereinigte Königreich in die Nähe von Oxford und bleibt weiter im Baugewerbe beschäftigt. Während seines fast fünfjährigen Aufenthalts unterstützt er seine in Rumänien lebende Familie finanziell, ist aber nach einer gewissen Zeit nicht mehr zufrieden mit seinen Arbeitsbedingungen und dem Verdienst.

Abbildung 2.35: Migrationswege von Constantin



Quelle: eigene Darstellung

Im Juli 2021 geht er nach Duisburg, um in einer Fleischfabrik zu arbeiten. Er wird vom Unternehmen selbst beschäftigt. Als er im Januar 2022 in Duisburg befragt wird, lebte Constantin seit etwa 6 Monaten in Deutschland. Er sieht sich am Anfang eines neuen Integrationsprozesses und ist zum ersten Mal in einer anderen Branche als dem Baugewerbe beschäftigt. Er hat noch keinen Kontakt zu den örtlichen Behörden und obwohl er sich auf Italienisch, Englisch, Hebräisch, Arabisch, Russisch und Rumänisch verständigen kann, spricht er kein Deutsch. Er hat hauptsächlich Kontakt zu seinen Arbeitskollegen und anderen Rumänen. Er fühlt sich nicht schlechter behandelt als andere, und obwohl er glaubt, dass er in Duisburg eine gute Arbeit finden könnte, hält er es für unwahrscheinlich, dass er im Ruhrgebiet eine angemessene Wohnung finden oder generell ein Leben führen kann, wie er es sich wünschen würde. Im Moment des Interviews teilt er sich eine Wohnung mit anderen Arbeitern der Fleischfabrik. Auf die Frage ob er es schwierig findet, hier zu arbeiten, lächelt er und fragt: „Ist es auf der Baustelle einfacher?“ (I2.14) Er hält es für möglich, in den nächsten Jahren wieder umzuziehen, ohne eine Antwort darauf zu geben, wohin er dann gehen würde. Constantin kommuniziert fast täglich mit seiner Familie und schickt monatlich Geld nach Hause. Außerdem fährt er regelmäßig zu Besuchen nach Neamț.

Alex kehrt zurück für seinen Kindheitstraum – ein eigenes Geschäft führen

Alex wird 1993 in einem Dorf im Kreis Suceava geboren. Seine Migrationsgeschichte beginnt 2012, als er für vier Monate zu seinem bereits in Turin lebenden Bruder geht. Er hat seine Ausbildung zum Automechaniker gerade abgeschlossen und ist von dem Bedürfnis angetrieben, im Leben mehr zu erreichen, „um (...) weiter zu kommen und mehr Geld zu verdienen“ (I2.15). Vor seiner Ausreise lebt er zusammen mit seiner Familie, die im Dorf einen Laden besitzt. Alex hilft seinem Vater im Geschäft und verdient genug, um in Rumänien ein gutes Leben zu führen. Sein Kindheitstraum ist es jedoch, eines Tages sein eigenes Geschäft aufzubauen. Um das zu erreichen, sieht er in der Migration eine gute Gelegenheit. In Italien angekommen, arbeitet er unter der Woche regulär als Tellerwäscher im gleichen Restaurant wie sein Bruder und am Wochenende informell als Fahrer. Er verdient aber nicht genug und beschließt, für kurze Zeit nach Rumänien in das Haus seiner Eltern zurückzukehren, wo er sich neu orientieren will. Seine Cousine lebt zu dieser Zeit in Deutschland und vermittelt ihm einen

Kontakt zu einem Unternehmen aus Sibiu (Rumänien), das Arbeiter nach Deutschland in die Fleischindustrie entsendet. 2013 nimmt er seine erste Tätigkeit in einer kleineren Fleischfabrik in Niedersachsen auf.

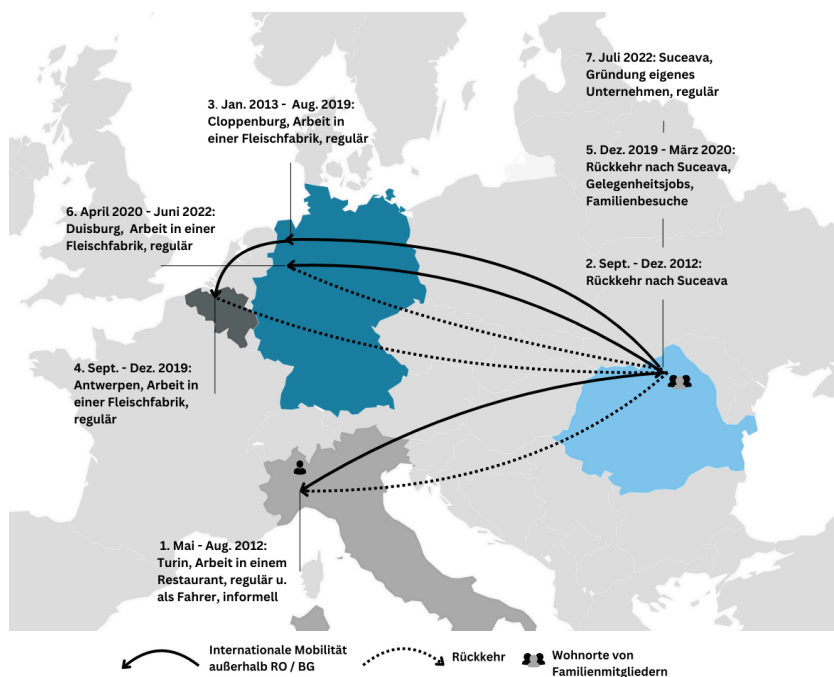
Die nächsten sieben Jahre ist er dort als Entsendeter der rumänischen Firma tätig. Anfangs ist er unsicher, ob er in der Fabrik bleiben kann, er spricht kein Deutsch und die Arbeit ist sehr hart. Seine Bezahlung richtet sich nach der Menge in Kilogramm, die er verarbeiten kann. Doch er lernt schnell und nach sechs Monaten ist er schon schneller als viele andere Kollegen. Im Laufe der Zeit verbessern sich auch seine Deutschkenntnisse. Er erfährt zudem einen Aufstieg im Unternehmen, als ihm eine weitere Rolle zugewiesen wird. Er soll andere rumänische Arbeiter unterstützen, die von seiner Firma am gleichen Standort eingesetzt werden. Im August 2019 wird er in eine Fleischfabrik in Antwerpen versetzt, bleibt aber im rumänischen Arbeitsvertrag. Die Arbeitsbedingungen und die neue Umgebung bereiten ihm aber einige Schwierigkeiten und er kehrt im Dezember nach Suceava zurück. Im März 2020 kontaktiert ihn das Unternehmen aus Sibiu erneut und bietet ihm eine Stelle in Duisburg an, wieder in einer Fleischfabrik. In der Folge des gesetzlichen Verbots von Leiharbeit und Entsendung in Schlachtbetrieben bekommt er 2021 seinen ersten Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen und erwirbt die damit verbundenen Sozialversicherungsansprüche. Bis zu seiner Rückkehr im Juli 2022 nimmt er das deutsche Gesundheitssystem mehrmals in Anspruch, lässt sich operieren und regelmäßig untersuchen. Er beschreibt, wie er und seine Arbeitskollegen bis dahin nur im äußersten Notfall „wenn einer fast dem Tod nahe war“ (I2.16) einen Arzt aufgesucht hatten.

Im Sommer 2022 macht er seinen Kindheitstraum dann wahr, kehrt nach Suceava zurück und eröffnet seine eigene Autowerkstatt mit Waschanlage. Bei unserem Gespräch kurz nach seiner Rückkehr ist er glücklich und hoffnungsvoll für die Zukunft. Er hat das Gefühl, seine Migrationsziele erreicht zu haben und auch die russische Invasion der Ukraine sowie die Flüchtlingsbewegung in die rumänische Grenzregion, in der er lebt, scheinen seine Pläne einer permanenten Rückkehr nicht wesentlich zu beeinflussen. Für den Fall, dass das Geschäft nicht funktioniert, hat er sich bereits Alternativen überlegt. Er könnte es als Lagerraum für Fahrzeugteile nutzen und evtl. eine Partnerschaft mit einem in Deutschland ansässigen Unternehmen eingehen. Er möchte im Dorf Arbeitsplätze schaffen, bei seiner Familie leben und ist an einer erneuten Migration nicht mehr interessiert. Der Stress war zu groß und "ich bin dem Geld lang genug hinterher

2. Diversität der Migrierenden und komplexe Mobilitätsmuster

gelaufen, jetzt ist es an der Zeit, dass es zu mir kommt (...) wenn auch nicht in allzu großen Mengen“ (I2.17).

Abbildung 2.36: Migrationswege von Alex



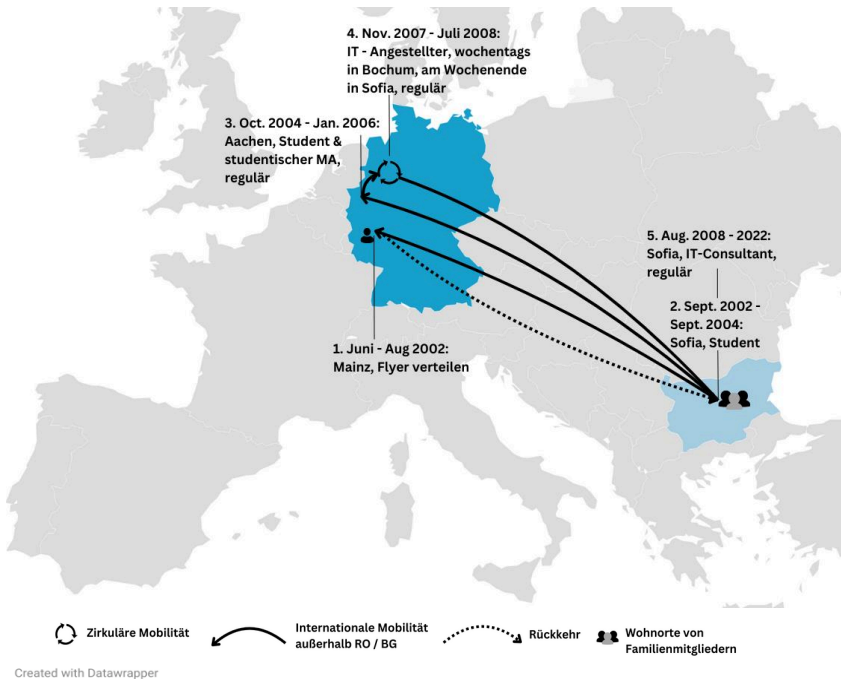
Quelle: eigene Darstellung

Mihael, zu Ausbildung und Berufseinstieg in Deutschland, nun etabliert in Sofia

Mihael wird 1981 in Plovdiv geboren, wo er das Abitur macht. Ähnlich wie Cristina lernt auch er bereits in der Schule Deutsch. Viele seiner Schulkameraden beschließen, unmittelbar nach dem Abitur nach Deutschland zu gehen, um die Universität zu besuchen. Er entscheidet sich jedoch für die Hauptstadt Sofia, wo er an der Technischen Universität Kommunikationstechnik studiert. Weil er neugierig ist, „die Welt zu sehen“ (I2.18), besucht er im Sommer 2002 für drei Monate seine Geschwister in Mainz. Er verteilt informell Infolyer und verbessert seine Sprachkenntnisse. Er kehrt jedoch

nach Sofia zurück, um sein Studium fortzusetzen. Nach seinem Bachelor-Abschluss geht er 2004 nach Aachen, um dort einen Master zu absolvieren. In den nächsten zwei Jahren arbeitet er an der Universität Aachen zudem als studentischer Mitarbeiter. Im Januar 2006 geht er nach Bochum für ein sechsmonatiges Forschungspraktikum bei Nokia. Während dieser gesamten Zeitphase leben seine Eltern in Plovdiv und seine Geschwister in Mainz. Im Jahr 2007 schließt er sein Studium ab und wird von der bulgarischen Niederlassung eines deutschen Unternehmens eingestellt, das ihm eine lukrative Stelle anbietet. Etwas mehr als ein halbes Jahr pendelt er wöchentlich zwischen Bochum und Sofia. Dabei übernimmt die Firma alle anfallenden Kosten.

Abbildung 2.37: Migrationswege von Mihael



Quelle: eigene Darstellung

Seine überdurchschnittlich guten Deutschkenntnisse und sein Masterabschluss an einer renommierten deutschen Universität verhelfen ihm mit zu einem schnellen Aufstieg in der Firma. Ihm wird die Sonderrolle eines kul-

turellen Vermittlers zwischen deutscher Geschäftsleitung und bulgarischen Angestellten zugewiesen. Sein Gehalt erhöht sich stark und er bekommt mit 27 Jahren bereits die Verantwortung für ein Team erfahrener IT-Ingenieure. Er stellt fest, dass andere Europäer „in ihrem Land vielleicht nichts Besonderes sind, aber wenn sie in Bulgarien angestellt werden, werden sie sofort ‚top-level‘ - selbst wenn sie innerhalb desselben Unternehmens wechseln" (I2.19). Seit August 2008 lebt Mihael in Sofia, hat eine eigene Familie gegründet und arbeitet als IT-Berater. Während der COVID-19-Pandemie gelingt ihm der Durchbruch auf dem ausländischen Markt mit seinem eigenen Unternehmen. Von zu Hause in Sofia aus arbeitet er nun für deutsche, schwedische und andere internationale Kunden.

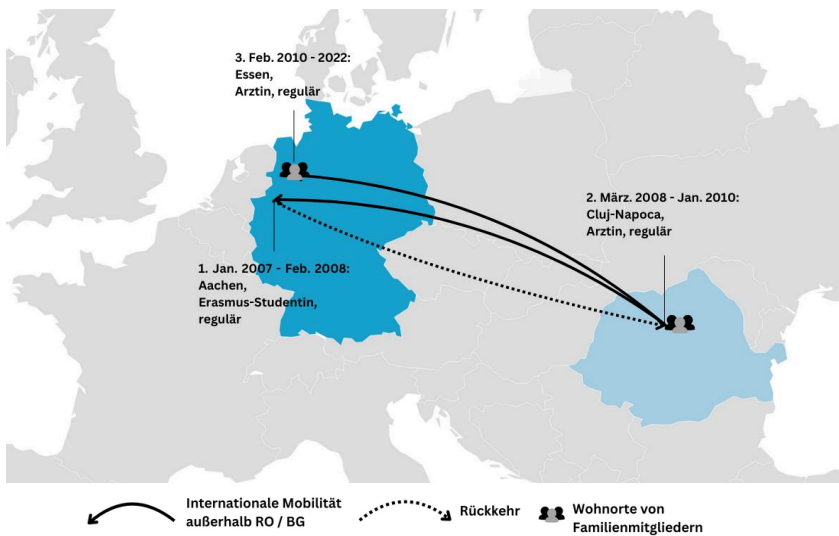
Cristina, eingewanderte Oberärztin mit festem Wohnsitz im Ruhrgebiet

Cristina wird 1983 in Cluj-Napoca (Rumänien) geboren und lernt bereits im Kindergarten Deutsch. Die Sprache stellt so für sie kein Hindernis dar, als sie 2007 als Medizinstudentin zu einem Erasmus-Aufenthalt nach Aachen geht. 2008 kehrt sie nach Cluj-Napoca zurück und beendet ihr Medizinstudium. Als junge Absolventin arbeitet sie als Assistenzärztin und engagiert sich ehrenamtlich für verschiedene Zwecke. Bald jedoch ist sie enttäuscht von den begrenzten Möglichkeiten, ihren Beruf angemessen auszuüben in einem System, das sie als gleichgültig gegenüber der Armut und den Schmerzen der Patienten empfindet. In dieser Phase verschärfen die im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise durchgesetzten Einsparmaßnahmen die ohnehin eher prekäre Lage der schlecht bezahlten Ärzteschaft. Sie sind oft tätig in öffentlichen Krankenhäusern, in denen die notwendige medizinische Ausrüstung knapp ist und die Patienten gebeten werden müssen, selbst für lebenswichtige Medikamente und andere Dinge aufzukommen. Cristina nennt ethische Gründe, die sie schließlich dazu bewegen, Rumänien zu verlassen. Obwohl sie in einer der dynamischsten Regionen des Landes lebt.

2010 lässt sich Cristina in Essen nieder. Ihre rumänischen Abschlüsse werden anerkannt und sie kann sich als Ärztin stetig weiter qualifizieren. Im Moment des Interviews ist sie als Oberärztin auf einer leitenden Position. Sie gründet eine Familie mit einem Mann, der ebenfalls aus Rumänien stammt, über einen Hochschulabschluss verfügt und einen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefragten Beruf ausübt. Beide erwerben im Laufe der Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft. Cristina besucht ihre

Eltern und Geschwister in Rumänien nicht sonderlich oft, verfolgt aber die Geschehnisse vor Ort. Abgesehen von Geschenken zu besonderen Anlässen überweist sie nicht regelmäßig Geld und besitzt dort auch keine Immobilien oder Unternehmen. Sie legt jedoch Wert darauf, dass ihre Kinder neben Deutsch auch die rumänische Sprache erlernen. Zusammen mit ihrem Mann besitzt Cristina ein eigenes Haus und plant in der näheren Zukunft keinen Umzug. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich eher auf die Bildungswege ihrer Kinder im deutschen Schulsystem und ihre berufliche Zukunft vor Ort im Gesundheitssektor.

Abbildung 2.38: Migrationswege von Cristina



Quelle: eigene Darstellung

3. Sechs Städte – sechs Migrationsstrukturen und Integrationspolitiken

Basierend auf dem in Kapitel 1.2 nur kurz skizzierten Stand der Forschung fokussierten wir in der Studie darauf, sowohl die *objektiven Strukturen* als auch die vorherrschenden *subjektiven Wahrnehmungsmuster* der ausgewählten sechs Kommunen im Hinblick auf Migration und Ankommen zu erfassen. Hierzu werteten wir – wie in Abschnitt 1.3 bereits dargestellt – vorhandene Dokumente aus und führten umfangreiche Experteninterviews in den sechs Kommunen. Beide Datenquellen, die Sekundärdaten aus vorhandenen Dokumenten und die Primärdaten aus den eigenen Erhebungen werteten wir nach ausführlicher Codierung mit der Software MAXQDA mit den Methoden der Qualitativen Inhaltsanalyse (vor allem in Anlehnung an Mayring 2010) und der Deutungsmusteranalyse (Arnold 1983, Pfister 2020) aus. Für die Rekonstruktion der objektiven kommunalen Strukturen wählten wir die folgenden wesentlichen Kategorien:

- Zeitliche Implementierung des Lokalen Integrationsmanagement (LIM): Wann wurde in der Kommune systematischer ein LIM entwickelt?
- Wahrnehmungskontexte und -muster EU2 (Verlauf): Da wir auf die Migration aus Rumänien und Bulgarien fokussieren, stellt sich vor allem die Frage, welche besonderen Herausforderungen und Chancen im öffentlichen Diskurs und in den Kommunen wahrgenommen wurden (z.B. Problemhäuser, Straßenstrich etc.);
- Konzeptionelle und strategische Antworten, externe Kooperationen, Rahmenbedingungen: Wir skizzieren hier, welche Reaktionen die kommunalen Akteursgruppen, v.a. die Verwaltung, im Hinblick auf die thematisierten Herausforderungen entwickelt haben und wie sich deren Orientierung evtl. im Zeitverlauf veränderte (z.B. von Defizit-/Problemperspektive zu Chancenperspektive);
- Organigramme/Akteurskonstellation kommunal intern, Arbeitskreise (AKs): Hier zeigen wir die jeweils spezifische Verwaltungsstruktur und Einbindung der Integrationsaufgaben auf;
- Übergreifendes Wandlungsmuster (Struktur, Geschichte, Selbstbilder der Kommune): Vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Aspekte ver-

suchen wir, ein übergreifendes Wandlungsmuster des jeweiligen kommunalen Integrationsgeschehens für die Zeit ab etwa 2010 zu zeichnen.

Im anschließenden Kapitel 4 werden diese Prozesse und Strukturen einleitend aus vergleichender Perspektive betrachtet und es wird Bezug genommen auf kaum angesprochene Aspekte, bspw. die Migration von bulgarischen und rumänischen Ärzten und anderen Fachkräften. Darauf folgt die Rekonstruktion typischer subjektiver Wahrnehmungsmuster der Akteure, welche sich über alle Kommunen verteilt finden ließen.

Die folgenden Darstellungen der Entwicklungslinien kommunaler bzw. lokaler Konzepte, Handlungsprogramme, Projekt- und Kooperationsformate mit spezifischem EU2-Bezug können die historisch gewachsenen Strukturen nicht in ihrer Komplexität umfänglich erfassen und stellen daher nur einen verdichteten Ausschnitt dar. Die Entwicklungen in den fünf involvierten NRW-Landesministerien (Bildung, Bau, Arbeit/Soziales, Integration, Inneres) und die dabei entworfenen Förderlinien und Kooperationsformate werden hier nicht nachgezeichnet.⁸⁴ Wir können die Auswirkungen der drei großen Einschnitte im Kontext der Flüchtlingsbewegungen ab 2015 (Syrien) und ab 2022 (Ukraine) sowie der Covid-19 Pandemie zwischen 2020 und 2022 auch nur jeweils andeuten. Für die beiden Flüchtlingsbewegungen lässt sich zusammenfassend sagen, dass in deren Kontext phasenweise das Thema Südosteuropa zunächst an Aufmerksamkeit verloren hat und knappe Ressourcen neu verteilt werden mussten. Teilweise wurden dazu auch im Rahmen von SOE-Projekten entstandene Strukturen für die neuen Herausforderungen genutzt. In einigen Kommunen überlappen sich die verstärkte Wahrnehmung der EU2-Migration mit der umfangreichen Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2015 und der konzeptionellen Überarbeitung des lokalen Integrationsmanagements.

Während der Covid-19 Pandemie finden sich zwei Haupttendenzen. Einerseits haben sich bereits schwierige Lebenslagen noch verschärft und Teilhabechancen verringert (etwa durch den verstärkten Abbau von Beschäftigungspositionen in bestimmten Bereichen wie dem Gaststättengewerbe). Die schon vorhandene, eher negative Wahrnehmung der Gruppe hat sich tendenziell verstärkt durch Meldungen über nicht eingehaltene Verhaltensauflagen, übermäßig hohe Impfverweigerungen in bestimmten Gruppen etc. Langfristig erarbeitete Austauschformate auf Nachbarschafts-

84 Ein Überblick über Programme, Maßnahmen und weitere Angebote der Landesregierung findet sich hier: <https://www.mhkbd.nrw/themenportal/strategieaustausch-zur-zuwanderung-aus-suedosteuropa>.

ebene oder zwischen Akteuren des lokalen Integrationsmanagements kamen – zumindest teilweise – zum Erliegen. Andererseits eröffnete die Pandemie aber auch einen neuen Möglichkeitsraum. So legte sie ein Schlaglicht auf den hervorgehobenen Wert migrantischer Arbeit in Wirtschaftssektoren wie der Fleischwirtschaft, Landwirtschaft oder der Logistik und eröffnete Chancen für die strukturelle Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen (siehe z.B. das Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischwirtschaft). Es wurden auch neue Formen der Kooperation gefunden, die die Zusammenarbeit über die Pandemie hinaus langfristig verbessert haben. Schließlich haben nicht wenige auf langfristige Vertrauens- und Beziehungsarbeit ausgelegte Projekte, deren Schwierigkeit oft darin besteht, ihren Mehrwert empirisch nachzuweisen, eine umfassende Anerkennung erfahren.

Im Folgenden skizzieren wir für die untersuchten Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen, Oer-Erkenschwick und Gladbeck jeweils die zeitliche Implementierung eines lokalen Integrationsmanagements, die dabei relevanten Wahrnehmungskontexte und -muster, die von der Stadt entwickelten konzeptionellen und strategischen Antworten und die insgesamt erkennbaren, einzelne Arbeitsbereiche und Organisationen übergreifenden Wandlungsmuster.

3.1 Dortmund

Im Hinblick auf die *zeitliche Implementierung eines lokalen Integrationsmanagements* ist wichtig, dass der Rat der Stadt Dortmund im Jahr 2005 die Erstellung eines städtischen *Masterplans Migration/Integration* entscheidet. In einer ersten Phase des Prozesses zwischen 2005 und 2010 werden Vorstellungen von Integration und Leitbildern kommunaler Integrationsarbeit erstmals definiert. Man beginnt mit dem Aufbau von Netzwerken aus Verwaltungs- und Trägerakteuren. In einer zweiten Periode von 2010 bis 2012 werden Migration und Integration zu einer zentralen Querschnittsaufgabe erklärt und die *Migrations- und Integrationsagentur* (MIA-DO) als Nachfolgerin des *Integrationsbüros* eingerichtet, die direkt an das Amt des Bürgermeisters angegliedert wird. Vier strategische Handlungsfelder werden definiert. In einer dritten Phase seit 2013 werden MIA-DO und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (ehemals Regionale Arbeitsstelle Ausländer RAA) ent-

sprechend des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW aus dem Jahr 2012 zum *Kommunalen Integrationszentrum MIA-DO-KI* zusammengeführt.⁸⁵

Die Querschnittsarbeit Migration/Integration wird ausgebaut und verstetigt. Bereits in der ersten Phase des Masterplan-Prozesses spielt die Wahrnehmung der Migration aus Südosteuropa eine wichtige Rolle. In der zweiten Phase (also 2010 bis 2012, bereits vor der vollen EU2-Freizügigkeit von 2014) wird im Rahmen des aus NRW-Landesmitteln geförderten KOMM-IN Projekts ein erster *Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa* entwickelt.⁸⁶

Betrachtet man die spezifischen *Wahrnehmungskontexte und -muster* dieser EU2-Zuwanderung, so ist für Dortmund relevant, dass sich der Zuzug bereits ab dem Jahr 2007 intensiviert hatte und in der Anfangsphase sehr konzentriert in das Quartier Nordmarkt im Stadtbezirk Innenstadt-Nord erfolgte. Die Migration wird in dieser ersten Phase überwiegend als eine sozialräumlich konzentrierte und problembehaftete Ausnahmensituation wahrgenommen und mit Roma in Verbindung gebracht. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die Veränderungen in der bis 2011 noch regulär ausführbaren Straßenprostitution, ein ‚Arbeiterstrich‘, prekäre Bedingungen in Problemhäusern, Vermüllung und eine „Mafia [die] anfang in größerem Stil auch noch Häuser zu kaufen“ (I3.1).⁸⁷ „Armut überhaupt in dieser Form, wie wir sie dann kennengelernt haben, das gab es ja in der Form wenig oder war nicht so offensichtlich“ (I3.2). Zunächst registrierte man überwiegend allein reisende Männer und Frauen, später auch Familien, die „im Prinzip nichts oder keine vernünftige Einnahmequelle hatten“ (I3.3). Der Fokus der von Kommune und Trägern entwickelten Maßnahmen liegt auf einer gering qualifizierten Gruppe, deren Arbeitsmarktchancen als eher niedrig eingeschätzt werden und deren Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt oft prekär ist (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Konkurrenz um knappe Helfertätigkeiten, falsche Verträge, Schwarzarbeit etc.). Wahrgenommen werden auch die Schwierigkeiten dieser Eingewanderten und ihrer Kinder im Zugang zum Bildungssystem und der überdurchschnittlich hohe Bedarf an nachholender Integration (etwa der Alphabetisierung) und an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Davon besonders betroffen sind Ro-

85 Vgl. zur Geschichte der RAA https://de.wikipedia.org/wiki/Regionale_Arbeitsstelle#Geschichte; vgl. das Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW aus dem Jahr 2012 <https://www.mkjfgfi.nrw/teilhabe-%20und%20integrationsgesetz>.

86 Vgl. <https://www.dortmund.de/themen/integration/masterplan-migration-integration/masterplanprozess-ab-2005/>.

87 Vgl. <https://taz.de/Zuwanderung-der-Roma/!5054150/>.

ma-Familien, zu denen man „die Hälfte“ (I3.4) der Migrierten aus Rumänien und Bulgarien zugehörig schätzt.

Die besonders zu Beginn der verstärkten Migration dominante Wahrnehmung, dass gut qualifizierte Fachkräfte aus diesen beiden Ländern „schlicht und einfach in andere Städte [gehen], wo sie, bessere Chancen sehen weiterzukommen“ (I3.5) findet sich nicht nur in Dortmund, sondern auch in anderen Kommunen und bezieht sich bei einigen Akteuren auch auf Gesamt-NRW. Über die Jahre hinweg liegt ein Großteil der Aufmerksamkeit auf der Nordstadt als „Ankunftsquartier“ (Stadt Dortmund 2018: 30), in dem sich auch die Mehrzahl der sozialen und kulturellen Angebote konzentriert. Aus ordnungsrechtlicher Perspektive werden die Jahre 2015/2016 als Höhepunkt markiert, an dem bis zu 180 Wohnhäuser in der Nordstadt als Problemhäuser gezählt wurden. Bis 2022 hat sich diese Zahl auf ein Drittel reduziert „und davon ist jetzt so ein Kern von fünf vielleicht, wo wir wirklich sagen, das ist so eine Art Ekelhaus“ (I3.6). Alltägliche Aufgaben im Bereich Wohnen und Melderecht werden als „die reine Routine“ oder „Sisyphusarbeit“ (I3.7) eingeordnet, die durch ein „Frühwarnsystem“ (I3.8) präventiv begleitet wird. Generell wird die Nordstadt als Bezirk beschrieben, der einen positiven Wandlungsprozess durchläuft. Auch der Drogenhandel im Quartier Nordmarkt konnte eingedämmt werden. Noch immer wird die Mobilität der rumänischen und bulgarischen Bevölkerung als relativ hoch eingeschätzt. Transnationale Lebensbezüge werden erkannt, deren Bedeutung für die alltägliche Lebensgestaltung in der Ankunfts-kommune können aber nur schwer zugeordnet werden.

Im Hinblick auf Ressourcen und Fähigkeiten liegt die Wahrnehmung mittlerweile zwischen zwei Extrempolen. Einerseits wird von „versteckten Potentialen“ gesprochen wie die vielfältigen Beschäftigungsverläufe, informellen Qualifizierungen und erkannten Fähigkeiten trotz schwieriger Voraussetzungen, die besser nutzbar gemacht werden sollten, etwa über neue Verfahren der Kompetenzfeststellung. Andererseits wird hervorgehoben, dass EU2-Migration noch immer die größten Probleme mit sich bringt. Besondere Herausforderungen bestehen demnach nicht nur bei außerhalb der Regelstrukturen von Bildung und sozialem Transfersystem stehenden „Entkoppelten“ (I3.9) sondern überhaupt bei der jüngeren Generation, die sich den meist noch offenen Migrationsprojekten und unbestimmten Zukunftsplänen ihrer Eltern anpassen und darin ihre eigene Lebensplanung verorten müssen. Auch die zunehmende Bedeutung religiöser Orientierungen angelehnt an die Pfingstlerbewegung findet Beachtung.

Bezogen auf *konzeptionelle und strategische Antworten* der Stadt gab es bereits 2010 innerhalb der Verwaltung und mit einigen Trägern einen ersten strukturierten Austausch zur Identifikation von Bedarfen und möglichen Handlungsansätzen. 2011 wurde das *Dortmunder Netzwerk EU-Armutszuwanderung* gegründet, zunächst mit sechs Fachgruppen bzw. Handlungssträngen und etwa 15 involvierten Personen. 2022 fasst dieses Netzwerk, nun genannt *Gesamtstrategie Neuzuwanderung*, zehn Fachgruppen mit mehr als 200 Akteuren aus fast allen Bereichen der Verwaltung, von Trägern, MOs, Wissenschaft und DGB. Das Netzwerk umfasst 26 Koordinatoren und Koordinatorinnen und tagt viermal jährlich. Die Gesamtkoordination liegt überwiegend im Sozialdezernat und bei einer Vertreterin der Wohlfahrtsverbände. Das Kommunale Integrationszentrum *MIA-DO-KI* nimmt in diesem „Dortmunder Modell der dichten Vernetzung“ (I3.10) eher keine Schlüsselrolle ein. Bereits in den Anfangsjahren kam es hier zu einer Aufgabentrennung. *MIA-DO-KI* sieht sich weniger für Neuzuwanderung als für nachgehende Integrationsmaßnahmen zuständig.⁸⁸

Das sowohl vertikal (bereichsübergreifend) als auch horizontal (ebenenübergreifend) stark ausdifferenzierte Kooperationsgefüge dient der Wahrnehmung sich ändernder Rahmenbedingungen, der Strukturierung, Entwicklung und Umsetzung bedarfsorientierter Hilfen und deren Anpassung bei erkanntem Bedarf (Zoerner/Certa 2022: 219f.). Nach einer ersten dominant ordnungsrechtlich geprägten Phase, in der unter anderem der Straßenstrich geschlossen wurde, setzte sich auch auf kommunalpolitischer Ebene die Auffassung durch, dass ein Großteil der Menschen bleiben wird und es „zu ihrer Integration (...) keine Alternative [gibt]“ (Stadt Dortmund 2014: 3). Dafür sollen Integrationsangebote entstehen, die über städtische, Landes-, Bundes- und EU-Mittel sowie Trägerressourcen finanziert werden. Ein wichtiger erster Grundpfeiler ist das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierte *9-Schritte-Verfahren zur Integration in Arbeit*. Ergänzt wird es durch eine Reihe von Ansätzen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Gewinnung von Fachkräften (über einen mit der Fachhochschule Dortmund eigens konzipierten Studiengang) sowie Bildung/Kultur.⁸⁹ Der erste Sachstandsbericht zur Zuwanderung aus

88 Vgl. <https://www.dortmund.de/rathaus/verwaltung/amt-fuer-angelegenheiten-des-oberbuergermeisters-und-des-rates/kommunales-integrationszentrum-dortmund-mia-do-ki/>.

89 U.a. auch finanziert über das *Programm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus Südosteuropa* (ab hier: Programm SOE-MKJF-

Südosteuropa wurde 2014 vorgelegt. Seitdem erscheint er jährlich.⁹⁰ Die zentrale erste Anlaufstelle für Migrierte aus Rumänien und Bulgarien – *Willkommen Europa*⁹¹ – entstand im Jahr 2014 in der Dortmunder Nordstadt und wird von einem Trägerverbund getragen.

Ordnungsrechtliche Akteure, zunächst separat koordiniert im Arbeitskreis Problemimmobilien, werden im Netzwerk über die *Fachgruppe Wohnen und Zusammenleben* eingebettet. Im Bereich Wohnen/Zusammenleben führt das unter anderem dazu, dass in Dortmund über den gesamten Zeitraum nicht mehr als fünf Wohnhäuser geräumt und geschlossen wurden. Stattdessen wurden im Rahmen der *Ankauf- und In-Wert-Setzungs-Strategie* bisher insgesamt 26 Häuser in der Nordstadt erworben, saniert und wieder gemischt bezogen (unter anderem von Studierenden und Roma-Familien). Renovierungsarbeiten wurden zum Teil von Bewohnern selbst ausgeführt im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen. Generell besteht eine Handlungsstrategie darin, auch Menschen aus der Zielgruppe in kommunalen Trägern wie *Grünbau gGmbH* oder in der kommunalen Entsorgungswirtschaft gezielt zu beschäftigen. Knapp die Hälfte der als problematisch markierten Immobilien konnten vom Markt genommen werden. Besondere Aufmerksamkeit hat die Sanierung einiger Häuser in der Mallinckrodtstraße bekommen. In einem kollaborativen Kunstprojekt zur Roma-Baukultur wurde 2019 eine Hausfassade neugestaltet und im Anschluss eine Ausstellung realisiert.⁹² Im Bereich Roma-Kultur wird zudem seit 2013 das Kulturfest *Djelem Djelem* von der Stadt Dortmund gefördert.⁹³

Auch das Jobcenter und die Ausländerbehörde haben auf die zunehmende Zahl rumänischer und bulgarischer Staatsbürger im SGB-II Bezug sowie der hohen Fluktuation mit dem Aufbau spezifischer Teams reagiert:

GFI) des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration [MKJFGFI, ehemals MKFFI) oder das *Modellvorhaben Problemimmobilien im Kontext der Zuwanderung aus Südosteuropa* des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD). Vgl. Zoerner/Certa (2022: 219ff.) für einen aktuellen Überblick der Maßnahmen und Ansätze im Rahmen der Gesamtstrategie Neuzuwanderung.

90 Vgl. Sachstandsberichte 2014: [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/CAC1074D947BA373C1257C7E003B3C5B/\\$FILE/Anlagen_11787-14.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/CAC1074D947BA373C1257C7E003B3C5B/$FILE/Anlagen_11787-14.pdf) und aktuell aus dem Jahr 2022: [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/3CEB658753050014C1258899003CF9AE/\\$FILE/Anlagen_25007-22.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/3CEB658753050014C1258899003CF9AE/$FILE/Anlagen_25007-22.pdf).

91 Vgl. <https://www.anlaufstelle-willkommen-europa.de/>.

92 Vgl. <https://interkultur.ruhr/notiz/podcast-fatada-fassade-1-wir-holen-uns-die-stadt-zurueck>.

93 Vgl. <https://auslandsgesellschaft.de/djelem-djelem-festival/>.

„Kommunalpolitisch ist das sicherlich auch ein Ziel damals gewesen oder ein Anspruch gewesen, mit der Gründung dieses Teams [bei der Ausländerbehörde]. Da steckt ja die Entscheidung für personelle Ressourcen dahinter, auch diese Effekte zu erzielen. Nämlich abzuschrecken, aus dieser Motivlage hat sich das damals sicherlich so natürlich verschärft, eben durch den Straßenstrich und alles was wir noch hier hatten“ (I3.11).

Dortmund gehört zu den ersten Kommunen, die bereits 2012 einen Diskurs über die Auswirkungen der EU2-Osterweiterung auf Kommunen initiierte und dabei Land, Bund und EU-Ebene adressierte. So wurde etwa unter Dortmunder Leitung die Arbeitsgruppe *Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien* im Deutschen Städtetag gegründet. Daran knüpften einige gemeinsam mit weiteren Kommunen verfasste Positionspapiere an.⁹⁴ Auch auf europäischer Ebene hat sich Dortmund intensiv um Vernetzung mit anderen Kommunen bemüht. Eine zentrale Forderung an den Bund besteht in der weiteren Öffnung des Zugangs zu SGB-II-Leistungen und Förderstrukturen für diejenigen, deren rechtmäßiger Aufenthalt wiederholend an den Nachweis des Arbeitnehmerstatus geknüpft ist und die sich in der Folge meist im Helferbereich und Leistungsbezug verfestigen. Hinzu kommen niedrig qualifizierte Menschen ohne formelle soziale Sicherung und in irregulären prekären Beschäftigungen. Über die Beteiligung am jüngsten *Modellvorhaben zur Integration von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in den deutschen Arbeitsmarkt* soll diesem Anliegen Nachdruck verliehen werden.⁹⁵ Eine wichtige gegenwärtige Forderung an das Land bezieht sich auf die (Wieder-)Einrichtung einer koordinierenden Instanz

94 Vgl. das bereits in Kapitel 1 zitierte Positionspapier der Stadt Dortmund (2012) zur „Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess“; und das Positionspapier der AG „Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien“ im Deutschen Städtetag aus dem Jahr 2013; den Beschluss des Hauptausschusses vom 14. November 2018 dieser AG, als Anhang verfügbar im Dortmunder Sachstandsbericht *Zuwanderung aus Südosteuropa 2019*: 100ff.; [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/65694585358CBFB3C125845700230579/\\$FILE/Anlagen_14826-19.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/65694585358CBFB3C125845700230579/$FILE/Anlagen_14826-19.pdf); das Papier „Zehn Jahre EU 2-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf Dortmund“ im Dortmunder Sachstandsbericht *Zuwanderung aus Südosteuropa 2018*: [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/774D0786ADBDAE19C12582970030F067/\\$FILE/Anlagen_11011-18.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/774D0786ADBDAE19C12582970030F067/$FILE/Anlagen_11011-18.pdf); das Positionspapier aus dem Jahr 2018 zum EU-Erweiterungsprozess: https://media.frag-den-staat.de/files/foi/178216/EU_VOR_ORT_Effekte_europaeischer_Entwicklungen.pdf.

95 Vgl. <https://www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/resource/blob/1872546/2247528/d4562914cf731d1760b884b4585e131/ws-1-praesentation-ba-modellvorhaben-data.pptx?download=1>.

auf Landesebene und eines gemeinsamen konzeptionellen Rahmens, um der Konkurrenz unter den Kommunen entgegenzuwirken.

2013 entstanden auch bereits erste Versuche *transnationaler Kooperationen mit Herkunftsregionen*, die vor allem der Unterstützung von Rückkehrprozessen, der Verbesserung der Lebenslagen in den Herkunftsregionen, u.a. auch über berufliche Qualifizierung und Erwerbsintegration dienen sollten. Zudem fanden im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen Kooperationen mit rumänischen und bulgarischen Polizeibehörden statt. Insgesamt sind die Erfahrungen mit den Herkunftsregionen zum Zeitpunkt der Datenerhebung aber eher ernüchternd. Auf politischer Ebene gestalten sich engere Kooperationen als schwierig. Einzelne Projekte jenseits der politischen und der Verwaltungsebene werden dagegen als positiv bewertet. Anknüpfend an die Erfahrungen der zentralen ersten Anlaufstelle *Willkommen Europa*, die sich speziell an Migrierende aus Südosteuropa richtet, ist 2023 mit dem *Dienstleistungszentrum Migration/Integration* (MigraDO) eine weitere zentrale erste Anlaufstelle entstanden, die sich jedoch an alle neu Ankommenden richtet und diese in der ersten Ankommensphase mit nachholenden Integrationsmaßnahmen (wie Alphabetisierung, Einführung zum Regelsystem) unterstützen und bis in die Regelstrukturen begleiten soll. Die Gründung von MigraDO steht auch für einen beginnenden *Wechsel von Zielgruppenorientierung hin zu einer Bedarfsorientierung*. In dem auf diese Erstintegration folgenden Verstetigungsprozess begleitet das MIA-DO-KI die Migrierten durch die Übernahme klassischer Aufgaben eines Kommunalen Integrationszentrums. Neben dieser Ausdifferenzierung der Angebote nach Ankommensphasen fokussiert die Stadt Dortmund auch auf die Dezentralisierung der Angebote, unter anderem mit der Einrichtung von Beratungszentren *lokal willkommen* in anderen Stadtteilen, der Weiterentwicklung des Monitorings und dem Ausbau von „Andockpunkten“ (I3.12) in den Herkunftsländern.⁹⁶ Der Dortmunder Ansatz lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

„Wenn ich als Mensch aus Bulgarien oder Rumänien nach Dortmund komme, dann weiß ich, dass mir geholfen wird, wenn ich, Perspektiven aufbauen will. Wenn ich als ein Mensch komme, der vorhat irgendwelche kruden Geschäfte zu machen, dann weiß ich, dass ich da relativ schnell identifiziert werde und zwar genau durch diese Strukturen“ (I3.13).

96 Vgl. <https://www.dortmund.de/rathaus/verwaltung/sozialamt/gefuechtete-in-dortmund/>.

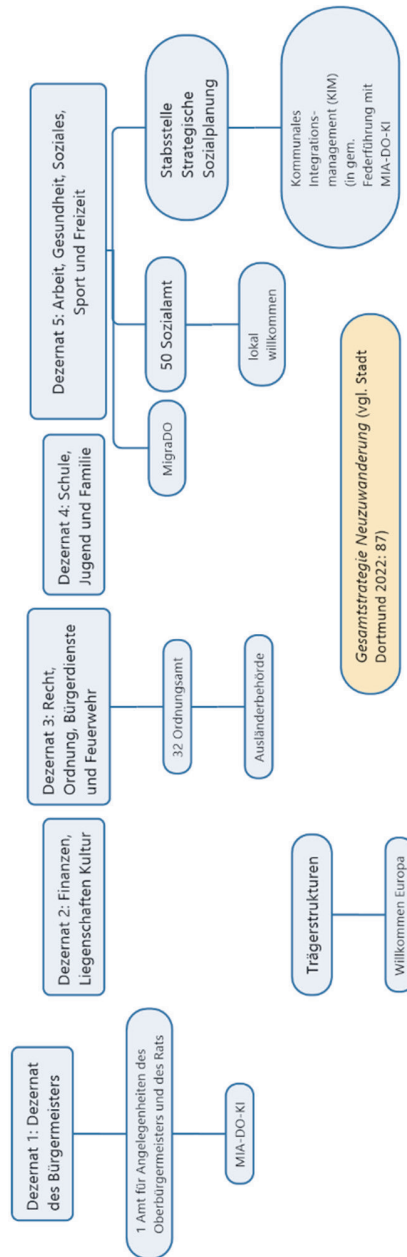
Die folgende Abbildung 3.1 veranschaulicht die Struktur der Aufgabenteilung und Kooperation in Dortmund. Dabei ist erkennbar, dass die Dezernate 1 und 5 die wichtigsten Pfeiler der Migrations- und Integrationsarbeit in Dortmund sind. Eine detaillierte Darstellung der Struktur der *Gesamtstrategie Neuzuwanderung* findet sich im Sachstandsbericht Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien aus dem Jahr 2022 (Stadt Dortmund 2022: 87).

Insgesamt lässt sich das *übergreifende Wandlungsmuster* für die Stadt Dortmund dadurch charakterisieren, dass sich die Kommune vergleichsweise frühzeitig entschieden hat, umfassende Ressourcen zu investieren, um ordnungsrechtliche und integrationspolitische Akteure in einer gemeinsamen Netzwerkstruktur zu integrieren. Dieses Netzwerk hat sich im Laufe der Zeit weiter ausdifferenziert, von 15 auf über 200 Akteure.⁹⁷ Hierdurch sind als nachhaltig bewertete Kooperationsprozesse auf horizontaler Ebene zwischen Ressorts, auf vertikaler bzw. zwischen Hierarchieebenen und auf intersektionaler Ebene zwischen Verwaltung und einer diversen Trägerlandschaft entstanden. Das Jobcenter hat 2020 im Geschäftsbereich Mitte-Nord (Stadtbezirke Innenstadt-Nord und Innenstadt-Ost) eine Spezialisierung auf EU-Migrierte mit einem Leistungs- und einem Vermittlungsteam (rund 30 Personen) vorgenommen. Auch die Ausländerbehörde hat 2018 für sämtliche Angelegenheiten von EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen ein spezialisiertes Team aus 12 Personen gegründet. 2020 wurden in dieses Team auch die Zuständigkeit für Anliegen von Drittstaatsangehörigen mit EU-Freizügigkeit überführt und sechs weitere Mitarbeitende dafür abgestellt. Die Kommune befindet sich zum einen in einem Prozess der Konsolidierung dieser Strukturen und Prozesse des Integrationsmanagements, ist aber auch um Weiterentwicklung bemüht. Die Dezentralisierung der Angebotsstrukturen folgt auch dem Trend, dass sich die EU2-Bevölkerung zunehmend über das Stadtgebiet insgesamt verteilt. 2014 lebten im Bezirk Innenstadt-Nord 61 Prozent aller rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen, im Juli 2023 waren es nur noch 50 Prozent.⁹⁸

97 Das Case Management im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) ist prinzipiell allen Menschen mit Migrationsgeschichte zugänglich. Im Moment der Datenerhebung ist eine der 16 Stellen des KIM-Case-Managements in der Anlaufstelle *Willkommen Europa* verortet. Ansonsten ist KIM nicht spezifisch auf EU2 zugeschnitten. Das *MIA-DO-KI* verfügte 2013 über 7,5 volle Stellen. 2024 sind es 15 Vollzeitstellen.

98 Vgl. Zoerner 2021.

Abbildung 3.1: Akteurskonstellation und Austauschformate in Dortmund



Quelle: Stadt Dortmund Verwaltungsgliederungsplan⁹⁹ und eigene Darstellung

Der Prozess des lokalen Integrationsmanagements hat auf mehreren Ebenen zu einer gewissen Routinisierung und Normalisierung geführt. Innerhalb des Netzwerks beteiligter Akteure ließen sich anfängliche Konflikte auf vertikaler Ebene der verschiedenen Ressorts im Findungsprozess eines gemeinsam getragenen Ansatzes überwiegend lösen, etwa über die Akzeptanz verschiedener Deutungen und entsprechend ausgerichteter Maßnahmen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich (Armutsmigration vs. ethnisch-kulturelle Besonderheiten von Roma-Gruppierungen; ordnungsrechtlicher vs. Integrationsfördernder Ansatz). Ebenso hat man sich erfolgreich bemüht, Konkurrenzkämpfen um Ressourcen in der sehr diversen Trägerlandschaft zu begegnen. Im Hinblick auf die Außenwirkung des Ansatzes besteht überwiegend die Wahrnehmung, dass die kommunalpolitische Ausrichtung auf das Prinzip der Alternativlosigkeit von Integrationsförderung, flankiert von ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Bewältigung der zu Beginn vorherrschenden akuten räumlich zentrierten Problemlagen im Bezirk Innenstadt Nord, zur Versachlichung der Debatte innerhalb der Stadtgesellschaft beigetragen hat. Schließlich habe sich die Migrationsdynamik im Sinne sehr starker Fluktuation auch reduziert. Sinkende Mobilitätsraten werden als ein Erfolg von Integrationsmaßnahmen gewertet, als Zeichen der Stabilisierung von Lebenslagen und der Verstetigung von Aufenthalten. Anhaltende Mobilität wird als Zeichen gescheiterter Integration (und damit auch gescheiterter Integrationsarbeit) betrachtet. Nicht alle Akteure bewerten den bisherigen Prozess und die dabei entstandene Netzwerkstruktur als ausschließlich positiv. Widersprüche ergeben sich aus dem Verwaltungsauftrag der Gleichbehandlung, welche der (sozialarbeiterischen) Einzelfallperspektive und damit dem Fokus auf spezielle Bedarfe der Zielgruppe Zugewanderter aus Rumänien und Bulgarien gegenübersteht. Damit verbunden ist auch das Hinterfragen der Legitimität des Einsatzes entsprechender Ressourcen für spezielle Bedarfe vor dem Hintergrund der generellen Konkurrenz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen um knappe Ressourcen.

Insgesamt wird die *Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung* als erfolgreich bewertet. Vermittlungsquoten in Ausbildung und Arbeit sowie in eine reguläre Krankenversicherung sind hoch, und zunehmend geordnete Wohnverhältnisse besonders bedürftiger Gruppen konnten erreicht werden. Gleichzeitig schätzt die Stadt Dortmund den Anteil derjenigen ohne Zugang zu SGB-II Leistungen, ohne Krankenversicherung und in äußerst prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen als noch immer sehr

99 Vgl. <https://www.dortmund.de/dortmund/verwaltungsgliederungsplan.pdf>.

hoch ein (Zoerner/Certa 2022: 215). Generell ist die Konkurrenz um knappe Ressourcen unter den verschiedenen Gruppen der Zugewanderten sehr groß (etwa um knappe Sprachkurs- und Schulplätze). Neben dem Fokus auf den Aufbau der Dienstleistungsstrukturen liegt der Schwerpunkt nun zunehmend auch auf der Anerkennung von „versteckten Potentialen“ (I3.14) und der Arbeit an einer stärker positiv besetzten Wahrnehmung der Gruppe.

3.2 Duisburg

Im Hinblick auf die *zeitliche Implementierung des lokalen Integrationsmanagements* können als Ausgangspunkt in Duisburg die Integrationskonferenzen 2005 und 2006 genannt werden. In deren Folge wurden 2007 integrationspolitische Leitlinien verabschiedet und ein Referat für Integration gebildet. 2005 wurde auch das *Netzwerk Integration* gegründet, in dem die zentralen Akteure aus Verwaltung und Trägerorganisationen die Gestaltung der Integrationsprozesse von Neuzugewanderten koordinieren. Die *AWO-Integrations gGmbH* war federführend (Stadt Duisburg 2016: 12). 2009 wurde die „interkulturelle Urbanität als Querschnittsaufgabe“ (ebd.: 8) zum strategischen Leitziel in der Stadtentwicklungsplanung erklärt und 2010 folgte ein Grundlagenpapier, in dem die Erkenntnisse und Strategien zusammengefasst wurden. Duisburg nutzte zur Weiterentwicklung der integrationspolitischen Konzeption wie andere Kommunen auch das Landesförderprogramm *KOMM-IN-NRW*. Im Zuge der Implementierung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW wurden 2013 die RAA und das *Referat für Integration* zusammengeführt in die Organisationseinheit des *Kommunalen Integrationszentrums (KI)* (Stadt Duisburg 2016: 8ff.). In diese Zeitphase fallen auch die Entwicklung eines ersten gesamtstädtischen Handlungskonzeptes zur Bearbeitung der Formen und Folgewirkungen von „Armutsmigration“ (Stadt Duisburg 2013: 3) und die spezifischen Sachstandsberichte zur Migration aus Südosteuropa (2013-2015)¹⁰⁰. Im Jahr 2016 folgte dann die Erstellung des Duisburger Integrationskonzeptes¹⁰¹ unter enger Begleitung des Netzwerks Integration.

100 Vgl. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/du_ist_bunt/neue-zuwandererinnen.php.

101 Vgl. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/Kommunales_Integrationskonzept_Duisburg_2016.pdf.

Bezogen auf die spezifischen *Wahrnehmungskontexte und -muster* ist relevant, dass ab 2007 die Anzahl gemeldeter bulgarischer Staatsangehöriger in Duisburg rapide anstieg. Rumänische Staatsangehörige zogen erst ab 2010 verstärkt zu und sind im Zeitverlauf durchweg die kleinere Gruppe geblieben. Die Migration aus beiden Ländern wird wie auch in anderen Kommunen von Beginn an als „Armutsmigration“ wahrgenommen, die sich auf bestimmte Stadtteile und „renovierungsbedürftige leerstehende Häuser (...), sog. Problemimmobilien“ (Stadt Duisburg 2013: 3f.) konzentriert. „Roma-Minderheiten“ werden als besondere Zielgruppe identifiziert, deren Bedarfe nicht über verfügbare Angebote und potentielle Förderungsprogramme abgedeckt werden können (ebd.: 14). Im ersten Sachstandsbericht zur Zuwanderung aus Südosteuropa aus dem Jahr 2013 wird das Thema zur „vordringlichsten Aufgabenerledigung erklärt“ (ebd.: 3). In den unterschiedlichen Lebensbereichen wurden verschiedene Herausforderungen identifiziert, die sich in ähnlicher Form auch in anderen Kommunen finden lassen. Im Bereich Bildung ist die Anzahl der Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse besonders seit 2013 stark angestiegen. Den verstärkten Zuzug konnte der Ausbau der Regelkapazitäten nur bedingt abfangen. Absentismus in Kita und Schule beeinflusst die sprachlichen und schulischen Entwicklungen der Kinder. Im Bereich Gesundheit ging man davon aus, dass ein Großteil der Migrierten keinen oder nur einen ungeklärten Krankenversicherungsstatus hatte (verschärft durch den teilweise fehlenden Zugang zu SGB-II Leistungen) und von besonderen gesundheitlichen Risiken betroffen war (Stadt Duisburg 2018). Im Bereich Arbeitsmarkt werden bis heute überwiegend geringe Qualifikationen, instabile und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie eine hohe SGB-II Bezugsquote wahrgenommen. Demgegenüber stehen eher positive Erfahrungen in der Arbeitsvermittlung, in der die verfügbaren Plätze „fast dauerhaft besetzt“ (I3.15) werden. Die wahrgenommene hohe Mobilität der Familien erschwert sowohl die langfristige Stadtentwicklungsplanung als auch die tägliche Integrationsarbeit. In den Bereichen Wohnen, Zusammenleben, Sicherheit und Ordnung wird die Konzentration des Zuzugs in bestimmte Stadtteile wahrgenommen, in denen es häufig noch immer zu prekären Wohn- und Mietverhältnissen kommt. Besonders Familien mit vielen Kindern finden kaum angemessenen Wohnraum. Im kommunalen Integrationskonzept der Stadt Duisburg (2016: 30) heißt es zudem:

„Die zweite Barriere ergibt sich aus der Diskrepanz kulturell bedingter Wohnvorstellungen der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung.

Problematiken wie Überbelegungen von Wohnungen, nächtliche Ruhestörungen und Anhäufungen von Haus- und Sperrmüll (...) haben in der Vergangenheit für Ärger gesorgt. In der Folge haben Sprachbarrieren, überforderte Nachbarschaften, Anwohnerproteste und die überregionale mediale Berichterstattung dazu beigetragen, dass die gesamte Gruppe der EU-Zugewanderte stigmatisiert wurde“.

Ein bedeutendes Beispiel ist die Räumung des „Problemhauses“ *In den Pechen* 3-5 im Jahr 2014, der gewalttätige Auseinandersetzungen vorausgingen und die auch internationale mediale Aufmerksamkeit erhielt.¹⁰² Dieses und weitere medial wirksame Ereignisse trugen nicht nur zur Stigmatisierung der Gruppe bei, sondern prägten auch das Image der Stadt Duisburg in den Folgejahren. Im Fokus stehen vor allem die beiden Stadtteile Marxloh und Hochfeld, deren bis dahin als positiv bewerteter Entwicklungsprozess durch diese neuen Migrationsdynamiken „wieder einmal destabilisiert“ (I3.16) bzw. „gekippt“ (I3.17) wurde.¹⁰³ Als besonders auffällig werden diejenigen rumänischen und bulgarischen Migrierenden wahrgenommen, denen die Zugehörigkeit zu Roma-Gruppierungen zugeschrieben wird. Wobei sich durchaus Unterschiede herausgebildet haben:

„Also in Duisburg sind grundsätzlich die Rumänen die schlechtere Gruppe und die Bulgaren sind die bessere. (...) Bei den Bulgaren war das schon so, die sind gekommen um zu bleiben, die wollten nicht auffallen in Anführungszeichen, die haben irgendwie schwarz gearbeitet (...), da [stand nicht] Sozialleistungsbezug im Vordergrund (...) die wollten auch die Kinder in der Schule (...). Bei den Rumänen ist festzustellen, dass die mehr hin und her wechseln und auch der Schulbesuch eher die Ausnahme ist als die Regel“ (I3.18).

Dieses Wahrnehmungsmuster steht zum einen im Zusammenhang mit den anteilmäßig höheren Zu- und Wegzügen unter rumänischen Staatsangehörigen im Zeitverlauf.¹⁰⁴ Zum anderen kann man vermuten, dass auch die räumliche Verteilung der beiden Gruppen und deren unterschiedlich intensiver Kontakt mit ordnungs- und integrationspolitisch ausgerichteten Maßnahmen eine Rolle spielt. Insgesamt zeigt sich im Zeitverlauf aber

102 Vgl. <https://www.waz.de/staedte/duisburg/article9602125/problemhaus-in-duisburg-muss-bis-ende-juli-geraeumt-sein.html> (WAZ 17.07.2014).

103 Weiterführend siehe auch DISS 2014; Matter 2015: ff.

104 Vgl. digitaler Anhang: https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

eine Tendenz zur Normalisierung in der Wahrnehmung beider Gruppen, sowohl aus ordnungsrechtlicher Perspektive in den Bereichen Wohnen, Aufenthaltsrecht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, als auch aus sozialintegrativer Perspektive. Es bestehen zwar noch prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse sowie melderechtliche Unregelmäßigkeiten, jedoch wird Sozialmissbrauch – z.B. beim Kindergeldbezug – als nicht systematisch eingeschätzt und geschieht eher in „Einzelfälle[n]“ (I3.19). Zudem erscheint ein Großteil mittlerweile als in den Regelstrukturen (Grundsicherung, arbeitsvermittelnde Maßnahmen, Krankenversicherung, Schule) angekommen. Einer tendenziell noch immer dominanten Defizitperspektive stehen vermehrte Bemühungen gegenüber, die Fähigkeiten der Migrierten und ihrer Familien hervorzuheben.

Betrachtet man die *konzeptionellen und strategischen Antworten* der Stadt, so ist hervorzuheben, dass die Migration aus Rumänien und Bulgarien zunächst überwiegend in den Stadtteilen Hochfeld und Marxloh spürbar wurde und dort auch lokal von den bereits existierenden Strukturen aus Trägern, NGO/MSO, religiösen Gemeinden und den Einrichtungen des Stadtteilmanagements sowie der Büros der damaligen *Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH* (EG DU) bearbeitet worden ist. Es entstanden Arbeitskreise unter Einbezug der RAA und des Referats für Integration sowie anderer städtischer Akteure, deren Hauptaufgabe zunächst einmal darin bestand, „eine gute Perspektive auf die Daten zu bekommen (...) und die Probleme zu beschreiben“ (I3.20). Der *Arbeitskreis Neu-EU-Bürger* in Hochfeld erstellte 2012 eine erste Bedarfsanalyse für den Stadtteil und richtete diese an das damalige *NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales* (MAIS). Auf Initiative von Anwohnenden gründeten sich auch *Runde Tische* und andere Foren, um auf die Probleme des Zusammenlebens in den Stadtteilen hinzuweisen.

Im Jahr 2011 erstellte die Stadt Duisburg in Zusammenarbeit mit freien Trägern ein gesamtstädtisches Handlungskonzept. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet mit den drei thematischen Schwerpunkten *Recht und Ordnung; Wohnen, Arbeit und Gesundheit; Bildung und Kultur*. Fördermittel sollten verstärkt eingeworben werden, wozu die *Taskforce Finanz- und Fördermittelakquise* gegründet wurde. Duisburg betont zudem die Bedeutung der Vernetzung mit anderen Kommunen sowie die Platzierung des Themas im Deutschen Städtetag und damit auch auf Landes- und Bundesebene. Im Rahmen der Vernetzungsbemühungen entstanden so in den folgenden Jahren unter anderem der gemeinsam mit Dortmund erarbeiteter *Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa* und das *Positionspapier des*

Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien.

Einerseits wurde der ordnungsrechtliche Ansatz seit Beginn der Zuwanderung ausgebaut und separat in der Verwaltungsstruktur verankert. Dies geschah zunächst über eine Kontaktstelle für das Ordnungsamt in Hochfeld, ab 2013/2014 dann über die beiden dezernatsübergreifenden Taskforces *Sicherheit und Ordnung*, sowie *Problemimmobilien*, aus der später die Stabsstelle *Besondere Projekte*, Taskforce *Schrottimmobilien* hervorgeht. Andererseits wurde 2013 über eine Projektverfügung eine Anschubfinanzierung für rund 20 Pilotprojekte im Bereich Integration geleistet in den Handlungsbereichen *Sicherung sozialer Frieden*, *Sicherstellung Mindeststandards für Kinder und Jugendliche*, *Vorbereitung erfolgreicher Arbeitsmarkteintritt*.¹⁰⁵ Ein zentrales Projekt, überwiegend im Bereich der Arbeitsmarktintegration und getragen von der *Gesellschaft für Beschäftigungsförderung* (GFB), ist *Unser Haus Europa*.¹⁰⁶ Es wurde über Mittel des *Europäischen Sozialfonds* (ESF) kofinanziert und war Teil der ersten NRW-weiten Pilotprojektphase zur Arbeitsmarktintegration von Migrierten aus Südosteuropa.¹⁰⁷ In den Folgejahren verstetigten sich einige dieser Projekte und Beratungsstrukturen, andere wurden nicht weiter finanziert. Im Bereich Arbeit bleibt die GFB auch in den Jahren danach ein zentraler Akteur in den durch den ESF bzw. den *Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen* (EHAP) kofinanzierten Projekten.

Das 2013 gegründete KI ist in alle Arbeitszusammenhänge eingebunden und fungiert mit einer speziell für Südosteuropa zuständigen Stelle als übergeordnete Koordinierung (Stadt Duisburg 2015: 14).¹⁰⁸ Duisburg nimmt seit der ersten Förderphase im Jahr 2017 am vom MKJFGFI (ehemals MKFFI) finanzierten *Programm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus Südosteuropa* (SOE-MKJFGFI) teil. Finanziert wird damit überwiegend das Projekt *Nah Dran – Aven Majpashe* mit Roma als Zielgruppe und ausgerichtet auf die Verbesserung des Zusammenlebens in den Stadtteilen und der Teilhabemöglichkeiten (et-

105 Insgesamt werden für das im Handlungskonzept 2013 festgeschriebene Maßnahmenpaket 18,7 Mio. Euro veranschlagt, wobei 13,6 Mio. Euro auf Ausgaben für den Bereich Gesundheit und Wohnen entfallen (Stadt Duisburg 2013: 7).

106 Vgl. Stadt Duisburg 2015: 35.

107 Vgl. Ammon et al. 2017.

108 Ein Überblick über die SOE spezifischen Projekte und Berichte findet sich auf der Seite des Kommunalen Integrationszentrums Duisburg: https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/du_ist_bunt/neue-zuwandererinnen.php.

wa über muttersprachliche Straßenpaten, Dialogrunden, Konfliktpräventionen, Roma-Fachtage oder kulturelle Veranstaltungen).¹⁰⁹ Muttersprachlich ausgerichtete Angebote werden bereits seit 2014 ausgebaut und finden sich unter anderem im Bildungsbereich.¹¹⁰

Neben dem auf ausgewählte Stadtteile konzentriertem Ausbau der Angebotsstruktur für eine Zielgruppe mit gesondertem Bedarf, sind zunehmend auch wieder *Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte* (ISEK) in den beiden Stadtteilen Marxloh und Hochfeld in den Fokus gerückt. Während in Marxloh das Konzept der *Arrival City* im Fokus steht, soll Hochfeld unter anderem im Zuge der Internationalen Gartenausstellung im Jahr 2027 bedeutende Veränderungen erfahren.¹¹¹ Zukünftig wird sich zeigen, inwieweit im Rahmen der städtebaulichen Maßnahmen die Verbesserung der Teilhabechancen aller Stadtteilbewohner erreicht werden kann und sich die gegenwärtige Sorge einiger um eine „Verdrängung und Aufwertung durch Neuzuzug“ (I3.21) als unberechtigt erweist. Dem umfangreichen Integrationsangebot stehen eine Reihe etablierter ordnungsrechtlicher Maßnahmen gegenüber. Duisburg gehört zu den Kommunen, die noch immer regelmäßig Zwangsräumungen vornehmen und diese mitunter unangekündigt und mit sofortiger Wirkung durchführen.¹¹² Die Duisburger Ausländerbehörde verschickt zudem bereits bei der Anmeldung die Aufforderung, nach spätestens sechs Monaten einen Beschäftigungsnachweis zu erbringen.

Im Hinblick auf internationale Erfahrungen lässt sich sagen, dass Duisburger Träger bereits 2009 zum ersten Mal bulgarische Herkunftsregionen besuchten. Die Stadtverwaltung selbst reiste in den Jahren 2017 und 2018 zu Treffen mit Vertretern von rumänischen und bulgarischen Herkunftsregionen. Daraus sind jedoch keine nachhaltigen Kooperationen entstanden. Im Rahmen des interkommunalen Austauschs aus der Anfangsphase der ESF-Pilotprojekte (2014-2016) und der Lobbyarbeit zur Platzierung des Themas auf höheren Ebenen sind interpersonale Netzwerke entstanden, die bis in die Gegenwart genutzt werden. Insgesamt gibt es in verschiede-

109 Vgl. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/2020_2022_Nah_dran_Aven_majpashe_Abschlussbericht.pdf.

110 Vgl. https://www.duisburg.de/microsites/bildungsregion_duisburg/neuzuwanderung/multiplikator-innen-fuer-bildung.php und https://www.duisburg.de/microsites/bildungsregion_duisburg/neuzuwanderung/projekt-vorbild-sein-vertrauen-schaffen.php.

111 Vgl. für Marxloh <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/ankunftsstadtteil-marxloh--100.html>; für Hochfeld https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/aktuell/stadtentwicklungskonzepts-hochfeld.php.

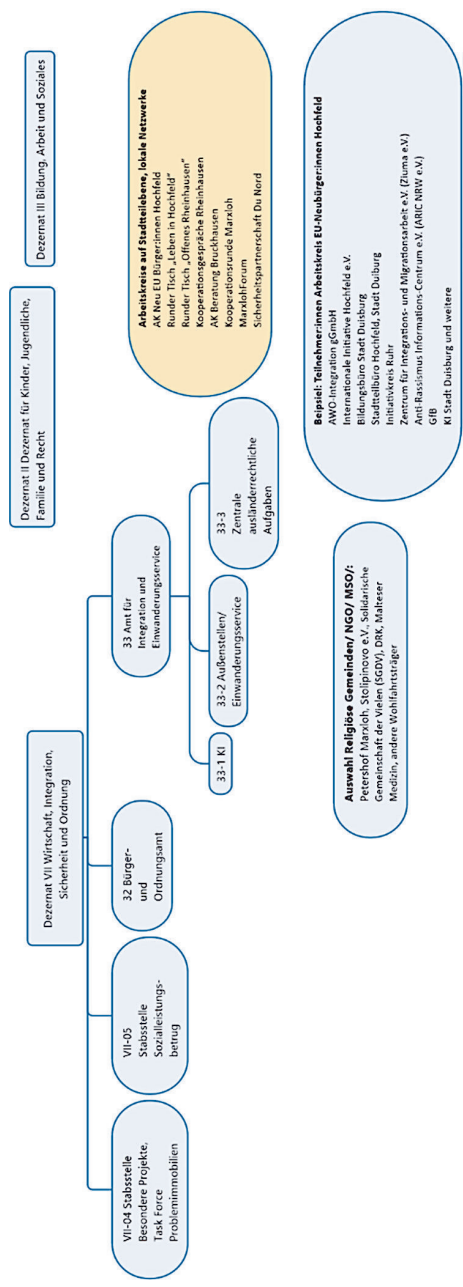
112 Vgl. <https://zkhochfeld.de/zwangsraeumungen/>.

nen Projekten und Themenbereichen Austauschformate, die aber eher als wenig institutionalisiert eingeschätzt werden.

Zwischen 2013 und 2015 wurden insgesamt drei SOE-spezifische Sachstandsberichte erstellt. 2016 folgte das Duisburger Integrationskonzept, in dem neben der SOE-Migration die Zielgruppe der Asylsuchenden und Flüchtlinge hervorgehoben wird. Die letzte Berichterstattung zum Thema Integration allgemein findet sich im Sozialbericht aus dem Jahr 2018. Zudem veröffentlicht das KI regelmäßig die Abschlussberichte der landesgeförderten SOE-MKJFGFI Programme. Ein Überblick über die Integrationsangebote für Migrierte in Duisburg insgesamt findet sich auf der *Integrationslandkarte*.¹¹³ Auf verwaltungsstruktureller Ebene fungierte das KI bis 2023 als eine Stabsstelle im Dezernat II *Recht, Familie und Integration*. 2024 wurde es in das Dezernat VII *Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung* überführt. Beide Dezernate wurden daraufhin umbenannt (siehe Abbildung 3.2). Zusammen mit der *Abteilung Ausländerbehörde* (ehemals *Bürger- und Ordnungsamt*) bildet das KI so das neu gegründete Amt 33 für *Integration und Einwanderungsservice*. Ziel ist die bessere Verzahnung der Dienstleistungen beider und die Schaffung neuer Angebote im Rahmen der Einrichtung eines *International Talent Centers* (Stadt Duisburg 2023).

113 Zum Sozialbericht 2018 vgl. https://www.duisburg.de/vv/produkte/pro_du/dez_iii/50/102010100000077024.php.media/90369/Sozialbericht_Duisburg_2018_web.pdf; für die Abschlussberichte des SOE-MKJFGFI Programms vgl. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/du_ist_bunt/neue-zuwanderer-innen.php; für die Integrationslandkarte vgl. https://www.duisburg.de/microsites/bildungsregion_duisburg/neuzuwanderung/integrationslandkarte.php.

Abbildung 3.2: Akteurskonstellation und Austauschformate Duisburg



Quelle: Stadt Duisburg 2023, Dezernatsverteilungsplan¹¹⁴ und eigene Darstellung
134

Betrachtet man für Duisburg das *übergreifende Wandlungsmuster*, so hat sich im letzten Jahrzehnt die Zuwanderung aus Rumänien und besonders aus Bulgarien stark erhöht. Im Jahr 2015 waren insgesamt 6.889 rumänische Staatsangehörige und 7.140 bulgarische Staatsangehörige in der Stadt Duisburg gemeldet, was einen Anteil von 2,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Bis 2022 haben sich diese Zahlen auf knapp 9.926 und 15.696 erhöht, insgesamt nun 5,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die bulgarische Bevölkerung hat sich damit mehr als verdoppelt, während sich die Anzahl der rumänischen Staatsbürger nur knapp um die Hälfte erhöht hat. Auch in der Altersstruktur und der räumlichen Verteilung unterscheiden sich die beiden Gruppen im Zeitverlauf. Während der Anteil der unter 25-Jährigen unter rumänischen Staatsangehörigen zurückgegangen ist, ist dieser unter bulgarischen Staatsangehörigen angestiegen, diese Gruppe ist also jünger geworden. Der Zuzug von Menschen aus Bulgarien richtete sich in der Anfangsphase vor allem auf die Bezirke Mitte/Hochfeld und Hamborn/Marxloh. 2015 lebten dort rund 50 bzw. 33 Prozent der Menschen mit bulgarischer Staatsangehörigkeit. Rumänische Migrierte verteilten sich etwas stärker, überwiegend auf die Bezirke Mitte/Hochfeld (23 Prozent), Meiderich-Beeck (30 Prozent), Hamborn/Marxloh (28 Prozent) und Rheinhausen (10 Prozent). Im Jahr 2022 hat sich die Wohnkonzentration für beide Nationalitäten verringert. In Mitte/Hochfeld leben nur noch 37 Prozent der bulgarischen Einwohner, jedoch nun 43 Prozent in Hamborn/Marxloh. Meiderich-Beeck ist als dritter bedeutender Bezirk mit 12 Prozent hinzugekommen. Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei rumänischen Einwohnern, die sich nun stärker über fünf Bezirke verteilen, einschließlich Homberg, Ruhrort und Baerl (Stadt Duisburg 2024).

Die Bearbeitung der mit dieser Migration verbundenen sozialintegrativen Herausforderungen wurde zunächst vor allem über verschiedene Trägerzusammenschlüsse auf Stadtteilebene unter Einbezug des KI und anderer städtischer Akteure organisiert. Ein Höchststand an neu eingerichteten SOE-spezifischen Integrationsstellen in der Verwaltung und bei den Freien Trägern wurde in Duisburg in den Jahren 2015/2016 mit 28 bzw. 25,5 Stellen erreicht. 2024 werden über das KI noch 11,5 entsprechende Stellen koordiniert, inklusive zehn Straßenpaten. Ordnungsrechtliche Strategien und Koordinierungsstellen wurden zügig auf hoher verwaltungsstruktureller Ebene institutionalisiert. Im sozialintegrativen Bereich kann ein Großteil der Bedarfe mittlerweile über Regelstrukturen bedient werden, wobei es

114 Vgl. https://www.duisburg.de/rathaus/stadtverwaltung/DVP_2024_03_01.pdf.

nach Befragtenaussagen gleichzeitig an Ressourcen in diesen Strukturen fehlt. Insgesamt sind in der Stadtverwaltung im Jahr 2022 rund „700 Stellen (...) offen“ (I3.22). Dazu gibt es „einen massiven Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich“ (I3.23).

Im Jobcenter wurde ein auf EU-Migration spezialisiertes Team gegründet mit zwei Untergruppen im Bereich Leistungsbezug und eine im Bereich Arbeitsmarktvermittlung. Das Team wuchs von vier Mitarbeitenden im Jahr 2014 auf aktuell insgesamt 60 Personen an, alle im gehobenen Dienst aufgrund des hohen Anspruchsniveaus der Fälle. In der Ausländerbehörde wurden 2012 zunächst drei Stellen zur Prüfung der Freizügigkeit eingerichtet. 2022 ist diese Zahl auf neun gestiegen. Die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten sind jedoch spätestens seit den jüngeren Urteilen des *Europäischen Gerichtshofs* (EuGH) zum Umfang geringfügiger Tätigkeiten und zur Regelung des Sozialleistungsbezugs im Falle des Schulbesuchs von Kindern ausgeschöpft. Im Bereich Sicherheit und Ordnung hat sich die Relevanz der Gruppe verringert, auch weil sich die Handlungsfelder erweitert haben und es „immer wieder neue Probleme“ (I3.24) gibt. Die Koordinierungsgruppen sind nicht mehr spezifisch auf Migrierte aus Südosteuropa ausgerichtet, sondern eher sozialraumorientiert. Die *Taskforce Problemimmobilien* ist jedoch weiterhin aktiv und regelmäßige Räumungen erschweren die Kooperation mit sozial-integrativen Akteuren: „Hinter vorgehaltener Hand wirft man sich ja schon Sachen vor“ (I3.25). Es fehlt nach Meinung Interviewter zudem an Strategien, um die Sicherheits- und Ordnungsbedürfnisse der Gruppe selbst angemessen zu adressieren:

„Wir haben tatsächlich ein Problem. (...) Für die meisten Personenkreise ist die Uniform erstmal eine Hürde. (...) Mein Ziel ist es immer – weil wir sagen ja immer wir helfen jedem – wenn wir mal angesprochen werden würden von diesem Personenkreis, dass da irgendwelche Probleme sind, dann würden wir denen genauso helfen, wie jedem anderen. Aber es kommt in der Regel nicht dazu, weil da eine Sperre ist. (I3.26)“

Insgesamt versteht man sich in Duisburg als migrationserfahren und empfindet, dass man sich „für die Verhältnisse einer armen Stadt ganz gut geschlagen“ hat (I3.27). Die Stadt versucht, dem teils schlechten Image über Stadtteilentwicklungskonzepte, durch die Positivbesetzung von migrationsbezogenen Aspekten wie die „Brautmodenmeile“ in Marxloh oder „Food-

feld“ in Hochfeld¹¹⁵ und nicht zuletzt über die aktuellen verwaltungsstrukturellen und inhaltlichen Änderungen rund um das *Amt für Integration und Einwanderungsservice* (bspw. das *International Talent Center*) entgegenzuwirken. Als relevant für die zukünftige Entwicklung in Duisburg wird auch der Wohnungsleerstand eingeschätzt. Der liegt gesamtstädtisch zwar 2019 im unteren Bereich bei rund 4 Prozent, überdurchschnittlich viele Leerstände konzentrieren sich aber weiterhin auf bestimmte Stadtteile wie Marxloh, Mittelmeiderich und Hochfeld.¹¹⁶

3.3 Essen

Im Hinblick auf die *zeitliche Implementierung des lokalen Integrationsmanagements* gehörte die RAA in Essen zu den ersten in NRW eingerichteten und fungierte von Beginn an als Hauptgeschäftsstelle. Sie wurde später mit der Geschäftsstelle Ausländerbeirat zur Stelle RAA/Büro für *interkulturelle Arbeit* fusioniert und 2014 in das *Kommunale Integrationszentrum* überführt. Die Stadt Essen hat ein erstes Konzept für interkulturelle Arbeit bereits 1999 erarbeitet. 2012 wurde dieses Konzept ausgebaut zum *Strategiekonzept Interkulturelle Orientierung*.¹¹⁷ Unter dem Eindruck der Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2015 wurde die Koordination der Integrationsarbeit dezentralisiert und in jedem Stadtbezirk eine Stabsstelle Integration gegründet, die an das Jugendamt bzw. den *Allgemeinen Sozialen Dienst* angegliedert wurde und ein eigenes Integrationsbudget erhielt. In der Folge sind in jedem Bezirk Kompetenzteams Integration entstanden, deren Strukturen und Stellenwert sich jeweils nach den spezifischen Bedingungen unterscheiden. Auf Bezirksebene finden regelmäßige Sozialraum- bzw. Integrationskonferenzen statt. Konzeptionell ausgeführt wurde dies 2016 im *Strategiekonzept Integration von Flüchtlingen*.¹¹⁸ 2020 folgte das

115 Vgl. <https://www.duisburg.de/wohnenleben/geografisch/stadtbezirke/brautmoden/meile.php> und <https://www.pottspott.de/blog/foodfeld>.

116 Vgl. https://www.duisburg.de/vv/produkte/pro_du/dez_iii/50/102010100000075567.php.media/123801/Wohnbericht_NEU_4.3_klein.pdf; [https://opendata-duisburg.de/dataset/wohnungsleerst%C3%A4nde/resource/e2ec0f78-52aa-44d9-aa94-6a79bb6e1980#{view-grid:{columnsWidth:\[{column:!OTName,width:183},{column:!Einwohner++insg,width:85},{column:!Leerstand++insg,width:234}\]}}.](https://opendata-duisburg.de/dataset/wohnungsleerst%C3%A4nde/resource/e2ec0f78-52aa-44d9-aa94-6a79bb6e1980#{view-grid:{columnsWidth:[{column:!OTName,width:183},{column:!Einwohner++insg,width:85},{column:!Leerstand++insg,width:234}]}})

117 Vgl. https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/interkulturelle_orientierung/Anlage_2_Strategiekonzept_interkulturelle_Orientierung.pdf.

118 Vgl. https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/interkulturelle_orientierung/Strategiekonzept_Integration_von_Fluechtlingen.pdf.

Essener Integrationskonzept bzw. das Leitbild *Zusammenleben in Vielfalt*, das die aktuelle strategische Ausrichtung sozialräumlich orientierter und bereichsübergreifender Integrationsarbeit prägt.

Im Hinblick auf die *Wahrnehmungskontexte und -muster* der Migration aus Rumänien und Bulgarien fällt diese später als in den Städten Dortmund und Duisburg zeitlich eng mit dem Flüchtlingszuzug 2015 und der dadurch induzierten konzeptionellen Neuausrichtung der Essener Integrationsarbeit zusammen. Die Zahl der aus Rumänien und Bulgarien stammenden Zugewanderten in Essen erreichte mit 3.700 Gemeldeten 2014 einen Stand, der sich in Duisburg und Dortmund bereits 2008/2009 ergeben hatte. Der Zuzug war bis in das Jahr 2013 kontinuierlich, aber nicht sprunghaft verlaufen. Im Jahr 2014 sorgte die Anhäufung von Sperrmüll in einer Wohnanlage an der Gladbecker Straße – eine zentrale Einfahrtsstraße für Tausende täglich Pendelnde – für Aufsehen. Die Wohnungen waren teilweise in sehr prekärem Zustand und überwiegend mit Familien belegt, von denen man annahm, dass der Großteil Roma aus Südosteuropa seien. Die Stadt Essen reagierte mit einer groß angelegten Meldekontrolle und später der Hausräumung.¹¹⁹ In der Folge entstanden ähnliche Problemlagen auch über den Stadtteil Altenessen hinaus. Im Zeitverlauf wurden die Wohnsituationen zwar als weniger dramatisch wahrgenommen, es wiederholen sich aber Beschwerdelagen über

„Menschen (...) die, sich regelmäßig halt bis in die Nachtstunden versammeln und treffen und unterhalten. Das Kinder, bis nachts zwölf, eins, zwei Uhr manchmal auf den Straßen spielten, Mülltonnen umgeworfen haben, Autos zerkratzt haben, fangen gespielt haben. (...) Das war also sag ich mal ein wiederkehrender Prozess. Dass natürlich dann, na ich sag jetzt mal, Kleinstgewerbe von denen ja auch betrieben wurden und angemeldet waren. Sehr beliebt Entrümpelungsunternehmen, Schrottsammler, und dann wurden eben halt abends, in den Transits und Fahrzeugen, also diese Ladefahrzeuge, die sie eben dann halt besitzen. Kann man sofort dran sehen, an einer Straße wo eben halt acht oder zehn von diesen Fahrzeugen abends dann am Straßenrand standen, dann wurde da umgeladen. Wurde dann auf einmal plötzlich / Metall wurde umgeladen, natürlich lautstark (...) und dann ist das eben halt so, da wo einmal ein bisschen Müll liegt, kommt immer Müll dazu. Weil da ist auch die Hemmschwelle bei anderen Nachbarn natürlich gesunken, so nach dem Motto, da liegt ja jetzt

119 Vgl. <https://www.waz.de/staedte/essen/article11184903/stadt-essen-mauert-wohngestuetzen-in-problemhaeusern-zu.html>.

Sperrmüll, das wird ja wahrscheinlich abgeholt, dann stellen wir noch drei Stühle dazu, die aus dem Keller raus müssen“ (I3.28).

Im Zeitverlauf zeigte sich, dass es sich um eine kleinere Anzahl an Familien handelte, auf die man wiederholt aufmerksam wurde, während die „Masse davon [hervorsticht], indem sie eben halt ganz normal unter uns hier lebt in dieser Stadt, unauffällig“ (I3.29). In einer Anfangsphase wurde die Migration wahrgenommen als von den ankommenden Menschen kaum vorbereitet, „[die hatten] wirklich nur drei Plastiktüten dabei, keinerlei Papiere aus ihren Heimatländern“ (I3.30), von kriminellen (Schlepper-)Strukturen organisiert und mit hoher Mobilitäts- bzw. Weiterwanderungsneigung. Wie in anderen Kommunen zeigten sich vielfältige grundlegende Bedarfe (etwa der Alphabetisierung, fehlende Krankenversicherung etc.). Erziehungseinrichtungen standen vor ähnlichen Herausforderungen im Hinblick auf Versorgung mit Kita- und Schulplätzen, Regelmäßigkeit des Schulbesuchs und angemessener Gewährleistung des pädagogischen Auftrags allgemein. Für die Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt fehlte es vielen an formalen Qualifizierungen und die „Ansprüche [waren] anscheinend gar nicht so hoch (...) da reichen oft einfache Helfertätigkeiten“ (I3.31).

Andererseits wurde der Anteil dieser Migrationsgruppen an den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in Essen insgesamt mit rund 1 Prozent als „marginal“ (I3.32) wahrgenommen. Im Unterschied zu anderen Kommunen wie Dortmund verteilten sich EU2-Migrierte mehr oder weniger gleichmäßig über die meisten der nördlich der A40 gelegenen Stadtteile. In den drei Stadtteilen Altenessen-Süd, Altendorf und Ostviertel kam es zu einem leicht erhöhten Anteil der EU2-Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung.¹²⁰ Die Entstehung und der Wandel der Wahrnehmungsmuster unterscheiden sich in den einzelnen Stadtteilen und stehen im Zusammenhang mit besonders hervorgehobenen Wohnsituationen, den lokal gewachsenen Strukturen der Integrationsarbeit und nicht zuletzt der politischen Konstellation in den Bezirken. Über den gesamten Zeitverlauf wurde der Anteil an Roma mit geringer formaler Qualifizierung unter den Zugewanderten als sehr hoch eingeschätzt und dabei andere Gruppen meist ausgeblendet:

„Wenn wir von Rumänen und Bulgaren als Zielgruppe reden, dann sprechen wir eigentlich immer von Roma. Und es ist überhaupt nicht so. Bei uns war es wirklich, sicherlich anfangs mehr, aber hinterher maximal ein Drittel. Viele auch in Bulgarien gut ausgebildete Menschen aus unter-

120 Vgl. Stadt Essen 2021.

schiedlichen Sparten, Handwerker genauso wie Dienstleistungsberufe, das rumänische Pflegepersonal. Da gibt es gerade im Gesundheitssektor ganz viel gut ausgebildete Rumäninnen. Das ist aber das Bild tatsächlich. Wenn wir von Rumänen und Bulgaren sprechen, sprechen die meisten Menschen von Roma“ (I3.87).

Hinsichtlich anderer Aspekte kam es im Laufe der Jahre aber durchaus zu einem Wandel der Wahrnehmungsmuster im Sinne einer Normalisierung, also der weniger deutlichen Zuordnung eines hervorgehobenen Stellenwerts dieser Gruppe. Einerseits lässt sich dies zurückführen auf den Rückgang von Beschwerdelagen und der stark gesunkenen Anzahl von als problematisch identifizierten Immobilien (die zudem nicht mehr spezifisch mit Südosteuropäern in Verbindung gebracht wurden). Migrationen erscheinen auch wesentlich besser vorbereitet und meist mitorganisiert von bereits in der Ankunftsregion lebenden Familienmitgliedern. Zudem hat sich die Mobilitätsdynamik verringert und es dominiert die Einschätzung, dass Sozialleistungsmissbrauch etwa über Scheinarbeitsverhältnisse „kein bulgarisches oder rumänisches Problem“ (I3.33) im Besonderen ist. Andererseits haben andere Problemlagen (Flüchtlingsbewegung ab 2015, Covid-19 Pandemie, Ukrainekrieg) und damit verbundene Zielgruppen mehr Aufmerksamkeit gebunden. Insgesamt erscheint im Vergleich mit einigen anderen Kommunen das „Stimmungsbild in Essen (...) einfach insgesamt positiver und da spielt die veröffentlichte Meinung eine ganz wesentliche Rolle bei“ (I3.34).

Im Hinblick auf die *konzeptionellen und strategischen Antworten* der Stadt Essen wurde 2014 als eine erste Reaktion auf die Situation an der Gladbecker Straße im Ordnungsamt eine Stelle zur Sicherheitskoordination eingerichtet, um die Problemlagen im Zusammenhang mit prekären Wohnverhältnissen zu bearbeiten. Aus ordnungsrechtlicher Perspektive wurden durch den Bereich *Sicherheitskoordination* und den Unterbereich *Problemimmobilien* über die Jahre regelmäßig teils groß angelegte Hauskontrollen (in Zusammenarbeit mit Zoll, Finanzamt, Polizei) und auch Räumungen durchgeführt, um auf besonders auffällige Familien kontinuierlichen Druck auszuüben „egal in welchem Stadtteil die sich dann halt aufgehalten haben, und die immer wieder für das gleiche Ärgernis gesorgt haben, an denen sind wir dran geblieben wie Wadenbeißer“ (I3.35). Im Zeitverlauf hat sich der Aufgabenbereich *Problemimmobilien* verringert, und andere Arbeitsfelder (wie unangemessene Nutzung von Gewerbeimmobilien, Kleinkriminalität, Islamismus) haben an Bedeutung gewonnen,

wobei „da (...) der Südosteuropäer eigentlich vollständig raus [ist]“ (I3.36). Das zentrale Ziel bleibt, „die Melderegister so sauber zu halten wie möglich“ (I3.37). Zusätzlich ist man auch über den Einsatz von Quartiershausmeistern mittlerweile in mehreren Stadtteilen präventiv wirksam. Die letzte Räumung hat im Jahr 2021 stattgefunden.

Im Zusammenhang mit der 2014 erfolgten Gründung der *Sicherheitskoordination* entstanden und erweiterten sich Arbeitskreise, an denen neben den ordnungsrechtlich ausgerichteten Akteuren auch sozial-integrative Akteure teilnahmen. Es wurde festgestellt, dass sich in jedem Stadtbezirk die gewachsenen Strukturen der Integrationsarbeit und damit die Kompetenzteams Integration unterschiedlich ausgestalten. Das impliziert einerseits einen unterschiedlichen Stellenwert von Integrationsarbeit in den Stadtteilen und erschwert andererseits die Übertragung von Ansätzen, die in einem bestimmten Stadtteil als erfolgreich bewertet wurden, auf anderen Quartiere. Das *Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung* (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen übernahm in vielen Stadtteilen die Moderation von Arbeitskreisen und Sozialraumkonferenzen, in denen Migration aus Südosteuropa zwar thematisiert wurde, aber den Arbeitskreis nicht zentral ausmachte. Der einzige stadtteilbezogene Arbeitskreis aus Trägern und Verwaltung mit explizitem Bezug zu Südosteuropa wurde in Altenessen eingerichtet und 2022 mit der Einschätzung vorerst stillgelegt, dass sich Präventionsarbeit und „Alarmketten“ (I3.38) ausreichend etabliert hätten. Auf gesamtstädtischer Ebene richtete das KI 2014 einen Arbeitskreis ein, der bereits 2020 wieder eingestellt wurde.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen hat Essen kein speziell auf EU2 bezogenes Handlungskonzept entwickelt. „Es läuft hier in Essen vieles wirklich eher auf einer Vernetzungsebene als auf einer formalisierten Ebene“ (I3.39). Andererseits werden die zentralen Projekte mit SOE-Bezug alle über eine speziell dafür zuständige Stelle im KI koordiniert. Wie auch andere Kommunen nahm Essen zwischen 2014 und 2020 an zwei ESF-finanzierten Förderphasen für Projekte zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt teil. *Migranten in Arbeit* (MiA I) ist ein Pilotprojekt (2014-2016) nur für EU2-Staatsangehörige, in dem sich zeigte, dass eine reine Arbeitsvermittlung kaum möglich ist, ohne vorgelagerte (muttersprachliche) aufsuchende Arbeit, „um überhaupt erst einmal einen Zielgruppenzugang zu ermöglichen“ (I3.40). In *MiA II* (2017-2020) wurde die Zielgruppe auf die gesamte EU erweitert und die Stellenanzahl von zwei auf sechs Vollzeitstellen erhöht. Um die Erkenntnisse aus *MiA I* umzusetzen, folgten ab 2016 verschiedene EHAP- bzw. EHAPplus-Projekte zum Ausbau niedrigschwelliger Angebote

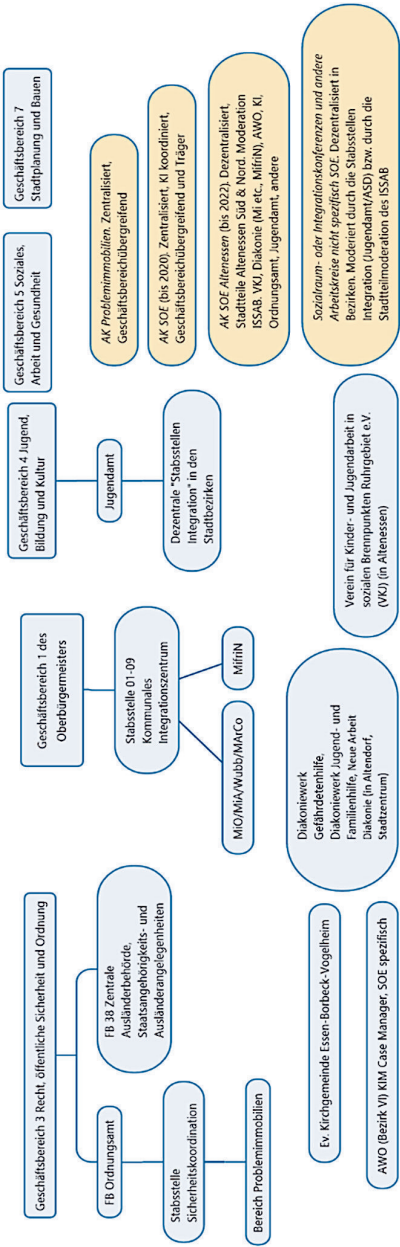
wie *Migranten in Orientierung* (MiO) die auf den „unmittelbaren Nutzen“ (I3.41) ausgerichtet sind (etwa alltagspraktische Sprachkurse, aufsuchende Sozialberatung, Schuldnerberatung). Der Bereich Arbeitsmarktberatung wurde noch einmal zwischen 2021 und 2023 projektfianziert, dann aber eingestellt.

Die ESF- bzw. EHAP-finanzierten Projektrichtungen werden zum einen über die *Neue Arbeit Diakonie* im Stadtteil Altendorf und zum anderen über die *Evangelische Kirchengemeinde Essen-Borbeck-Vogelheim* sowie im *Diakoniezentrum Mitte* im Stadtzentrum umgesetzt. Seit 2017 nutzt Essen die Finanzierungen des Programms SOE-MKJFGFI, das über das Projekt *Migrant*innen in friedlicher Nachbarschaft* (MifriN) umgesetzt wird und sich vorwiegend an Roma wendet. Die Schwerpunkte der Arbeit an zwei Standorten in Altendorf und Altenessen liegen in der Vertrauens- und Familienarbeit, im Sicherstellen von Schulbesuch und Grundsicherung, der Verhinderung von Ausbeutungsstrukturen und der nachbarschaftlichen Konfliktmediation. Am Standort Altenessen werden über den Träger *Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet* (VKJ) überwiegend Roma in der Beratungsarbeit eingesetzt.¹²¹ 2022 wurde eine Case-Manager Stelle des *Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)* speziell für Südosteuropa eingerichtet im bis dahin durch entsprechende Beratungsstrukturen weniger abgedeckten Stadtbezirk VI (Stadtteile Stoppenberg, Schonnebeck, Katernberg).

In jüngerer Zeit wurden seitens der Akteure der Arbeitsvermittlung die Bemühungen verstärkt, auf potentielle Arbeitgeber zuzugehen, um Potentiale sichtbar zu machen, Qualifizierungen während eines Arbeitsverhältnisses zu ermöglichen und Vorurteile abzubauen. Im Hinblick auf Austauschformate mit spezifischen Herkunftsregionen ist Essen weniger aktiv als Dortmund. Bis auf einen Besuch in den Anfangsjahren durch das Kommunale Integrationszentrum sowie eine jüngere Initiative von Trägern gibt es keine systematischen Ansätze. Interkommunal wird der Austausch eher sporadisch geführt, über persönliche Beziehungen, die in vergangenen Projekten entstanden sind sowie im Rahmen aktueller Themen und Förderungen. Die Abbildung 3.3 veranschaulicht die vergleichsweise breite Verteilung von Aufgaben der Migration und Integration auf viele Geschäftsbereiche.

121 Ein Überblick über aktuelle EU-Projekte in Essen findet sich hier: https://www.essen.de/leben/migration_und_integration/kommunales_integrationszentrum/projekte_international/eu_projekte.de.html.

Abbildung 3.3: Akteurskonstellation und Austauschformate Essen



Quelle: Stadt Essen, Geschäftsverteilungsplan¹²² und eigene Darstellung

Betrachtet man das *übergreifende Wandlungsmuster* der EU2-Migration nach Essen, so zeigt sich, wie sich diese erst merklich um das Jahr 2014 intensivierte und zunächst in ähnlicher Weise wie in anderen großen Ruhrgebietsstädten sichtbar wurde. Während zwischen 2006 und 2013 „nur“ rund 1.700 rumänische und bulgarische Staatsangehörige zuzogen, sind es 1.200 Personen allein im Jahr 2014. Danach wuchs die Zahl der Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien auf 8.350 im Jahr 2022. Gleichzeitig verringerte sich – wie auch in den anderen Kommunen – die Wandlungsdynamik (Anzahl der Zu- und Fortzüge) tendenziell. In einer ersten ordnungsrechtlichen Reaktion orientierte man sich an frühen Ansätzen anderer Städte, um Situationen wie rund um die Duisburger Wohnanlage *In den Peschen* zu verhindern. Gleichzeitig bemühte man sich aber auch um den Ausbau der Beratungsangebote über externe Förderungen. Schon im Jahr 2015 rückte die umfangreiche Fluchtbewegung aus Syrien in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Die Einrichtung dezentralisierter Stabsstellen für Integration in den verschiedenen Stadtbezirken sowie die Weiterentwicklung der Essener Strategiekonzepte standen mit der Fluchtmigration in Zusammenhang und knüpften gleichzeitig an die Tradition eines lange existierenden bereichsübergreifenden Ansatzes an. Zum einen wurde dieses eher auf Vernetzungsebene funktionierende Modell als positiv bewertet, gleichzeitig erschwerten die spezifischen historisch gewachsenen dezentralen Strukturen die Übernahme erfolgreicher Ansätze in anderen Stadtteilen. Während sich die Zuwanderung über relativ viele Stadtteile des Essener Nordens verteilte, konzentrierten sich die meisten zielgruppenspezifischen Angebote auf Altenessen-Süd, Bergeborbeck und Altendorf. Auch fehlte es an „bis zum Letzten ausgehandelten Vereinbarungen, wie jetzt in Konfliktfällen [etwa zwischen Sozialdezernat, Ausländerbehörde, Ordnungsamt, Wohnungsamt] damit umzugehen ist“ (I3.42). Das führte auch zur Wahrnehmung eines zentralen Widerspruchs in intrakommunalen Kooperationen:

„Das ist eben keine beliebte Zielgruppe, jetzt speziell nochmal Bulgaren und Rumänen und dann nochmal speziell die Roma-Zielgruppe. Das ist eben keine Zielgruppe denen man noch möglichst was geben will, um noch mehr herzuholen. Also die Sorge ist bei ganz vielen ja immer: ‚Wenn wir so viele Angebote machen, kommen noch mehr‘“ (I3.42).

122 Vgl. <https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/10/Geschaeftsverteilungsplan.pdf>.

„Ich glaube nach wie vor, dass man sich sehr schwer tut mit dem Thema und immer noch aus ähnlichen Gründen. Nämlich die Frage: ‚führt eine zu gute Bearbeitung des Themas zu mehr Zuzug‘“ (I3.43)

Gleichzeitig hat man die „Paniksituation“ zu Beginn erfolgreich bearbeitet und den „Umgang (...) normalisiert“ (I3.44). In Essen wurde der Höchststand an neu geschaffenen, SOE-spezifischen Integrationsstellen in Verwaltung und Trägern im Jahr 2019 erreicht mit 14 Vollzeitstellen und einigen Minijobs. 2024 sind es noch acht Stellen. Während das Jobcenter kein spezifisches Team für EU-Migrierte eingerichtet hat, ist in der Ausländerbehörde 2020 ein Sachgebiet zu EU-Migration entstanden mit zwei Mitarbeitenden. Die Stabsstelle Sicherheitskoordination ist von einer auf acht Personen angewachsen, jedoch unter Ausdifferenzierung ihrer Aufgaben. Sowohl ordnungsrechtlich als auch sozial-integrativ ausgerichtete Akteure bemühen sich darum, Vorurteile ab- und Vertrauen aufzubauen, bei Zugewanderten im Umgang mit Behörden aber auch in der Ankunftsgesellschaft, etwa bei Arbeitgebern:

„Vertrauensbasis auch in der Hinsicht, sich nicht der Situation Jobcenter angepasst zu haben. Bedeutet, ich gehe zum Jobcenter und muss so antworten, damit es erfolgreich ist. Diese Ehrlichkeit zu sagen, wie ist denn die aktuelle Situation, auch da findet ja über Social Networks Kommunikation statt. Ich muss zum Jobcenter, was muss ich beachten, was muss ich sagen. So hab ich oder die Kollegen den Kunden da sitzen, der diese Dinge auswendig gelernt hat. Also wir können nur erfolgreich sein, wenn wir diese Probleme auch erkennen können und nicht irgendwelche Dinge gespiegelt kriegen.“ (I3.45)

Es zeigen sich also zwei Tendenzen gleichzeitig. Einerseits hat sich die Situation gewissermaßen normalisiert, wobei sich sowohl bei Zugewanderten als auch in der Ankunftsgesellschaft spezifische Bilder verfestigt haben, die die Interaktion erschweren. Andererseits bemüht man sich um die Verstetigung differenzierter Angebote, die sich sowohl an „immer wieder neu Ankommende“ (I3.46) richten und das Verhältnis zur Nachbarschaft mit aufbauen als auch die kurz- oder langfristige Teilhabeorientierung an anderen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Wie auch in anderen Ruhrgebietsstädten spielt die Politisierung des Themas Zuwanderung aus Südosteuropa (unter anderem durch die AfD) auch in Essen eine Rolle in der Darstellung der Folgewirkungen der EU2-Migration und von Umständen, „die beileibe gar nicht mehr dramatisch sind“ (I3.47). Erleichtert wird

diese Situation durch „den glücklichen Umstand der Wohnungsknappheit“ (I3.48). Die Quote des Wohnungsleerstandes liegt in Essen, ähnlich wie in Dortmund bei unter 2 Prozent.¹²³ Dies erschwert den Zugang zu Wohnraum gerade für Gruppen mit vergleichsweise geringen Ressourcen. Als eher positiv wird auch die lokale Berichterstattung zum Thema in Essen bewertet, die „uns auch den Umgang in der Stadtgesellschaft mit der Thematik [erleichtert]“ (I3.49).

3.4 Hagen

Im Hinblick auf die *zeitliche Implementierung eines lokalen Integrationsmanagements* fand in Hagen bereits 2007 eine erste Integrationskonferenz statt. Ein gesamtstädtisches Integrationskonzept wurde dann aber erst 2011, ebenso im Rahmen des NRW-Landesförderprogramms KOMM-IN entwickelt. 2012 ging aus der Hagener RAA das *Kommunale Integrationszentrum* (KI) hervor. 2019 wurde das Hagener Integrationskonzept fortgeschrieben, womit man konzeptionell auf Neuzuwanderungsdynamiken reagierte. Im Fokus standen dabei besonders die verstärkte und fast zeitgleich stattfindende Migration aus Südosteuropa und der Flüchtlingszuzug. Zur Integration von Flüchtlingen war bereits 2016 ein Leitfaden erstellt worden und für die Migration aus Südosteuropa wurde 2019 ein gesondertes Handlungskonzept entworfen.¹²⁴

Hinsichtlich des *Wahrnehmungskontextes* erscheint relevant, dass die Anmeldezahlen bulgarischer aber vor allem rumänischer Staatsangehöriger seit 2014 stark anstiegen. Der Zuzug konzentrierte sich auf bereits „sozial problematische Wohngegenden“ (I3.50) mit hohem Wohnungsleerstand und eher maroder Bausubstanz sowie auf einzelne Straßen in eher ruhigen Nachbarschaften im „Hagener Armutsgürtel“ (Stadt Hagen 2019: 10). Gleichzeitig verzeichnete das Jobcenter einen starken Anstieg der SGB II-

123 Vgl. für Essen <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Service/Downloads/Deutschlandatlas-Daten.html>; für Dortmund https://www.dortmund.de/dortmund/projekte/rathaus/verwaltung/amt-fuer-wohnen/downloads/wohnungsmarktbeobachtung/wohnungsmarktbericht_2023.pdf.

124 Vgl. das allgemeine Integrationskonzept der Stadt Hagen https://www.hagen.de/web/media/files/fb/fb_ki_1/Integrationskonzept_2018_Fortschreibung.pdf; das Integrationskonzept zur Zuwanderung aus Südosteuropa mit einer detaillierten Situationsanalyse sowie einer Übersicht über laufende Maßnahmen aus dem Jahr 2019 https://www.hagen.de/web/media/files/fb/fb_55/ueberuns/kiz-integrationskonzept-soe-201909.pdf.

Anträge von „vielen Menschen in Trachten“ (I3.51). Während Ordnungsakteure sich zunehmend um Beschwerden von alteingesessenen Nachbarinnen und Nachbarn kümmerten (Müll, Lärmbelästigung etc.) und ordnungsrechtliche Verstöße ahndeten, nahmen Mitarbeitende im Jobcenter organisierte Betrugsversuche mit fingierten Arbeitsverträgen wahr. Hintermänner verschafften sich Zugang zu Sozialleistungen, wobei die Antragsstellenden selbst „eher ausgebeutet wurden“ (I3.52). Bis 2021 wuchs die Bevölkerung mit rumänischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit kontinuierlich. Gemessen an der Einwohnerzahl zählt sich Hagen zu den Städten, die mit der größten Migrationsbewegung dieser beiden Gruppen umgehen müssen.

Gleichzeitig blieb die Fluktuation kontinuierlich hoch, wobei jeden Monat „gefühlte immer 1.000 kommen, 1.000 gehen“ (I3.53). Insgesamt wird der überwiegenden Mehrheit der Zugewanderten die Zugehörigkeit zu Roma-Gruppierungen mit traditionellen Werteorientierungen zugeschrieben. Dabei entstand auch das Bild, dass sich halbe Dörfer gemeinsam auf den Weg nach Hagen gemacht haben.¹²⁵ Es zeigten sich anhaltend hohe Quoten im Bereich geringfügiger Beschäftigung und SGB-II-Beziehender, Bildungsdefizite, Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung sowie anhaltende Konflikte in spezifischen Nachbarschaften. Im Bildungsbereich wurde unter generell schwierigen strukturellen Bedingungen (Personalmangel, fehlende Schulplätze etc.) versucht, Schulabsentismus entgegenzuwirken und den Seiteneinstieg zu ermöglichen. 2023 hat sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in dieser Bevölkerungsgruppe verdoppelt. Die Stadt ist bemüht, dass „uns bestimmte Stadtteile nicht kippen“ (I3.54). Gleichzeitig besteht die Annahme des organisierten Sozialleistungsbetrugs aus den Anfangsjahren 2014/2015 nicht mehr. Dennoch zeigt sich insgesamt die Wahrnehmung, dass die Herausforderungen im Zeitverlauf eher größer geworden sind.

Betrachtet man die *konzeptionellen und strategischen Antworten* der Stadt Hagen, so wird auch hier die kommunale Integrationsarbeit größtenteils über verschiedene NRW-Landes- sowie EU-Programme und Bundesmittel gefördert. Neben Programmen, die spezifisch auf Wohnraum, Arbeit, Gesundheit oder Bildung (vor allem muttersprachliche Bildungsmediation) im Zusammenhang mit Migration aus Rumänien und Bulgarien ausgerich-

125 Vgl. https://www.focus.de/politik/deutschland/tausende-zugezogene-seit-2014-halb-es-rumaenisches-dorf-zieht-nach-hagen-so-hilft-die-stadt-bei-der-integration_id_10523188.html.

tet sind, ist wie in anderen Kommunen das *Programm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus Südosteuropa* seit 2017 zentral. Im Rahmen dieses Programms wurde 2017 das *Quartiersmanagement* (QM) gegründet und eine kleinere Anzahl pädagogischer Fachkräfte sowie eine größere Zahl muttersprachlicher Sprach- und Kulturvermittler, überwiegend mit Roma-Hintergrund eingestellt. Deren Aufgabenfeld ist lebensbereichsübergreifend angelegt und schließt auch die Konfliktvermittlung auf nachbarschaftlicher Ebene mit ein. Zudem wurden verschiedene Kooperationsverträge mit Trägern geschlossen. Das *Kommunale Integrationszentrum* (KI) koordiniert die sozialintegrativ ausgerichteten Projekte und beruft regelmäßige Arbeitskreistreffen im Berichtsformat ein. Gleichzeitig wurde auf Vorstandsebene eine *Taskforce* eingerichtet, die tendenziell ordnungsrechtlich ausgerichtet ist und unter anderem das Thema Immobilien hervorhebt. In der Anfangsphase überwog tendenziell ein restriktiver Ansatz, der auch darauf abzielte, den wahrgenommenen organisierten Sozialleistungsmissbrauch zu unterbinden, während gleichzeitig die Zahl der Integrationsangebote zunahm. Die Akteure beschreiben für diese Phase einen „Verdrängungswettbewerb, [in dem] jede Kommune versucht hat, sich unattraktiv für dieses Modell zu machen“ (I3.55). Während die 2017 gegründete Taskforce im Laufe der Jahre an Bedeutung verlor, fanden Melde- und andere Kontrollen weiterhin regelmäßig statt, durchaus auch in Zusammenarbeit mit rumänischen Polizeibeamten. Langfristig besteht das Ziel, betroffene Stadtteile aufzuwerten und Wohnraum für gewisse Zielgruppen zu verknappten mittels Mieten, „die knapp über der Mietobergrenze des Jobcenters sind um jetzt nicht das gleiche Klientel alleine wieder da hinzuziehen“ (I3.56).

2019 veröffentlichte die Stadt Hagen die Fortschreibung des allgemeinen Integrationskonzepts aus dem Jahr 2012 sowie ein gesondertes Integrationskonzept zur Zuwanderung aus Südosteuropa. 2019 besuchte eine Delegation auch eine rumänische Herkunftsgemeinde, „um zu gucken welche Möglichkeiten gibt es, wie kann man die Region vielleicht so entwickeln, so dass die nicht zu uns kommen“ (I3.57). Im gleichen Jahr gründete sich, unterstützt durch die Stadt Hagen, der Verein *Roman Drom Hagen e.V.*¹²⁶ Im Sinne eines *Tandem-Modells* engagierten sich Angestellte des Quartiersmanagements im Verein, kooperierten mit lokalen Partnern und erweiterten so ihren potentiellen Handlungsspielraum. Im Frühjahr 2024 erwogen

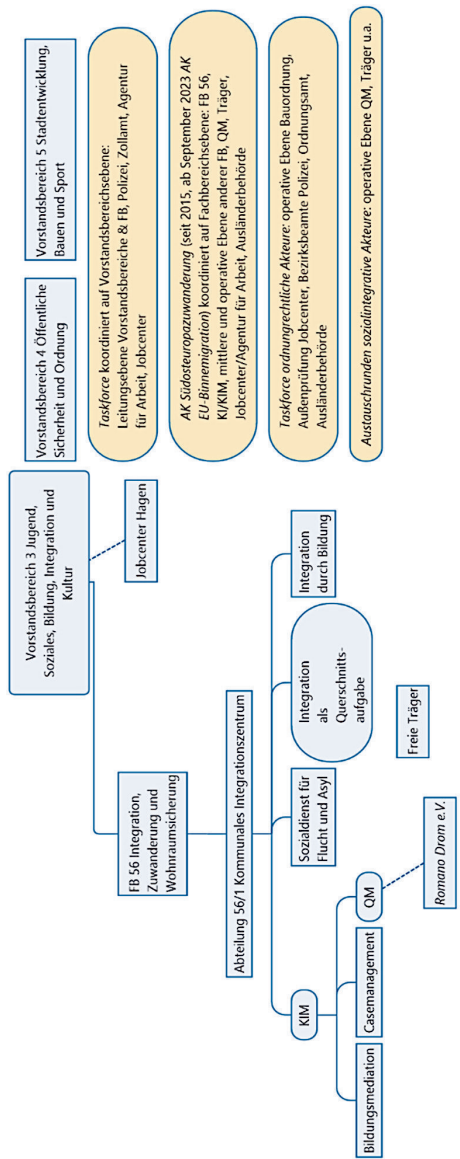
126 Vgl. <https://romano-drom.de/>.

die Vereinsmitglieder jedoch die Auflösung des Vereins, was im weiteren Verlauf dieses Berichts genauer zu erklären sein wird.

Nach Einführung des durch das Land NRW geförderten *Kommunalen Integrationsmanagements* (KIM) im Jahr 2020 erhöhte man 2022 auch die verwaltungsstrukturelle Bedeutung des Themas Integration. Ein neuer Fachbereich (FB) *Integration, Zuwanderung, Wohnraumsicherung* entstand, der im ebenfalls umbenannten Vorstandsbereich 3 *Jugend, Soziales, Bildung, Integration und Kultur* verortet wurde. Unterteilt wurde dieser Fachbereich in die beiden Abteilungen *Wohnraumsicherung, materielle Hilfen und Verwaltung* sowie *Kommunales Integrationszentrum*, in dem sich auch KIM und das *Case Management* für Migrierende befinden. Man entschied sich hier, KIM überwiegend auf die Migration aus EU-Ländern und dabei vor allem auf Rumänien und Bulgarien zu konzentrieren. Alle Sonderprojekte im Bereich Südosteuropa wurden KIM zugeordnet und alle zehn Case Manager richteten sich auch auf diese Gruppe als Hauptzielgruppe aus.¹²⁷ Im Kontext der eher negativen Einschätzung der Gesamtlage wurde 2023 eine neue Taskforce auf Dezernats- bzw. Vorstandsebene gegründet, unter Leitung des Vorstandsbereichs 3. Der zielgruppenspezifische Unterstützungsbedarf durch die Landesregierung NRW wird in Hagen noch immer als sehr wichtig eingestuft und auch dahingehend Lobbyarbeit geleistet. Dabei koordinierte sich Hagen bereits seit der ersten Landes-Förderphase 2017 bis 2019 mit anderen Ruhrgebietskommunen. Dass Hagen später als andere Kommunen (wie Dortmund und Duisburg) einen starken Anstieg der Migrationsbewegungen verzeichnete, verstärkte die Bemühungen um das Sichtbarmachen der besonderen Betroffenheit und verweist auf die interkommunale Konkurrenz auf der Ebene der Wahrnehmung von Förderbedarfen etwa gegenüber der NRW-Landesregierung. Die folgende Abbildung 3.4 veranschaulicht die Akteurskonstellation inklusive den relevanten Austauschformaten in Hagen 2023. Zusätzlich zu den beiden bereits erwähnten Austauschformaten auf höherer und mittlerer Ebene koordinieren sich auch die ordnungsrechtlichen und sozialintegrativ tätigen Akteure auf der operativen Ebene. Da er lange Zeit ein wichtiger Akteur vor Ort war, wird (der 2024 wieder aufgelöste Verein) *Romano Drom e.V.* hier noch aufgeführt.

127 Weitere Zielgruppen sind ukrainische Flüchtlinge und eine kleinere Anzahl Geduldete mit Chancen-Aufenthaltsrecht.

Abbildung 3.4: Akteurskonstellation und Austauschformate Hagen



Quelle: Stadt Hagen Vorstandsbereiche¹²⁸, Organigramm FB 56 und eigene Darstellung

Hinsichtlich des *übergreifenden Wandlungsmusters* der EU2-Migration hatten 2014 rund 17 Prozent der Bevölkerung Hagens eine ausländische Staatsangehörigkeit, davon waren rund 6 Prozent rumänischen und bulgarischen Ursprungs. Bis zum Jahr 2022 hat sich der Ausländeranteil auf 31 Prozent fast verdoppelt, wobei knapp 16 Prozent aus Rumänien und Bulgarien stammten (IT.NRW 2024). Dieser Anstieg ist sowohl der Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern als auch der Nettoabwanderung von Deutschen geschuldet. Im gleichen Zeitraum haben sich die für Integration zuständigen Personalstellen innerhalb der kommunalen Verwaltung (über das KI koordinierte Personalstellen) von 5,5 auf 44 Vollzeitstellen erhöht. Während es 2014 unter diesen Stellen keine mit überwiegendem SOE-Bezug gab, waren es 2022 insgesamt 20 Vollzeitstellen, also etwas weniger als die Hälfte aller Integrationsstellen. Im Jobcenter Hagen gibt es allerdings keine Spezialisierung für die Bearbeitung von Anliegen südosteuropäischer Migrierter. In der Ausländerbehörde Hagen gibt es bereits seit 1996 einen Bereich mit vier Mitarbeitenden, die spezifisch für EU-Migrierte zuständig sind. Im Zuge der Einführung von KIM im Jahr 2022 ist eine weitere Stelle hinzugekommen, deren Aufgabenbereich teilweise mit EU-Migration und teilweise mit Einbürgerungen beschrieben wird.

Der Wahrnehmung, dass man in Hagen besonders von der Migration aus Bulgarien und Rumänien betroffen ist (Umfang der Migration von überwiegend Roma, knappe finanzielle Mittel und andere strukturelle Schwächen), steht das durchaus erfolgreiche besondere Engagement im Hinblick auf angeworbene Mittel, Vernetzung, Einbindung von Roma-Selbstorganisationen, Verstetigung muttersprachlicher Bildungsmediation usw. entgegen. Der wie auch in anderen Kommunen zu Beginn eher dominante ordnungsrechtlich-restriktive Ansatz mit Ausrichtung auf Verdrängung bzw. Verhinderung von Migration wurde im Zeitverlauf durch umfangreiche sozial-integrative Ressourcen erweitert bzw. tendenziell sogar verdrängt. Nicht zuletzt haben sich rein ordnungsrechtliche Maßnahmen auch als wenig effektiv erwiesen. Laut Aussagen der Interviewten erscheinen allerdings für 2023 die eingebrachten Ressourcen und bisherigen strategischen Ansätze als nicht ausreichend. Langfristig wird die Gefahr der intergenerationellen Vererbung niedriger sozialer Positionierungen auf die zweite Generation gesehen, vorwiegend in Roma-Familien. Hagen gehört

128 Vgl. https://www.hagen.de/web/media/files/hagen/m04/m0401/28.06.2023_Uebersicht_der_Vorstandsbereiche_Stand_01.07.2023_-_MJUNG_-_Standa.pdf.

zudem auch zu den Kommunen der Region mit einer höheren Wohnungs-leerstandsquote zwischen vier und sechs Prozent.¹²⁹

3.5 Oer-Erkenschwick

Im Kreis Recklinghausen zählt Oer-Erkenschwick zusammen mit Datteln, Haltern am See, und Waltrop zu den kleineren Kommunen. Im Hinblick auf die *zeitliche Implementierung eines lokalen Integrationsmanagements* ist relevant, dass Integrationsaufgaben von anderen Stellen zusätzlich übernommen werden, wie etwa vom Jugendamt, weil es in der Verwaltungsstruktur keine klaren Zuständigkeiten für Integrationsarbeit gibt (Fischer et al. 2012: 16). In der ersten KOMM-IN Förderphase des Landes NRW 2005-2011 liefen in Oer-Erkenschwick zwei Projekte (in den Bereichen Bildung und Zusammenleben). Auf Trägerseite war die *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) in dieser Phase mit einem Jugendmigrationsdienst aktiv. Seit 2012 ist der Kreis Recklinghausen und damit auch die Kommune Oer-Erkenschwick als Optionskommune für die Sozialleistungen nach SGB II eigenständig zuständig. In allen Kommunen des Kreises wurde daraufhin jeweils ein ämterübergreifendes Netzwerk (*Haus der sozialen Leistungen*) eingerichtet, in dem verschiedene Sozialleistungen gebündelt und erbracht werden können. Eine zentrale Funktion nimmt dabei ein Lotse ein, der als erster Ansprechpartner agiert (vgl. Bogumil et al. 2021). In Oer-Erkenschwick werden die Anliegen von Flüchtlingen seit 2015 und später auch von EU-Migrierten generell von der zuständigen Lotsin mit bearbeitet, die in den Bereichen interkulturelle Kompetenz und Konflikte weiterqualifiziert wurde. Die Lotsin ist seit 2018 Integrationsbeauftragte der Stadt. Ihre Aufgaben beziehen sich neben der Verbesserung des Zugangs zu Beratungs- und Unterstützungsleistungen auch auf die Vermittlung in andere Integrationsangebote (Schlicht 2019: 122ff.). Oer-Erkenschwick verfügt über keinen Integrationsrat und hat kein eigens entwickeltes Integrationskonzept.

Bezogen auf die *Wahrnehmungskontexte und -muster* steht in Oer-Erkenschwick die Migration aus Ost- und Südosteuropa in enger Verbindung mit dem Verkauf der Fleischwarenfabrik *Barfuss GmbH* an die Firma *Westfleisch* im Jahr 2004. Als problematisch werden die zunehmende Anstellung überwiegend männlicher ausländischer Arbeitskräfte, vor allem

129 Vgl. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Service/Downloads/Deutschlandatlas-Daten.html>.

im Bereich der Fleischverarbeitung, deren konzentrierte Unterbringung in bestimmten Wohngebieten und das alltägliche Zusammenleben in diesen Nachbarschaften bewertet. Neben Menschen aus Polen und Ungarn traten vor allem rumänische Migrierende in der öffentlichen Wahrnehmung besonders hervor,

„Wenn Sie hier durchgehen, wenn man hier lange lebt, dieses Stadtbild verändert sich. Früher waren hier, wie typisch in ganz Nordrhein-Westfalen Zechen, Türken, Gastarbeiter und und und und. Und dieses Bild ändert sich eben halt. Das hat sich aus meiner Sicht hier auch für Oer-Erkenschwick geändert. Und das aller negativste Bild war nicht nur für mich, sondern für ganz viele Bürger hier in Oer-Erkenschwick, dieses Bild, wenn die Menschen mit Plastiktüten hoch zum Stimberghotel marschierten, oder aber diese Szenerie, da an, wenn man die Stimbergstraße runterfährt, an dem alten Schleckergebäude. Ja, die saßen auf den Stufen, auf den Treppen, in den Fenstern dieses Gebäudes und innen drin haben sie dann eben halt so, das ist ein Bild, wenn man hier groß geworden ist und lebt, das ist nicht schön. Und das ist prägend aus meiner Sicht“ (I3.58).

Wahrgenommen werden auch die sozialen Abgrenzungsdynamiken bis hin zu Konflikten zwischen den unterschiedlichen Gruppen von jüngst Zugewanderten und länger ansässigen, eher etablierten Einwohnern mit und ohne Migrationsgeschichte. Einerseits gibt es die Sorge um Segregationstendenzen und das Entstehen von „Parallelgesellschaften“ (I3.59), andererseits ist man sich auch der Prekarität der Arbeits- und Wohnverhältnisse insgesamt bewusst: „die hängen einfach mit allem ein bisschen im Fettnäpfchen und dann fallen die auf“ (I3.60). Im Zeitverlauf änderte sich auch die Zusammensetzung der Gruppe der Migrierten und es mussten zunehmend rumänische, polnische und ungarische Familien mit Kindern betreut werden, etwa in den Hilfen zur Erziehung oder im schulischen Alltag. Im Gegensatz zu allen anderen hier untersuchten Kommunen wird der Sozialleistungsbezug nach SGB II und die Arbeitsmarktintegration der überwiegend aus Rumänien, Ungarn und Polen stammenden EU-Migrierten in Oer-Erkenschwick jedoch kaum problematisiert. Ebenso spielt das Merkmal „Roma-Hintergrund“ oder „erhöhte Mobilität“ eine weniger wichtige Rolle. Im Kreis Recklinghausen liegen die Beschäftigungsquoten von rumänischen Migrierten im Jahr 2022 höher als die der deutschen Bevölkerung,

und die SGB II-Quote ist nur geringfügig höher.¹³⁰ Insgesamt wird die Migrations- und Integrationsdynamik wahrgenommen als eng verbunden mit der Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse beim größten Arbeitgeber Westfleisch oder bei anderen größeren Arbeitgebern in der Region. Veränderungen in diesen Mustern werden oft interpretiert im Zusammenhang mit dem typischen Arbeitsplatzwechsel aus der Fleischverarbeitung in andere Branchen, der häufig verbunden ist mit einer Verstetigung des Aufenthalts. Letzterer wird auch im Zusammenhang mit dem Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen durch das Arbeitsschutzkontrollgesetz wahrgenommen.

Betrachtet man die *konzeptionellen und strategischen Antworten* im Kreis Recklinghausen und den zwei Kommunen, so beginnt erst vergleichsweise spät im Jahr 2016 die EHAP-Finanzierung, die generell seit 2014 möglich war. Der Kreis beantragte in Kooperation mit dem Träger *Re/Init e.V.* das Projekt *EUNet – Netzwerk zur Verbesserung des Zugangs von besonders benachteiligten EU-Zugewanderten und ihren Kindern zu Beratungs- und Unterstützungsleistungen des regionalen Hilfesystems*. Das Projekt startete in Gladbeck und wurde 2017 auf Oer-Erkenschwick und Marl ausgeweitet. In der zweiten Förderphase (2019-2022) übernahm *Re/Init e.V.* die Antragstellung und Koordination des Projekts *EUnet plus*, bei dem der Kreis bzw. das KI Kooperationspartner wurden. In einer dritten Förderphase (2022-2026), nun im Projekt *NetVest*, setzt sich diese Kooperationsstruktur fort.¹³¹ Die operative Beratungsarbeit wurde in Oer-Erkenschwick in der EHAP-Förderung überwiegend durch eine muttersprachliche Beratungsstelle in Kooperation mit der Lotsin geleistet und durch das KIM bzw. KI ergänzt; neben den typischen Aufgaben in den Bereichen Bildung und Querschnitt geschah dies überwiegend in Form von Koordination und Vernetzung mit den anderen beiden teilnehmenden Kommunen im Kreis, durch Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit sowie Schulungen der Zielgruppe, etwa zum sogenannten Mietführerschein. So entwickelte das KI 2018 den Integrationsleitfaden *Brücke zur Integration – Integrationsleitfaden zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neu zugewanderten Unionsbürger*innen* für den Kreis Recklinghausen. Der Leitfaden basierte auf den Erfahrungen der RE/init-Beraterinnen und der Kooperationspartner. Wäh-

130 Vgl. digitaler Anhang: https://portal.nomos.de/download/qr/978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx.

131 Vgl. <https://www.reinit.de/projekte/ehap-eunet-plus/>; <https://www.reinit.de/projekte/netvest/>.

rend sich *EUnet* zunächst in der Beratungsarbeit nur auf die Gruppe der unter 7-jährigen mit deren Familien konzentrieren konnte, erweiterten sich Zielgruppe und Aufgabenbereiche in den folgenden Förderphasen. Eine als durchaus notwendig erachtete engmaschige sozialpädagogische Betreuung von Familien konnten die Beraterinnen jedoch nicht leisten.

Die Kommune Oer-Erkenschwick selbst beteiligte sich erst in der zweiten Förderphase ab 2020 an dem vom Land geförderten *Programm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration von Menschen aus Südosteuropa* (SOE-MKJFGFI) und damit später als die bisher betrachteten Kommunen. Eine Stelle wurde zunächst der Lotsenstelle angegliedert (Bürgerbüro, Jobcenter) und sollte den kommunalen Ordnungsdienst unterstützen. Nach ersten Erfahrungen wurde diese Stelle und eine weitere an den sozialpädagogischen Dienst des Jugendamts angegliedert. Konzeptionelle Vorgaben gab es außer einigen Rahmenbedingungen zunächst kaum: „hier ist ein Büro, setz dich da mal und ich wünsche dir viel Glück“ (I3.61). Es erfolgte dann eine Ausdifferenzierung der beiden Vollzeitstellen in eine Verwaltungsstelle, die die allgemeine Sozialberatung übernahm, und eine Sozialarbeitsstelle, die stärker aufsuchende Einzelfallarbeit leistete. Zusätzlich wurden Informationsveranstaltungen für die Zielgruppe und Möglichkeiten der Begegnung mit der Ankunfts-gesellschaft organisiert.

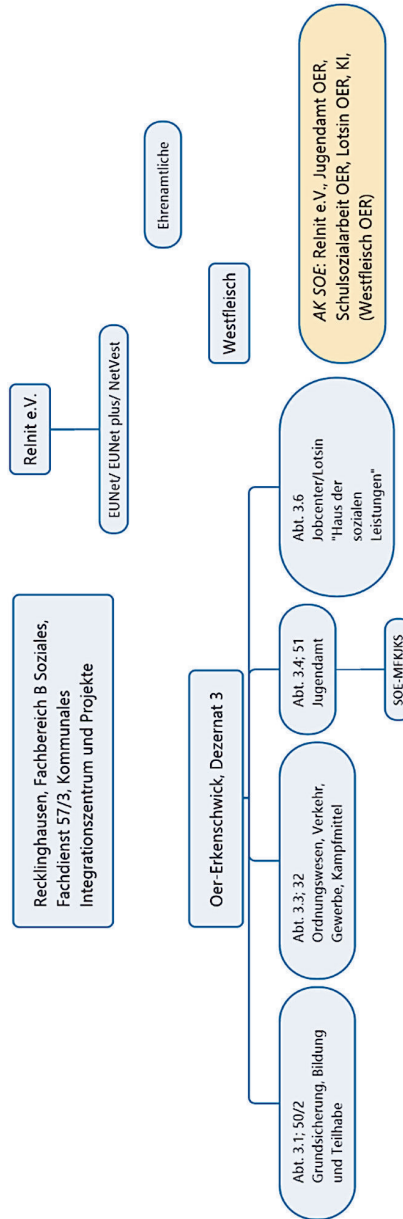
Die Projektmitarbeitenden schlossen an das relativ kleine, eng gestrickte und kaum durch Stellenfluktuation gekennzeichnete soziale Netzwerk der involvierten Verwaltungsmitarbeitenden, Sozialarbeiterinnen und anderen Praktikern an und nutzten vor allem „informelle Wege“ (I3.62). Hinzu kommt, dass das Ordnungsamt und das Jugendamt dem gleichen Dezernat zugehören und die Zusammenarbeit seit langem gefestigt war. Die unterschiedlichen Perspektiven und Ansätze wurden überwiegend innerhalb dieser bestehenden Strukturen, als „Zweckpraxis“ (I3.63) verhandelt. Dazu wurde ein AK Südosteuropa eingerichtet, in dem auch die Kooperation mit dem KI und ReInit e.V. koordiniert wird. Ein weiterer zentraler Akteur in der Kommune ist die Firma Westfleisch. Westfleisch selbst hat seit dem Verbot der Werkvertragsarbeit eine feste Stelle für einen Integrationsbeauftragten eingerichtet, der an allen Standorten für Konzeptions- und Netzwerkarbeit zuständig ist und Kooperationen mit lokalen Akteuren anstrebt. Dazu hebt die Firma die innerbetriebliche Beratungsarbeit hervor:

„Wir haben mittlerweile extra dafür abgestellte Kolleginnen und Kollegen, deren Hauptaufgabe, insbesondere seit der Übernahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darin besteht diese zu beraten und zu betreuen.“

Wie gesagt, dafür speziell abgestellt oder eben auch Doppelfunktion. Viele der Beraterinnen, der Betreuer, Kümmerer, wie wir sie nennen, sind gleichzeitig auch die Fahrer, die für den Transport zwischen Werkswohnung und Arbeitsstätte zuständig sind. Das sind aber auch Angestellte in den Personalbüros. Wir haben jetzt auch Betriebsräte aus den entsprechenden Nationen an den Standorten. So stellt sich halt die Gruppe der Beratenden und der Betreuer. Vorarbeiter, Vorarbeiterinnen sind auch immer wieder Ansprechpartner, allerdings können die nicht mal eben vom Band weg. Deswegen spannen wir dann dort eher einen Fahrer, eine Fahrerin ein als den Vorarbeiter, aber Ansprechpartner bleiben sie trotzdem. Das sind halt Personen, die das schon eine ganze Weile machen. Aber da wollen wir gerne hin, durchaus auch in Kooperation mit lokalen Akteuren, dass wir diese Strukturen, die wir im Unternehmen haben, professionalisieren bzw. dass wir dann die Brücke hin zu dem Regelsystem, Regelberatungssystem in Vereinen, Verbänden usw. hinkriegen“ (I3.64).

Westfleisch greift dazu unter anderem auf historisch gewachsene Beziehungsstrukturen zur Stadtverwaltung zurück, die noch aus der Phase vor der Übernahme der Firma Barfuss stammen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in Oer-Erkenschwick die Integrationsarbeit als eigenes Aufgabenfeld kaum institutionalisiert ist und nicht proaktiv und konzeptionell angeleitet gestaltet war. Stattdessen reagierte man einerseits eher „abhängig vom Tagesgeschäft, Westfleisch (...) Flüchtlingskrisen, die verschiedenen Unterbringungen (...), welche Hallen sind noch frei und so weiter“ (I3.65). Andererseits spielen die gewachsenen persönlichen Netzwerke und Beziehungsdynamiken eine wichtige Rolle. Für diese eher kleine Kommune spielt die *Konzeptions-, Koordinations- und Vernetzungsarbeit des KI* eine größere Rolle als für größere Kommunen des Kreises wie Gladbeck. Insgesamt schätzt das KI die inhaltliche Gestaltbarkeit der kommunalen Integrationsarbeit im Kreis Recklinghausen aber eher gering ein, denn „dann schwingen Verwaltungsstrukturen mit und Politik schwingt mit. Und da haben wir, finde ich, wenig Karten im Spiel“ (I3.66). International ausgerichtete Handlungsorientierungen gibt es keine. Die Abbildung 3.5 veranschaulicht diese herausgehobene Stellung des KI.

Abbildung 3.5: Akteurskonstellation und Austauschformate Oer-Erkenschwick



Quelle: Stadt Oer-Erkenschwick Verwaltungsgliederungsplan¹³² und eigene Darstellung

Betrachtet man das *übergreifende Wandlungsmuster*, so hat man sich insgesamt von der (Übernahme der Fleischwarenfabrik Barfuss GmbH durch die Firma Westfleisch „mehr erhofft an Unterstützung und an Fürsorge für ihre Mitarbeiter“ (I3.67). Andererseits ging die Stadt nach 2004 auch nicht proaktiv vor. Stattdessen hat man „teilweise weggeguckt, nicht gemerkt, gedacht, das ergibt sich von selber oder das ist nur ein kurzzeitiges Problem. (...) Ich glaube, der Stadt ist manchmal nicht klar gewesen, welche sozialen Probleme sich aus manchen Dingen hinterher entwickeln“ (I3.68). Der steigende Zuzug von überwiegend erwachsenen EU-Arbeitskräften, vornehmlich aus Rumänien, Polen und Ungarn und später der Nachzug von Familien, die wohnräumlich schwierige Situation und der wachsende Bedarf an verschiedenen sozialen Leistungen traf auf eine kaum institutionalisierte Integrationsarbeit. 2004 verzeichnete Oer-Erkenschwick 377 EU-Ausländer, wobei die größte Gruppe aus Polen stammte (139 Personen oder 37 Prozent aller EU-Ausländer), und 2.487 Nicht-EU-Ausländer, von denen 80 Prozent türkischen Staatsangehörige sind. 2014 hatte sich die Zahl der EU-Migrierten mehr als verzehnfacht auf 1.877. Die drei häufigsten Herkunftsländer waren Rumänien (32 Prozent), Polen (23 Prozent) und Ungarn (21 Prozent). Demgegenüber ging die Zahl der Nicht-EU-Ausländer leicht zurück. 2022 hat sich die Zahl der EU-Migrierten weiter erhöht auf 2.818. Rumänien ist nun noch deutlicher das wichtigste EU-Herkunftsland (55 Prozent), gefolgt von Polen (13 Prozent) und Ungarn (12 Prozent). Bulgarien liegt weit dahinter auf Platz 4 (4 Prozent). Auch die Zahl der Nicht-EU-Ausländer ist angestiegen auf 3.052 Personen. Während sich der Anteil türkischer Staatsbürger weiter verringert hat (49 Prozent), ist durch die Flüchtlingsbewegungen die Zahl der Menschen aus Syrien (10 Prozent) und der Ukraine (9 Prozent) stark angestiegen.¹³³

Im Jahr 2004 hatte die Kommune keine gesonderten Integrationsstellen. Nach 2012 wurde die als Lotsin fungierende Mitarbeiterin weiterqualifiziert und ergänzend zum Jugendamt eingesetzt (eher zuständig für Kinderlose und Alleinstehende). 2017 begannen die spezifisch auf Migration aus Südosteuropa ausgerichteten Projektmaßnahmen zunächst mit einer Vollzeitstelle und Stellenanteilen des KI Recklinghausen und ab 2020 mit drei Stellen. Die Maßnahmen fügten sich in keine Gesamtkonzeption ein, Anforderungen

132 Vgl. https://www.oer-erkenschwick.de/Inhalte/Rathaus_Politik/Verwaltung/SOE_Verwaltungsgliederung_032024.pdf.

133 Vgl. Einwohnermeldeamt Stadt Oer-Erkenschwick. Die stark verringerte Anzahl an Gruppen mit lang zurückliegender Migrationsgeschichte (bspw. Türkeistämmig) lässt sich evtl. auf Einbürgerungen zurückführen, wurde hier aber nicht gesondert untersucht.

wurden nicht präzise genug eingeschätzt und Ressourcen für die Integrationsarbeit blieben im Zeitverlauf knapp bemessen. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung hat die Kommune eine der beiden über das Landesprogramm SOE-MKJFGFI finanzierten und zwischenzeitlich unbesetzten Stellen nicht erneut belegen können. Wie auch in den anderen Kommunen hat die jüngste massive Fluchtbewegung aus der Ukraine zu neuen Bedarfen geführt, „die teilweise auch über Südosteuropa aufgefangen werden sollten“ (I3.69). Der Erfolg der Integrationsarbeit in Oer-Erkenschwick hängt so mehr als in anderen Kommunen vom Engagement Einzelner und den Dynamiken im eng gestrickten sozialen Netzwerk von Verwaltungsmitarbeitenden und anderen Akteuren ab. Dem steht die Herausforderung durch die spezifische Arbeitgeberstruktur entgegen und die damit verbundenen weiterhin zu erwartenden dynamischen Migrationsbewegungen. Im Hinblick auf die Quote an Wohnungsleerständen gehört der Kreis Recklinghausen zu den Regionen mit einer höheren Quote (zwischen vier und sechs Prozent).¹³⁴

3.6 Gladbeck

Gladbeck gehört im Kreis Recklinghausen zu den größeren Kommunen und verfügte als einzige Kommune des Kreises bereits seit 1981 über eine Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA). Die *zeitliche Implementierung eines lokalen Integrationsmanagements* reicht also weit zurück. Die RAA war bis in das Jahr 2012 angegliedert an das *Amt für Integration und Sport* der Stadt Gladbeck (Fischer et al. 2012: 15) im Dezernat IV Soziales, in dem sich seit 2010 auch die Ausländerbehörde (ABH) befindet. Die Ursprünge des Selbstverständnisses der Gladbecker ABH als „Willkommensbehörde“ (I3.70) geht bereits auf diese Zeitphase der frühen 2010er Jahre zurück und äußert sich unter anderem in der Ansiedlung des Integrationsrats in der Behörde und in der verwaltungsstrukturellen Trennung vom Ordnungsamt im Dezernat III. In dieser Phase entwickelte die Stadt Gladbeck auch ein erstes Integrationskonzept für den Stadtteil Brauck, welches zwischen 2011 und 2013 im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* umgesetzt wurde. Mit der Implementierung des Teilhabegesetzes NRW wurde 2013 das Kommunale Integrationszentrum auf Kreisebene gegründet. Um die lokale Integrations-

134 Vgl. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Service/Downloads/Deutschlandatlas-Daten.html>.

arbeit trotzdem zu verstetigen, richtete man ein eigenes *Büro für interkulturelle Arbeit* ein, in das 2,5 Stellen aus dem RAA überführt wurden. 2018 entwickelte die Stadt Gladbeck ein gesamtstädtisches Integrationskonzept, aus dem nach einem breiten partizipativen Prozess auch die *Gladbecker Erklärung* entstand.¹³⁵

Hinsichtlich der *Entwicklung der Wahrnehmungskontexte und -muster* wurden in der Anfangsphase der Migration nach Gladbeck um 2014/2015 rumänische und bulgarische Migrierende überwiegend als Familien mit Bedarfen in Sprachförderung und im Bereich (frühkindliche) Bildung wahrgenommen. In der Erstellungsphase des Gladbecker Integrationskonzepts spielten sie im Gegensatz zu Flüchtlingen als Zielgruppe keine besonders hervorgehobene Rolle. Die Bearbeitung von fehlenden Schulanmeldungen und unregelmäßigem Schulbesuch, Elternarbeit generell und sozialen Abgrenzungsdynamiken der Gruppe wurden trotzdem bereits in dieser Zeitphase als Herausforderung wahrgenommen. Diese Sicht auf Herausforderungen und Aufgaben findet sich auch im Integrationskonzept der Stadt Gladbeck aus dem Jahr 2019, in dem explizit auf Roma Bezug genommen wird (Jessen/Schoenen 2018: 22, 26). Auch im Bereich Arbeitsmarkt und Zugang zu SGB II-Leistungen wird die Gruppe fast zeitgleich mit der Flüchtlingszuwanderung wahrgenommen. Es wurde ein mäßiger – „das kam so angeplätschert“ (I3.71) – aber kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit rumänischen oder bulgarischen Leistungsbeziehenden bis 2018 verzeichnet. Diese Migrationsbewegungen haben zwar mit dazu beigetragen, dass das Haushaltssicherungskonzept aus der Zeit davor nicht umgesetzt werden konnte, seit 2019 hat sich aber der „Bestand eingependelt (...) und [wächst] nicht mehr massiv“ (I3.72). Anfang 2023 enthielten rund 5 Prozent der Gladbecker SGB II-Bedarfsgemeinschaften Antragstellende mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit. Im Bereich SGB-XII wird die Bedeutung der Zielgruppe als „ganz ganz klein“ (I3.73) beschrieben.

Im Laufe der Jahre fand eine gewisse Konzentration des Zuzugs rumänischer und bulgarischer Migrierender in die Wohnanlage *Steinstraße 72* statt. Zuzüge erfolgten aber auch in andere Stadtteile, jedoch stärker flächenräumlich verteilt, wodurch sie weniger wahrgenommen wurden. Die Wohnanlage Steinstraße 72 befindet sich inmitten einer Eigenheimsiedlung.

135 Vgl. https://www.gladbeck.de/familie_bildung/integration/Integrationskonzept_2019_Web.pdf; <https://www.gladbecker-erklaerung.de/>.

Sie umfasst 105 Wohneinheiten, die sich auf rund 50 bis 60 Eigentümer (Privatleute und Immobilienfirmen) verteilen. In Gladbeck „[gibt’s] das Thema Steinstraße schon immer (...), da wohnen Leute, die woanders keine Wohnung finden“ (I3.74).¹³⁶ Auf eine hohe Anzahl an Zu- und Wegzügen und andere wahrgenommene Unregelmäßigkeiten (bspw. inoffizielle Monteurswohnungen) folgten melderechtliche Überprüfungen. Im Jahr 2019 häuften sich dann die Beschwerden aus dem Wohnumfeld, lokale Medien griffen das Thema immer häufiger auf und es fanden vermehrt Einsätze von Polizei und Ordnungsdiensten statt. Im Jahr 2020 wurde das Haus im Wahlkampf für das Bürgermeisteramt thematisiert.¹³⁷ Dabei ging es überwiegend um Schulabsentismus, Müll, Lärmbelästigung und andere ordnungsrechtliche Vergehen. Während der Covid-19 Pandemie ist „das Ganze dann eskaliert“ (I3.75).

Hinsichtlich der *konzeptionellen und strategischen Antworten* konnten die kommunalen Maßnahmen im ersten Umgang mit der Migration aus Rumänien und Bulgarien in den historisch gewachsenen und spezifisch auf Integration ausgerichteten Netzwerken und Austauschformaten verhandelt und koordiniert werden. Rückblickend hat „diese Gruppe profitiert (...) von den Vorerfahrungen“ (I3.76). Als erste Kommune im Kreis Recklinghausen implementierte Gladbeck das EHAP-Projekt *EUnet* ab 2016 in der bereits im Abschnitt 3.5 beschriebenen Konstellation, in der der Träger ReInit e.V. eine zentrale Rolle spielte. Zunächst wurden zwei Vollzeit-Beratungsstellen geschaffen, die im späteren Verlauf auf 2,5 Stellen aufgestockt wurden. Der Fokus lag auf aufsuchender, muttersprachlicher Sozialberatung. Das Jobcenter bot über Träger sowohl niedrigschwellige Sprachcafés an als auch arbeitsmarkt- und (ab 2023) sozialintegrative muttersprachliche Projekte. Ab 2020 implementierte Gladbeck das Programm SOE-MKJFGFI mit einer Stelle, die mit einer türkischsprachigen Mitarbeiterin der aufsuchenden Sozialarbeit besetzt wurde. Das Programm wurde angegliedert an das Interkulturelle Büro. Es entstand ein Arbeitskreis aus Mitarbeitenden des Interkulturellen Büros, ReInit e.V., KI und später KIM. Neben der allgemeinen Sozialberatung lag der Fokus auf der Förderung des

136 Zur *Steinstraße 72* ist diese preisgekrönte Audioreportage aus dem Jahr 2017 sehr zu empfehlen: <https://www.schneiderfilm.com/neun-stockwerke-neues-deutschland/>.

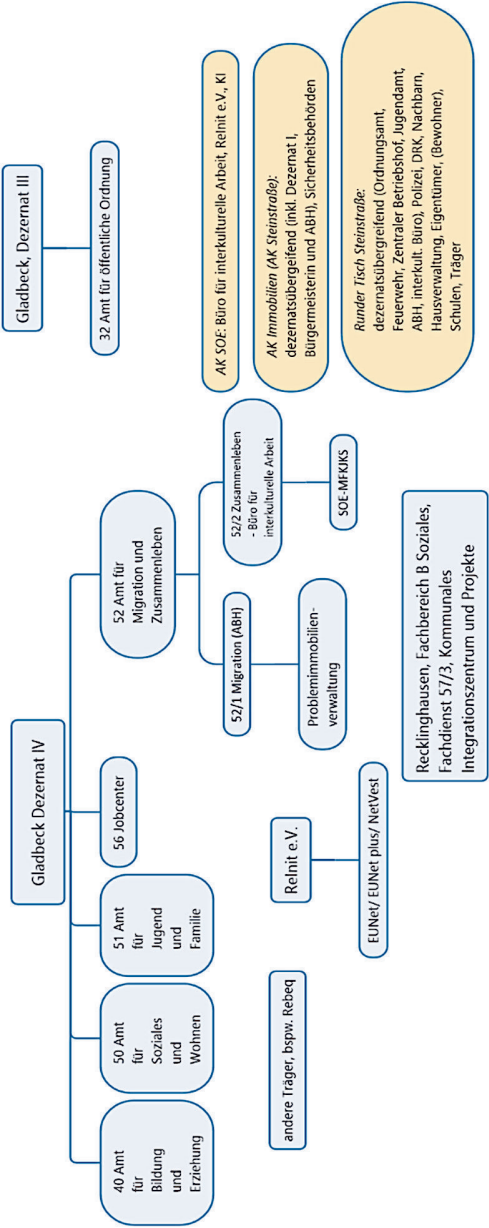
137 Im Jahr 2020 ist die Steinstraße die „bestkontrollierteste Immobilie in Gladbeck“ mit über 500 Kontrollen des KOD und mehr als 210 Polizeieinsätzen: <https://www.waz.de/staedte/gladbeck/article230358756/gladbeck-stadt-verschaerft-die-kontrollen-an-der-steinstrasse.html>; vgl. zum Wahlkampf: <https://www.waz.de/staedte/gladbeck/article230490868/stichwahl-darueber-diskutieren-die-kandidaten-in-gladbeck.html>.

Schulbesuchs und der damit verbundenen Elternarbeit. Auch das Jugendamt setzte im Zeitverlauf verstärkt auf muttersprachliche niederschwellige erzieherische Hilfen und zog dazu darauf spezialisierte Träger heran. Das *KIM Case-Management* und die kommunale *KIM-Koordination* wurden im *Amt für Migration und Zusammenleben* in Gladbeck untergebracht. Der Sprachmittlerpool, der unterstützend in der muttersprachlichen Beratung tätig ist, befindet sich jedoch in Recklinghausen.

Im Zuge der zunehmenden Thematisierung der Wohnverhältnisse und des Zusammenlebens in bestimmten Wohngegenden wurde 2019 ein dezentriertübergreifender *Arbeitskreis Immobilien* unter Einbezug der Polizei gegründet und ein „Problemimmobilien-Verwalter“ (I3.77) eingesetzt. Für die Steinstraße 72 gibt es einen eigenen untergeordneten Arbeitskreis. Es fanden regelmäßig *Runde Tische* zur Steinstraße 72 statt, die sich überwiegend mit den ordnungsrechtlichen Anliegen des Wohnumfelds beschäftigen. Hausbewohner selbst waren kaum vertreten. Nachdem sich diese Strategie als wenig nachhaltig erwiesen hatte, entschloss sich die Stadt 2021, den sozialarbeiterischen Ansatz an der Immobilie entscheidend zu stärken und erwarb darin eine Wohneinheit. Damit sollten auch informelle Vermittlungsdienste weiter eingedämmt sowie das Vertrauen in offizielle Beratungsstrukturen gestärkt werden: „Wir können diese Situation in diesem Haus ja auch nicht ändern, wenn wir immer nur den Umliegenden Recht geben und immer nur draufhauen. Sondern wir müssen gucken, wo ist da das Problem“ (I3.78).

Ab September 2022 bieten alle relevanten Akteure aus Verwaltung und Trägern regelmäßig vor Ort verschiedenste Sozialberatungen an. Gleichzeitig erwarb sich die Stadt in den Eigentümerversammlungen ein Mitspracherecht in der Verwaltung des Hauses und zielte darauf ab, den Einfluss auf die Wohnungseigentümer zu erweitern. Die Immobilie wurde auch in der Stadtplanung als Thema platziert. Im „Maßnahmenmix“ bestand die Taktik wie auch bei anderen Kommunen darin, bei den Personen, die weder auf ordnungs- noch sozialarbeiterische Ansätze den Erwartungen entsprechend reagierten, „mit verstärkten Kontrollen vielleicht zu einer Verdrängung zu kommen“ (I3.79). Diese „Verdrängungstaktik“ wird zwar als „kurzfristiges Mittel“ bewertet, „nur, solange die Personen in den Objekten drin sind, können diese Objekte sich einfach nicht verändern. Und es wäre natürlich wünschenswert von unserer Seite aus, dass die Objekte irgendwann so ein bisschen sich insgesamt aufwerten“ (I3.80).

Abbildung 3.6: Akteurskonstellation und Austauschformate Gladbeck



Quelle: Stadt Gladbeck Verwaltungsgliederungs- und Dezernatsverteilungsplan¹³⁸, eigene Darstellung

Neben diesen Formaten des Austauschs mit spezifischem Bezug zur Migration aus Rumänien und Bulgarien gibt es eine Reihe von Arbeitskreisen zu migrationsbezogenen Themen insgesamt, die nicht zielgruppenspezifisch orientiert und in denen Verwaltung, Kirchliche Gemeinden und freie Träger vertreten sind. Interkommunaler Austausch hat überwiegend im Bereich der „Problemimmobilien-Verwaltung“ stattgefunden und im Rahmen der erwähnten Förderprogramme. International ausgerichtete Handlungsansätze gibt es keine. Erst 2022 kam es zu verwaltungsstrukturellen Veränderungen, in denen der Bereich Migration/Integration eine Aufwertung erfuhr. Aus dem *Amt für Integration und Sport* wurde der Bereich Sport ausgegliedert und das Amt umbenannt in *Amt für Migration (Ausländerbehörde) und Zusammenleben (Büro für interkulturelle Arbeit)* (vgl. Abbildung 3.6).

2014 lebten 251 bulgarische und 86 rumänische Staatsbürger in Gladbeck, insgesamt 3,75 Prozent der ausländischen Bevölkerung. 2016 hat sich ihr Anteil auf 6,4 Prozent erhöht. 2022 machen sie mit 1.350 Personen rund 9 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Gladbeck aus. Bulgarien ist hinter der Türkei und Syrien das dritthäufigste Herkunftsland. Die Migration aus den beiden südosteuropäischen Ländern fällt in den Bereichen Familie, Jugend und Schule als Wanderungsbewegung mit besonderem Bedarf auf, den etablierte Strukturen, in denen „Akteure sich gegenseitig sehr gut kennen“ (I3.81) zunächst auffinden und die dann durch die EHAP- und Landesfinanzierung SOE-MKJFGFI mit Unterstützung von Trägern muttersprachlich ausgebaut wurden. Bezüglich des *übergreifenden Wandlungsmusters* entstanden im Zeitraum 2016 bis 2024 durch diese beiden Finanzierungen fünf volle (Projekt-)Stellen, eine halbe Stelle konnte zwischen 2023 und 2024 aus Mangel an Fachkräften nicht besetzt werden. Zusätzlich engagierte sich das KI Recklinghausen mit Stellenanteilen und einer KIM-Stelle ab dem Jahr 2021. Im Bereich Arbeit und soziale Grundversicherung folgte auf eine Phase des Anstiegs der SGB II-Bedarfsgemeinschaften eine Stabilisierung, die bis heute anhält. Durch die erhöhte Zahl an Leistungsberechtigten und gestiegenem Vermittlungsbedarf hat sich der Personalschlüssel in Gladbeck im Laufe der Jahre um fünf Vollzeitstellen erhöht. Dabei beziehen sich zwei Stellen auf Leistungsvermittlung und drei Stellen auf den Bereich Markt und Integration. Es wurden zwar zielgruppenspezifische Angebote entwickelt, gesonderte Teams wurden jedoch

138 Vgl. <https://eservice2.gkd-re.de/bsointer140/DokumentServlet?dokumentenname=14014714.pdf>.

nicht eingerichtet. In der Ausländerbehörde gibt es keine Organisationseinheit, die sich gesondert mit der Freizügigkeitsprüfung befasst. Diese wird von sechs bis sieben Mitarbeitenden in Kombination mit anderen Aufgaben erledigt.

Seit 2019 verschob sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der Migration aus Rumänien und Bulgarien auf die Immobilie Steinstraße. Die Stadt reagierte mit einer Schwerpunktlegung ihrer ordnungsrechtlichen und später sozial-integrativen Maßnahmen auf diese Immobilie und das Wohnumfeld, in dem auch Bildungseinrichtungen liegen. Einerseits wurden die mit Migration verbundenen Herausforderungen in Gladbeck in der Fläche insgesamt als bewältigbar eingeschätzt. Andererseits schienen die Regelstrukturen wie Jugendamt, Schulen, Migrationsberatung oder Jugendmigrationsdienst den anhaltenden Herausforderungen im Umgang mit dieser Zielgruppe nur bedingt gerecht werden zu können. Oft konnten konkrete Problemlösungen angeboten werden, „die aber dann auch nicht nachhaltig waren“ (I3.82). Knappe Ressourcen müssen strategisch verteilt werden auf diejenigen, die über die Maßnahmen auch erreicht werden können. Für andere soll die „Verdrängungstaktik“ (I3.83) Wirkung entfalten. Tendenziell erweitert sich diese Perspektive auch auf Maßnahmen im Bereich Arbeit und Bildung und die Familienarbeit: „Auf die Eltern brauchen wir gar nicht mehr groß gucken, die ändern wir nicht mehr, die werden wir nie in gute Beschäftigungsverhältnisse bekommen. Wir müssen gucken, dass wir die Kinder in die Schulen kriegen. Das ist aber echt auch nicht so einfach“ (I3.84).

Niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse unter oft nicht regelkonformen Arbeitsbedingungen, soziale Abgrenzungsdynamiken und ein sich zunehmend schließender Wohnungsmarkt wurden als weitere problematische Entwicklungen benannt.¹³⁹ Langfristige stadtplanerische Maßnahmen, die auf die Aufwertung von Wohnraum abzielen, sind auch hier Teil des Lösungsansatzes. Ergänzend wird die Weiterentwicklung der Trägerlandschaft gesehen. Zum einen haben die Träger in Gladbeck ihre Fähigkeiten zur muttersprachlichen Beratungsarbeit ausgebaut und neue Trägerorganisationen sind entstanden. Zum anderen wurden die Kooperationen mit Trägern

139 Neben der wahrgenommenen Benachteiligung für Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt insgesamt hat die Stadt Gladbeck im Rahmen der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge ihren eigenen Bestand an Wohnungen verdoppelt. „Heißt wir haben das den Menschen, die in dieser Stadt leben, unter anderem aber auch dieser Gruppe, die Wohnungen weggenommen. Überwiegend auch bezahlbarer Wohnraum.“ (I3.85).

in Nachbarkommunen intensiviert. Ein weiterer Ansatz liegt in der Absicht, zukünftig Migrantenselbstorganisation auch in dieser Gruppe zu fördern. Gleichzeitig wird die zunehmende öffentliche Sichtbarkeit der Gruppe aber auch skeptisch betrachtet. Das folgende Zitat verdeutlicht den als ambivalent wahrgenommenen Entwicklungsprozess in einer kleineren Kommune, die Migrierende willkommen heißen möchte und sich selbst als durchaus gut auf Migration vorbereitet versteht, gleichwohl mit vielen Irritationen umzugehen hat:

„Und die Landstraße ist auch gewachsen mit der Zuwanderung aus Bulgarien, das heißt rechts und links (...) also diese ganzen Cafés, in die ich niemals reingehen würde. Männer standen vor allem dann immer draußen, rauchten, saßen da. Die dicken Autos mit bulgarischen Kennzeichen standen davor, parkten auch nicht so wie wir uns das gewünscht hätten (...). Und so spross dann ein Café nach dem anderen, aber ansonsten hatte ich als Bürgerin damit überhaupt mit der Personengruppe gar keinen Kontakt und alles nur Vorurteile (...). Und die Berichterstattung in der Zeitung war auch eine lange Zeit, da ging es auch um diese Cafés, da gibt es ja immer noch Razzien immer wieder, also das ist auch eine Berichterstattung, die kriegt man dann immer wieder mit. Das spiegelt ja auch so ein bisschen die Stimmung in der Stadt“ (I3.86).

4. Einordnung der Migrationsdynamiken und Integrationsstrukturen

Im Kapitel 2 wurde anhand der Migrationsverläufe und Lebenspläne von Interviewten aus Rumänien und Bulgarien gezeigt, dass es idealtypisch vier verschiedene Migrationsdynamiken und -strategien gibt. Nicht alle Migrierenden aus den EU2-Ländern wollen unbedingt nach Deutschland, hier in die untersuchten sechs Ruhrgebietsstädte, einwandern. Ein Teil der Befragten strebte an, nach einigen Jahren der Arbeit in Deutschland in das Heimatland zurückzukehren und dort mit dem Ersparten eine neue bzw. erweiterte Lebensperspektive zu verwirklichen. Für wiederum andere Interviewte war saisonale oder Pendelwanderung eine geeignete Strategie, um das Leben im Herkunftskontext in Rumänien oder Bulgarien zu stabilisieren. Schließlich gab es auch eine Gruppe von Menschen, die bereits über vielfältige (Arbeits-)Erfahrungen, Kontakte und oft auch familiäre Verbindungen in mehreren anderen EU-Mitgliedsstaaten verfügten und für die ein Aufenthalt in einer der Ruhrgebietsstädte nur eine Etappe in ihrem eher transnational ausgerichteten Leben darstellte.

Das Kapitel 3 zeigte dann am Beispiel der sechs ausgewählten Städte, wie extrem vielfältig die Migrationsdynamiken und auch die Integrationsstrukturen selbst in diesen nah beieinander liegenden Ruhrgebietskommunen im allgemeinen und hier besonders im Hinblick auf die EU2-Migration sind. Das gesamte Ruhrgebiet wurde durch eine über 150-jährige Geschichte der Einwanderung, aber auch der Aus- oder Weiterwanderung geprägt. Dadurch weisen seine Städte viele Ähnlichkeiten auf, jedoch zeigten sich auch vielfältige Unterschiede im Hinblick darauf, wann in welchem Umfang welche Typen von Migrierenden aus welchen hauptsächlichen Herkunftsländern ankamen – und blieben oder weiter migrierten. Auch die in den einzelnen Städten verfolgte Migrations- und Integrationspolitik erwies sich als durchaus unterschiedlich, etwa im Hinblick auf eher restriktiv-ordnungspolitische oder unterstützend-integrative Orientierungen. Dies spiegelt sich auch in den Aufgabenzuschnitten innerhalb der Kommunen und den Kooperationsformen mit Trägern der Freien Wohlfahrt oder mit Migrantenselbstorganisationen wider.

Im Folgenden werden nun zunächst einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede der sechs Städte Duisburg, Dortmund, Essen, Hagen, Gladbeck

und Oer-Erkenschwick bzw. (je nach zugänglichen Daten) der vier Städte Duisburg, Dortmund, Essen, Hagen und des Kreises Recklinghausen im Vergleich zur gesamten Migration aus EU-Mitgliedsstaaten und im Hinblick auf einige relevante Teilhabedimensionen wie Beschäftigung und Bezug sozialer Sicherungsressourcen (Abschnitt 4.1) betrachtet. Danach werden die zum Teil stark variierenden Wahrnehmungs- und Handlungsmuster zum Thema Migration und Integration dargestellt, die sich selbst bei Akteursgruppen mit ähnlichen Positionen im lokalen Integrationsmanagement und sogar innerhalb derselben Stadt finden lassen (Abschnitt 4.2). Abschnitt 4.3 beschreibt dann die Verortung von Migrantennetzwerken und -selbstorganisationen in kommunalen Strukturen und Strategien sowie die damit verbundenen Potentiale und Herausforderungen. Im letzten Abschnitt 4.4 wird die Wahrnehmung von Migration aus der Perspektive von Akteuren ausgewählter Herkunftskommunen erläutert.

4.1 EU2- und Gesamtmigration der sechs Städte im Vergleich

Vergleicht man die zeitliche Dynamik der Entwicklung von Integrationskonzepten in den sechs beschriebenen Städten, so zeigen sich teilweise erhebliche Unterschiede. Einige Städte wie Dortmund und Essen haben bereits vor der EU2-Migration explizite Konzepte und Strukturen der Integration ausgebaut. In anderen Städten erfolgt dies erst mit der vollen Freizügigkeit für rumänische und bulgarische Migrierende ab etwa 2014. Dabei haben die Städte jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt bei der Entwicklung spezifischer eigener Konzepte für bestimmte Orte (Straßen oder Wohnblocks oder Stadtviertel), für bestimmte Adressatengruppen (alle EU2-Migrierenden oder eine als Roma gelesene Gruppe) oder für bestimmte inhaltliche Herausforderungen (etwa Wohnen, Bildung, Arbeit). Der Schwerpunkt der Wahrnehmungen, Projekte und Kooperationen liegt dabei fast immer auf einigen ausgewählten Stadtteilen und konzentriert sich überwiegend auf gering Qualifizierte, prekäre Lebenslagen, Nachbarschaftskonflikte zu den Themen Müll und Lärmbelästigung etc. In den Konzepten werden Roma meist nur implizit benannt. Eine Ausnahme ist hier Hagen, wo recht frühzeitig „Hintergrundwissen zu Gegenwart und Geschichte der europäischen Roma“ (Stadt Hagen 2019: 4) erarbeitet und verbreitet wurde.

Auch wenn die als Roma wahrgenommene Gruppe nicht explizit als solche benannt wurde, zeigen die Ausrichtung der Projekte und die Interviews

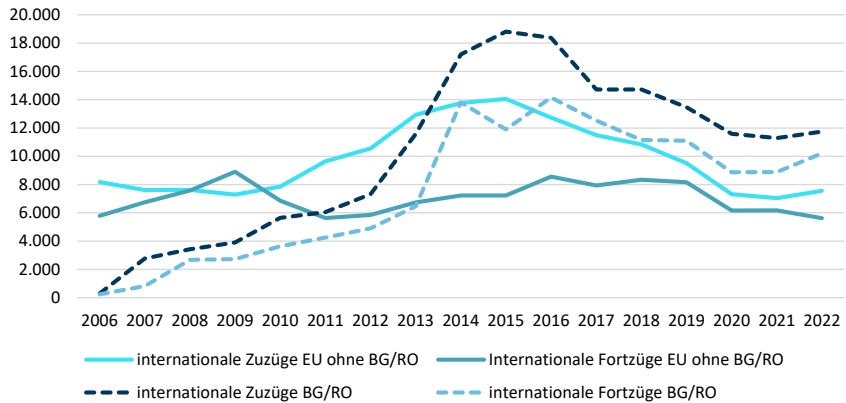
einen engen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung problembelasteter „Armutsmigration“ und den als Roma gelesenen Migrationsgruppen. Hinzu kommen die lokale Medienberichterstattung und politische Debatten und Kommentare, die diesen Zusammenhang immer wieder erneut herstellen. Einer solchen anfänglichen Defizitperspektive (eines wenig erfolgreich verlaufenden Einwanderungsprozesses mit erwartetem langfristig ausgerichteten Integrationsprozess) folgten zunehmend Bemühungen einer Positivbesetzung dieser Wanderungsprozesse. Allerdings zeigen unsere Befragungen und Auswertungen der vorhandenen Daten aus den Kommunen, dass die tatsächliche Differenzierung und die Vielfalt der EU2-Migration mehr als nur eine Relativierung der Wahrnehmungsfigur „Roma-Zuwanderung“ erfordert. Denn der Blick auf die Arbeitsmarkt- und Mobilitätsdaten in den jeweiligen Kommunen lässt einige Gemeinsamkeiten, aber auch – ähnlich wie schon bei den zuvor dargestellten historischen Entwicklungslinien – viele Unterschiede deutlich werden. Dies kann im Folgenden nur überblicksartig dargestellt werden.

Die Abbildung 4.1 verdeutlicht die Dynamik der Zu- und Abwanderungen für die vier untersuchten Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen und den Kreis Recklinghausen.¹⁴⁰ Dabei werden einerseits die Migrationsbewegungen aus bzw. nach Bulgarien und Rumänien und andererseits die Migrationsbewegungen aus bzw. nach EU-Mitgliedsstaaten ohne diese beiden Länder getrennt dargestellt. Zunächst ist interessant, dass allein für diese vier Städte und den Kreis Recklinghausen eine ausgeprägte Wanderdynamik zwischen 6.000 und 14.000 Menschen jährlich zu verzeichnen ist (durchgezogene Linien). Dabei zeigt sich ein beachtlicher Anstieg der Zuzüge seit 2010, der auf die mit in der Regel siebenjährigem Zeitverzug erfolgte volle Freizügigkeit im Rahmen der fünften EU-Erweiterung zum Jahr 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die Republik Zypern) zurückzuführen ist. Beachtlich ist auch, dass sich seit etwa 2019 die Zahlen der Zu- und Fortzüge wieder annähern. Auch für die hier betrachteten vier Städte und den

140 In verschiedenen zugänglichen Datenquellen konnten die einzelnen Mitgliedsstädte des Kreises Recklinghausen – wie die von uns speziell betrachteten Städte Oer-Erkenschwick und Gladbeck – nicht einzeln ausgewiesen werden. Deshalb wird im Folgenden teilweise auf diese beiden Städte oder auf den Kreis Recklinghausen Bezug genommen.

Kreis Recklinghausen gilt: Sie sind nicht einfach nur Einwanderungsstädte, sondern Migrationsstädte.

Abbildung 4.1: Zu- und Abwanderungsdynamik EU2 und Rest der EU
(4 Städte + Kreis RE, 2006-2022)



Quelle: IT.NRW 2023a (Wanderungsstatistik)

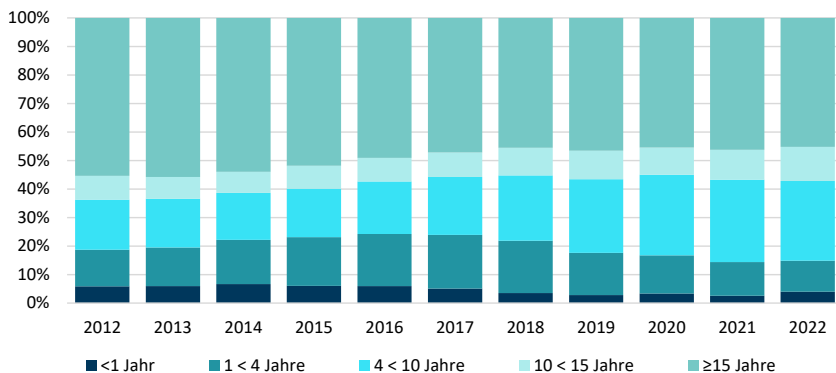
Für die betrachteten Städte und den Kreis beginnen größere Migrationsbewegungen aus und nach Rumänien und Bulgarien ab 2007, dem Jahr des Beitritts beider Länder zur EU. Auch zeigen sich die Auswirkungen der deutschen Außenpolitik, den maximal möglichen Zeitraum der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit von sieben Jahren voll auszuschöpfen: Das Volumen der Zuwanderungen erhöht sich stark in den Jahren 2013 und 2014. Interessant ist, dass auch die Zahl der internationalen Fortzüge aus den fünf Gebietseinheiten von rumänischen und bulgarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern von 2013 auf 2014 enorm ansteigt. Dieses Phänomen ist aus vielen internationalen Studien bekannt: Wenn die Möglichkeiten freier Ein- und Auswanderung bestehen, führt dies nicht unbedingt zu massiven und dauerhaften Zuwanderungen, sondern eher zu einer flexiblen Migrationsdynamik, die sich den Arbeitsmarktverhältnissen und den Wanderungsplänen der Menschen anpasst.¹⁴¹ Die Abbildung 4.1 veranschaulicht auch, wie sich die Migrationsdynamik zwischen EU2 und den betrachteten Ruhrgebietsstädten nach einigen Jahren intensiver Wanderungsbewegungen ab etwa 2019 auf einem niedrigeren – allerdings

141 Vgl. Pries 2024, Kapitel 3.

im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten beachtlich hohen – Niveau einpendelt (Covid-19-Effekte können hier nicht näher analysiert werden). Zwischen 10.000 und 12.000 Menschen werden alleine in den fünf Gebietseinheiten jährlich an- oder abgemeldet. Auch dies verweist auf die Notwendigkeit, neben dem Migrationstypus der Einwanderung weitere Typen wie die der Rückkehrwanderung, der saisonalen und der transnationalen Wanderung in den Blick zu nehmen.

Dass die Ein- und Auswanderungsdynamik für Rumänien und Bulgarien sehr stark ausgeprägt ist, es also in besonderem Maße nicht nur um Einwanderung geht, zeigt sich auch, wenn man die durchschnittlichen Aufenthaltsdauern von rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern in den vier Städten und dem Kreis Recklinghausen vergleicht mit denen der restlichen EU-Zugewanderten. Betrachtet man die gruppierten Aufenthaltsdauern für EU-Staatsangehörige ohne Menschen aus Bulgarien und Rumänien (Abbildung 4.2), so weist etwa die Hälfte eine Periode von 15 Jahren und mehr aus, allerdings verringerte sich dieser Anteil von 2012 bis 2022 um etwa zehn Prozent. Dagegen ist der Anteil derjenigen mit 10 bis unter 15 Jahren und vor allem der mit Aufenthaltsdauern von vier bis zehn Jahren stark angewachsen. Insgesamt spiegelt diese Abbildung eine etwa zur Hälfte langfristig stabile Einwanderung und etwa zur Hälfte befristete Zuwanderung wider.

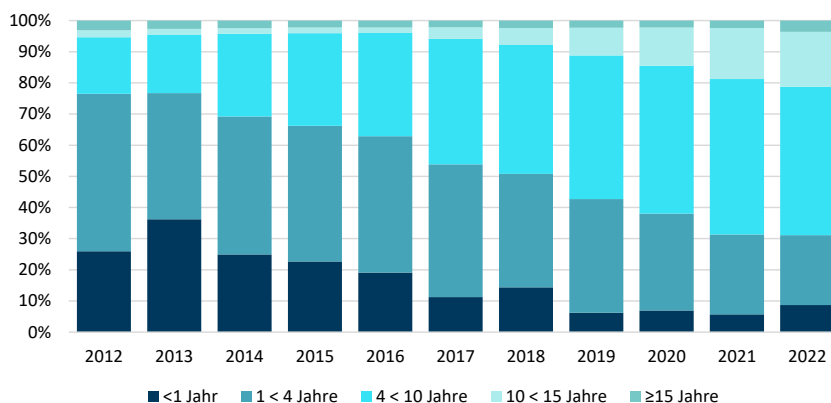
Abbildung 4.2: Aufenthaltsdauer von EU-Bürgern ohne EU2
(4 Städte + Kreis RE, 2012-2022)



Quelle: IT.NRW 2023b (AZR)

Die Wanderungsdynamik rumänischer und bulgarischer Staatsangehöriger in die vier Städte und den Kreis Recklinghausen zeigt im Vergleich ein wesentlich anderes Bild (Abbildung 4.3). Mit einem Anteil von etwa 70 Prozent überwiegen durchschnittliche Aufenthaltsdauern von ein bis unter vier und von vier bis unter zehn Jahren. Der Anteil noch kürzerer Aufenthaltsdauern ging während der betrachteten Zeitperiode zurück, während derjenige von Migrierten mit zehn oder mehr Jahren größer wurde. Natürlich muss berücksichtigt werden, dass Arbeitsmigration zwischen den betrachteten Ruhrgebietsstädten und den EU2-Ländern in größerem Umfang erst seit 2014 möglich wurde. Bis dahin konnten vor allem Menschen mit besonderen Erlaubnissen (Hochqualifizierte, Beschäftigte in Mangelberufen etc.) nach Deutschland einwandern. Bemerkenswert bleibt aber, dass auch acht Jahre nach Beginn der vollen Freizügigkeit mehr als 30 Prozent der Menschen aus Rumänien und Bulgarien den beiden Gruppen der bis unter vier Jahre in den besagten Städten gemeldeten Migrierenden angehört.

Abbildung 4.3: Aufenthaltsdauer von EU2-Bürgern (4 Städte + Kreis RE, 2012-2022)



Quelle: IT.NRW 2023b (AZR)

Auch wenn die EU2-Migration also insgesamt volatiler erscheint als diejenige mit allen EU-Mitgliedsländern, so zeigt sich doch, dass Zuwanderung generell in den betrachteten vier Städten und dem Kreis Recklinghausen für die Bevölkerungsentwicklung enorm wichtig waren. Die Abbildung 4.4 zeigt, dass in den hier zusammen betrachteten Gebietseinheiten bis in das

Jahr 2012 ein Rückgang der Wohnbevölkerung auf unter zwei Millionen zu verzeichnen war (linke Achse). Das liegt unter anderem an einem bis 2009 nur sehr gering positiv oder sogar negativ ausfallendem Wanderungssaldo, also der Differenz zwischen Ein- und Auswanderung (rechte Achse). Ab 2010 ziehen wieder mehr Menschen zu als fort (wobei zu berücksichtigen ist, dass hier alle Zu- und Fortzüge von Menschen mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit erfasst sind). Besonders hoch ist der Wanderungssaldo im Jahr 2015 und erneut in 2022, was auf die Flüchtlingszuwanderungen aus Syrien und der Ukraine zurückzuführen ist.

Im Hinblick auf die EU2-Migration können einige Daten zu Beschäftigung und Bezug sozialer Sicherungsleistungen auf die Komplexität der Situation verweisen.¹⁴² In den Städten Dortmund und Essen liegt Anfang der 2020er Jahre die Beschäftigungsquote beider Nationalitäten gemeinsam betrachtet unter der der deutschen Wohnbevölkerung, aber auf ähnlichem Niveau wie bei der restlichen ausländischen Bevölkerung. Im Kreis Recklinghausen liegt sie deutlich über der der restlichen ausländischen Bevölkerung. Für rumänische Migrierte zeigt sich dort sogar eine deutlich höhere Beschäftigungsquote als für Deutsche. In Duisburg und besonders in Hagen ist die Beschäftigungsquote für EU2 unter der der restlichen ausländischen Bevölkerung. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Vergleich der Arbeitslosenquoten von EU2-Angehörigen und allen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit: Entgegen der stereotypen Bilder der angeblichen „EU2-Armutszuwanderung“ oder einer vermeintlichen „Roma-Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ unterscheiden sich die Arbeitslosenquoten für EU2 in Essen und Dortmund nicht maßgeblich von denen aller Ausländer, im Kreis Recklinghausen liegen sie darunter. In Duisburg und Hagen zeigen sich höhere Werte. Die SGB II-Quote ist unter bulgarischen Haushalten durchgängig höher als im Durchschnitt der ausländischen Wohnbevölkerung in den sechs Städten. Allerdings ist sie unter rumänischen Haushalten mit Ausnahme Hagens durchgängig niedriger (besonders deutlich im Kreis Recklinghausen).

Die wichtigsten Berufssegmente für EU2-Angehörige in allen vier Städten und dem Kreis Recklinghausen sind Bau- und Ausbauberufe, Verkehrs-

142 Vgl. hierzu ausführlicher und nach rumänischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit unterschieden den statistischen Anhang, der unter https://portal.nomos.de/download/q978-3-7560-1586-3/978-3-7560-1586-3_Sekundaerdaten-Zusudo_final.xlsx abrufbar ist. Dabei wurden Daten einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit sowie Bevölkerungsdaten der deutschen und ausländischen Bevölkerung genutzt.

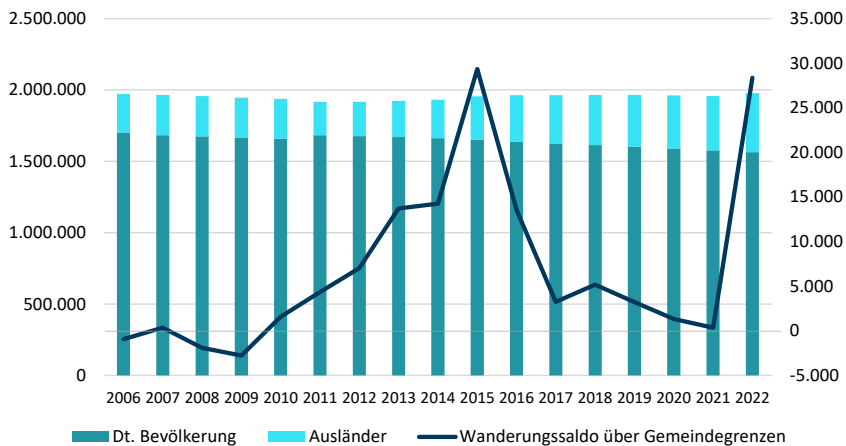
und Logistikberufe sowie Reinigungsberufe. Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe sind ebenfalls sehr häufig, nur in Hagen etwas weniger relevant. Dafür üben in Hagen EU2-Migrierte öfter Fertigungsberufe aus. Medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe sind eher relevant in Essen und Dortmund. Im Hinblick auf den Anteil an rumänischen und bulgarischen Ärzten unter allen ausländischen Ärzten weisen die Regionen Westfalen-Lippe und Nordrhein den gleichen Anteil auf wie er auch bundesweit zu finden ist, nämlich 10,4 Prozent im Jahr 2021. Die Verteilung der Anforderungsniveaus der ausgeübten Beschäftigungen tendiert für das Jahr 2022 in den betrachteten Kommunen etwas stärker in Richtung der geringeren Anforderungsniveaus als dies auf den Ebenen des Landes NRW und für ganz Deutschland der Fall ist. Insgesamt sind die Unterschiede aber eher gering. Rund 60 Prozent üben Hilfstätigkeiten aus (Bund: 55 Prozent), 35 Prozent sind als Fachkräfte beschäftigt (Bund: 39 Prozent), etwas weniger als zwei Prozent (Bund: 2,8 Prozent) wurden als Spezialisten ausgewiesen, und der Anteil der Expertinnen beträgt rund drei Prozent (Bund: 3,5 Prozent).

Generell zeigen die Daten zu Beschäftigung und sozialer Sicherung der EU2-Angehörigen ein wesentlich differenzierteres Bild als häufig in der allgemeinen Wahrnehmung und in öffentlichen Diskursen transportiert wird. Die betrachteten Ruhrgebietsstädte unterscheiden sich in vielen Aspekten kaum von anderen Regionen des Landes. Etikettierungen wie „die Bulgaren“ oder „die Rumäninnen“ sind nicht hilfreich, um die tatsächliche Lage in den Städten zu charakterisieren. Einzelne Städte, wie hier z. B. angedeutet Hagen, können für bestimmte Zeiträume vor spezifischen Herausforderungen im Hinblick auf die Teilhabe eingewanderter EU2-Gruppen an Beschäftigung oder Wohnen stehen. Pauschalisierende Bezeichnungen wie „die Roma-Gruppe“ oder „das Problemviertel“ sind aber wenig hilfreich, um solche besonderen Problemlagen zu verstehen und zu erklären. Ganz wesentlich erscheint auch, die Migrationsdynamik über einen längeren Zeitraum zu betrachten. Aus den sechs untersuchten Städten lässt sich lernen, dass sich nach bestimmten Perioden mit spezifischen Konfliktbereichen eine Normalisierung ergab. Generell ist das Faktum der Migrationsgesellschaft und komplexer Wanderungsbewegungen in der Alltagswirklichkeit der betrachteten Ruhrgebietsstädte tief verankert.

Dies zeigt sich auch, wenn man für diese Städte die Entwicklung des Anteils von Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an der gesamten Wohnbevölkerung insgesamt betrachtet. Abbildung 4.4 lässt erkennen, dass nach einem Tiefstand von 14 Prozent ausländischer Wohnbevölkerung

im Jahr 2011 ab 2012 der Anteil ausländischer Staatsangehöriger kontinuierlich anwächst bis auf 26,5 Prozent in 2022. Die leicht positive Entwicklung der Gesamtbevölkerung der sechs Städte – von 1,917 Millionen in 2012 auf 1,978 in 2022 – ist also ausschließlich auf den Zuzug ausländischer Staatsangehöriger zurückzuführen. Rechnet man die (in Abbildung 4.1 aufgeführten) Zu- und Fortzüge der vier Städte und des Kreises Recklinghausen für das Jahr 2022 und für alle ausländischen Staatsangehörigen zusammen, so ergibt sich eine Summe von etwa 36.000 EU-Ausländern, die in diesem Jahr entweder ein- oder ausgewandert sind.

Abbildung 4.4: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo (6 Städte, 2012-2022) ¹⁴³



Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen

Berücksichtigt man zusätzlich den in Abbildung 4.4 ausgewiesenen Wanderungssaldo mit seinen enormen Schwankungen von 3.000 bis 5.000 in den Jahren 2017 und 2018 sowie den Höhepunkten der Flüchtlingszuwanderung von mehr als 29.000 bzw. 28.000 in 2015 bzw. 2022, so lässt sich das Ausmaß der Herausforderungen erahnen, mit den sich die Kommunen konfrontiert sehen. In den vorhergehenden Abschnitten zur Struktur und Entwicklung der städtischen Integrationskonzepte wurde deutlich, dass die einzelnen

¹⁴³ Hier sind die Städte Duisburg, Dortmund, Essen, Hagen, Gladbeck und Oer-Erkenschwick (also nicht der Kreis Recklinghausen) erfasst. Für das Jahr 2018 und 2022 lagen für Gladbeck und Oer-Erkenschwick keine Daten vor.

Städte in sehr unterschiedlichen Rhythmen größere Wanderungsbewegungen zu bewältigen hatten, dass sie dabei durchaus verschiedene Strategien verfolgten und wie sich dies in variierenden Strukturen des lokalen Integrationsmanagements niedergeschlagen hat. Gemeinsam ist aber allen sechs betrachteten Städten ein tendenziell doch beachtlicher „Aufbau“ an Personal und Kompetenzen im Bereich Migration und Integration.

Dies mag auf den ersten Blick als umfangreich oder gar überbordend viel Verwaltungswachstum erscheinen. Angesichts der geschilderten Dynamik und Größenordnung der Migrationsbewegungen und im Urteil der interviewten Betroffenen und Aktiven erscheint die bisherige Entwicklung aber eher als kurzfristiges Antworten und „Durchwurschteln“. Denn ein großer Teil der auf kommunaler Ebene verausgabten Personal- und Sachmittel ist nur projektgebunden finanziert. Die Kommunen müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen, oft mehrere Personalstellen einrichten, nur um im beständigen Wettbewerb um EU-, Bundes- und Landesmittel mithalten zu können. Gut qualifiziertes und hochmotiviertes Personal kann oft nur projektförmig angestellt werden. Einige Kommunen geben jährlich über die Erfüllung der zugewiesenen Pflichtaufgaben hinaus Millionen Euro für verschiedene Integrationsmaßnahmen aus. Sie werben auch große Förderungssummen ein, um dauerhaftere integrierte Ankommens-, Integrations- und auch Kontrollstrukturen aufzubauen.

4.2 Wahrnehmungsmuster Migration und Integration in den Städten

Auch für unsere Analyse und den Vergleich der fünf Ruhrgebietsstädte Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen, Oer-Erkenschwick und Gladbeck gilt, was die im Kapitel 1 dargestellten Bundesländer vergleichenden Studien betonen. Es reicht nicht aus, die formalrechtlichen Regelungen (z. B. eigene Integrationsgesetze oder andere Bestimmungsformen) und verwaltungstechnischen Strukturen (z. B. eigene Integrationsministerien oder Verknüpfung des Integrationsthemas mit anderen Bereichen oder Querschnittsorganisation auf Stabsebene) in den Blick zu nehmen. Wichtig sind die sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene manifestierenden *Integrationskonzepte* und die tatsächliche *Praxis der Kooperation* zwischen staatlichen Verwaltungseinrichtungen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, Migrantenorganisationen und der Zivilgesellschaft insgesamt.

Mit Bogumil et al (2023: 44) bezeichnen wir als *Lokales Integrationsmanagement (LIM)* „die zielgerichtete Kooperation der in einer Kommu-

ne verorteten öffentlichen, privaten und wohlfahrtsstaatlichen Akteure, die Dienstleistungen zur Integration von Zugewanderten erbringen“. Bei einer Feinanalyse des kommunalen Integrationsmanagements zeigen sich dann erhebliche Unterschiede sogar zwischen Kommunen in gleichen oder einem ähnlichen gesellschaftlichen Umfeld (ebd.: 35ff.). Zwar wirken die allgemeinen Rahmenrichtlinien von Bundes-, Landes- oder gar europäischen Förderprogrammen tendenziell homogenisierend, aber die „persönliche Definition von lokalem Integrationsmanagement und die beschriebenen Bestandteile sind zudem wesentlich vom Aufgabengebiet (z. B. konzeptionell oder operativ) und der Position der befragten Person (z. B. Koordinator:in oder Integrationsbeauftragte) gefärbt.“ (ebd.: 59).

Hier schlagen wir – nicht zuletzt aufgrund unserer empirischen Befunde – eine wesentliche Erweiterung vor: Die persönlichen Wahrnehmungen, Definitionen und Vorstellungen von Migrations- und Integrationsarbeit sind nicht nur von den regulativen Rahmenrichtlinien und den (objektiv messbaren) Aufgabengebieten und Hierarchiepositionen der kommunalen Akteursgruppen geprägt. Vielmehr gibt es selbst bei Akteursgruppen mit ähnlichen Positionen und sogar innerhalb derselben Stadt zum Teil stark variierende Wahrnehmungs- und Handlungsmuster zum Thema Migration und Integration. Auf Grundlage der Auswertung von über 60 Interviews mit kommunalen Beauftragten für Migration und Integration aus Stadtverwaltungen, der Freien Wohlfahrtspflege sowie von Migrantenselbstorganisationen können wir die jeweils aufscheinende „persönliche Definition von lokalem Integrationsmanagement“ (Bogumil et al 2023: 59) auf der Ebene der Kommunen idealtypischen Mustern der Wahrnehmung von Integration zuordnen. Wir verstehen dabei unter *Wahrnehmungs-Muster Migration-Integration (WAMMI)* (ideal-)typische Kombinationen aus (1) den Deutungsmustern von Migration und Integration, (2) den Selbstbildern der jeweiligen Akteure und (3) ihren dominanten Handlungskonzepten.

Unsere akteurszentrierte und konstruktivistische Perspektive geht davon aus, dass die auf der kommunalen Ebene Handelnden nicht einfach passiv Regeln ausführen, sondern in das integrationsbezogene Handeln und die von ihnen verfolgten entsprechenden *Handlungskonzepte* ihre aufgeschichteten Erfahrungen (was haben sie vorher gemacht, welchen Einfluss haben frühere migrations- und integrationsbezogene Erfahrungen in der Arbeit und im Privaten etc.), ihre *Situationsdeutungen* bzw. *Deutungsmuster* und ihr konzeptionelles Verständnis von Migration und Integration (wird Migration eher als Problem oder eher als Lösung, wird Integration als Assimilation oder gleichberechtigte Teilhabe gesehen) und auch ihr *Selbstbild* (was

sind meine migrations- und integrationsbezogenen Aufgaben und Möglichkeiten) einbringen.

Dabei gehen wir von einer wechselseitigen Beeinflussung von Handlungsbedingungen und Handlungsorientierungen aus, was mit dem Begriff der Wahrnehmung bzw. Wahrnehmung charakterisiert werden kann. Denn der Wahrnehmungs-Begriff beinhaltet die zwei Perspektiven von (1) wahrnehmen im Sinne von aufnehmen/erkennen/interpretieren/deuten/registrieren/interpretieren und von (2) aktiv wahrnehmen im Sinne von Gelegenheiten ausnutzen/Rollen ausführen/Chancen erkennen und ausnutzen. Der Wahrnehmungsbegriff integriert passiv-kontemplative und aktiv-strategische Aspekte des Handelns. In mehrfachen induktiv-deduktiven Interpretationsschleifen haben wir auf der Basis der Analyse der durchgeführten Interviews von kommunalen Experten und Expertinnen sowie vielfältigster Gespräche mit betroffenen Migrierenden aus Bulgarien und Rumänien die folgenden idealtypischen *Wahrnehmungs-Muster Migration-Integration* (WAMMI) konstruiert. Deduktiv war dabei vor allem die analytische Unterscheidung von auf Migration und Integration bezogenen Deutungsmustern, dem jeweiligen Selbstbild und dem auf Migration und Integration gerichteten Handlungskonzept von Bedeutung.

Wir gehen davon aus, dass solche idealtypischen WAMMIs auf der individuellen Akteurebene und auch auf der kommunalen Ebene konstruiert werden können. Wir können zudem davon ausgehen, dass es in jeder Kommune je nach Funktionsbereichen (Ausländeramt, Jugendamt, Kindergeldkasse, Gesundheitsbereich, Agentur für Arbeit etc.), Hierarchie- und Verantwortungsstufen sowie dem Charakter der jeweiligen Organisation (öffentliche Verwaltung, freie Träger, Migrantenorganisationen) stark variierende WAMMIs gibt. Gleichwohl lassen sich aufgrund unserer empirischen Arbeit einige dominante idealtypische WAMMIs identifizieren. Solche WAMMIs differenzierter zu verstehen und zu erklären ist wichtig, weil sie das Handeln einzelner Akteure und von Akteursgruppen wesentlich mitbestimmen. Denn es geht dabei ja um die grundlegende Orientierung der Menschen in ihrer Arbeit in der Kommunalverwaltung oder in anderen Organisationen.

Denn Aufgaben, Funktionen und Positionen können ja nur dann von den sie Ausführenden mit Leben gefüllt werden, wenn diese als Akteure für sich die Fragen beantworten „Wie ist die konkrete Situation, in der ich handeln kann und muss?“ (Situationsdeutung/Deutungsmuster), „Wie sehe ich mich selbst vor dem Hintergrund meiner eigenen Erfahrungen?“ (Selbstkonzept) und „Was sind meine Leitprinzipien und Grundsätze in

meinem Arbeitshandeln?“ (Handlungskonzept). Diese Analyseebene ist sowohl aufgrund des Standes der sozialwissenschaftlichen Forschung als auch auf Basis unserer empirischen Befunde zentral. Denn wir haben selbst innerhalb einer Kommune und in ein und derselben organisationalen Einrichtung durchaus unterschiedliche und teilweise auch widerstreitende *WAMMIs* identifizieren können.

Wir verstehen dabei *WAMMIs* zunächst als Kombinationen aus Selbstkonzept, Situationsdeutung und Handlungskonzept auf der personalen Ebene einzelner Akteure. Gleichwohl werden diese *WAMMIs* in Gesprächen und durch Interaktionen mit anderen beteiligten Akteuren abgeglichen und geschärft. Dabei können personale *WAMMIs* entweder an die *WAMMIs* anderer Beteiligter angeglichen und angepasst oder aber auch von solchen abgesetzt und in Widerspruch gebracht werden. In aller Regel entstehen informelle Gruppenbeziehungen auf der Grundlage ähnlicher *WAMMIs* und in Abgrenzung zu Einzelnen oder Gruppen mit anderen *WAMMIs*.

Die Situationsdeutungen, Selbstkonzepte und Handlungskonzepte als Grundpfeiler von *WAMMIs* stehen dabei nicht in einem Verhältnis direkter Abhängigkeit und Passung zueinander, sondern sind eher lose als wahlverwandtschaftliche Wechselbeziehungen zu denken. Lokale Arbeit und Beschäftigung im Themenfeld Migration und Integration – sei es auf der Ebene staatlicher Verwaltungseinrichtungen, der Träger der Freien Wohlfahrtspflege, von Migrantenorganisationen und der Zivilgesellschaft vor Ort – umfasst dabei immer die bereits in Kapitel 1 behandelten vier Dimensionen des Wanderungsgeschehens selbst, des Ankommens, der Teilhabe und der Integration. Die erste Dimension der *Migration* betrifft Fragen wie „Woher kommen die Menschen eigentlich, mit denen ich in meiner Arbeit zu tun habe?“, „Unter welchen Umständen und aus welchen Gründen sind sie gerade hier gelandet?“, „Unter welchen spezifischen Bedingungen haben sie vorher gelebt?“ und „Welche vielleicht einschneidenden Erfahrungen haben sie während ihrer Wanderung (durch)gemacht?“ Um mit diesen Fragen umgehen zu können, benötigen die in lokaler Integrationsarbeit Aktiven entsprechende Daten und Wissen, vor allem Kenntnisse über Herkunftsländer, sie sollten globale und europäische Trends kennen und auf potenzielle neue Migrierendengruppen vorbereitet sein.

Die zweite Dimension des *Ankommens* betrifft dann Fragen wie „Was sind die primären Schritte, damit sich Migrierende an einem sicheren Ort angekommen und wertgeschätzt fühlen können?“ und „Was sind eigentlich die Vorstellungen und Pläne der Migrierten selbst und was ist notwendig,

damit sie sich selbst als angekommen erleben können?“ Dieser Prozess des Ankommens beinhaltet, sich zu informieren und zu orientieren, Kontakte zu knüpfen und sich zu vernetzen, Sprachfähigkeiten und andere Fähigkeiten für das Alltagsleben zu entwickeln. Hierzu gehören Unterstützungsangebote für Kommunikationsfähigkeiten (etwa Lesen, Schreiben, Sprechen, Mediennutzung), Clearingstellen für die Krankenversicherung und Basisinformationen für Anmeldung, Arbeitssuche, Anerkennung von Qualifikationen, Wohnen, Schule, Sport und Kultur. Ankommen gestaltet sich für die vier identifizierten Migrationstypen sehr unterschiedlich, für Einwanderer anders und umfangreicher als für Pendelmigrierende oder transnationale Migrantinnen.

Die dritte Dimension der *Teilhabe* betrifft dann weitergehend nicht nur die erste Orientierung über, sondern die tatsächliche Eröffnung von Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben. Dabei ist wesentlich, dass hier alle Lebensbereiche der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Teilhabe gemeint sind (Wohnen, Beschäftigung, Bildung/Qualifizierung, Freizeit/Sport, soziale Kontakte, Religionsausübung, kulturelle Aktivitäten, zivilgesellschaftliches Engagement und Interessenvertretung etc.). In welchen Bereichen die Schwerpunkte von Teilhabe liegen, hängt ebenfalls direkt mit dem jeweiligen Migrationstyp zusammen. Einwandernde haben diesbezüglich andere Prioritäten und setzen andere Schwerpunkte als saisonale oder Pendelmigrierende. Dabei geht es grundsätzlich immer darum, den Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben mit grundlegenden Rechten, aber auch Pflichten zu ermöglichen.

Schließlich bezieht sich *Integration* in diesem Zusammenhang auf mehr als nur die Migration, das Ankommen oder die Eröffnung von Teilhabechancen. Integration im umfassenderen Sinne ist die tatsächliche chancengleiche und aktive Beteiligung in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Damit ist nicht gemeint, dass Integration nur dann erfolgreich gelingt, wenn sich Migrierte auch in einem Sportverein, in einer politischen Partei oder einer Bürgerinitiative engagieren. Es wird auch keine einseitige Anpassung im Sinne der Assimilation an die Kultur und Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft erwartet. Es geht darum, dass alle Menschen die gegebene grundgesetzlich definierte Ordnung (von Achtung der Menschenwürde und rechtlichen Gleichheit aller, Demokratie, Gewaltenteilung und staatlichem Gewaltmonopol, Rechtsstaat etc.) achten und innerhalb dieser ihr eigenes Leben und ihre individuellen Zugehörigkeiten gestalten können. In diesem Sinne ist ein modernes Integrationsverständnis weder monistisch

noch pluralistisch, sondern interaktionistisch ausgerichtet, das heißt, die konkreten Formen des Zusammenlebens müssen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen ausgehandelt werden.

Diese Erläuterungen sind wichtig, weil sich in den WAMMIs jeweils Vorstellungen zu allen vier Dimensionen – der Migration, dem Ankommen, der Teilhabe und der Integration – zusammenfügen. Diese vier Dimensionen von Migration und Integration sind in gewisser Weise die Brillen, durch die die Situationsdefinitionen, die Selbstkonzepte und die Handlungskonzepte der WAMMIs wahr-genommen und aktiviert werden. Beachtet man tatsächlich alle vier Dimensionen als wichtig für lokale "Integrationsarbeit", so ist diese immer nur im Zusammenhang von grenzüberschreitenden und andauernden Migrationsprozessen und der sich in den vier Migrationstypen widerspiegelnden komplexen Migrationsdynamik zu denken. Im Folgenden stellen wir sechs Idealtypen von WAMMIs vor, die wir durch eine Analyse der durchgeführten über 60 qualitativen Interviews identifiziert haben. Nach einer gründlichen Kodierung der transkribierten Interviews mithilfe der Software MAXQDA wurden dafür einschlägige Textstellen verglichen und zusammengefügt, die jeweils in sich mehr oder weniger stimmige, geschlossene Konfigurationen von *Situationsdeutungen/Deutungsmustern* in Bezug auf Migration und Integration, *Selbstbildern* der Interviewten und ihren dargelegten *Handlungsmustern* bildeten. Die *Deutungsmuster* Migration/Integration beziehen sich dabei darauf, wie die Kontexte, Gründe und Absichten der Migrierenden, deren soziale Beziehungen, Zukunftsorientierungen, sozialkulturelle Zuschreibungen, Ressourcen und Fähigkeiten in den Interviews dargestellt und konstruiert werden (z. B. Defizit- oder Potentialperspektive). Die *Selbstbilder* ergeben sich vor allem daraus, wie die eigene Rolle und die typischen Organisationszusammenhänge geschildert werden (z. B. zuständig sein für Recht und Ordnung oder für Unterstützung und Förderung). Die *Handlungsmuster* schließlich fassen typische in den Interviews aufscheinende Orientierungen im Hinblick auf das eigene Tun und das zu Tuende zusammen (z. B. eher kontroll- oder fördernd orientiert; durch die Position zugeschriebene Aufgaben erledigen oder wahrgenommene Probleme meistern).

1. Kontroll-Bürokrat: Unangemessene bzw. unrechtmäßige Mobilität sanktionieren

Das Deutungsmuster wird bei diesem WAMMI-Typ von einem eher reduzierten und substanziellen Kulturverständnis bestimmt. Es wird eine vereinfachte Differenzierung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen vorgenommen, wobei schematisch von festen kulturellen Unterschieden ausgegangen wird. Die Migration aus Rumänien und Bulgarien wird stark als Migration „der Roma“ wahrgenommen, wobei diese Gruppe als mehrheitlich gering gebildet eingeschätzt wird. Es wird angenommen, dass „die Roma“ umfassende Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen in ihren Herkunftsländern erfahren haben und dass es sich um „Roma-Armutsmigration“ handelt. Diese Gruppe wird durch hohe Mobilität und fehlenden Anpassungswillen charakterisiert, weil dies durch die sozialkulturellen Positionen und Erfahrungen „der Roma“ vorbestimmt sei. Die traditionelle familiäre Rollenteilung nach Alter und Geschlecht wird als sehr stabil angesehen, und die Zukunftsorientierung der Betroffenen wird als eher kurzfristig auf die Befriedigung (geringer) materieller Bedürfnisse ausgerichtet wahrgenommen. Das vereinfachende und substantielle Kulturverständnis, wonach „Kultur“ etwas Feststehendes und einer sozialen Gruppe von außen eindeutig Zuzuschreibendes ist, zeigt sich etwa in den folgenden Zitaten, in dem von einem unterstellt europaweiten tätigen „Roma-Volk“ gesprochen wird:

„das haben wir ja nicht erhoben, aber man merkt das ja in der Praxis, so, ohne jetzt irgendwelche Fakten dazu zu haben, dass halt diese Personen so halt schon einen erheblichen Anteil davon ausmachen. Aber es sind auch viele Roma-Volkszugehörige aus anderen Osteuropäischen Staaten, auch aus Polen. Natürlich nicht nur Roma-Volkszugehörige, aber es ist schon natürlich auffallend, so in der täglichen Arbeit“ (I4.1).

„So und die Roma haben darüber hinaus als Ethnie, als Volksgruppe, natürlich auch einen unglaublich schlechten Leumund. Und wenn wir, wenn wir die betrachten, stehen viele Sachen. Die wollen nicht arbeiten gehen, zur Schule gehen mit ihren Kindern, die kümmern sich nicht um die Gesundheit, die interessiert das nicht, ob die krankenversichert sind oder nicht. Gibt ziemlich viel Beschaffungskriminalität. Da steht der ganze Dreck, den sie nachts irgendwie eingefahren haben morgens dann vor der Tür, weil sie den dann doch nicht brauchen können. Ja ist doch wahr. So passiert es tatsächlich. Also, ist halt auch so“ (I4.2).

Es handelt sich insgesamt um eine klare Defizitperspektive auf die Gruppe der Migrierenden. Da diesen auch generationenübergreifend wenig Interesse an langfristigen Teilhabe- und Integrationsmaßnahmen (wie etwa erfolgreichen Bildungsverläufen für die Kinder, langfristigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen) unterstellt wird, werden auch entsprechende lokale Angebote oder Maßnahmen als wenig erfolgversprechend angesehen. Die einseitige Ausrichtung der lokalen Integrationsarbeit auf dauerhafte Einwanderung drückt sich dann auch darin aus, dass davon abweichende (z. B. zirkuläre) Migrationsmuster grundsätzlich negativ und mit dem Verdacht auf Sozialhilfebetrug konnotiert werden:

„Also eine klassische zirkuläre Migration in der Gruppe, also da gibt es die wenigsten, die dauerhaft jetzt in Dortmund sind, wo man davon ausgehen kann, die wollen sich jetzt hier wirklich was aufbauen, kontinuierlich oder rechtmäßig. Vielleicht in einer Absichtserklärung oder in einer Rundvorstellung, aber die Aufenthaltszeiten spiegeln das so nicht wider“ (I4.3).

Da in dieser Gruppe eher eine Strategie des Ausnutzens des Sozialstaats ausgemacht wird, ist eine zentrale Verwaltungsaufgabe die Kontrolle von Missbrauch. Diese Gruppe von „den Roma“ halte sich an bestimmten Orten so lange auf, wie dies vorteilhaft sei. Mobilität erfolgt dann, wenn kein Nutzen mehr gezogen werden kann und der Anpassungsdruck zu hoch ist. Selbst wenn der Aufenthalt dieser Gruppe legal ist, wird die Legitimität der Migration nach Deutschland angezweifelt, weil damit keine längerfristigen Bleibeperspektiven verbunden werden. Der Lebensmittelpunkt bleibe eher in den Herkunftsorten, wo auch – unter anderem aus den in Deutschland bezogenen Sozialleistungen – Investitionen etwa in Hausbauten getätigt würden. Die Realität transnationaler Lebensbezüge wird als eher zweifelhaft, hintertrieben oder bedrohlich gesehen. Das folgende Zitat kann diese Sichtweise verdeutlichen:

„meistens sind sie ja irgendwelche aus dem Volkstamm Roma, die hier sind, das ist ja das Problem halt eben. Andersherum nochmal in München das waren die Rumänen, die gut ausgebildeten, die sind dahin gegangen halt eben und die, auch das unterdrückte oder schlechter behandelte Roma Volk aus Rumänien, die sind jetzt hier halt eben. Und man hat ja so ein bisschen den Eindruck, die halten sich nicht an die Regeln, weil denen klar ist, die sind nicht gewünscht und die wollen bleiben so lange in Anführungszeichen, bis sie vertrieben werden. Das ist so ein bisschen, ob das jetzt wirklich so der Dings ist, ist ja ein bisschen schwierig, man das

ist ja jetzt auch, man macht ja pauschale Urteile über einzelne Personen, sag ich jetzt mal. Aber so habe ich den Eindruck gehabt, das im Prinzip die, ähm gerade die Volksgruppe der Roma im Prinzip sich an nichts gehalten hat, weil sie genau wissen, in einem Jahr gehe ich nach Bremen als Beispiel oder sowas. Ich / so eine Art Heuschreckenprinzip. Ich nehme mit was ich kriegen kann, bis ich halt eben vertrieben werde und dann mache ich das gleiche nochmal woanders halt eben. Und das ist natürlich eine Sache wo ich sage, ja das mag jetzt aufgrund der Jahrhunderte ähm Diskriminierung möglicherweise so sein, aber das ist ja jetzt anders“ (I4.4).

Angesichts solcher Situationsdeutungen ist das Selbst- und Handlungskonzept bei diesem WAMMI-Typ vor allem auf bürokratische Kontrolle ausgerichtet. Die Gruppe „der Roma“ lässt sich aufgrund ihrer Mobilität nur schwer erreichen und in einer statischen Sicht auf feste und sich kaum verändernde Kultur auch kaum beeinflussen. Deshalb müsse der Kontrolldruck zur Einhaltung der Regeln so hoch wie möglich sein. Dies schließt durchaus ein, dass Einzelne, die etwa langfristig bleiben wollen, Integrationsmaßnahmen annehmen und „sich an die Regeln halten“, selektiv nicht nach einem Kontroll- sondern eher nach einem Förderparadigma behandelt werden. Allerdings überwiegt die Missbrauchs- und Kontrollsicht, weil den in Frage stehenden EU2-Migrierendengruppen unterstellt wird, nicht zur Arbeit, sondern zum Sozialhilfebezug gekommen zu sein:

„Und grundsätzlich kommt das ein Stückweit auch hier so an, (...) dass es keine Arbeitssuche im Interesse des Freizügigkeitsgesetzes ist, sondern eine Zuwanderung ins Sozialsystem. Und alle diese Maßnahmen, diese Prüfungen und die Zusammenfassung des Teams hier, hat eigentlich den Grund, da auch ein Stückweit mal hinterherzugucken. Was passiert da wirklich. (...) Wir haben in dem Bereich (...) leider das Problem, dass hier das SGB gezogen wird, halt einfach die Sozialleistungen zu bekommen ohne diese dauerhafte Integration. Wir sehen eigentlich eher so die Chance, gar nicht gerade die Eltern jetzt dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die mögen das eh nicht“ (I4.5).

Generell aber bleibt die Handlungsausrichtung auf die Gruppe, mit der man sich als Problemgruppe von Amts wegen zu befassen hat, auf Kontrolle und Verdrängung der Mehrheit und der Assimilation Einzelner fokussiert. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass in der bisherigen Tätigkeit kaum Integrationserfolge wahrgenommen wurden. Im Zweifelsfall sollte deshalb die Lösung tendenziell die Verschärfung von Regeln und

Kontrollen sein. Antiziganistische Stereotype verfestigen sich so in der täglichen Arbeit:

„Was, was die Roma anbelangt, weiß ich noch keine Integrationsverläufe, die richtig gut gelaufen sind. Die Roma nicht (...) Das ist alles, liegt alles brach. Da will auch keiner arbeiten. Im Zweifelsfalle werden Arbeitgebende, im Zweifelsfall werden die saisonal in der Landwirtschaft angestellt oder so, Schrott sammeln wie gesagt, das tun sie alle. Aber das sind sie wahrscheinlich gewohnt von zuhause, haben die wahrscheinlich da auch gemacht ohne Ende. Nur noch mit schlechterem Ergebnis als hier. (...) Ich meine, man muss ja auch bedenken, es ist eine Volksgruppe, die sich im Grunde zusammenschweißt über Jahrhunderte und auch ihre intern, äh ihre, ihre Identität als Gruppe behalten will. Im Zweifelsfalle, da guck ich ja, so kann unsereins ja, also ich zumindest nicht, reingucken“ (I4.6).

Der Kontroll-Bürokrat sorgt also bezogen auf eine als homogen konstruierte „Roma“-Gruppe für die Einhaltung von Regeln und kontrolliert den Zugang zu knappen Ressourcen. Dieser WAMMI-Typus findet sich tendenziell eher in den Ordnungsbehörden, aber auch in der Sozialarbeit und sogar bei in der Integrationsarbeit Aktiven, die selbst eine Migrationsgeschichte haben.

2. Engagierter Bürokrat: Integration ermöglichen durch Kooperation und Sanktionen

Ein zweiter WAMMI-Typ basiert auf einer differenzierteren Situationsdeutung und ist weniger auf Kontrolle und Abschreckung ausgerichtet, sondern will eher Einwanderung und Integration ermöglichen durch eine Mischung aus Kooperation und Sanktionen. Dabei unterscheidet sich das Fremdbild „der Roma“ nicht grundsätzlich von dem des zuvor geschilderten Typs des *Kontroll-Bürokraten*. Man geht von einer Armutsmigration „der Roma“ aus, die in ihren Herkunftsländern marginalisiert waren; man unterstellt, dass diese Gruppe wenig integrationswillig sei und ihre traditionell große Mobilität sich negativ auf Integrationsmöglichkeiten auswirke. Die Interviewten, die diesem Typus zugeordnet werden können, weisen aber im Gegensatz zum zuvor behandelten *Kontroll-Bürokraten* ein recht hohes Niveau an Selbstreflektion in Bezug auf die sehr spezifische Gruppe auf, mit der sie in ihrer alltäglichen Arbeit umzugehen haben, und erkennen selbstkritisch, dass sie durch ihre Arbeit einen verengten "Tunnelblick" entwickeln, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Ehrlicherweise müssen wir natürlich auch dazu sagen, wir haben einen gewissen Ausschnitt von der Bevölkerung gesehen. Ähm, das ist wie bei anderen Flüchtlingsströmen. Der Syrer, der Arzt ist, oder der Bulgare, der Arzt ist, den sehen wir hier nicht. Da findet eine Arbeitsmigration auf einer ganz, ganz anderen Ebene statt. Den lernen wir gar nicht kennen. Ne, also diese qualifizierten Sachen. Wir sehen nur die Leute, die im Grunde ein geringes Niveau an Schulbildung oder Berufsausbildung haben oder gar keine. Das ist unsere Sichtweise“ (I4.7).

Die engagierten Bürokraten verstehen sich als Hüter der Regeln und Ordnung, aber sie sehen sich vor allem als unterstützende und Potentiale entwickelnde Akteure. Sie entwickeln gegenüber ihrer Klientelgruppe Empathie und sehen bei einem Teil dieser Personen Bestrebungen oder zumindest die Möglichkeiten, dass sie langfristig in dem Ankunftsort bleiben möchten. Diese Bürokraten sind engagiert in dem Sinne, dass sie für differenzierte Gruppen Entwicklungs- und Integrationsmöglichkeiten anbieten möchten:

"dass auch irgendwann mal auch ein Bleibewille entsteht, sozusagen. Auch Perspektiven zu eröffnen, zu sagen, das ist hier der Lebensmittelpunkt dieser neuzugewanderten Menschen, dass sie auch hier Möglichkeiten sehen, sich hier zu festigen und auch wie gesagt, eine Lebensperspektive und auch eine berufliche Perspektive aufzubauen" (I4.8).

Dabei betonen sie aber immer auch ihre Rolle als Sachwalter staatlicher Regeln und Verordnungen. Auch wenn sie ihre eigene Rolle kritisch reflektieren, bewegen sich ihre Serviceangebote und Hilfestellungen strikt im Rahmen bürokratischen Verwaltungshandelns, wie das folgende Zitat zeigt:

„Wir hatten vorher Fälle eingebracht von Problemen mit Leistungsangelegenheiten bei unterschiedlichen Menschen, die in den einzelnen Beratungsstellen aufgetreten sind. Und der hat das aus seiner Sicht, völlig richtig auch, analysiert, was das Jobcenter da vielleicht auch gar nicht hätte anders machen können. Und ich glaube dieses Verwaltungsdenken in einer Behörde ist so vielen Menschen so fremd und gerade Zugewanderten, also wir sind ja eine sehr sachorientierte Gesellschaft, sowieso. Und in Behörden noch einmal mehr, also ich kann ja zuhause beziehungsorientierter sein und das sind auch viele von den Mitarbeitern, die dann da in der Behörde arbeiten (LACHT), aber in dem Moment wo sie in der Behörde sind, sind sie eben sehr sachorientiert. Und das ist ja etwas, was für Zugewanderte total schwierig zu verstehen ist, diese absolute, reine Sachorientierung an

dem Thema. Und nicht das Verständnis für die Situation des Einzelnen. Und die habe ich als Mitarbeiter, aber ich bin an meine Richtlinien gebunden“ (I4.9).

Diese Betonung des eigenen regelgebundenen Verwaltungshandelns führt auch dazu, dass die eigene Tätigkeit angesichts knapper Ressourcen als eine Mischung aus Kontrolle von Problemgruppen und Förderung der „Willigen“ konzipiert wird, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„wir haben hier einige Straftäter darunter und Leute, die sich vielleicht auch nicht an andere Gesetze halten, über die wir Lärmbeschwerden bekommen, also was Ruhestörung angeht, über die wir Vermüllungsbeschwerden haben. (...) Und da ist es dann auch tatsächlich eine Taktik, mit verstärkten Kontrollen vielleicht zu einer Verdrängung zu kommen. Das ist so. Ich glaube, das ist einfach so ein Mix daraus. Also man versucht halt die Familien, wo man sagt, da besteht eine gute Chance, dass sie sich hier wirklich in die Gesellschaft integrieren, dass man die wirklich an die Hand nimmt und sagt, komm, wir helfen euch. Hilfestellung und Information, wie ihr euch hier integrieren könnt. Und auf der anderen Seite dann aber auch die Familien unter Druck setzen, die sich nicht an Regeln halten (...) weil wir eben begrenzte Ressourcen haben, was dieses an die Hand nehmen und bei der Integration mitarbeiten angeht. Da muss man eben dann schauen, wie verteilen wir die Ressourcen“ (I4.10).

Neben den Merkmalen der bürokratischen Kontrolle und der reflektierenden Unterstützung spezifischer Zielgruppen gehört zu diesem WAMMI-Typ auch, dass Veränderungsnotwendigkeiten und Entwicklungspotentiale auch in der eigenen Organisation und im lokalen Integrationsmanagement gesehen werden. So werden auf kommunaler Ebene eine verbesserte Willkommenskultur, angepasste Ankommensstrukturen oder eine bessere Kooperation mit sozial-integrativen Akteuren angestrebt:

„Und letzten Endes, wie gesagt, ich handle repressiv, ist schön und gut aber eigentlich ist ein positiver Verstärker viel besser. Also wenn ich so etwas [sozial unterstützendes] mache und ich kriege eine positive Resonanz daraus. Die ist ja viel viel wichtiger und viel besser und auch viel tiefer“ (I4.11).

Dabei wird durchaus das eigene begrenzte Wissen und Verständnis mitreflektiert:

„Es mangelt nicht an Angeboten. Es gibt ja ganz ganz viele Angebote. Ich glaube einfach, wir haben diese Menschen noch nicht richtig verstan-

den. Also irgendwer macht kluge Angebote, und denkt, dass müsste doch den Menschen jetzt helfen, aber aus unserer Perspektive. Wenn wir jetzt irgendwo hingehen, wo wir überlegen, was würde uns denn jetzt helfen. Und dann brauchen wir irgendwie einen Infopoint, brauchen wir einen Ansprechpartner und irgendeinen Lotsen, der uns dann aber weiterhilft. Weil wir aber auch selber so organisiert sind. Dann wenn wir erst mal einen Fuß in der Tür haben, dann wissen wir schon irgendwie weiter. Aber ich glaube, das ist nicht das, was die Menschen brauchen. Ich weiß aber noch nicht so richtig, was sie brauchen.“ (I4.12).

Bei diesem Typus wird eine reflektierende Beurteilung der eigenen Fähigkeiten und Angebote kombiniert mit einem kritischen sozialintegrativen Engagement für die „Willigen“ und „Integrationsfähigen“ sowie mit einer klaren ordnungsrechtlichen Strategie, die Abweichler streng zu kontrollieren und die „Unwilligen“ aus dem eigenen Verwaltungsbereich zu verdrängen.

3. Migrationsmanagertyp: Verschiedene Formen von Migration/Integration managen

Ein dritter Typus von Wahrnehmungsmustern zu Migration und Integration ist in dem Verständnis der eigenen Position und Aufgaben weniger auf ordnungsrechtliche oder verwaltungstechnische Aspekte ausgerichtet, sondern zeichnet sich durch eine Selbstkonzeption des neutralen Managens aus. Die diesem WAMMI-Typ nahekommenden Interviewten verstehen sich als organisierende Vermittler zwischen den unterschiedlichsten Anspruchsgruppen, von der Stadtverwaltung mit ihren formalisierten Regeln und Programmen über die Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen bis hin zu den auf Sozialarbeit und Solidarität ausgerichteten Vereinen und Organisationen. Dabei werden die Migrierenden durchaus als soziale Gruppe mit Problemen gesehen, die Herausforderungen für die Familien selbst, aber auch für die Kommune bedeuten etwa im Hinblick auf die schulische Integration der Kinder, die immer wieder von allen Beteiligten neue Anpassungsprozesse erfordert. Gleichzeitig wird diese Klientelgruppe aber auch als Potentialträger vor allem für den Arbeitsmarkt gesehen, wo es durch tatsächliche Anerkennung der (Arbeits-)Erfahrungen und auch der zum Teil weit reichenden und meistens unterschätzten Sprachkenntnisse der Migrierenden in der eigenen Arbeit darauf ankommt, diese Potentiale zu erkennen und pragmatisch zu entwickeln. Dabei ist das Verständnis in

diesem WAMMI-Typ durchaus vielseitiger, als dass Migration und Integration nur auf die kurzfristige Befriedigung von Arbeitskräftebedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet sein sollten, wie das folgende Zitat zeigt:

„Ich glaube heute wissen wir das besser, wir haben es viel zu spät erkannt. Die Sichtweise: was können die alles nicht, was sie hier brauchen, das war wirklich diese einseitige Orientierung, was können die eben nicht. Es war nicht die Fokussierung auf die Stärken, so, was können die denn. Und, ähm, ne, hat man damals überhaupt nicht in Betracht gezogen so, ne. Die, die klar haben wir Kompetenzen festgestellt, aber, da ging es um handwerkliche Kompetenzen, solche Sachen. Man hat nie so die übergeordnete Ebene eigentlich der persönlichen Kompetenzen, irgendwie so betrachtet und ähm, es waren auch einfach auf einmal ganz, ganz viele da, ne. Das kann man vielleicht noch so, ich sag mal, ein bisschen als Entschuldigung reinbringen. Dass natürlich dann eine individuelle Kompetenzanalyse so was ganz anderes ist und, ne, das war damals noch nicht so, dass man den Kompetenzansatz gesehen hat so, nee. Das war eher so: was will die Wirtschaft? Wo sagen die uns, wo fehlt was? Wo müssen wir nachjustieren, damit die in die Wirtschaft reinkommen und den Ansprüchen genügen können, ja“ (I4.13).

Die diesem WAMMI zurechenbaren Interviewpersonen gehen weniger von einem substantiellen Kulturverständnis aus, sondern nehmen die ethnisch-kulturelle und sprachliche Diversität ebenso wahr wie die Spannbreite an sozioökonomischen Positionen sowie Gründen und Motiven der Migrierenden. Sie reflektieren auch, dass einige der Ankommenden sich dauerhaft in dem Ankunftsort niederlassen wollen, dass andere ihren Lebensmittelpunkt aber vielleicht weiterhin im Herkunftsort oder in einem anderen Land sehen. Deshalb sehen sie sich auch vorwiegend als neutrale Vermittler und als „Case-Manager“, die jeden Fall auch als individuellen Fall zu bearbeiten haben und gleichzeitig nahe an den Beschäftigungserfordernissen und den Logiken des Verwaltungshandelns sein müssen:

„Das heißt also, wir sehen nur das, was denen fehlt, um hier anzukommen. Also wir betrachten wirklich so Arbeitsmarktintegration als den wesentlichen Bestandteil, ohne auch mal in die Tiefe zu gehen und zu sagen: hört mal, was wollt ihr denn überhaupt? Also wir haben lange Zeit so die Wünsche, oder die Bedürfnisse der Leute überhaupt, die haben sich überhaupt nicht niedergeschlagen. Also wir, als Helfende, wussten immer besser so, was der Hilfebedürftige braucht. Und dann teilweise eben auch

ohne mit ihm zu reden. Wegen Sprachbarrieren oder so, also das ist leider ein immer wiederkehrendes Muster ne, dass man immer über Betroffene spricht und eigentlich ganz selten mit Betroffenen. Und da einfach auch mit der notwendigen Offenheit dran geht, ne, um dann mal zu hören: wie sieht denn deine Lebensplanung aus? Willst du hier in Deutschland ankommen, was willst du, willst du 2, 3 Jahre überbrücken, willst du warten, bis es in deinem Heimatland wieder besser ist, willst du dann zurückgehen, ne, also solche Fragen tauchen im Grunde gar nicht auf” (I4.14).

Es geht den *Migrationsmanagern* darum, alle im Prozess von Migration und Integration beteiligten Seiten zu verstehen, zu differenzieren und zurückhaltend in der eigenen Meinungsbildung und -äußerung zu sein. Mit anderen lokalen Akteuren sollte möglichst eine nicht konfliktbetonte Interaktion vorherrschen; kommunale Strukturen der Integration sollten zum Teil hohe Fluktuationen unter Migrierenden als soziale Tatsache und nicht als Scheitern falsch verstandener Integration berücksichtigen. Gleichzeitig sollten durchaus bestehende Probleme im Zusammenleben und in der (Aus-)Nutzung der Unterstützungsstrukturen nicht schöneredet werden. Einem berechtigtem Verdacht auf Sozialmissbrauch sollte nachgegangen werden, aber gleichzeitig wird auch reflektiert, dass aus wenigen realen Einzelfällen vorurteilsbehaftete Wahrnehmungen größerer Kollektive und diskriminierende Ausnutzung bürokratischer Verwaltungsvorgänge (wie bei der Bearbeitung von Anträgen, dem Einfordern von Einzelnachweisen) entstehen können.

Im Gegensatz zu den im Folgenden noch darzustellenden WAMMIs geht es den *Migrationsmanagern* weder um eine einfache utilitaristische Sicht auf die Migrierenden als Arbeitsmarktpotentiale noch um deren Etikettierung als passive hilfsbedürftige Objekte von Sozialarbeit. Die Migrationsmanager verstehen sich als neutrale Vermittler zwischen verschiedenen Weltansichten, Ansprüchen und Erwartungen, die ihren Job und nicht Politik – weder in eine ordnungsrechtliche noch in eine sozialpflegerische Einseitigkeit – machen sollten, wie die folgenden zwei Zitate veranschaulichen, die diesen WAMMI-Typ deutlich von den im Weiteren zu behandelnden Typen unterscheiden:

„Also ich bin nicht so der politische Mensch. Ich bin zwar politisch interessiert, aber ich, ich versuche mich aus diesen Diskussionen rauszuhalten, weil ich hier einen Job habe, der von mir verlangt, dass ich ziemlich neutral hier mit den Menschen umgehe“ (I4.15).

„Was bringt Menschen dazu zu migrieren? Eine Notlage? Und dann vielleicht auch der Wunsch, Kinder sollen es besser haben, sollen etwas lernen. Wenn die halt eine ganz andere Zielsetzung haben, als die Helfer-Systeme, die sich da reinbringen und sagen, wir wollen, dass ihr hier ankommt und auch gesellschaftlich hier ankommt und hier bleibt. Und die das nicht wollen, dann können wir uns auf den Kopf stellen, mit Füßen Fliegen fangen, dann werden wir die nicht kriegen“ (I4.16).

4. Wohlfahrtshelfende: Hilfsbedürftige Einwanderer betreuen

Während sich die *Migrationsmanager* selbst vermittelnd und nah an den Beschäftigungsträgern bzw. Unternehmen, den betroffenen Migrierenden und der kommunalen Verwaltung sehen, sehen die *Wohlfahrtshelfenden* ihre Aufgabe eher darin, den eingewanderten Menschen in ihren besonders prekären Lebenssituationen zu helfen. Dabei werden die staatlichen Verwaltungseinrichtungen vorwiegend als bürokratische Abschottungsmechanismen wahrgenommen, gegen die den Hilfebedürftigen beigestanden werden muss. Die eigene Aufgabe wird dabei darin gesehen, aufgrund der Kenntnisse „des Systems“ als Fürsprecher und teilweise als Aktivisten durch sozialintegrative und sozialarbeiterische Projekte zum Wohle der vulnerabelsten Gruppen zu arbeiten. Der Ausgangspunkt für die *Wohlfahrtshelfenden* ist das empathische Nachvollziehen der Situation hilfsbedürftiger und anders orientierter Menschen:

„Ne also es ist natürlich auch so schwierig. Also den Menschen geht es in ihrer Heimat schlecht, ganz schlecht, und hier geht es ihnen schlecht. Das heißt, es geht ihnen besser als in ihrer Heimat. Aber das was, ja, was auch sogenannte Gastarbeiterfamilien mal gemacht haben, oder Menschen aus anderen Migrationshintergründen, dass sie sich natürlich in Gruppen zusammenfinden. Ob sie nun auch immer in den Stadtteilen wohnen, das hat ja manchmal auch wirklich, einfach wegen der schlechten Wohnqualität und den billigen Mietpreisen eine Ursache, aber sie sind erstmal sehr konzentriert miteinander, das ist auch zu verstehen, dass würden wir höchstwahrscheinlich in anderen Ländern auch nicht anders machen, wenn wir keine Arbeit hätten, würden wir natürlich mit unseren Landsleuten irgendwo uns unterhalten. Und dann ist es natürlich schwierig mit der Sprache oder ähnlichem. Also es ist einfach: Welche Perspektive haben diese Menschen eigentlich, die hierherkommen. Und vielleicht ist deren

Wunsch: „Ich möchte einfach etwas besser leben als zu-hause. Und damit bin ich zufrieden“ (I4.17).

Das Zitat veranschaulicht die vorherrschende Defizitperspektive: Die *Wohlfahrtshelfenden* sehen ihre Klientelgruppe als Opfer und hilfsbedürftig, als arm und wenig gebildet, als ausgegrenzt im Herkunftsland und ausgebeutet im Ankunftsland. Zwar werden einige Differenzierungen nach ethnisch-kulturellen Merkmalen vorgenommen, aber generell werden eher pauschalisierende – in diesem Falle der bezeichneten Gruppe gegenüber wohlwollend gemeinte – Fremdzuschreibungen wie z. B. „die Roma“ verwendet. Dabei wird den Klientelgruppen, mit denen die *Wohlfahrtshelfenden* zu tun haben, generalisierend z. B. ein geringes Anspruchsniveau an das eigene Leben und fehlende längerfristige Integrationswilligkeit oder -fähigkeit zugeschrieben. Eine solche Perspektive auf bedürftige und anderskulturelle Gruppen ist nicht selten auch mit Stereotypen, vorschnellen Verallgemeinerungen und tendenziell paternalistischen Sichtweisen verbunden, wie die folgenden Zitate, die im Interview an das obige anschließen, zeigen:

„Das ist natürlich aber, was unseren kulturellen Hintergrund angeht, schaffen, ne, fleißig sein, pünktlich sein und so weiter und so fort, und man muss doch arbeiten wollen, man muss sich verbessern wollen, in seiner Lebenssituation. Das alles entspricht dem vielleicht gar nicht, deren Grundgedanken (...) Ja natürlich ist es eine große Verbesserung. Die leben ja auch teilweise in Zuständen, in ihrer Heimat, wo wir uns natürlich darüber nicht wundern müssen, dass sie den Müll aus dem Fenster schmeißen“ (I4.18).

„Bin damit zufrieden mit den Leistungen ist der eine Punkt, der andere, ich will schnell Geld verdienen und bin gar nicht an langfristig etwas aufzubauen und sicher im Arbeitsmarkt zu landen und vielleicht dann eine andere Arbeit zu haben, die auch so ausreichend bezahlt ist, um davon leben zu können, aber dann sind von der Erfahrung her sind grade die SOE-Zuwanderer sehr genügsam, also da sind die Ansprüche anscheinend gar nicht so hoch, wie ich das mitbekomme und da reichen oft einfache Helfertätigkeiten. Das Problem ist, wir haben die Stellen nicht in der Menge zur Verfügung“ (I4.19).

Für diesen WAMMI-Typ steht das Hilfeleisten im Mittelpunkt. Dabei wird sich auf erzieherische bis paternalistische Maßnahmen fokussiert, die eher auf pauschalisierenden Fremdzuschreibungen als tatsächlichem Verstehen der Migrierendenperspektive basieren. Unterstellt wird, dass die sozialkul-

turellen Eigenschaften der Gruppe es schwierig machen, in der Integrationsarbeit Erfolge zu erzielen. Deshalb liegt der Fokus eher auf der zweiten Einwanderergeneration. Generell wollen die Wohlfahrtshelfenden in einer Hilfsperspektive die Zugänge zu Sozialleistungen erleichtern und Ausgrenzungen verhindern, wozu auch zählt, dass häufigere oder Rückkehrmigration reduziert wird, um Marginalisierungen im Herkunftsland zu vermeiden. Die dabei entwickelte tendenziell paternalistische Perspektive kommt in dem folgenden Zitat zum Ausdruck:

„Ich will nicht überheblich klingen, aber es ist so ein bisschen das Verhältnis Kind-Eltern. Sie kommen mit jedem Problem zu uns, weil sie nur uns kennen. Und dieses Problem kann sein, ich habe hier einen Brief gekriegt, was ist das?“ (14.20).

5. Engagierter Migrantenversther: Mehrdimensionalen sozialen Wandel fördern

Im Gegensatz zum vorher vorgestellten Typus des *Wohlfahrtshelfenden* dominiert bei den *engagierten Migrantenverstheren* keine pauschalisierende Opfergruppenzuschreibung, sondern ein differenziertes sozialkulturelles Wissen und Verstehen, welches häufig bei Aktiven aus dem gleichen Herkunftsland oder bei Menschen mit eigener Migrationsgeschichte gegeben ist. Durch ein ausgeprägtes sozialkulturelles Expertenwissen können die *engagierten Migrantenversther* ethnisch-kulturelle Differenzierungen in Subgruppen Migrierender vornehmen. Dabei wird dann nicht pauschal „die Roma-Gruppe“ adressiert, sondern es werden die Migrierten nach unterschiedlichen religiösen Merkmalen (freikirchlich, orthodox-katholisch, nicht-religiös etc.), nach ihren ethnisch-historischen Selbstzuschreibungen und nach Sprachgruppen (bulgarisch, türkisch, Romanes, rumänisch etc.) differenziert betrachtet, wie das folgende Zitat zeigt:

„Es ging um die Erreichbarkeit von Roma-Familien oder um die Erreichbarkeit von Kindern damit sie am Schulunterricht auch regelmäßig teilnehmen, Schulabsentismus, aber eben auch mit Mitwirkung von Eltern in Schulbelangen und das wurde beklagt dass eben häufig Kinder fehlen, zu spät kommen, nicht unbedingt motiviert sind zu lernen, so das Ganze hat hier auch ich sag mal Background warum das so ist, und was dort immer wieder Thema war von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern die also sagten ‚Wir tun so viel für die, also die sind dann die Roma, ‚Wir tun

so viel für die, wir haben eine Schulsozialarbeiterin, sie besucht die wir fördern die extra wir schlichten Konflikte auf dem Schulhof wir laden die Eltern ein und wo wir doch so viel tun da könnten wir mindestens erwarten dass die' und dann kamen verschiedene Erwartungen. Erwartungen, dass sie regelmäßig zur Schule kommen dass sie pünktlich kommen, dass sie lernen, dass sie Deutsch lernen die Eltern und so weiter und sofort. Das kann ich verstehen, allerdings ist es auf der anderen Seite auch so, das haben wir mit den Lehrerinnen und Lehrern noch diskutiert, dass gerade die Roma-Familien also aus Rumänien und Bulgarien, es ist teilweise ein bisschen anders, natürlich auch einen Background haben der Zugang zu Schule ist da für die Roma-Kinder sehr sehr schwer, zumindestens was über die ersten vier Jahre hinausgeht, das ist in der Tat so, da habe ich mir selber ein Bild gemacht bei meinem eigenen Rumänien-Aufenthalt, und das ist tatsächlich üblich in den Communities dass die Mädchen sehr früh heiraten um eben die Familien da fortzuführen, und die Jungen in der Regel nehmen den Beruf, den der Vater schon hat oder eben die Familien seit Tradition weiterführen, das ist so bei den Gabor-Roma, aber eben auch bei den Pfingstlern, so das sind eben die beiden großen Communities die wir hier (...) haben. Das wussten die überhaupt nicht, die Lehrerinnen und Lehrer ja und diese Haltung die finde ich also ganz ganz problematisch wenn ich weiß dass eben in der Familie eine Tradition dass die Familie darauf angewiesen ist dass die jungen Männer oder die Jungen wirklich den Beruf lernen des Vaters, um einfach die Familie ernähren zu können das ist eine Tradition.“ (I4.21).

Bei aller differenzierten Kenntnis und Sensibilität bezüglich der Situation der einzelnen Fälle und Gruppen heben die *engagierten Migrant*innen* auch die all diesen Gruppen gemeinsamen Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Verfolgungserfahrungen hervor. Solche kollektiven Erlebnisse und Erzählungen gibt es seit vielen Generationen im Herkunftsland, sie haben sich durch den sozioökonomischen Wandel (vom Sozialismus zum Kapitalismus) und den später erfolgten EU-Beitritt weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund wird die „Armutsmigration“ bestimmter, von solchen Marginalisierungsmechanismen betroffener sozialer Gruppen als verständlich und legitim wahrgenommen. Es wird angenommen, dass die betreffenden Menschen durchaus langfristig in Deutschland bleiben und sich integrieren wollen. Dies werde aber vielfach durch mangelndes Verständnis, unverhältnismäßige Kontrollen, Diskriminierung und Ausbeutung er-

schwert. In diesem Zusammenhang wird in der Migrations- und Integrationsarbeit eine strukturelle Roma-Diskriminierung ausgemacht:

„Das ist aus meiner Sicht institutioneller Antiziganismus so, es gibt hier auch, ich will den Lehrerinnen und Lehrern auch gar keine böse Absicht unterstellen Gottes Willen sie sind super engagiert. Ja aber ich kann nur sagen (...) ich habe persönlich hier schon in den 90ern mit den Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien sehr viel zu tun gehabt, (...) so das heißt von daher bin ich sehr im Bilde ich bin auch privat mit einigen Romnja und Rom befreundet was sich einfach im Laufe der Jahre so ergeben hat von daher bin ich sehr nah dran und sehr im Thema, würde mir aber wirklich wünschen dass im Bereich Schule oder auch im Bereich Verwaltung wie auch immer oder freie Träger, nicht nur davon ausgegangen würde ja wie 'die sollten, die müssten, die könnten' was sicherlich richtig ist sondern sich einfach mal die Mühe gemacht werden würde einfach mal zu gucken was sind das für Menschen, was bringen die mit also ich sage mal dieses ressourcenorientierte Denken. Ich erlebe sehr sehr häufig defizitorientiertes Denken, was die nicht können und ich weiß ganz genau und das sind auch meine Erfahrungen hier in diesem Team, dass diese Menschen mit denen ich auch täglich arbeite die meisten aus unserem Team haben selber Roma-Hintergrund ganz ganz viele Ressourcen haben, die sind aber nicht auf den ersten Blick erkennbar.“ (14.22)

Aus diesem Selbstbild, die Migrierendengruppen differenziert zu verstehen, folgern die *Migrantenversther* die Notwendigkeit des besonders sensiblen und wissensbasierten Umgangs mit der Klientelgruppe. Die Aneignung differenzierter Kenntnisse wird als Bedingung für ein angemessenes Handeln gesehen. Die adressierten Gruppen haben besonderen Unterstützungsbedarf, es sollte aufsuchende Arbeit erfolgen. Vertrauen müsse aufgebaut werden mit dem Ziel der Aktivierung und des Empowerments, dann könnten auch soziale Veränderungen innerhalb der Gruppen erreicht werden. Hierzu sind eine Sensibilisierung aller Teile der staatlichen und verbandlichen Ankunftsstrukturen und ein Bekämpfen von Antiziganismus wichtig. Die Rahmenbedingungen für Integration können auch wesentlich verbessert werden, wenn mit Vertretern der Zielgruppen gleichberechtigt kooperiert wird und einige davon möglichst auch in den Ankunftsstrukturen beruflich tätig sind. Dieser Typus der *Migrantenversther* wird als *engagiert* bezeichnet, weil sich diese Menschen oft weit über die aus ihrem Arbeitsverhältnis erwachsenden Pflichten hinaus einbringen, wie die folgenden zwei Zitate veranschaulichen:

„Ja mir ist von Anfang an eigentlich wichtig gewesen dass ich tatsächlich für einen Stadtteil, (...) als Dorfscherriff (...) möchte ich auch die Arbeit gut erfüllen und möchte tatsächlich dass das besser wird irgendwie. Es ist so eine Grundbestrebung und deshalb gehört das [persönliche Engagement] für mich auch mit dazu“ (I4.23).

„ich werde auch selber in diesem Jahr (...) nach Rumänien fahren, (...) der Rest des Teams will auch mit, das werden wir hinbekommen. Wir machen das, wir werden uns da tendenziell Urlaub dafür nehmen, wir machen das aus persönlichem Interesse weil es mir persönlich ganz ganz wichtig ist zu wissen okay wie sind die Lebensbedingungen vor Ort wie leben die Menschen da, wie ist das Schulsystem aufgestellt wie ist das Gesundheitssystem, wie ist es da, überhaupt einfach da ein Feeling zu bekommen“ (I4.24).

Im Gegensatz zu dem vorher beschriebenen Typus der Wohlfahrtshelfenden sehen sich die *engagierten Migrantenversteher* – wohl, gerade weil sie ihre Klientelgruppe gut kennen – auch als regelsetzende und auf die Einhaltung ordnungsrechtlicher Mindeststandards achtende Aktive, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Und deswegen da spielt auf jeden Fall auch eine sehr große Rolle die Zusammenarbeit mit allen Ämtern hier, wie ASD, Ordnungsamt, Polizei. Da sind wir auch vernetzt, weil klar, wie bei allen Nationalitäten, bei dieser Population gibt es ja auch das Problem, es gibt auch Menschen, die machen auch so kriminelle Sachen hier. Sobald wir sowas merken, wir sind Sozialarbeiter, das hat mit uns nichts zu tun, melden wir das der Polizei, die Polizei soll dann weitergucken. Und da haben wir aber immer Erfolg gehabt. Aber nicht jetzt irgendeiner, den sie jetzt, weil die jetzt kein Geld haben und keine Leistungen beziehen, die war jetzt bei irgendeinem Markt und hat jetzt einen Liter Milch wegen dem Baby geklaut“ (I4.25).

Für die *Migrantenversteher* gelingt erfolgreiches Handeln nur mit besonderem Engagement, um Spielräume auszunutzen und um bestehende Verhältnisse zu verändern. Dies erfordert weit mehr als ein bürokratisches Verwaltungsdenken, es braucht hierfür Eigeninitiative, Lernbereitschaft, Vernetzungsinitiative und den Wunsch, die sozialen Verhältnisse zum Besseren zu verändern. Diese *engagierten Migrantenversteher* verstehen ihre Aufgaben als sowohl auf die Klientelgruppe – und hier durchaus auch als unterstützende und regulierende Tätigkeit – gerichtet als auch auf die Veränderung des Denkens und der Konzepte in den Verwaltungen und bei den Organisationen orientiert.

Ein Sonderfall sind für die EU2-Zuwanderung hier die in einigen der untersuchten Städte etwa in Tandem-Modellen fest integrierten Mitarbeitenden mit Roma-Hintergrund und die teilweise kommunal in die Migrations- und Integrationsarbeit eingebundenen Roma-Selbstorganisationen. So gibt es Sprachmittler, Mediatoren und Berater mit einem Roma-Hintergrund oder einer anderen Migrationsgeschichte, die oft nur projektförmig angestellt werden, aber äußerst anspruchsvolle Tätigkeiten haben. Sie müssen die rechtlichen Bestimmungen und Verwaltungsordnungen im Herkunfts- und im Ankunftsland kennen, vor allem für die Bereiche Aufenthalt, Wohnen, Arbeit, Kinder/Familie, Schule, Ordnungswidrigkeiten, kriminelle Strukturen/Ausbeutung, Gesundheit oder Räumungen. Neben die teilweise starke emotionale Belastung aufgrund der prekären Lebenslagen und die nicht selten vorkommenden konflikthafter Situationen, in denen „Brandherde gelöscht“ werden müssen, tritt auch die soziale Nähe, die gerade in kleineren Städten diese Integrationsaktiven zu den EU2-Communities haben. Denn gerade die zugeschriebene Zugehörigkeit zu einer „Roma-Community“ ist aus Sicht der Stadtverwaltungen eine wichtige Integrationsressource, während Mitglieder dieser Communities von den Aktiven eher eine Interessenvertretung oder Sprachrohrfunktion erwarten.

So müssen die *engagierten Migrantenversther* ihre Arbeit im Spannungsfeld und in ständiger Aushandlung zwischen Ordnungs-, Integrations- und Sprachrohr-Orientierungen austarieren. Dabei fehlen für viele von ihnen sowohl eine angemessene professionelle Vorbereitung auf dieses Tätigkeitsfeld als auch eine gesicherte stabile Beschäftigungsperspektive und eine den Herausforderungen angemessene Entlohnung. Dies können die *Migrantenversther* nur durch überdurchschnittliches Engagement ausgleichen, auch wenn einige von ihnen privat selbst mit schwierigen Lebenslagen konfrontiert sind. Die professionellen sozialen Beziehungen der *Migrantenversther* bewegen sich in einem doppelten Spannungsfeld. Bei den lokalen Verwaltungen und Trägern sind sie einerseits als Vermittler, Broker und Fachleute anerkannt, andererseits wird ihre organisationale Loyalität aufgrund der Nähe zur eigenen „Community“ und ihrer nur schwach ausgeprägten Professionalität in Frage gestellt. In den sozialen Gruppen der EU2-Migrierenden wiederum wird einerseits anerkannt und geschätzt, dass sie es mit jemandem aus der eigenen Community zu tun haben, andererseits geraten die *Migrantenversther* allerdings auch hier nicht selten unter einen Generalverdacht, in diesem Fall die Vermutung, dass sie die Interessen der eigenen Community denen ihrer Beschäftigter unterordnen oder diese sogar verraten.

6. Arbeitskräftemanager: Einwanderung für den Arbeitsmarkt passend machen

Das letzte identifizierte typische Wahrnehmungsmuster Migration und Integration lässt sich als *Arbeitskräftemanager* charakterisieren. Ein Teil der von uns interviewten Integrationsaktiven stellt bei der Situationsdeutung die Tatsache in den Vordergrund, dass in Deutschland und auch in den Ruhrgebietskommunen nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels Arbeitskräfte knapp sind und deshalb die Einwanderung als wichtige Kompensationsmöglichkeit genutzt werden muss. Die *Arbeitskräftemanager* verstehen sich als Scharnierstelle zwischen dem Beschäftigungssystem und den Migrierten bzw. den potenziell noch zu gewinnenden Einwanderern. Entsprechend sind das Selbstverständnis und Handlungskonzept von einer instrumentalistischen Ressourcenperspektive bestimmt. Da der Arbeitsmarkt sehr verschiedene Arbeitskräftegruppen nachfragt – von hochqualifizierten Technikern und Ärzten bis zu einfachen Hilfsarbeitenden – sollten im Arbeitsfeld Migration und Integration systematisch Angebote und Nachfrage gebündelt und vermittelt werden. Entsprechend haben die *Arbeitskräftemanager* ähnlich wie z. B. die *engagierten Migrant*innen* einen differenzierten Blick auf die EU2-Zuwanderer im Hinblick auf die Motive, Bleibeperspektiven und Qualifikationsstrukturen, während ihnen aber im Gegensatz zu letzteren die familiären Konstellationen oder die ethnisch-kulturellen Zuschreibungen als weniger relevant erscheinen. Bestimmend ist ein utilitaristischer Blick auf die Migrierenden, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Ich würde sagen, die beiden Parteien wollen das haben. Der Arbeitgeber will am Ende billige Arbeitskräfte auch einstellen. Er will keine zum Beispiel richtigen Reinigungskräfte, der oder die eine Ausbildung absolviert, dass sie wirklich mit einem Beruf sind. Wir haben natürlich Reinigungskräfte, die wirklich gut ausgebildet sind, sie wissen genau, was in diesem Beruf gemacht werden muss, und wir haben am Ende die Helfer, die einfach den Boden, den Tisch einfach mit einem Tuch abwischen. Die Arbeitgeber wollen billige Arbeiter. Wir wollen auch diese billigen Arbeitskräfte, wie meine Kollegin gerade gesagt hat, weil wir auch im Jobcenter diese Arbeitgeber gesetzlich unterstützen können und müssen, und zwar durch einen Eingliederungszuschuss.“ (I4.26).

Die Familienverhältnisse und sonstigen Lebensbedingungen der Migrierenden werden durchaus reflektiert mitgedacht, aber wesentlich unter dem

Gesichtspunkt, das für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen optimale Ergebnis zu erzielen. Die Interessenlagen der Migrierenden werden insofern einbezogen, wie dies das Beschäftigungssystem erfordert. Hier geht es im Zusammenhang von EU2-Migration vor allem um die Frage, für wie lange die Beschäftigten hier am Ankunftsort zu bleiben gedenken und wie man deren Aufenthalt stabilisieren kann. Dabei wird durchaus eingeräumt, dass gerade im Bereich einfacher Hilfs- und Anlernertätigkeiten die hohe Fluktuation auch durch prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse beeinflusst ist:

„Ich vermute, dass es eine Gemengelage unterschiedlicher Faktoren ist, die dazu führt, dass die Kolleginnen und Kollegen relativ schnell das Unternehmen wieder verlassen. (...) Wir beobachten aber, dass häufiger nicht Einzelne austreten, sondern kleine Grüppchen, die dann meist auch zusammen gekommen sind. Einkommen ist ein Faktor. Salopp formuliert, wenn es irgendwo 50 Cent die Stunde mehr gibt, dann sind die Leute weg. Es ist aber nicht der einzige Faktor, weil dann müssten ja alle weg sein. Ich hatte vorhin von Heimweh gesprochen, das ist tatsächlich ein Punkt. (...) So oder so, es ist eine Umstellung der Lebensweise, weg aus dem familiären, rein ins WG-hafte, wo Sie dann auf einmal den Haushalt selber machen müssen, sich aufteilen müssen, mit anderen Charakteren fertig werden müssen. Ich sehe dort, muss ich sagen, auch einen Grund, dass das zu Überforderung führt, zusammen dann auch vielleicht mit den Arbeitsbedingungen. Es ist halt nun mal keine einfache Arbeit, da muss man sich dran gewöhnen, der Körper muss sich dran gewöhnen, es ist unheimlich ermüdend, plus dann ungewohntes Umfeld. (...) Und so entsteht halt eine Gemengelage, die in vielen Fällen dafür ausschlaggebend ist, dass man resigniert, dass man Angst bekommt, dass man zu überfordert ist, und dann packt man seine sieben Sachen und kehrt zurück“ (I4.27).

Für die *Arbeitskräfte*manager sind die Arbeitsbedingungen und deren potentielle Verbesserung durchaus relevant. Die gesamte Perspektive und Argumentation wird dabei aber nicht wie bei den *Wohlfahrtshelfenden* oder den *Migrantenverstehern* ausgehend von den Bedürfnissen und Erwartungen der Migrierenden entwickelt, sondern von dem Nutzen her, den eine ganzheitlichere Integrationspolitik für den Arbeitsmarkt und die (Stabilisierung der) Beschäftigung haben könnte. Die Zugänge zu den lokalen Verwaltungen und Sozialsystemen sollen optimiert, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Kommunalverwaltung intensiviert und die Wohn- und Lebenslagen der Migrierenden durch flankierende Maßnahmen verbessert

werden. Hierdurch erhofft man sich, die Arbeitsmarkterfordernisse besser bedienen und Beschäftigungen stabilisieren zu können. Dabei ist in der Regel eine substantielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbst (etwa in der Fleischindustrie oder der saisonalen Erntearbeit) nicht vorgesehen oder wird als kaum umsetzbar betrachtet. In „materialistischer“ Perspektive wird eher darauf verwiesen, dass die prekären Arbeitsverhältnisse hier im Ankunftsland gemessen an dem Lebensstandard im Herkunftsland als Gewinn gesehen werden können:

„Ich vermute aber, dass es eine Verknüpfung mit diesem subjektiv empfundenen Lebensstandard, Verbesserung des Lebensstandards zusammenhängt. Oder wenn man sieht, dass durch die Arbeit hier eine Verbesserung im Herkunftsland entsteht. Dass man das Dach am Haus erneuert hat oder dass man das Auto jetzt endlich tauschen konnte oder dass man das ganze Haus renovieren konnte. Es ist recht materialistisch, muss ich dazu sagen. Wenn das alles eintritt, dann sagt man sich womöglich auf ganz subjektiver Ebene, ja, es ist hart, Schichtarbeit und kalt und hast du nicht gesehen, aber dies und jenes habe ich erreicht“ (I4.28).

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Wahrnehmungsmuster der interviewten lokalen Akteure zum Thema Migration und Integration sehr unterschiedlich ausgestaltet sein können. Dabei gruppieren sich die Situationsdeutungen, die Selbstkonzepte und die Handlungskonzepte zu typischen WAMMIs. Diese werden durchaus von den jeweiligen – im Kapitel 3 beschriebenen – lokalen Migrationsstrukturen, Integrationspolitiken, den Funktions- und Tätigkeitsbereichen beeinflusst, aber persönliche Erfahrungen und berufliche Laufbahnen, Weltsichten und Lebensvorstellungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die identifizierten sechs WAMMIs ergaben sich aus einer Clusterung der durchgeführten und systematisch ausgewerteten Interviews. In anderen lokalen Kontexten könnten einzelne dieser WAMMI-Typen unbedeutend sein, oder es könnten sich weitere typische Konstellationen ergeben. Die Akteure der lokalen Migrations- und Integrationsarbeit müssen auch nicht lebenslang einem WAMMI-Typen zuzuordnen sein, vielmehr können sich die entsprechenden Personen aufgrund einschneidender Erfahrungen oder Ereignisse auch von einem WAMMI-Typ zu einem anderen hin entwickeln.

Die sechs WAMMIs unterstreichen, dass häufig noch ein eingeschränktes Verständnis von Migration und Integration vorliegt. Die Vielfalt von typischen Migrationsdynamiken und -orientierungen, wie sie in Kapitel 2 dargestellt wurden, werden kaum berücksichtigt. Vielmehr wird Migration

wesentlich als Einwanderung verstanden und Integration als eine Einbahnstraße hin zu völliger Sesshaftwerdung und langfristiger Anpassung. Deshalb wird fortdauernde Mobilität (als Rückkehr- oder Pendelwanderung) in den Kommunen meistens als ein Ausdruck gescheiterter Integration interpretiert. Der Großteil der Teilhabe- und Integrationsangebote – auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie im Bildungssystem und für den Bereich Wohnen – ist auf einen langfristigen bzw. unbegrenzten Aufenthalt ausgerichtet. Dies ist häufig der einzige Maßstab für erfolgreiche oder gescheiterte kommunale Maßnahmen von Integration. Vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 dargestellten tatsächlichen Dynamiken und Migrationspläne der Menschen erscheint eine solche einseitige Fixierung auf ein eng gefasstes Integrationsverständnis wenig hilfreich. Kommunale Strukturen und Strategien sollten Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration als Aktivitätsfelder verstehen, die je nach den verschiedenen Migrationstypen auch differenziert auszugestalten sind. Dabei sind, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, Migrantennetzwerke und -selbstorganisationen bedeutsam.

4.3 Netzwerke und Selbstorganisationen rumänischer und bulgarischer Migrierender

Seit einigen Jahrzehnten wird die große Bedeutung von Selbstorganisationen von migrierenden und migrierten Menschen (im Folgenden migrantisches Organisationen, MOs) in Politik, Gesellschaft und der Wissenschaft anerkannt und diskutiert.¹⁴⁴ Noch bis in die 1980er Jahre wurden MOs eher skeptisch bis misstrauisch wahrgenommen. Sie wurden teilweise als ‚fünfte Kolonnen‘ anderer Staaten angesehen oder zumindest als Zusammenschlüsse, die ‚ethnische Nischenbildung‘ statt Integration förderten (Pries 2010b). Außer in rechtsextremistischen Diskursen und Kreisen wer-

144 Allgemein kann man MOs in Abgrenzung von anderen Verbänden und von sozialen Bewegungen definieren als „relativ dauerhafte Kooperationszusammenhänge mit bestimmbar Ziel, einer mehr oder weniger formalisierten Struktur (z. B. Leitungsgremium mit Arbeitsteilung, Satzung) und identifizierbaren Mitgliedschaftsregeln [...] die in einem ganz erheblichen Ausmaß (mindestens etwa zur Hälfte) aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrationsrelevanten Themen und Aufgaben beschäftigen“ (Pries 2010b: 16). Durch diese Definition sind Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen ausgeschlossen wie etwa Wohlfahrtsverbände, die sich mit Migrationsthemen befassen, selbst aber keine oder nur wenige Migrierende aufweisen (zu Abgrenzungsproblemen vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 40 ff.).

den MOs heute als „vielfältige Akteurinnen gesamtgesellschaftlicher Integration“¹⁴⁵ allgemein anerkannt. Dabei können MOs vorwiegend ‚nach innen‘ auf die direkte Erfüllung der Erwartungen ihrer Mitglieder oder eher ‚nach außen‘ auf die Vertretung der Verbandsinteressen gegenüber Dritten gerichtet sein – auch wenn meistens eine Mischung aus beidem praktiziert wird. Der erste Fall einer hauptsächlichen Binnenorientierung bezieht sich etwa auf Migrierende, die besondere kulturelle und religiöse Gewohnheiten und Gebräuche ihrer Herkunftsregionen praktizieren oder Freizeit gemeinsam (in Teestuben, bei Musikveranstaltungen, auf dem Fußballplatz etc.) verbringen möchten. Im Fall einer überwiegenden Außenorientierung sind Zielsetzungen und Aktivitäten auch darauf gerichtet, gemeinsame (Migrierenden-)Interessen in der Öffentlichkeit und Politik zu vertreten.

Neben der Binnen- oder Außenorientierung kann man MOs idealtypisch auch unterscheiden nach der vorrangigen Ausrichtung auf das Herkunfts- oder auf das Ankunftsland, nach den formulierten und praktizierten (sozialen, kulturellen, politischen etc.) Zwecken, nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft (mono- oder multi-ethnisch/religiös/sprachlich/kulturell), nach den Formen der Ressourcenmobilisierung (intern durch Mitgliedsbeiträge oder extern durch Spenden und Projektfinanzierung) oder nach der Organisationsstruktur (z. B. dem Professionalisierungsgrad der Verbandsführung, der regionalen Streuung oder Konzentration, der Beziehungen zu anderen Verbänden und Organisationen). In einer neueren Studie konnten Befragte ihre MO charakterisieren als Interessenvertretung für Menschen mit Migrationsgeschichte, als Kulturorganisation, Migrantenorganisation, Bildungsorganisation, Impulsgeber für sozialen Wandel, Selbsthilfeorganisation, Jugendorganisation, Dienstleister, Frauenorganisation, politische Interessenvertretung, Neue Deutsche Organisation, religiöse Organisation, Sportorganisation oder berufliche Interessenvertretung (FB-SVR 2020: 34). In einer Studie zur Rolle von MOs für die soziale Sicherung (Bonfert et al. 2022: 9) wurde ebenfalls die Multifunktionalität der MOs hervorgehoben und besonders ihre Dienstleistungsfunktionen (für Mitglieder oder auch externe Anspruchsgruppen wie Stadtverwaltungen), ihre Scharnierfunktion (als Brücke zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und z. B. staatlichen Einrichtungen oder

145 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/506131/migranten-organisationen-vielfaeltige-akteurinnen-gesamtgesellschaftlicher-integration/>; vgl. <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/der-paritaetische-zu-geheimtreffen-von-afd-politikern-und-anderen/>.

anderen Interessenverbänden), ihre Anwaltschaftsfunktion (als direkte Interessenvertretung und Stimme von Menschen mit Migrationsgeschichte) und ihre *Homemaking*-Funktion (als Forum für kollektive Selbstvergewisserung, Heimatgefühle, Möglichkeiten des Ankommens etc.).

In Deutschland verteilt sich die Anzahl der insgesamt für das Jahr 2020 geschätzten 12.400 bis 14.300 MOs nach Ost- und Westdeutschland, nach der Bevölkerungszahl pro Bundesland und nach dem Grad der (urbanen) Bevölkerungskonzentration zum Teil recht deutlich (FB-SVR 2020: 15f). Ländervergleichende Studien zeigen, dass die Bereitschaft und das Ausmaß der Selbstorganisation von Migrierenden stark variiert (Pries/Sezgin 2010). Die sprachliche, religiöse, politische oder soziokulturelle Diversität in Herkunfts- wie in Ankunftsländern kann die Neigungen und Möglichkeiten zur Organisierung in MOs beeinflussen. In ihren Herkunftsländern diskriminierte oder verfolgte Minderheiten wie die Aleviten aus der Türkei oder die Sikhs in Großbritannien tendieren in liberal-demokratischen Ankunftsländern eher zur verbandlichen Organisation als z. B. zirkuläre Arbeitsmigrierende. Die lange Zeit überragende Rolle der katholischen Kirche in Polen beeinflusste die Entwicklungsdynamik kirchlicher MO-Gruppen in Deutschland oder polnischer Pfadfindergruppen in Großbritannien (Pries/Sezgin 2012).

Diese allgemeinen Vorbemerkungen erscheinen wichtig, um die Ergebnisse dieser Studie im Hinblick auf die Netzwerke und Selbstorganisationen rumänischer und bulgarischer Migrierender einordnen zu können. In der Survey-Befragung wurde nach Kontakten zu MOs, in den qualitativen Interviews auch nach Mitgliedschaft und möglichen Aktivitäten in MOs gefragt. Dabei ergab sich insgesamt das Bild von eher geringer Organisierung in MOs. Für die Studie war hier vor allem die Frage von netzwerkförmigen oder explizit organisationalen Zusammenschlüssen von Migrierendengruppen relevant, die sich selbst als Roma bezeichnen oder von anderen so etikettiert werden.

4.3.1 Überblick Netzwerke und Organisationen

Es ist sinnvoll, nach dem Grad der Formalisierung zwischen MOs und migrantischen Netzwerken zu unterscheiden. Während bei ersteren mehr oder weniger explizierte und dauerhafte Ziele, Strukturen und Mitgliedschaftsregeln vorliegen (in Deutschland z. B. häufig durch die Eintragung als Verein dokumentiert werden), sind soziale Netzwerke zwar relativ dau-

erhaft, haben aber nicht unbedingt klare Ziele und feste Mitgliedschafts-abgrenzungen. In der Studie können für das Ruhrgebiet drei Typen von Vereinigungen identifiziert werden. Überraschend häufig wurden *religiöse Gemeinschaften*, die auch transnationale Bezüge zu spezifischen Herkunftsgemeinden und andere Länder aufweisen als migrantische Netzwerke mit EU2-Bezug genannt. Dabei scheinen die verschiedenen freikirchlichen Gemeinden von größerer lebensweltlicher Bedeutung zu sein als die orthodoxen, katholischen oder muslimischen Vereinigungen. Für einige dieser Gemeinden spielen spezifische ethnisch geprägte Selbstbilder und bestimmte Herkunftsregionen und -orte eine zentrale Rolle. Andere sind stärker gemischt.

Daneben finden sich auf politischer Ebene zum einen eher informell organisierte Initiativen, getragen von Einzelpersonen, die starke Herkunftslandbezüge aufweisen und deren Aktivitäten sich vor allem im Rahmen der Mobilisierung vor Wahlen in den Herkunftsländern intensivieren. Zum anderen gibt es auch eingetragene Vereine wie *Stolipinovo in Europa e.V.*, der sich als politische Interessenvertretung versteht und unter anderem zu Arbeits- und Sozialrechten arbeitet.¹⁴⁶ Damit handelt es sich um eine Art von *hometown association* (HTA) die z. B. für die Migration zwischen Mexiko und den USA vielfach untersucht wurden.¹⁴⁷ Solche HTAs bilden sich vor allem aufgrund der netzwerkförmigen Migration aus ganz bestimmten Herkunftsdörfern in spezifische Ankunftsorte. Die auf diese Weise konzentrierter auftretenden, gleichsam geclusterten Gruppen nach Herkunfts- und Ankunftsregion bilden dann Vereinigungen, die sich für die wirtschaftliche, gesundheitliche, kulturelle oder politische Entwicklung der Herkunftsgemeinde engagieren.

Während diese Vereinigungen oft im Zusammenhang der EU2-Erweiterung ihre Dynamik entfalteten, finden sich als dritter Typus auch bereits seit den 1970er Jahren in NRW Kulturvereine und Elterninitiativen (etwa der Deutsch-Bulgarische Kulturverein *Iwan Wasow e.V.*, gegründet am 8. März 1975 in Essen). Diese Verbände sind neben sozialen Themen stärker auf die kulturelle und schulische Teilhabe in der Ankunftsregion fokussiert. Einige dieser Initiativen nehmen an periodisch stattfindenden

146 Vgl. <https://stolipinovoeuropa.org/de/>.

147 Vgl. Orozco 2003.

Austauschen mit den Auslandsvertretungen Rumäniens und Bulgariens in den Ankunftsregionen teil.¹⁴⁸

Zu diesen drei Formen migrantischer Selbstorganisation, ihren Beziehungen zueinander, eventuelle multiple Mitgliedschaften einzelner Mitglieder, konnten im Rahmen der Forschung wegen anderer Schwerpunktsetzungen keine tieferen Erkenntnisse generiert werden. Wir fokussieren im Folgenden auf *Roma-Selbstorganisationen*, da diese in den kommunalen Strategien zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien in den Kommunen Essen, Dortmund und Hagen sowie in anderen, hier nicht untersuchten Kommunen (etwa Krefeld) eine zentrale Rolle spielen. Diese MOs werden von den Kommunen spezifischer wahrgenommen und – wie zu zeigen ist – auch aktiv adressiert, weil sich die Kommunen auf diese Weise einen besseren Zugang zu den ‚Problemgruppen‘ der EU2-Zuwanderung versprechen, die als Roma typisiert werden.

Diese MOs sind in ihrem Gründungskontext und der Organisationsstruktur stark beeinflusst durch die über die Kommunen geschaffenen Opportunitätsstrukturen im Rahmen der jeweiligen lokalen Integrationskonzepte. Das bezieht sich auf die Art und Weise der Beziehungsgestaltung zur kommunalen Verwaltung, die Einbettung in das strategische Gesamtkonzept der Kommune und die sich daraus ergebenden, mitunter widersprüchlichen, Erwartungen. Sie werden sowohl unter dem integrationspolitischen Aspekt des „Brückenbildens“ gefördert (kulturell, in der Antirassismus- oder Empowermentarbeit, aufsuchend sozial beratend, vertrauensfördernd etc.), als auch aus ordnungspolitischer Perspektive (etwa als Konfliktmediatoren). Zudem spielen diese MOs eine wichtige Rolle in der Aushandlung der Beziehungen zwischen alteingesessenen, eher etablierten Roma, welche oft aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen, und den neuzugewanderten Roma und Nicht-Roma aus den EU2-Ländern.

Generell gilt auch in Bezug auf die MOs der Roma, was schon im Kapitel 2 im Hinblick auf die Vielfalt der Migrierenden selbst festgestellt wurde: Es gibt weder „die Sinti“ noch „die Roma“ und entsprechend auch nicht „die Roma-MO“. Je nach Herkunftsort, Hauptsprachen, Familiengeschichte der hauptsächlich organisierten Migrierenden variieren die Roma-bezogen ar-

148 Überblicke über einige rumänische und bulgarische Vereine in NRW und darüber hinaus finden sich hier: für Rumänien: <https://bonn.mae.ro/node/293>, für Bulgarien: <https://tlp.de/rllxm>.

beitenden MOs stark nach Ressourcenausstattung und Selbstverständnis.¹⁴⁹ Zwar gibt es unter den so recht breit verstandenen Roma-MOs auch solche, die vergleichsweise etablierte Gruppen umfassen und eher nicht transnational aktiv sind, für die meisten der hier angesprochenen Organisationen und Netzwerke gilt aber, dass sie eher Menschen in prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen und deren Interessen vertreten und dass sie auch Kontakte in Herkunftsregionen pflegen. Eingehender behandelt werden im Folgenden nur solche Roma-MOs, die einen expliziten Bezug zu rumänischen und bulgarischen Migrierenden haben.

4.3.2 Die Vielfalt von Roma-Organisationen und externe Erwartungen

Einige der im Rahmen unserer Studie erfassten Roma-MOs werden im folgenden Abschnitt vorgestellt, wobei der Schwerpunkt auf der Beziehungsgestaltung mit den Kommunen und die Herausforderungen innerhalb der Organisationen liegt. Zunächst werden wichtige Landesverbände von Sinti und Roma vorgestellt. Ein wesentliches Ergebnis unserer Studie ist dabei, dass gerade im Zusammenhang der EU2-Migration auf der kommunalen Ebene weitreichende Erwartungen und teilweise auch Anforderungen an die Roma-MOs gestellt wurden. Sie sollten als Mittler und Instrumente einer – in der Regel in den Kommunen einseitig verstandenen – Integrationsarbeit wirksam werden. Dies hat nicht selten, wie zu zeigen sein wird, die aufgrund der Mitgliederdiversität schon vorhandenen internen Spannungen und Konflikte tendenziell verschärft. Auch hier zeigt sich:

149 Barz et al. (2020: 58) konstatieren: „So sind Rom*nja unterschiedlichen Lebensrealitäten ausgesetzt, je nach Aufenthaltsstatus, Geschlecht und Klasse wirken die Differenzlinien sogar in Familien so stark, dass sich daraus sehr unterschiedliche Interessen ergeben [...]. [...] Nicht jede [Organisation der Roma und Sinti, ORS] repräsentiert alle Sinti*ze und Rom*nja, vielmehr kann dies keine ORS von sich behaupten. Eher ist es so, dass verschiedene ORS verschiedene Subgruppen darstellen, wiedergeben, und/ oder vertreten.“ Die Vielfalt der MO-Landschaft geht so weit, dass sich einige MOs selbst als „Zigeuner“- oder „Gypsy“-MO bezeichnen, vgl. Bauerdick 2013, Kapitel 8; Beispiele für Organisationen sind *National Federation of Gypsy Liaison Groups, United Kingdom* oder *Federación de Asociaciones Gitanas de Cataluña*, beide sind Mitglieder im *European Roma Grassroots Organisations Network* (ERGO): <https://ergonetwerk.org/about-us/membership/>; für die Bundesebene als Verbund von Sinti und Roma vgl. <https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat/geschichte-der-organisation/>. Hier werden in einem weit gefassten Verständnis als Roma-MOs diejenigen Verbände bezeichnet, die für sich selbst beanspruchen, Interessen von Roma, Sinti oder Zigeunern zu vertreten.

Wenn man Migration nicht in ihren differenzierten Typen und Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration nicht als komplexe Wechselbeziehungen wahrnimmt, ist die Gefahr groß, MOs nur instrumentalistisch im Sinne eines Einbahnstraßen-Integrationsverständnisses zu adressieren.

Landesverbände der Sinti und Roma in NRW

Für die hier vorgelegte Studie werden nur die Roma-MOs behandelt, die (auch) einen mehr oder weniger expliziten Bezug zur EU2-Migration haben. Die Vielfalt und innere Differenzierung der Roma-MOs in NRW insgesamt zeigt sich schon daran, dass es recht viele überörtlich aktive MOs gibt, die den Anspruch formulieren, sich für die Interessen der Sinti und Roma in NRW zu engagieren. Einige dieser MOs werden hier nur skizziert, um dann nach dem Bezug zur EU2-Zuwanderung zu fragen. Schon 1982 wurde der *Landesverband Deutscher Sinti und Roma* mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Er unterhält eine Beratungsstelle, die zu den Schwerpunkten Geschichte und Kultur, Öffentlichkeitsarbeit, soziale Beratung und schulische Beratung arbeitet.¹⁵⁰ Der vor dem Hintergrund einer größeren Roma-Flüchtlingswelle aus Jugoslawien im Winter 1986/87 im Jahr 1988 gegründete Verein *Rom e.V.* mit Sitz in Köln ist NRW-weit und in einigen anderen Bundesländern tätig. Er setzt sich unter anderem gegen Rassismus und Antiziganismus ein sowie für das Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge.¹⁵¹ Der *Internationale Kultur- und Sportverein der Roma CARMEN e.V.* wurde 1991 von „der zweiten Generation der Roma unter den aus Jugoslawien stammenden Gastarbeitern“ in Düsseldorf gegründet. Im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe und dem Empowerment setzt sich CARMEN e.V. gegen Diskriminierung und Vorurteile sowie für bessere Bildungschancen junger Roma ein und ist dabei auch auf überregionaler Ebene aktiv.¹⁵² Der *Landesrat der Sinti und Roma NRW e. V.* mit Sitz in Köln wurde 2006 als Verein registriert. Der Landesrat sieht sich als Vermittler zwischen Sinti und Roma und der Mehrheitsgesellschaft. Er setzt sich „gegenüber und mit der Polizei, Medien, Politik und Verwaltung für einen vorurteilsfreien Umgang mit allen Beteiligten ein. Wir sind nicht der Meinung, dass das nur eine Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft ist. Wir

150 Vgl. <https://sintiundroma-nrw.de/wordpress/>.

151 Vgl. <https://www.romev.de/>.

152 Vgl. <https://www.carmen-ev.eu/Unser-Verein/Vereinsgeschichte/>.

sind bereit – auf Augenhöhe – gemeinsam Ziele zu verwirklichen.“¹⁵³ Schon diese Skizze zeigt, dass es nicht „die Roma-MO“, sondern eine Vielzahl an Verbänden gibt, die in unterschiedlichen Kontexten entstanden sind und sich in Ausrichtung und Struktur unterscheiden.

Ein relativ junger und für die aktuelle EU2-Zuwanderung wichtiger überregionaler Verein ist der *Landesrat der Roma NRW* als Dachorganisation für allochthone Roma-Selbstorganisationen und engagierte Einzelpersonen (wobei sich die Anzahl der Mitgliedsorganisationen etwas über zehn bewegt und etwa 60 aktive Einzelpersonen berichtet werden). Der Landesrat formierte sich erst 2023, nachdem er drei Jahre vorher als informeller Zusammenschluss tätig war. Der Verein sieht seine Hauptaufgaben in der Netzwerkarbeit zwischen den Mitgliedsorganisationen und den entsprechenden kommunalen Umfeldern sowie in der Qualifizierung und Stärkung der Vereinsaktiven. Ein wesentliches Arbeitsprinzip lautet „von Roma für Roma“, die operative Arbeit soll also weitgehend von Angehörigen der Roma-Gruppe selbst getragen werden.

Interessant ist nun, dass viele der untersuchten MOs sich auf Einladung kommunaler Integrationsbeauftragter formal etablierten. In der kommunalen Verwaltungslogik braucht man als Ansprechpartner möglichst formale Organisationen, z. B. eingetragene Vereine. Erst dies ermöglicht Ressourcenflüsse. Und im Zusammenhang moderner Integrationskonzepte haben Verwaltungen gelernt, dass die Arbeit mit Migrierendengruppen am besten gelingt, wenn sie von Menschen aus den entsprechenden soziokulturellen Gruppen (mit-)gestaltet wird. Gerade im Hinblick auf die EU2-Migrierenden, die als Roma wahrgenommen werden, sahen und sehen sich die Kommunen vor besonderen Herausforderungen etwa im Hinblick auf den Schulbesuch der schulpflichtigen Kinder. In diesem Zusammenhang wird dann als „typisches Roma-Verhalten“ interpretiert bzw. konstruiert, dass „die Roma-Eltern“ nur wenig Interesse an der Bildung ihrer Kinder haben. Dabei legt die bereits in Kapitel 1 und 2 vorgeschlagene Differenzierung von vier Migrationstypen nahe, dass auch die jeweils entsprechenden Elternstrategien im Hinblick auf den Schulbesuch der Kinder stark variieren können. Hinzu kommen die unterschiedlichen Erfahrungen mit Bildungseinrichtungen in den Herkunftsländern, die die Beziehungen der Elterngenerationen mit diesen prägen. Auf diese Weise wird dann tendenziell als „typisches Desinteresse der Roma an Bildung der Kinder“ (stereo-)ty-

153 Vgl. <https://landesrat-sintiundroma-nrw.de/https://-/landesrat-sintiundroma-nrw.de/2/>.

piert, was auch ein Hinweis auf divergierende Migrationskonzepte sein kann.

Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass lokale Integrationsbeauftragte recht spezifische und einseitige Erwartungen an Roma-MOs entwickeln, bei der Behebung diagnostizierter „Integrationsdefizite“ mitzuwirken. Wenn den Verbänden dann für ihre Kooperation Ressourcen in Aussicht gestellt werden, erhoffen sie sich eine Stabilisierung ihrer (Finanz-)Lage, eine gewisse Professionalisierung und auch eine verbesserte Legitimierung ihrer Arbeit. So beschreibt ein Interviewter des *Landesrats der Roma NRW* den Hintergrund der eigenen Forderung nach besserer Ressourcenausstattung wie folgt:

„[...] es geht auch um die soziale, um die wirtschaftliche Absicherung der Kolleginnen und Kollegen. Aber es ist auch viel mehr, es ist irgendwie ein Zeichen von Anerkennung. Es ist ein Zeichen von Wertschätzung. [...] Also wir brauchen Ressourcen. Ich habe vorhin gesagt, wir brauchen in den Bereichen, die ich jetzt vorhin genannt habe, Bildung, Soziales, Antiromaismus, Empowerment, Powersharing und Leadership, brauchen wir konkrete Ressourcen, die wir momentan nicht haben, ja. Nur so können wir dann auch gewährleisten, dass angehörige der allochthonen Roma sich / oder die Lebenslagen der Communities verbessern können, lokal, vor Ort, bei sich“ (14.29).

Gleichwohl sind Konflikte innerhalb der Roma-MOs und zwischen diesen und den kommunalen Kooperationsstellen vorprogrammiert, wenn die Aufträge und Integrationsziele nicht den tatsächlichen Migrationsdynamiken entsprechen. Dann können Mitarbeitende der MOs leicht in Loyalitätskonflikte geraten zwischen überzogenen Erwartungen der finanzierenden staatlichen Stellen und den Mitgliederansprüchen auf Interessenwahrnehmung. Fühlen sich die Aktiven in den MOs instrumentalisiert, dann können solche eigentlich sinnvollen Kooperationen sich nach einigen Jahren erschöpfen.

Das Beispiel dreier lokaler Roma-MOs

Der Verband *Romano Than* wurde formal im Jahr 2016 in Dortmund ins Vereinsregister eingetragen, und zwar weitgehend auf Initiative der Stadtverwaltung. Der Verein ist an verschiedenen Integrations- und Bildungsprojekten beteiligt, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit und bei

der Unterstützung von Familien und Jugendlichen bei Behördengängen. Er engagiert sich auch in der ehrenamtlichen Bildungsmediation und organisiert kulturelle Aktivitäten und Feste. Der Verein scheint so engagiert und auch erfolgreich zu sein, dass er in 2022/23 auf der Suche nach erweiterten Räumlichkeiten war. Der Verein möchte nun nach eigener Auskunft „richtig“ aktiv werden. Zur Gründungsgeschichte führt ein Repräsentant aus:

„Das war 2016, dass die Stadt mit uns zusammen geredet hat, und nachgefragt hat. Wie sieht es aus bei euch, wollt ihr nicht irgendwas gründen, einen Verein gründen und so. Und irgendwann haben die Kollegen beschlossen doch einen Verein zu gründen, als Romano Than halt. Und dann hat sich das so ergeben. Und jetzt ab nächstem Jahr soll es dann wirklich fester Boden sein, dass wirklich unser Roma Verein da steht und sagt, das ist der Romano Than Verein“ (I4.30).

Im Interview begründet der Repräsentant die Gründung und den Erfolg des Vereins besonders mit der entsprechenden Politik der Stadt. Der Interviewte verweist darauf, dass es z. B. in Duisburg keinen Verein wie Romano Than gebe, weil dort der Oberbürgermeister Sören Link eine andere Politik gegenüber den EU2-Zuwanderern verfolge.

Im Verein kann eigentlich jeder und jede mitmachen. Der Interviewte ist hauptberuflich für einen Träger der Wohlfahrtspflege tätig und betreut im Rahmen seiner Arbeit auch jugendliche Roma und ihre Familien. Eine Vorstandskollegin ist im Jugendamt tätig. Darüber hinaus hat der Verein weitere Fürsprecher in höheren Ebenen der Stadtverwaltung. Der Verein erhält vereinzelt zweckgebundene Spenden. In dem Interview wird der Austausch mit dem Jobcenter, der Familienkasse, dem Jugendamt und der Polizei mehrfach als sehr gut beschrieben. In der Vereinsarbeit wird im Kontakt mit Behörden und anderen Einrichtungen immer wieder (zur Legitimation der eigenen Aktivitäten) darauf hingewiesen, dass Vorstandsmitglieder hauptamtlich im Namen der Stadt Dortmund aktiv sind. Der Interviewte unterstreicht seine pragmatische Haltung zur Vereinsarbeit, indem er feststellt, „Wir werden uns hinstellen und mit jedem reden“ und „Der Verein braucht die Hilfe der Stadt und die Stadt die Hilfe des Vereins“ (I4.31).

Ein Beispiel für einen Mitgliedsverband des *Landesrates der Roma NRW* ist der Verein *Romano Drom* in Hagen. Er wurde 2019 als e.V. eingetragen und wurde mit Unterstützung aus dem Quartiersmanagement gegründet. Die beiden Co-Vorsitzenden des Vereins waren zu diesem Zeitpunkt bereits als Angestellte im Quartiersmanagement tätig und wurden bei der Vereins-

gründung sowie der Akquise der ersten größeren Förderung von ihrem Arbeitgeber unterstützt und ermutigt. Bezüglich ihrer Tätigkeiten beschreiben die Vorsitzenden, dass sie als Vermittelnde im Namen des Vereins mehr Handlungsspielräume hätten als im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Quartiersmanagement. In diesem Sinne ist der Verein eine Erweiterung der Tätigkeiten im Quartiersmanagement. Gleichzeitig könnte man ausgewählte Aspekte des Quartiersmanagements als Erweiterung oder zumindest im Sinne der Vereinsaktivitäten interpretieren, indem mehrere Vorstandsmitglieder ganz praktisch bei der Beratung bei Behördengängen, bei Vermittlungstätigkeiten und in der Konfliktmediation, bei der Entwicklung von Bildungsangeboten für Frauen und Kinder und von Kulturveranstaltungen tätig sind. Während der Covid-19-Pandemie hat der Verein niedrigschwellige Hilfen angeboten (wie z. B. Lebensmittelversorgung für Haushalte in Quarantäne oder Verteilung von Spiel- und Lernmaterial an Kinder).

Der Verein hat insgesamt eine geringe zweistellige Mitgliederzahl. Die Mitglieder sind überwiegend Roma aus verschiedenen Ländern Südosteuropas, es wirken aber auch Nicht-Roma im Verein mit, sie sind zum Mitmachen eingeladen. Der Vereinsvorsitzende ist im Fachbereich Integration, Zuwanderung und Wohnraumsicherung (Quartiersmanagement) der Kommune Hagen tätig. Der Verein erhält projektbezogene Mittel in mittlerer fünfstelliger Höhe von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) die in alle Projektbereiche einfließen.

Der Verein betont, dass die guten Kontakte zu den Spitzen der Stadtverwaltung und im Quartiersmanagement durch die personellen Überschneidungen die Arbeit erheblich erleichtern. Es gebe viel Interesse am Verein von den Schulen, weil dadurch die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Familien besser verstanden werden können. Dagegen war die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zunächst recht schwierig. Die Interviewten sehen sich und den Verein mit sehr vielen Anforderungen konfrontiert, weil sie für zu viele Aufgabenbereiche zuständig gemacht werden. Dies betrifft etwa den Runden Tisch in Hagen, an dem der Verein auch teilnimmt. „Wo die uns einladen, wie die Schule, wie der Bürgermeister, und so weiter, wegen dieser Unterstützung. Die wissen, die sagen, ja [Vereinsmitglied] ist zuständig. Ich sage immer, ich bin nicht zuständig für all die Menschen.“ Obwohl der Verein nach Aussagen der Interviewten pragmatisch mit allen Stellen zusammenarbeitet, auch mit der Polizei, werden doch auch die Grenzen und Widersprüche betont. „Und natürlich wollen die [Menschen], dass wir 24 Stunden arbeiten, aber das klappt nicht. Und wir sagen ja bis hier, Grenze. Wir können das nicht machen“ (I4.32).

Das dritte Beispiel ist das Projekt *MifriN*, welches nicht als formalisierter Verein, sondern als ein sozialarbeiterisches Projekt anzusehen ist. In dem (zeitlich befristeten und vom Landesministerium *MKJFGFI* finanzierten) Projekt arbeiten überwiegend Roma nach dem Grundsatz „Roma für Roma“. Der Gründungskontext ist hier noch direkter als Top-Down-Entscheidung zu verstehen, weil die Perspektiven von Roma zwar bereits bei der Konzeption des Projekts berücksichtigt worden sind, allerdings der Förderantrag selbst eine gemeinsame Initiative des Kommunalen Integrationszentrums und von zwei Trägerorganisationen (*Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet* (VKJ) und *Diakoniewerk Essen*) war. Das Projekt startete im Jahr 2017 und ist auf Kinder- und Jugendarbeit sowie die Schulintegration, Konfliktprävention und Mediation ausgerichtet. In diesem Sinne unterstützt es auch bei weiteren Angelegenheiten wie Behördengängen.

Insgesamt arbeitet maximal eine geringe zweistellige Anzahl Personen in dem Projekt, das über eigene Räumlichkeiten an zwei Standorten in den Stadtteilen Altendorf und Altenessen verfügt. Die Wertschätzung der Projektarbeit sei zunächst wohl eher darauf gegründet gewesen, dass die städtischen Partner darin einen guten Kontakt in die Roma-Community sahen. „Sie haben nicht gewusst, da kommt jetzt ein Profi. Ich habe über 20, 25 Jahre Arbeitserfahrung“ (I4.33) (in integrations- und bildungsrelevanten Bereichen). Mittlerweile sei die Wertschätzung aber sehr hoch, die Zusammenarbeit zuverlässig: „Wir sind geschätzt, wir haben vertrauenswürdige Arbeit, sage ich mal mit vielen [...], Ordnungsam, Polizei, wir arbeiten mit allen“ (I4.34). Es gebe auch einen fachlichen Austausch mit anderen Kommunen, und man stehe in Kontakt mit zwei Städten in Rumänien, aus denen viele Migrierende kämen.

4.3.3 Gegenseitige Erwartungen, Handlungszwänge und Widersprüche

Insgesamt zeigen die Fallbeispiele, das sich in den betreffenden Kommunen – die nicht unbedingt repräsentativ für das Ruhrgebiet oder gar NRW stehen – das Bewusstsein und die Erfahrungen stabilisiert haben, dass für die Vor-Ort-Arbeit mit Migrierendengruppen, die den Roma zugeschrieben werden, die Expertise und Kompetenz von dafür sozialkulturell qualifizierten Expertinnen und Experten unerlässlich sind. Dafür sind Selbstorganisationen wichtig, die aus diesen Migrierendengruppen heraus entstanden

sind oder als „Transmissionsriemen“ in diese Gruppen hinein initiiert wurden.

Schon diese beiden Kontexte – Interessenvertretung und Stimme der Roma oder Integrationsinstrument für die Kommunen zu sein – verweist auf ein grundlegendes Spannungsverhältnis, welches bereits weiter oben angedeutet wurde. Die hier vorgestellten Roma-Verbände hatten alle Personen in Leitungsfunktionen der MO, die gleichzeitig Beschäftigte der Kommunen sind, häufig mit Arbeitsbereichen, die sich mit denen der MO überlappen. Insbesondere in der Anfangszeit der MO-Tätigkeiten gab es bei den lokalen Kooperationspartnern häufig Misstrauen im Hinblick auf die fachliche Expertise und Eignung der aus dem bzw. über den Verein rekrutierten Beschäftigten.

„Da haben einige Kommunen irgendwie Angst, dass da irgendwie unqualifizierte, ungebildete Roma kommen, die denen erzählen, wie sie ihre Arbeit machen. [...] Wir haben auch nach wie vor Fälle, da werden unsere Kolleginnen und Kollegen ausgelacht dafür, dass sie sich dann anbieten und sagen so, pass auf.“ (I4.35).

Eng damit zusammen hängt die Frage, wer eigentlich in den entsprechenden MOs aktiv ist bzw. sein sollte. Auf der einen Seite begegnete in den Interviews immer wieder der Slogan „Von Roma für Roma“, andererseits gab es aber auch das Statement „Jeder kann alles mitmachen“. Diese Bemerkungen verweisen auf ein insgesamt widersprüchliches Feld wechselseitiger Erwartungen und Ansprüche. Es lassen sich drei grundlegende Frageblöcke identifizieren.

Eine erste Problematik bezieht sich auf die Fragen: Welche Funktionen werden den Organisationen von kommunalen Behörden und Wohlfahrts-trägern zugeschrieben? Welche Ressourcen werden ihnen dafür von wem bereitgestellt? In den erwähnten Fallbeispielen wurde der Widerspruch deutlich, dass die lokalen Kooperationspartner von den Roma-MOs vielfältige integrative und auch ordnungsrechtliche Leistungen erwarten und ein häufig viel zu großes Aufgabenfeld an diese gleichsam zu delegieren versuchen (vor allem da, wo im Tandemmodell wichtige MO-Mitglieder gleichzeitig Beschäftigte der Stadt oder Freier Wohlfahrtsträger sind), dass aber andererseits den MOs und ihren aktiven Mitgliedern die dafür notwendigen und längerfristig abgesicherten Finanzressourcen, aber zum Teil auch die Expertise etwa im Verwaltungs- und Projektmanagement fehlen. Viele der interviewten MO-Mitglieder müssen ihre eigene, oft prekäre Le-

benssituation stabilisieren, einige müssen gar die eigene Grundbildung in schriftlicher Kommunikation noch ausbauen.

Diese erste Frage der – oft überzogenen – lokalen Erwartungen an die MOs hängt eng mit der zweiten zusammen: Wie bewerten die MOs die Möglichkeiten der Umsetzung dieses Auftrags? Welche Widersprüche treten auf? Welche Ziele setzen sie sich selbst noch? Aus den Interviews ergibt sich, dass die MO-Aktiven durchaus die Bereitschaft haben, zum Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu staatlichen Einrichtungen und Trägern beizutragen, Sozialberatung durchzuführen und Konflikte im Sinne der unterstützenden Gestaltung von Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration zu lösen. Sie sehen sich dabei aber andererseits auch den Erwartungen der MO-Mitglieder verpflichtet, deren Perspektiven und Interessen zur Geltung zu bringen. Wenn dann auch noch von den lokalen Partnerorganisationen die Loyalität und Professionalität der MO-Aktiven angezweifelt wird, können diese in entmutigende Abwärtsspiralen geraten, in denen ihnen – was auch immer sie machen – Misstrauen und Zweifel entweder von der eigenen Klientelgruppe oder von den kommunalen Partnereinrichtungen und dann von beiden Seiten entgegenschlagen.

Dies führt zu einer dritten zentralen Frage: Welche Strategien werden angewandt, um mit diesen Ambivalenzen umzugehen? Wie können wechselseitige Anerkennung, Ressourcensicherheit und persönliche Fähigkeiten verbessert werden? In den untersuchten Fallbeispielen bot sich keine allseitige Auflösung dieser widersprüchlichen Handlungskontexte an. Ein grundsätzlicher Schritt ist sicherlich zunächst, sich in die Lage der anderen Akteursgruppen hineinzuversetzen, um sie besser zu verstehen. Dies bedeutet z. B. Professionalisierung und Qualifizierung aller Beteiligten, wobei für einige Gruppen soziokulturelle, für andere eher verwaltungstechnische oder managementbezogene Aspekte im Vordergrund stehen. Wesentlich wäre es auch, aus der „Projektitis“ als vorherrschender Finanzierungs- und Arbeitsweise herauszukommen. Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration sind immer wichtiger werdende und grundlegende Aufgaben in einer Migrationsgesellschaft. Entsprechend sollte auch das Zusammenspiel von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gestaltet sein. Wie herausfordernd es sein kann, mit diesen widersprüchlichen Erwartungen und schwierigen Rahmenbedingungen umzugehen, zeigt die Selbstauflösung des Vereins *Romano Drom e.V.* Hagen im Frühjahr 2024.

Wir konnten im Rahmen unserer Studie nicht empirisch nachweisen, dass zwischen der jeweiligen Ausformung der hier skizzierten Spannungs- und Widerspruchskonstellationen einerseits und den in den vorhergehen-

den Abschnitten 3 bis 4.2 beschriebenen Merkmalen der „Typen kommunaler Ankunftssettings“ ein direkter kausaler Zusammenhang besteht. Gleichwohl können wir begründet annehmen, dass zwischen dem Verständnis und den Ausformungen der jeweiligen „Kommunalen Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration“ und den Reibungsflächen in der Kooperation zwischen EU2-MOs und Kommunen ein direkter Zusammenhang besteht.

Eine für uns neue Erkenntnis ist die für einige Gruppierungen besonders starke lebensweltliche Relevanz der religiösen Gemeinden, besonders der Freikirchlichen Vereinigungen. Diese spielen sowohl in den Herkunftsgemeinden als auch in den Ankunftsorten im Ruhrgebiet eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies bleibt oft wenig sichtbar, weil diese religiösen Gemeinden sich in öffentlichen Versammlungsräumen oder auch in solchen der ‚offiziellen‘ Kirchen treffen. Diese regelmäßigen Treffen etwa zu wöchentlichen religiösen Zeremonien sind aber deshalb so wichtig, weil hier soziale Netzwerke geknüpft, Informationen ausgetauscht, Wirklichkeitsdeutungen und Weltansichten mitgeprägt werden. Solche religiösen Gemeinden könnten auch von den Kommunen für gezielte Ansprachen stärker genutzt werden, auch wenn sich der Zugang dazu zunächst schwierig gestalten mag.

Wie gezeigt wurde, hat eine enge Anbindung der Roma-Organisationen an die Kommunen für beide Seiten Vor- und Nachteile. Ein Vorteil für die MOs ist sicherlich, dass sie aus der Beschäftigung einiger Mitglieder in der Kommune gleichzeitig ein Einkommen für diese generieren können. Ein Nachteil kann darin vermutet werden, dass sich die Widersprüche in der kommunalen Aushandlung zwischen integrativen und kontrollorientierten Maßnahmen über widersprüchliche Erwartungen der verschiedenen kommunalen Akteure auch in die MOs übertragen und diese Organisationen und ihre Mitglieder vor große Herausforderungen stellen. Für die Kommunen ergibt sich aus solchen möglichen internen und Rollenkonflikten von städtisch angestellten MO-Mitgliedern die Aufgabe, sehr sensibel mit dem Spannungsverhältnis zwischen lokalen Integrationsaufgaben und dem Eigenleben der MOs umzugehen. Für die MOs besteht eine weitere Herausforderung auch darin, sich stärker in regionale oder überregionale Verbandsstrukturen (wie das Netzwerk „Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen“ NEMO¹⁵⁴) einzubringen.

154 Vgl. <https://www.bv-nemo.de/>.

4.4 Perspektive von Akteuren der Herkunftskommunen

In dem einleitenden Kapitel hatten wir bereits bei der Vorstellung der Studie betont, dass auch die Perspektive der kommunalen Akteure in den Herkunftsgemeinden relevant ist (vgl. Abbildung 1.5). Dabei sollten die Fragen bearbeitet werden, wie die nach Deutschland Migrierenden und ihre Familien in den Herkunftsorten wahrgenommen und adressiert werden, welche konkreten Beziehungen es zwischen kommunalen Akteuren der Herkunft- und Ankunftsorte gibt und ob nicht-staatliche Organisationen relevant sind. Die Ergebnisse der hierfür in Rumänien während des Feldbesuchs im Juli-August 2022 durchgeführten neun Interviews mit migrations- und integrationsrelevanten Akteuren aus sechs ausgewählten Kommunen werden im Folgenden dargestellt. Außerdem werden die Gespräche und Diskussionsbeiträge der lokalen Akteure aus Rumänien einbezogen, die im Mai 2023 an einer dreitägigen Konferenz in Timișoara teilgenommen haben. Im Folgenden wird beschrieben, wie die Migration von den Interviewten aus den Kreisen Brașov, Galați und Suceava wahrgenommen wird.

Eine erste Gemeinde ist *Șinca Nouă*, ein ländliches Gebiet am Fuße des Făgăraș-Gebirges, 30 km von der Stadt Făgăraș und 40 km von der Kreishauptstadt Brașov entfernt. Șinca Nouă hat 1.700 Einwohner, davon etwas mehr als zehn Prozent unter 18 Jahren. Aus diesem Ort reisen seit über 15 Jahren Migrierende nach Deutschland, um saisonal in der Landwirtschaft zu arbeiten. Diese Arbeitsmigrierenden sind in der Regel vor Ort in den städtischen Gebieten der Region beschäftigt und lassen sich von diesen Beschäftigungen regelmäßig zwei bis drei Monate pro Jahr freistellen, um im Ausland zu arbeiten. Dem interviewten örtlichen Vertreter zufolge wandern sie nicht aus, sondern pendeln saisonal. 95 Prozent der Menschen, die auswandern, kämen auch wieder zurück, weil sie in der Region einen festen Arbeitsplatz hätten und in der Regel mit zwei bis drei Generationen in einem Haushalt leben: Großeltern, Eltern und Kinder. Diese erweiterte Familienstruktur ermöglicht es auch, dass ein oder zwei Familienmitglieder für begrenzte Zeiträume nicht vor Ort anwesend sind. Dann übernehmen z. B. die Großeltern die Versorgung und Betreuung ihrer Enkelkinder. Im Ausland zu arbeiten würde von den Migrierenden als ein Opfer für die Familie empfunden. Anstatt die Ferien zu nutzen, um der Arbeit fernzubleiben und sich zu erholen, leisteten die Menschen in einem anderen Land lange und schwere Arbeit. Sie werden jedoch nicht als ausgebeutet angesehen, wenn sie in Deutschland zehn bis zwölf Stunden pro Tag und selbst an den Wochenenden arbeiten, sondern als zielstrebige Menschen, die ihre

Zeit im Ausland maximal für Geldverdienen nutzen wollen. Nach ihrer Rückkehr investierten sie ihren Verdienst, um zusätzliche Bedürfnisse der Familie zu decken, z. B. um das Haus zu renovieren, ein weiteres Zimmer einzurichten, ein Auto oder einen Computer für die Kinder zu kaufen.

In der Region gab es bereits vor 1989 Migrationsdynamiken, als durch Verträge mit der Regierung der BRD die Umsiedlung von als ethnisch deutsch angesehenen rumänischen Staatsbürgern (oft als Siebenbürger Sachsen oder in der Region Banat als Banater Schwaben bezeichnet) finanziell unterstützt wurde.¹⁵⁵ Von den in *Șinca Nouă* Lebenden identifizieren sich rund 97% als Rumänen und Rumäninnen, 0,4% als einer anderen ethnischen Gruppe zugehörig und der Rest ordnet sich keiner Gruppe zu.¹⁵⁶ Roma arbeiteten früher ausschließlich im Dorf. Sie seien zwar fleißig, würden aber wegen ihrer geringen Qualifikation oder Ausbildung vor Ort nicht mehr als 400 Euro pro Monat verdienen. Deshalb sei das wesentlich höhere Gehalt in Deutschland eine hohe Motivation zur längerfristigen Migration nach Deutschland, auch bei schlechten Arbeitsbedingungen dort. Man könne die Menschen nicht davon abhalten, im Ausland zu arbeiten, außer sie erhielten in ihrer Heimat auch ähnliche Verdienstchancen. Durch die Migration sei ihr Lebensstandard gestiegen, und die Menschen würden weiterhin migrieren bzw. pendeln, um bestimmte größere finanzielle Bedarfe zu decken.

Nach Interviewtenaussage biete die Gemeinde die von den Migrierenden angeforderten Dokumente an, die sie für die Auslandsbeschäftigung benötigten. Der frühere Bürgermeister beschloss, Deutsch- statt Französischunterricht in die Schule aufzunehmen, damit die Kinder besser vorbereitet sind, wenn sie später zum Arbeiten nach Deutschland migrieren. Wenn beide Elternteile zur Arbeit ins Ausland wandern, würden sich ihnen manchmal ältere (und nicht mehr schulpflichtige) Jugendliche anschließen, um ebenfalls Geld verdienen zu können. Andere junge Leute aus dem Dorf zögen auch in städtische Gebiete Rumäniens, um dort zu studieren und zu arbeiten. Nach Aussage der interviewten Person vergäßen die Migrierenden, wenn sie von ihrem Auslandsaufenthalt zurückkehren, die von ihnen im Ausland erwarteten und gelernten Verhaltensweisen (z. B. keinen Müll im öffentlichen Raum wegzuerwerfen) und benähmen sich wieder wie vor der Migration.

155 Vgl. <https://www.siebenbuerger.de/portal/land-und-leute/siebenbuerger-sachsen/>.

156 Vgl. https://ro.wikipedia.org/wiki/Comuna_%C8%98inca_Nou%C4%83,_Bra%C8%99ov.

Die zweite Gemeinde, die für Arbeitsmigration nach Deutschland wichtig ist und die in unsere Befragung einbezogen wurde, ist *Făgăraș* mit etwa 26.000 Einwohnern im Jahr 2021. *Făgăraș* gilt als traditionell multiethnische Stadt, die seit den 1990er Jahren einen starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hat (von über 41.000 Einwohnern im Jahr 1992). Etwa 73 Prozent der Einwohner wurden 2021 als Rumäninnen und Rumänen gezählt, etwa 2,3 Prozent als Ungarn und rund 9 Prozent als Roma.¹⁵⁷ Die interviewte Person erläutert, dass viele Arbeitsmigrierende der Stadt, die bis etwa 2007/2008 vor allem nach Italien und Spanien gewandert waren, danach verstärkt zurückkehrten, kleine Läden und Werkstätten gründeten und ihr während der Migration erworbenes Wissen vor Ort nutzten. Viele der Rückkehrmigrierenden seien mit Kindern zurückgekommen und hätten es nicht geschafft, wieder Fuß zu fassen, sodass sie erneut migrierten. Die Kinder blieben in der Regel vorerst zurück. Um 2012/2013 habe es dann eine weitere Rückkehrwelle aus Italien gegeben. Die Menschen dieser Gruppe versuchten dann nicht mehr mehrheitlich, ein eigenes Geschäft zu eröffnen, sondern akzeptierten die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Herkunftsgemeinde. Die Migration nach Deutschland setzte dann verstärkt seit der vollen Freizügigkeit ab 2014 ein. Ein Teil davon wird als dauerhafter als die vorherige in die (romanisch-sprachigen) Mittelmeerländer empfunden. Die Menschen würden in Deutschland von einem stabileren sozioökonomischen Rahmen mit einem starken Wohlfahrtsstaat profitieren.

Derzeit gibt es kein spezifisches Programm, das von den lokalen Behörden durchgeführt wird, um auf die Bedürfnisse transnationaler Migrationsgruppen einzugehen, obwohl es Schritte in eine solche Richtung gibt, hauptsächlich von Unternehmen, NROs und Schulen. In den Jahren 2016 und 2017 gab es ein nationales Programm "Investiere in dein Land" zur Finanzierung von Projekten für Rückkehrer. Zehn Familien (alle Rückkehrer aus Italien) nahmen erfolgreich daran teil. Die von ihnen gegründeten Unternehmen existieren auch heute noch. Die Beziehung zwischen der lokalen Verwaltung und den Rückkehrern ist von Ablehnung und Enttäuschung geprägt. Die Rückkehrer haben höhere Ansprüche und Erwartungen an die lokalen Lebensverhältnisse und die Effizienz der Verwaltung, die vor Ort nicht erfüllt werden können. Einwohner und Verwaltungsangestellte ohne Migrationserfahrung neigen dazu, solche Ansprüche abzulehnen, was bei den Rückkehrenden zu Enttäuschung und dem Eindruck führt, dass sich in ihrer Herkunftsgemeinde nichts ändern ließe bzw. würde.

157 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/F%C4%83g%C4%83ra%C8%99>.

Die Migration, und in diesem Fall die Rückkehr, wird als positiv für den lokalen Kontext empfunden. Junge Menschen würden nach der Schule oder vor dem Schulabschluss auswandern und kämen mit (hauptsächlich handwerklichen) Fähigkeiten zurück, die sie dann lokal einsetzten. Die Rückkehrer lernten praktische Fertigkeiten, Disziplin, hielten sich an die Regeln und gelten als ‚zivilisierter‘. Wenn Kinder mit ausgewandert sind, hätten sie als Rückkehrer Probleme, sich wieder in das rumänische Bildungssystem zu integrieren. Einige zurückkehrende Kinder haben vorher in der Schule (im Ausland) noch nie Rumänisch gesprochen und müssten dann die Schule vollständig auf Rumänisch meistern.

Der Arbeitskräftemangel, der durch die Auswandernden entstehe, wird tendenziell durch die Einwanderung von Arbeitskräften z. B. aus Pakistan, Thailand, den Philippinen und Sri Lanka kompensiert. Dies betrifft vor allem junge Männer für den Bausektor oder das Reinigungsgewerbe und Frauen in der Hauswirtschaft. Der Durchschnittslohn im Bausektor liege bei etwa 500 Euro pro Monat und damit über dem rumänischen Mindestlohn. Man gehe davon aus, dass diese neuen ‚Gastarbeiter‘ in ihre Heimatländer zurückkehren oder in andere EU-Mitgliedsstaaten weiterziehen. Deshalb wird (ähnlich wie bei den ‚Gastarbeitern‘ der 1960er Jahre in Deutschland) nicht erwartet, dass sich durch sie neue Anforderungen an ihr soziales Umfeld, etwa die Schulen oder die Gesundheitsversorgung ergäben. Insgesamt gibt es bisher aber kaum gesichertes Wissen über die Perspektiven und Bedürfnisse dieser neuen Einwanderergruppen wie auch der von Roma-Auswandernden.¹⁵⁸

Eine dritte besuchte Gemeinde ist *Toflea*, Teil der Kommune Brăhășești, im Kreis Galați. *Toflea* hatte 2021 knapp 6.000 Einwohner, von denen ein sehr großer Teil der Gruppe der Roma zugeordnet wird. Der Ort ist vor allem in den Sommermonaten belebt, wenn Familien aus den verschiedensten Regionen der EU und dem Vereinigten Königreich nach Hause zurückkehren. Den größten Teil des Jahres verbringen sie im Ausland, sodass das Dorf ansonsten fast still und leer ist. Lokale Vertreter sind der Ansicht, dass man die Bevölkerungsdynamik trotzdem nicht als Migration bezeichnen sollte. Für sie liege Migration dann vor, wenn Menschen dauer-

158 Zu Umfang und Dynamik der Migration nach Rumänien aus Drittländern vgl. Styrnol et al. 2023a; <https://www.romania-insider.com/report-romania-steadily-becoming-destination-migrants-work-2024> und <https://romania.fes.de/e/romania-devine-o-tara-de-destinatie-pentru-migratie-economica.html>; auch https://en.wikipedia.org/wiki/Immigration_to_Romania. Für Bulgarien vgl. Styrnol et al. 2023b; https://en.wikipedia.org/wiki/Immigration_to_Bulgaria.

haft einen Ort verlassen, um nicht zurückzukehren. In Toflea aber sei es so, dass die Menschen nur zeitweise weggingen, um ihren Verdienst zu erhöhen und zusätzliche Bedürfnisse befriedigen zu können. Dies könne man laut einem unserer Interviewpartner nicht als Migration bezeichnen, sondern als einen Arbeitsplatz, der weiter entfernt sei.

Nach Auskunft unseres Interviewpartners reisen fast alle Pendelmigrierenden mit der gesamten Familie aus. Sie gingen dorthin, wo sie Verwandte oder Freunde haben, nicht auf gut Glück, sondern mit einer gewissen Planung und Sicherheit. Die lokale öffentliche Verwaltung habe keine Möglichkeiten, sie bei der Migration oder der Rückkehr zu unterstützen. Allein in der Stadt Hagen gibt es etwa 100 Familien aus Toflea. Sie verließen Toflea nicht, weil sie sehr arm seien und es ihnen an Lebensmitteln oder Mitteln für den täglichen Bedarf fehle. Sie migrieren, weil ihnen in Deutschland höhere Löhne und bessere Bedingungen für die Ausbildung ihrer Kinder geboten werde. Wenn sie Dokumente (z. B. über Schulbesuche der Kinder) beantragen, unterstützt die Gemeinde sie mit dem Nötigsten, aber viel mehr könne man nicht leisten. In der Zeit, in der besonders viele Anträge gestellt werden, also zwischen dem 15. Juni und dem 5. September, gebe es eine Anpassung des Verwaltungspersonals an solche Dienstleistungen, danach nähme die Arbeitsbelastung wieder ab.

Im Jahr 2012 gab es in der gesamten Kommune Brăhășești noch 1.900 Kinder, zehn Jahre später sind es noch etwa 600, also weniger als ein Drittel. Einige junge Menschen ziehen auch in der Region in größere Städte. Mit dem durch Migration ersparten Geld bauen Familien imposante Häuser, die immer weiter ausgebaut würden. Das kommunale Budget erlaube es gar nicht, die Infrastruktur – etwa Wasserversorgung, Abwasser und Strom – im gleichen Rhythmus auszubauen. Die interviewte Person aus der Kommunalverwaltung hat ein ambivalentes Verhältnis zu den Migrierenden, weil sie sich lokal nicht konstruktiv einbrächten: „Im Ausland würden sie nicht so handeln, aber die meisten von ihnen scheinen bei ihrer Rückkehr nach Rumänien alles zu vergessen, was sie dort gelernt und gelebt haben, und tun so, als wären sie nie weg gewesen.“ (I4.36)

Obwohl die Migrierenden ihre Ersparnisse in das Dorf investiert haben, erscheine es unwahrscheinlich, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens tatsächlich dauerhaft zurückkehren würden. Der Hauptgrund sei, dass die Kinder und Enkelkinder in Deutschland oder anderen westlichen Ländern arbeiten und leben. Einige Familien haben einen Rückkehrversuch unternommen, das Dorf aber nach einigen Monaten wieder verlassen, weil sie den im Ausland erworbenen Lebensstandard nicht halten konnten.

Nach Auskunft der Interviewperson können die Gemeinden den Migrierten keine höheren Gehälter bieten, um sie dauerhaft lokal zu binden. Unternehmen, die daran interessiert seien, in der Region zu investieren und Beschäftigte zu rekrutieren, könnten nicht das gleiche Gehalt und die gleichen Leistungen wie in Deutschland bieten.

Die letzte hier zu präsentierende Herkunftsregion vieler Migrierender im Ruhrgebiet ist der *Kreis Suceava*. Es ist der zweitgrößte Kreis Rumäniens, liegt in der nordöstlichen Region, nimmt etwa vier Prozent der Gesamtfläche des Landes ein und hatte im Jahr 2021 etwa 641.000 Einwohner. Der Kreis besteht aus 114 administrativen Gebietseinheiten, davon 5 Städte, 11 Ortschaften und 98 Gemeinden. Wegen der großen Bedeutung der Migration für diese Region wurde 2016 vom Kreisrat ein „Diaspora-Büro“ eingerichtet. Es hat die Aufgabe, den Kontakt zu den rumänischen Migrierenden in der Welt, vor allem in der EU, aufrechtzuerhalten. Das Büro will die Migrierenden über ihre Rechte informieren, sie bei spezifischen Bedürfnissen unterstützen und organisiert das Kulturprogramm *Luna Diasporei* (Monat der Diaspora). Dieses findet jedes Jahr im August statt, wenn viele Migrierende zum Urlaub in den Kreis zurückkehren. Das Diaspora-Büro verwaltet auch 16 Partnerschaften zwischen dem *Kreis Suceava* und anderen Verwaltungseinheiten im Ausland, wie z. B. die Partnerschaft mit der deutschen Region Schwaben, die im Jahr 2022 ihr 25-jähriges Bestehen feierte.

Die Vertreter des Landkreises beschreiben die Mobilität der Menschen als „sehr dynamisch“ und nur schwer mit Daten zu erfassen. Denn viele Menschen gehen für kurze Zeit ins Ausland, um dort zu arbeiten, insbesondere für Saisonarbeit, melden sich aber weder ab, wenn sie gehen, noch zurück, wenn sie wieder nach Suceava kommen. In einer Umfrage bei den 114 Gemeinden des Kreises wurde die hohe Mobilität bestätigt, ohne dass weitere Informationen über die Migrierenden, ihre Zielorte oder die Dauer ihres Aufenthalts aufgenommen wurden. Die Initiative *Luna Diasporei* gilt als Best-Practice-Beispiel, da sie sich auf Treffen mit Migrierten konzentriert, um deren Anliegen zu besprechen, relevante Informationen zu einem jährlich wechselnden Thema anzubieten und durch verschiedene Workshops sicherzustellen, dass sie bei einer erneuten Migration besser vorbereitet sind. Ein wichtiges Ziel ist auch, die Rückkehrmigration zu fördern. In früheren Jahren wurden im Rahmen des Programms Themen wie der Umgang mit Arbeitsvereinbarungen und -verträgen, der Zugang zu kostenloser psychologischer Online-Unterstützung für im Ausland arbeitende Eltern und deren Kinder, die sich in der Region aufhalten, sowie der

Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten durch Programme für Rückkehrer oder EU-Mittel erörtert.

Im Laufe eines Jahres beziehen sich etwa drei Viertel der beim Amt eingehenden Anfragen auf Finanzierungsmöglichkeiten für die Gründung eines Unternehmens im Falle einer Rückkehr, auf Fragen im Zusammenhang mit (verlorenen) Dokumenten oder auf die Vermittlung von Kontakten zu anderen lokalen öffentlichen Einrichtungen, um Dienstleistungen für Migrierte zu erleichtern. Der Wunsch junger Menschen, mehr Geld zu verdienen, wird als Grund dafür angesehen, die Region zu verlassen mit der Absicht, irgendwann zurückzukehren. Gering qualifizierte Personen nehmen dabei tendenziell eher eine kurzfristige Saisonarbeit an, während Höherqualifizierte tendenziell einen langfristigen Vertrag mit mehr Leistungen anstreben.

Eine wichtige Informationsquelle für das Ausmaß und die Dynamik der Migration können die Geldrücküberweisungen (*Remittances*) sein. Aus Informationen von Banken geht hervor, dass in den letzten Jahren mehr Geld aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich überwiesen wurde als zuvor.¹⁵⁹ Gleichwohl habe man den Eindruck, dass die *Remittances* in der Vergangenheit aus Italien und Spanien vergleichsweise höher waren, weil damals mehr Einzelpersonen in diese Länder migrierten, während im letzten Jahrzehnt mehr Elternpaare mit ihren Kindern nach Deutschland und in andere nordwestliche EU-Mitgliedsstaaten migrierten. Diese Entwicklung wird von Seiten der rumänischen Verwaltung als ambivalent eingeschätzt. Einerseits sei es gut, dass die Familien zusammenleben können, andererseits sinke dadurch auch die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr nach Rumänien.

Vor allem das rumänische Baugewerbe leide unter der Auswanderung. Angesichts einer alternden Bevölkerung und immer mehr junger Menschen im Ausland (oder in den großen Städten in Rumänien) brauchen auch die Zurückgebliebenen Unterstützung. Nach Meinung der interviewten Personen seien Kinder, deren Eltern im Ausland arbeiten, einem größeren Risiko ausgesetzt, missbraucht zu werden, die Schule vorzeitig zu verlassen oder zu erkranken. Eltern haben die Pflicht, die Gemeinden über die Betreuungspersonen ihrer Kinder zu informieren, während diese im Ausland arbeiten. Im Jahr 2022 war ein Trend zur Rückkehrmigration zu beobachten, möglicherweise aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten in anderen

159 Vgl. Daten der Weltbank: <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT?locations=RO>.

EU-Staaten und wegen des Krieges in der Ukraine. Allerdings wurden 2022 mehr Bürger aus dem Landkreis Suceava im Ausland geboren als im Landkreis selbst. Dies verdeutlicht den Bevölkerungsrückgang aufgrund des demographischen Wandels und der Auswanderung.

Diejenigen Migrierten, die nach längeren Auslandsaufenthalten nach Rumänien zurückkehren, werden als eine Bereicherung und ein Impuls für gesellschaftliche Entwicklung wahrgenommen. Diese Menschen hätten wichtige neue Erfahrungen gesammelt, sowohl für das Privatleben als auch in Bezug auf ihre Ausbildung und berufliche Tätigkeit. Ein interviewter Verantwortlicher der Kreisverwaltung meint dazu:

„Wir können niemanden zum Bleiben zwingen, wir sind jetzt in der EU, jeder kann dorthin gehen, wohin er will, je nach seiner Ausbildung und Erfahrung, um einen besser bezahlten Job zu finden, wir können niemandem vorwerfen, dass er ein besseres Leben will, aber wir möchten, dass sie zurückkommen. Derzeit gibt es in Rumänien keine Gesetzgebung, die besagt, dass diejenigen, die das Land verlassen, für die Schulbildung zahlen müssen“ (I4.37).

Generell wird von den Interviewten ein stärkerer Dialog auf kommunaler und regionaler Ebene mit Verantwortlichen an den Zielorten gewünscht:

„Es wäre interessant, hier vor Ort zu erfahren, welche Probleme die Behörden, die Institutionen dort in Bezug auf unsere Diaspora ausgemacht haben. Worin sehen sie das Problem? Wir könnten sie aufgreifen und in unseren Gesprächen mit den Migranten ansprechen“ (I4.38).

5. Für ein differenziertes Denken und Handeln bei Migration und Integration

Im anwendungsorientierten Forschungsprojekt *ZuSudo* haben wir mittels einer umfangreichen empirischen Erhebung in ausgewählten Kommunen des Ruhrgebiets sowie in den Herkunftsländern Bulgarien und Rumänien Fragen zu vier wichtigen Akteursgruppen beantwortet, die in Migrationsprozessen eine Rolle spielen: die Migrierenden und ihre Familien selbst, die Herkunftskommunen, die Ankunftscommunen und die migrantischen Selbstorganisationen (vgl. Abbildung 1.5 in Kapitel eins). Auf der *Ebene der Migrierenden und ihrer Familien* war es uns insbesondere wichtig, die typischen Muster der Migration, die relevanten Motive und die dabei gemachten Erfahrungen sowie die auf Ankommen, Teilhabe und Integration ausgerichteten Handlungsorientierungen herauszustellen. Migration als komplexer sozialer Prozess ist prinzipiell dynamisch und offen für (intergenerationale) Aushandlungen und kann verschiedene Formen bzw. Typen annehmen. Empirisch ließen sich in dieser Studie *Einwanderer*, *Rückkehrorientierte*, *zirkulär Migrierende* und *transnational Migrierende als die vier Idealtypen von Migrierenden* identifizieren. Jeder Typ hat dabei ganz eigene Orientierungen und Muster des Ankommens sowie der (grenzüberschreitenden) Teilhabe und Integration. Neben dem Fokus auf das Sichtbarmachen und Einordnen der Komplexität von Migrations- und Teilhabeerfahrungen stellten wir auch die Fähigkeiten der Migrierten und teilgruppenspezifischen Bedarfe heraus. Im Hinblick auf Bildungsabschlüsse zeigen die Befragten ein sehr breites Spektrum, das von kaum formalisierter Bildung bis zum Universitätsabschluss reicht. Sozialisationserfahrungen können sehr stark variieren, auch innerhalb von ethnisch-kulturellen oder Bildungsgruppen. Diskriminierung und Ausgrenzung in Herkunft- und Ankunftsändern können mit unterschiedlichen Merkmalen verbunden sein (man wird bspw. als Roma wahrgenommen und stigmatisiert, als ungebildeter Arbeiter in einer Fleischfabrik oder als aus einem „Dritte-Welt-Land“ stammend), zu verschiedenen Erfahrungen führen und so das Verhältnis zu Nachbarschaft und Behörden in den Ankunftsändern auf unterschiedliche Weise prägen. Türkischsprachige Bulgaren erfahren bspw. noch immer häufig die Ablehnung etablierter Türkeistämmiger. Außerdem zeigen sich einige Unterschiede zwischen den Migrierendengrup-

pen sowohl im Hinblick auf die formulierten Unterstützungsbedarfe als auch auf die Muster der Arbeitsmarktbeteiligung im Zeitverlauf. Insgesamt widersprechen die überaus differenzierten Ergebnisse in Kapitel zwei den häufig auftretenden stereotypen Vorannahmen zu „den Zuwanderern“ oder „den Roma“.

Auf der *Ebene der Ankunftskommunen* haben wir in Kapitel drei und vier zunächst die jeweils lokalen Spezifika der Wahrnehmungsmuster und -kontexte der Migration aus Rumänien und Bulgarien sowie die Entwicklung der Strukturen des lokalen Integrationsmanagements im Hinblick auf EU2-Länder nachvollzogen. Trotz erheblicher Unterschiede zwischen den untersuchten Kommunen zeigte sich, dass der Schwerpunkt der Wahrnehmungen, Projekte und Kooperationen überwiegend auf gering qualifizierte, prekäre Lebenslagen und Nachbarschaftskonflikte ausgerichtet ist. Roma werden zwar oft nur implizit als Zielgruppe genannt, jedoch besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von problembelasteter Armutsmigration und den als Roma gelesenen Migrationsgruppen. Verstärkt bzw. reproduziert wird dies durch lokale Medienberichterstattungen sowie politische Debatten und Kommentare. Demgegenüber stehen zunehmend Bemühungen, die die Defizitperspektive überwinden möchten und eine Positivbesetzung dieser Wanderungsprozesse anstreben. Es zeigte sich auch, dass die im Rahmen von vorangegangenen Migrationen gesammelten Erfahrungen bei der Wahrnehmung der Migrierten in den Ankunftskommunen kaum eine Rolle spielen. Wir konnten zudem zeigen, dass anhaltende Mobilitätsorientierungen und -muster eher negativ bewertet werden und Integrationsmaßnahmen nur dann als erfolgreich wahrgenommen werden, wenn sich dabei langfristige Bleibeabsichten entwickeln. Schließlich stellten wir fest, dass die *Wahrnehmungs-Muster Migration-Integration (WAMMI)* selbst bei Akteursgruppen mit ähnlichen Positionen im lokalen Integrationsmanagement und sogar innerhalb derselben Stadt stark variieren können. Wir konnten sechs typische WAMMIs identifizieren, in denen sich die zentralen Dimensionen des Wanderungsgeschehens (*Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration*) auf unterschiedliche Art und Weise abbilden und die lokale Integrationsarbeit prägen.

Auf der *Ebene der rumänischen Herkunftskommunen* zeigte sich ein ebenso diverses Bild. Migrierende, die einen intensiven Lebensbezug zu ihren Herkunftskommunen besitzen und dort für die meiste Zeit des Jahres leben, werden von diesen nicht als solche wahrgenommen, sondern als temporär im Ausland Beschäftigte. Das kann auch dann der Fall sein, wenn sich die Aufenthalte über einen sehr langen Zeitraum erstrecken

und mehrere Familienmitglieder involvieren wie etwa in Toflea. Die Unterstützungsmöglichkeiten für diese Gruppe von Migrierenden variieren jedoch zwischen den Kommunen und Regionen. Während einige Akteure eigene Mittel einsetzen können, um diesen Personengruppen verschiedene migrationsbezogene Dienstleistungen anzubieten, müssen sich andere Kommunen auf ein Minimum beschränken. Andere Gruppen Migrierender wiederum werden eher als überwiegend Ausgewanderte mit nur schwacher Anbindung an die Herkunftskommunen und kaum Unterstützungsbedarf wahrgenommen. Insgesamt sehen sich viele Herkunftskommunen mit verschiedenen Formen von Migration gleichzeitig konfrontiert. Es gibt sowohl eine anhaltende, grenzüberschreitende Lebensbezüge entwickelnde Migration der eigenen Bevölkerung als auch Rückkehrbewegungen sowie Migrationen und Fluchtbewegungen aus dem Ausland.

Auf der *Ebene der Migrantenorganisationen und -netzwerke* lag unser Fokus auf einigen ausgewählten Roma-Organisationen und der Skizzierung von Bedingungen, die für ein erfolgreiches Einbinden spezifischer MOs in das jeweilige lokale Integrationsmanagement notwendig sind. Dabei wurde unter anderem die enge Anbindung dieser Organisationen an die Kommunen deutlich, die sowohl mit Vor- als auch Nachteilen verbunden ist. Während ein Vorteil ist, dass in Kommunen beschäftigte MO-Mitglieder über diese Anstellung ein Einkommen generieren können, liegt der Nachteil in der Übertragung der in kommunalen Aushandlungsprozessen inhärenten Widersprüche (zwischen integrativen und kontrollorientierten Maßnahmen) und damit verbundenen Erwartungen in die MOs. Dieser Prozess kann die Organisationen und ihre Mitglieder vor große Herausforderungen stellen. Hinzu kommt ein umfassender Bedarf an unterstützenden (Professionalisierungs-)Maßnahmen.

Im Laufe des Projekts diskutierten wir die Zwischen- und Endergebnisse mit Akteuren des lokalen Integrationsmanagements im Rahmen mehrerer Veranstaltungen. Über die gemeinsame Reflexion der empirischen Ergebnisse sollten Kommunen als Orte des Ankommens und der Aushandlung von Teilhabe und Integration unterstützt, Teilhabechancen von migrierten Personen aus Rumänien und Bulgarien verbessert und Migrantenorganisationen mit EU2-Bezug gestärkt werden. Alle Ebenen verbindend lassen sich folgende vier Handlungsausrichtungen für ein erfolgreiches lokales Integrationsmanagement identifizieren:

5.1 Differenzieren

Für die Weiterentwicklung des lokalen Integrationsmanagements ist es zunächst einmal zentral, das zu enge Verständnis von Migration als klassische *Einwanderung* mit langfristiger Bleibeabsicht zu erweitern. Zu dieser Differenzierung zählt erstens die Unterscheidung typischer Migrationskonstellationen, bei der wir auf der Basis eigener und anderer Studienergebnisse die vier Idealtypen Einwanderer, Rückkehrorientierte, zirkulär Migrierende und transnational Migrierende identifizieren konnten. Differenzieren bezieht sich zweitens auf die verschiedenen Dimensionen in Wanderungsprozessen: Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration. Jedoch gilt das Gebot des Differenzierens nicht nur für die Migrierenden selbst, sondern drittens auch für die typischen Muster der Wahrnehmung von Migration und Integration in den Kommunen als räumliche Ankerpunkte von Migrationsprozessen. Schließlich bezieht sich Differenzieren auch darauf, dass die Migrierenden ihre Migrationsprojekte im Laufe der Zeit meistens verändern, anpassen oder ganz neu bestimmen.

Nimmt man die Forderung nach Differenzierung ernst, so sollten vor allem die Ankunfts- und auch die Herkunftskommunen ihre lokalen Unterstützungsstrukturen für Migrierende überdenken. Denn in der Regel fokussieren sich die Ankunfts-kommunen bei der Entwicklung ihrer Serviceleistungen auf den Typus der Einwanderer. Die Verantwortung für die Ankommens- und Teilhabeaufgaben in Bezug auf saisonale bzw. zirkuläre Migration wird oft den beschäftigenden Unternehmen zugeschrieben, während die Kommunen primär darauf bedacht sind, Skandale etwa bezüglich der Unterbringung oder Beschäftigungsbedingungen durch Einbezug von Dienstleistungen wie beispielsweise „Faire Mobilität“ zu vermeiden. Zirkuläre und transnationale Migration sollten aber höchstens als Abweichung von den eigenen kommunalen Erwartungen und als durchaus üblicher Teil von Migrationsprozessen verstanden werden. Um den Handlungsorientierungen der verschiedenen Migrationstypen gerecht zu werden, schlagen wir daher vor, das kommunale bzw. lokale Integrationsmanagement zu *Kommunalen Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration* (KOSMATT; vgl. Tabelle 5.1) zu erweitern.

Tabelle 5.1: Kommunale Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration

Kommunale Services für Migration	Daten, Wissen, Länderkenntnisse ausbauen, globale und europäische Trends kennen, Regionen potentieller Migration identifizieren
Kommunale Services für Ankommen	Informieren, vernetzen, Sprachfähigkeiten entwickeln, Ankommen als dynamischer, längerer Prozess mit unklarem Ausgang mitgestalten
Kommunale Services für Teilhabe	Partizipation an Erziehung, Bildung, Ausbildung; Wirtschaft und Arbeitsmarkt; Gesundheit, Rechts- und Sozialsystem; Kultur, Netzwerke
Kommunale Services für Integration	Chancen-/verteilungsgleiche Beteiligung in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

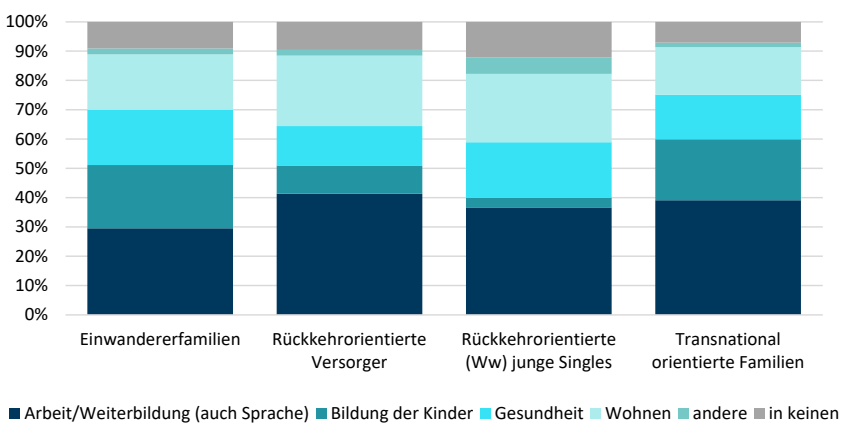
Quelle: Eigene Ausarbeitung

Dabei sollte auf das Grundverständnis einer interaktionistischen Perspektive auf Integration als Aushandlungsprozess zwischen Eingewanderten und Alteingesessenen zurückgegriffen werden. Als Ausgangspunkt für die ersten Orientierungs- und Beratungsgespräche mit Neuangekommenen könnte die Erfassung von Migrationserfahrungen, momentanen Weiterwanderungsperspektiven und Teilhabeorientierungen dienen. Dabei sollte stets die bereits betonte Prozesshaftigkeit und die damit verbundene Möglichkeit des Wandels dieser Orientierungen berücksichtigt werden. Im Einzelnen lassen sich die Elemente von KOSMATI wie in Tabelle 5.1 zusammenfassen. Sie sind jedoch nicht als hierarchisch oder stufenweise miteinander verbunden aufzufassen, sondern stehen jeweils für sich. Die konkrete Ausgestaltung von KOSMATI sollte sich zunächst an den vor Ort jeweils bereits bestehenden Strukturen orientieren. Einige Kommunen wie Dortmund sind in dieser Hinsicht konzeptionell bereits weit fortgeschritten. Andere kleinere Kommunen wie Oer-Erkenschwick brauchen dabei sicher u. a. konzeptionelle Unterstützung.

Wir plädieren damit auch für eine grundsätzliche Weiterentwicklung des Migrationsdiskurses in Deutschland. Während die Nutzung des Begriffs Einwanderungsland bis Anfang der 2000er verweigert worden war und man danach nur eher zögerlich von einem Zuwanderungsland sprach, dominiert in Deutschland heute das Selbstverständnis, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wenn wir jedoch den Herausforderungen gegenwärtiger komplexer Migrationen gerecht werden wollen, müssen wir auch unser Verständnis von Migration anpassen und anerkennen: Deutschland ist ein Migrationsland. Das ist deshalb so wichtig, weil es zusätzliche Anstren-

gungen erfordert in gesellschaftlichen Bereichen wie bspw. Bildung, die ohnehin derzeit als unterfinanziert bzw. unter Fachkräftemangel leidend gelten. Schulen müssten viel besser auf grenzüberschreitende Bildungswege und temporäre Aufenthalte von Schülerinnen und Schülern vorbereitet werden. Auch sollten Nachfolgenerationen flexiblere Bildungs- und Berufsausbildungsperspektiven eröffnet werden. Dass die verschiedenen Migrationstypen durchaus mit variierenden Erwartungen hinsichtlich der Unterstützungsleistungen in den Ankunftscommunen einhergehen, zeigt die Abbildung 5.1. In unserer Befragung variieren nicht nur der formulierte Bedarf im Bereich Wohnen (wo rückkehrorientierte Migrierende häufiger Erfordernisse sehen) deutlich (und statistisch signifikant), sondern auch die Bedarfe hinsichtlich der Bildung der Kinder (wo umgekehrt die Einwanderer- und transnational orientierten Familien große Unterstützungserwartungen angeben).

Abbildung 5.1: Migrationstypen und Lebensbereiche mit Unterstützungsbedarf



Quelle: Eigene Ausarbeitung

Wie wir zeigen konnten, eignen sich stereotype Vorannahmen über EU2-Migrierte nicht als Grundlage für die Entwicklung von individuellen Handlungsmustern oder Programmausrichtungen in Organisationen. Da sie sich aber bereits in Form von bestimmten *Wahrnehmungsmustern von Migration/Integration* (WAMMIs) verfestigt haben, sollte eine Anstrengung darin bestehen, diese wieder aufzubrechen. Dazu müssen Kommunen in der Lage sein, maßgeschneiderte Angebote für spezifische Bedarfsgruppen (im

Sinne der Migrationstypen aber auch im Hinblick auf die in Kapitel 2 beschriebene Diversität der Migrierenden) zu kreieren. Die hier vorgelegten Daten zu teilgruppenspezifischen Fähigkeiten und Bedarfen können dabei als Orientierung dienen

5.2 Informieren

Mit dieser Handlungsausrichtung unterstreichen wir die Notwendigkeit, die Kommunikation und Information mit Blick auf alle vier beteiligten Gruppen – die Migrierenden und ihre Familien, die Herkunftskommunen, die Ankunftscommunen und die migrantischen Selbstorganisationen – und alle vier in der Tabelle 5.1 skizzierten Dimensionen von kommunalen Services für Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration zu verbessern. Außerdem sollten Herkunfts- und Ankunftscommunen ihr Wissen über die jeweils besonders relevanten Drehpunkte von Migration erweitern. Dafür benötigen sie fundierte Kenntnisse über die wichtigsten Herkunfts- bzw. Ankunftslande und die entsprechenden sozialen Sicherungssysteme, aber auch über die sozialkulturellen Gewohnheiten und politischen Kulturen. So werden in vielen postsozialistischen Ländern die staatlichen Einrichtungen, aber auch die Gewerkschaften und politischen Parteien mit wesentlich mehr Argwohn betrachtet als etwa in Deutschland. Dies ist angesichts von Traditionen staatskontrollierter Gewerkschaften, Korruption und Vetternwirtschaft vor und nach den gesellschaftlichen Transformationen verständlich. Die fehlenden Kenntnisse und das geringe Vertrauen führen letztendlich dazu, dass die Migrierenden auch in den Ankunftscommunen selten die zuständigen Behörden etwa wegen Sozialleistungen oder Gesundheitsversorgung kontaktieren.

Hier schalten sich nicht selten unlautere Vermittler und Agenten ein, die gegen Bezahlung Auskünfte geben oder Anträge ausfüllen. Informelle Vermittler- und Übersetzerdienste werden noch immer häufig genutzt und haben sich auch grenzüberschreitend in digitaler Form weiterentwickelt. Grundsätzlich können sie eine sinnvolle Ergänzung zu Dienstleistungen sein, die lokal/kommunal nicht immer vollumfänglich zu leisten sind. Andererseits sind sie oft mit Geldzahlungen oder weiterreichenden Abhängigkeiten verbunden, können inkorrekt sein und zu äußerst problematischen Situationen mit Behörden und Unternehmen, einschließlich Finanzinstitutionen führen. Ein besserer Informationsaustausch zwischen den relevanten Akteuren in den Herkunfts- und Ankunftscommunen kann dabei

helfen, angepasste Dienstleistungen zu entwickeln und unseriöse Vermittlungsagenturen zu kontrollieren. Für diesen Bereich der Information birgt die Expertise der migrantischen Selbstorganisationen ein oft unterschätztes Potential.

Für Menschen, die vor der Entscheidung stehen, ob und wohin sie mit welchen spezifischen Zielen migrieren sollen, sind entsprechende seriöse und neutrale Informationen von großem Wert. Ausgewanderte und Rückkehrmigrierende schildern ihre Erfahrungen in dem Migrationsankunftsland oft entweder besonders positiv oder besonders negativ. So entstehen in den Herkunftsregionen stereotype Vorstellungen über gute Verdienstmöglichkeiten oder ständige Diskriminierungen. Herkunfts- und Ankunftscommunen sollten ihr Interesse an möglichst differenzierter Information für (potentiell) Migrierende stärken, weil dies zukunftsfähige Migrationsprojekte fördert und wechselseitige Vorteile ermöglicht. Hierzu gehört etwa auch die Aufklärung über Sprachanforderungen oder Möglichkeiten, sich in den Ankunftsregionen praktisch zu bewegen. Denkbar sind gemeinsame Informations-, Sprach- und andere Projekte, in denen Herkunfts- und Ankunftscommunen auf der Basis klarer Interessenbekundungen und Aushandlungen kooperieren. So ist in der Regel den Ankunftscommunen, die dringend Arbeitskräfte für bestimmte Sektoren (wie Pflegebereich, Medizinberufe oder Erntearbeit) suchen, nicht bekannt oder es ist ihnen gleichgültig, welche Folgewirkungen die Abwanderung in den Herkunftsregionen auslösen kann.

Spezifische Informationen zu den Herkunfts- und auch Ankunftsregionen, ihren relevanten Einrichtungen (gesetzlichen Regelwerken, Behörden, Organisationen, Verwaltungsaufbau etc.) sowie ihren sozialkulturellen Institutionen und Gepflogenheiten (angemessene Formen der Kommunikation, Formen des Vertrauensaufbaus, familien- oder geschlechterbezogene ‚Fettnäpfchen‘ etc.) sind für alle beteiligten Akteursgruppen wichtig und müssen laufend weiterentwickelt werden. Hierbei können migrantische Selbstorganisationen eine wichtige Vermittlerrolle zwischen Migrierenden und deren Herkunfts- sowie Ankunftsregionen einnehmen. Generell gilt für alle beteiligten Akteursgruppen, dass sie ihre Arbeit immer auch in einer transnationalen Perspektive ausgestalten müssen.¹⁶⁰ Dies kann helfen, wechselseitige Erfahrungen und Erwartungen auszutauschen und anzugleichen. Dazu sollten auch neuere Kommunikationsformen genutzt werden

160 Vgl. z.B. Pries 2011 und Boldt-Jaremko et al. 2022 zu transnationaler sozialer Arbeit.

und auf bereits bestehende Initiativen zur Entwicklung digitaler Anwendungen (Apps) zurückgegriffen werden.¹⁶¹ Wichtig wäre hier, auch Angebote für Menschen ohne Lese- und Schreibfähigkeiten in einfacher Sprache oder ausschließlich audiovisuell zu entwickeln. Solche Apps könnten die „Mängelmelder-Apps“ ergänzen, die einige Kommunen bereits entwickelt haben, um Bürgerbeschwerden zu verarbeiten.¹⁶²

5.3 Anerkennen

Im Bereich der Anerkennung befinden sich Maßnahmen, die auf die positive Konnotation der EU2-Migration abzielen und seit jüngerer Zeit bereits in einigen Kommunen erprobt werden. Bisher ist es aber nur in Ansätzen gelungen, die hier vorgestellte differenziertere Perspektive auf EU2-Migration in die öffentliche Debatte einzubringen.

Bei der Anerkennung sollte es zum einen darum gehen, die formalen, aber auch die non-formalen Wissensbestände, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erkennen und zu würdigen. Wie unsere Studie zeigt, verfügen die von uns Befragten über ein beachtliches Sprachpotential, welches kaum produktiv eingebracht werden kann. Sprachkenntnisse von EU2-Migrierenden, die von Behördenangestellten in den Ankunftscommunen nur als mangelnde Deutschkenntnisse wahrgenommen werden, können sich in der Praxis aufgrund vorhergehender Migrationserfahrungen als reichhaltige Fähigkeiten z. B. in Italienisch oder Spanisch erweisen. So verfügen Migrierende aus Bulgarien nicht selten über türkische Sprachkenntnisse. Dass wir in unserer Erhebung 33 Ankunftslander und insgesamt 23 gesprochene Sprachen zählen konnten, sollte Anlass genug sein zu prüfen, inwieweit eine Anpassung oder Neuentwicklung der bereits bestehenden Ansätze zur Kompetenzfeststellung oder der Weiterqualifizierung von formal gering Qualifizierten möglich und von Nöten ist.

Dies gilt aber nicht nur für Sprachfähigkeiten, sondern auch für die Anerkennung von Arbeitserfahrungen. Schon die Anerkennung formaler Ausbildungsabschlüsse und deren Äquivalenz zu in Deutschland erworbe-

161 Vgl. bspw. https://www.hagen.de/web/de/hagen_de/01/0101/010101/PM_533633.html.

162 Vgl. bspw. in Essen https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0513/interkulturelle_orientierung/Endfassung_Konzept_Zusammenleben_in_Vielfalt_Ratsbeschluss.pdf.

nen Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen gestaltet sich unserem Land als Herausforderung. Im Jahr 2020 wurde die Dreimonatsfrist bei 41 Prozent der Anerkennungsverfahren zu nicht reglementierten Berufen nicht eingehalten.¹⁶³ Für reglementierte Berufe „stieg die Dauer zwischen einem Bescheid mit der ‚Auflage‘ einer Ausgleichsmaßnahme und dem endgültigen Bescheid bis 2021 auf durchschnittlich 490 Tage und damit auf weit über ein Jahr an.“¹⁶⁴ Hier könnten auf kommunaler Ebene flexible Zwischenlösungen in Kooperation mit Arbeitgebenden und Gewerkschaften vereinbart werden. Auch migrantische Selbstorganisationen könnten hier ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen, wenn ihnen die angemessenen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und ihre Professionalisierung jenseits von „Projektitis“ nachhaltig gestärkt wird.

Schließlich sollten auch die Herkunfts- und die Ankunftscommunen die Potentiale von Migration anerkennen und für sich zu nutzen lernen. Die meisten Ankunftscommunen von EU2-Migration arbeiten zur Zeit schon daran, die von diesen und anderen Migrationsbewegungen angestoßenen Lernprozesse durch konzeptionelle und (finanz-)strukturelle Weiterentwicklungen ihres lokalen Integrationsmanagements umzusetzen. Wie sich gezeigt hat, ist dieser Prozess in einigen Kommunen bereits weiter fortgeschritten als in anderen. Diese Erkenntnis gliedert sich in die empirische Migrationsforschung ein, die besagt, dass Migrationsprozesse komplexe wechselseitige Lern- und Entwicklungsprozesse sind, die sich nicht einfach oder einseitig steuern lassen. Der Umgang mit Migration – sei es als wiederkehrendes ‚Neuankommen‘ (mit teils sehr großer Varianz in Zu- und Fortzügen, siehe Kapitel 4.1) oder dauerhafte Einwanderung ganz verschiedener Gruppen (Herkunftsländer, Migrationsumstände, rechtlicher Status etc.) – sowie die Eröffnung von entsprechenden Teilhabechancen sind demnach als Daueraufgaben zu verstehen, die die Kommunen auch in Zukunft leisten müssen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sollte ihnen jedoch die geeignete (finanzielle) Anerkennung von Land-, Bund- und EU-Ebene entgegengebracht werden. Weniger nützlich sind zeitlich begrenzte und thematisch zu eng gestaltete Projektzuschnitte, die in bereichsübergreifend organisierten Strukturen mit ausgeprägten gegenseitigen Abhängigkeiten bearbeitet werden müssen.

163 Vgl. etwa SVR 2022: 29ff. <https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/pr/o/aktuelles-dauer-der-verfahren.php>.

164 Vgl. <https://www.bibb.de/de/169373.php>.

Für die Herkunftskommunen der Migration bedeutet Anerkennen vor allem, sich ehrlich zu machen hinsichtlich der Ursachen, möglichen Folgewirkungen und Potentiale dieser verschiedenen Wanderungsbewegungen. Nicht selten wird Migration in den Gemeinden und Verwaltungen der Herkunftsregionen entweder tabuisiert oder heroisiert. Das Ausblenden der Migrationstatsachen bei lokalen Behörden kann aus unterschiedlichen Gründen erfolgen. In einigen Fällen werden die Migrierenden als eher zu vernachlässigende ‚Außenseiter‘ des dörflichen oder städtischen Lebens angesehen. In anderen Fällen klammern lokale Verwaltungen das Thema aus, weil die (dauerhaften oder auch zirkulären) Auswanderungen zeigen, dass es nicht gelungen ist, den Menschen eine Zukunft am Herkunftsort zu eröffnen. Nicht selten wird die Migration auch als *Brain Drain*, also als Abfluss von dringend im eigenen Land benötigten Fachkräften wahrgenommen. Migrierende selbst betonen in ihren Herkunftsgemeinden häufig die positiven Seiten der Migration wie etwa das vergleichsweise bessere Verdienstniveau in Deutschland, um ihre Wanderungsentscheidungen zu legitimieren und Erfolg zu demonstrieren.

Für einen angemessenen Umgang mit Migration sind die Herkunftskommunen und die Migrierenden selbst gut beraten, einen differenzierten und gut informierten Blick auf deren Chancen und Risiken zu werfen. Werden diese komplexen und oft widersprüchlichen Zusammenhänge anerkannt, dann können die sich durch Migration ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen und Regionen auch besser genutzt werden. So bergen etwa die aus Arbeitsmigrationen entstehenden Geldrücküberweisungen (*Remittances*) und vor allem die im Ausland erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen erhebliche Potentiale für die Entwicklung von Familien und Gemeinden. Viele Studien zeigen, dass *Remittances* zwar hauptsächlich für den konsumtiven Unterhalt in Haushalten verwendet werden, jedoch unterstützen sie dadurch auch lokale Ökonomien oder werden für produktive Investitionen genutzt.¹⁶⁵ Hier gibt es inzwischen auch positive Beispiele für die systematische Kanalisierung von *Remittances* in die Regionalentwicklung der Herkunftsländer. So existiert in Mexiko seit fast zwei Jahrzehnten das Programm „Drei-für-Eins“, in dessen Rahmen für jeden US-Dollar, den mexikanische Arbeitsmigrierende aus den USA in ihre Herkunftsgemein-

165 Vgl. allgemein World Bank 2006 und <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT>; Grabowska et al. 2017; Pries 2023.

den für gemeinschaftliche Projekte aufwenden, die lokale, Landes- und Bundesbehörden jeweils einen weiteren US-Dollar zusätzlich beisteuern.¹⁶⁶

5.4 Kooperieren

Die Ergebnisse unserer Studie unterstreichen, dass alle beteiligten Akteursgruppen des lokalen Umgangs mit Migration, Ankommen, Teilhabe und Integration intensiver kooperieren sollten. Dabei sind sowohl interne Kooperationsbemühungen in ein und derselben Behörde als auch grenzüberschreitende Zusammenarbeiten zwischen unterschiedlichen Organisationen erwünscht. Grund für die Notwendigkeit einer Kooperation ist, dass die einer Kommune angehörenden Ressorts verschiedene Aufträge besitzen, die häufig mit widerstreitenden Wahrnehmungsmustern in Bezug auf Migration und Integration einhergehen und miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Ein zentrales und oft als Spannungsverhältnis wahrgenommenes Kooperationsgefüge ist das zwischen ordnungsrechtlich und eher sozial-integrativ ausgerichteten Akteuren. Hier zeigen die Interviews, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen besonders dann als erfolgreich bewertet werden, wenn auch die Zusammenarbeit mit sozial-integrativen Akteuren von beiden Seiten als eher vertrauensvoll und positiv wahrgenommen wird. Die Interviews sowie das WAMMI-Muster *Engagierter Bürokrat* verweisen auf potentielle Ausbaumöglichkeiten dieser Kooperationsbeziehung. Dazu müssten jedoch Formate jenseits von formalen Arbeitskreisen entwickelt werden, wie etwa der zeitlich befristete Wechsel von Beschäftigten zwischen Arbeitsbereichen oder der gezielte Aufbau semiformaler Organisationskontakte.¹⁶⁷

Während die Innovationswirkungen solcher neuen Kooperationsformen im Bereich der Privatwirtschaft hinreichend dokumentiert sind, wird deren Einführung in der öffentlichen Verwaltung bisher etwa durch bürokratische Beharrungskräfte oder mit Hinweis auf fehlende Ressourcen gebremst. Auf ebenfalls große Hindernisse trifft die nachhaltige Kooperation im Bereich von Migration und Integration, wenn es um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Ankunftscommunen geht. Denn diese stehen – wie die Interviewauswertung in Kapitel drei gezeigt hat – hinsichtlich der

166 Vgl. García Zamora 2017 und <https://www.gfmd.org/pfp/ppd/12152>.

167 Vgl. zu solchen im Bereich von Profit-Organisationen bereits gründlich erforschten Kooperationsformen etwa Biancani et al. 2014; Lampraki et al. 2024.

Aufmerksamkeit auf Landes- und Bundesebene, der Personal- und Finanzressourcen und der Verdrängung nicht gewünschter EU2-Migrierender in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Noch komplizierter wird die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Akteursgruppen auf kommunal-behördlicher Ebene. Migrantische Selbstorganisationen und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege können bei entsprechender Förderung und Professionalisierung einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger grenzüberschreitender Kooperation leisten.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die Kooperationsstrukturen in Grenzregionen wie Rhein-Waal, die zwischen Orten des Wohnens und Orten der Beschäftigung von vorwiegend EU2-Migrierenden aufgebaut wurden, um ein Mindestmaß an menschenwürdigen Wohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.¹⁶⁸ Eine Orientierung dafür, wie grenzüberschreitende Kommunikation und Informationsübermittlung mit potentiellen Migrierenden gestaltet werden kann, bieten in diesem Zusammenhang die gewerkschaftlichen internationalen Vernetzungsbemühungen wie das Netzwerk *Fair European Labour Mobility*.¹⁶⁹

Die hier nur skizzierten Aufgaben im Bereich von Migration und Integration stärker zu differenzieren, zu informieren, anzuerkennen und zu kooperieren mögen als umfangreich und kaum zu bewältigen erscheinen. Sie ergeben sich aber zwingend aus der komplexen sozialen Wirklichkeit selbst. Ein solch differenziertes Denken und Handeln erscheint ehrlicher und nachhaltiger, als die fortdauernde Mobilität von EU2-Migrierenden etwa als gescheiterte Integrations- oder Reintegrationsprozesse zu interpretieren. Außerdem sollte berücksichtigt werden, dass als typische Auswanderungsregionen wahrgenommene Länder wie Bulgarien und Rumänien selbst mit einer zunehmenden Einwanderung, Rückkehrwanderung und zirkulären Wanderung von angeworbenen Arbeitskräften aus Drittstaaten konfrontiert sind. Hier erscheint es durchaus sinnvoll, gemeinsame Lernprozesse zu initiieren. Denn schließlich ist es Herkunftsländern wie Bulgarien oder Rumänien genau so wenig möglich, Migration zu steuern, wie Deutschland. Und auch für sie stellt sich die Eröffnung von Teilhabechancen etwa für Rückkehrmigrierende als Daueraufgabe heraus. Generell ist davon auszuge-

168 In der Euregio Region Rhein-Waal spielt auch die Kooperation zwischen Ankunftskommunen (Wohnorte und Arbeitsorte) eine Rolle; vgl. <https://www.hochschule-rhein-waal.de/de/fakultaeten/gesellschaft-und-oekonomie/forschung/forschungsprojekte/arbeitsmigration-zwischen-den>.

169 Vgl. <https://www.fair-labour-mobility.eu/de>.

hen, dass die Herausforderungen im Bereich von Migration und Integration zukünftig eher zu- als abnehmen werden. Dies betrifft nicht nur die (freiwillige) Arbeitsmigration, sondern auch die zunehmend bedeutsamere Fluchtmigration sowie die Dynamiken zukünftiger EU-Erweiterungen.¹⁷⁰

170 Vgl. zu zukünftiger forcierter Migration etwa Pries/Bohlen 2024 und die WeltRisiko-Berichte unter <https://weltrisikobericht.de/#epaper>.

Literatur

- Abramitzky, Ran/ Boustan, Leah/ Eriksson, Katherine (2019). To the new world and back again: Return Migrants in the age of mass migration. In: *Industrial Labor Relations Review*, 72(2), S. 300-322.
- Ahrens, Jill/ King, Russel (Hg.) (2023). *Onward Migration and Multi-Sited Transnationalism. Complex Trajectories, Practices and Ties*. IMISCOE Research Series. Cham: Springer.
- Ammon, Jan/ Czudai, Katharina/ Worthmann, Georg (2017). *Zuwanderung aus Südosteuropa: Eine empirische Untersuchung von Modellprojekten für Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien. Materialien zu Monitoring und Evaluation. Arbeitspapiere*, 58. Bottrop: Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.). <https://www.gib.nrw.de/service/downloaddatenbank/zuwanderung-aus-suedosteuropa> [04.10.2021].
- Anghel, Remus G./ Fauser, Margit/ Boccagni, Paolo (Hg.) (2019a). *Transnational Return and Social Change: Hierarchies, Identities and Ideas*. New York: Anthem Press.
- Anghel, Remus G./ Toma, Stéfanía/ Fosztó, László (2019b). *Romanian Identity and Immigration in Europe*. In: Ratuva, Steven (Hg.), *The Palgrave Handbook of Ethnicity*. Singapore: Palgrave Macmillan, S. 1671–1688.
- Arnold, Rolf (1983). Deutungsmuster. Zu den Bedeutungselementen sowie den theoretischen und methodologischen Bezügen eines Begriffs. *Zeitschrift für Pädagogik*, 29(6), 893-912, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0111-pedocs-142852> [19.04.2024].
- Bade, Klaus J. (2000). *Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Bade, Klaus J. (2014). ‚Armutswanderung‘: Pragmatismus, Rassismus und Negative Integration. Neben integrationspolitischen und sozialrechtlichen Diskussionen stehen rassistische Zuschreibungen und Negative Integration. Erschienen am 18. März 2014 im MiGAZIN: <http://www.migazin.de/2014/03/18/bade-armutswanderung-pragmatismus-rassismus-negative-integration>.
- Bade, Klaus J./ Oltmer, Jochen (2004). *Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bade, Klaus J./ Oltmer, Jochen (2008). *Deutschland*. In: Bade, Klaus J./ Emmer, Pieter C./ Lucassen, Leo/ Oltmer, Jochen (Hg.), *Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 141-170.
- Bainski, Christiane (2019). *Zuwanderung und Schule im Ruhrgebiet: Ein Blick auf Verfahren, Prozesse und Herausforderungen seit 2014*. Essen: Stiftung Mercator. <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/zuwanderung-und-schule-im-ruhrgebiet-langfassung/> [27.04.2024].

- Barz, Hajdi/ Kaya, Asiye/ Horvath, Gilda/ Reinhardt, Dotschy/ Abed-Ali, Riham (2020). Studie zum Empowerment von Sinti*ze und Rom*nja. Forschungsbericht im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Hochschule Mittweida. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antiziganismus/barz-kaya-horvath.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [27.06.2024].
- Basch, Linda/ Glick Schiller, Nina/ Szanton Blanc, Cristina (Hg.) (1994). Nations Unbound: Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States. London: Gordon & Breach.
- Bauerdick, Rolf (2013). Zigeuner: Begegnungen mit einem ungeliebten Volk. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Biaback Anong, Dorothea (2024). Seasonal workers wanted! Germany's seasonal labour migration regime and the COVID-19 pandemic. In: Politics, 44(2), S. 219-234.
- Biancani, Susan/ McFarland, Daniel A./ Dahlander, Linus (2014). The Semiformal Organization. Organization Science, Vol. 25(5): 1306-1324. <http://dx.doi.org/10.1287/orsc.2013.0882>.
- Birke, Peter (2022). Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag.
- Blätte, Andreas (2017). Regelungen der Bundesländer in Bezug auf Integration. Expertise für den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Universität Duisburg-Essen.
- Böckler, Stefan/ Gestmann, Margarita/ Handke, Thomas (2018). Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und Alteingesessene im Ankunftsquartier. Wiesbaden: Springer VS.
- Bogumil, Jörg/ Hafner, Jonas/ Heinze, Rolf G. (2021). Steuerung kommunaler Sozialleistungen im Kreis Recklinghausen. ZEFIR-Materialien Band 16. Bochum: Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Ruhr-Universität Bochum. <https://omp.ub.rub.de/index.php/ZEFIR/catalog/view/215/188/1170> [09.04.2024].
- Bogumil, Jörg/ Heinze, Rolf G./ Lehner, Franz/ Strohmeier, Klaus P. (2012). Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Essen: Klartext.
- Bogumil, Jörg/ Kuhlmann, Sabine/ Hafner, Jonas/ Kastilan, André/ Oehlert, Franziska/ Reusch, Marie Catherine (2023). Lokales Integrationsmanagement in Deutschland, Schweden und Frankreich. Verwaltung und Koordination im Mehrebenensystem.
- Boldt-Jaremko, Thea/ Ene Onea, Catalina/ Grosu, Doinita/ Paetzold, Ulrich (2022). Lokal und Transnational in der Sozialen Arbeit: Perspektiven der Sozialen Arbeit aus Deutschland, Polen und Rumänien. Berlin: Peter Lang.
- Bonfert, Lisa/ Günzel, Eva/ Kellmer, Ariana/ Barglowski, Karolina/ Klammer, Ute/ Petermann, Sören/ Pries, Ludger/ Schlee, Thorsten (2022). Migrantenorganisationen und soziale Sicherung. IAQ-Report 10/2022. Duisburg: Universität Duisburg-Essen.
- Bosch, Gerhard/ Hüttenhoff, Frederic/ Weinkopf, Claudia (2020). Corona-Hotspot Fleischindustrie: Das Scheitern der Selbstverpflichtung. IAQ Report. Duisburg: Universität Duisburg-Essen. Link: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00072659.

- Brücker, Herbert/ Hauptmann, Andreas/ Keita, Sekou/ Vallizadeh, Ehsan (2020). Zuwanderungsmonitor Mai 2020. IAB Aktuelle Daten und Indikatoren. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. <https://iab.de/publikationen/publikation/?id=10367493> [27.05.2024].
- Brücker, Herbert/ Hauptmann, Andreas/ Keita, Sekou/ Vallizadeh, Ehsan (2024). Zuwanderungsmonitor März 2024. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2403.pdf [22.04.2023].
- Brücker, Herbert/ Hauptmann, Andreas/ Vallizadeh, Ehsan (2013). Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien: Arbeitsmigration oder Armutsmigration? IAB-Kurzbericht 16/2013. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Brücker, Herbert/ Hauptmann, Andreas/ Vallizadeh, Ehsan (2015). Zur ökonomischen und sozialen Lage der Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien. In: Stadtforschung und Statistik, 28(2), S. 8-16.
- Cahn, Claude/ Guild, Elspeth (2008). Recent Migration of Roma in Europe. OSCE High Commissioner on National Minorities. <https://www.osce.org/files/f/document/s/4/d/78034.pdf> [12.03.2024].
- Cerese, Francesco P. (1974). Expectations and Reality: A Case Study of Return Migration from the United States to Southern Italy. In: International Migration Review, 8(2), S. 245-262.
- Ceylan, Rauf (2018). Neue Migrantengruppen und alte Ausgrenzungsmechanismen im Kontext der Etablierten-Außenseiter-Figuration. In: Ceylan, Rauf/ Ottersbach, Markus/ Wiedemann, Petra (Hg.), Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation. Wiesbaden: Springer VS, S. 87-100.
- Ciobanu, Ruxandra O. (2015). Multiple Migration Flows of Romanians. In: Mobilities, 10(3), S. 466-485.
- COE (Council of Europe) (2012). Estimates and official numbers of Roma in Europe. <https://rm.coe.int/1680088ea9> [24.05.2024].
- Cöster, Anna Caroline (2015). „Gekommen, um zu bleiben“?! Eine ethnographische Sicht auf die Zuwanderung von Personen aus Rumänien und Bulgarien in den Duisburger Stadtteil Marxloh. In: Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach, Klaus Peter Strohmeier (Hg.), Auf die Adresse kommt es an. Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Weinheim und Basel. S. 329-348.
- DeStatis (2023). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland: Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit. Statistisches Bundesamt (Destatis). <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=table&code=12711-0007#astructure> [24.04.2024].
- DeStatis (2024). Rohdatenauszahlung ausländische Bevölkerung. Statistisches Bundesamt (DeStatis). <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/rohdaten-auslaendische-bevoelkerung-zeitreihe.html> [24.04.2024].

- DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) (2014). Die Migration aus Südosteuropa in lokalen Medien in Duisburg 2014. Eine kritische Diskursanalyse des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) im Auftrag der Open Society Foundations (OSF). Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/07/DISS-Migration-Suedosteuropa-Medien-Duisburg-2014.pdf> [09.04.2024].
- Döring, Ottmar/ Müller, Bettina/ Neumann, Florian (2015). Potenziale erkennen – Kompetenzen sichtbar machen: Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund. Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BdV), Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LL_WfA_GP_Potenziale_erkennen_2016.pdf [10.05.2024].
- El-Mafaalani, Aladin (2021). Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistisch-kritischen Widerstand. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Engbersen, Godfried (2018). Liquid Migration and Its Consequences for Local Integration Policies. In: Scholten, Peter/ van Ostaijen, Mark (Hg.), *Between Mobility and Migration: The Multi-Level Governance of Intra-European Movement*. Cham: Springer, S. 63-76.
- Engbersen, Godfried/ Leerkes, Arjen/ Grabowska-Lusinska, Izabela/ Snel, Erik/ Burgers, Jack (2013). On the Differential Attachments of Migrants from Central and Eastern Europe: A Typology of Labour Migration. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 39(6), S. 959–981.
- Engbersen, Godfried/ Snel, Erik (2010). Dynamic and fluid patterns of post-accession migration flows. In: Glorius, Birgit/ Grabowska-Lusinska, Izabela/ Kuvik, Aimee (Hg.), *Mobility in Transition: Migration Patterns after EU Enlargement*. IMISCOE Research Series. Amsterdam: Amsterdam University Press. S. 21-40.
- Faist, Thomas/ Fauser, Margit/ Reisenauer, Eveline (2014). *Das Transnationale in der Migration: Eine Einführung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- FB-SVR (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2020). *Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft*. Berlin: SVR.
- Fischer, Sabine/ Schweers, Stefan/ Uske, Hans (2012). *Die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: 1. Integrationsbericht des Kreises Recklinghausen*. Kreis Recklinghausen. https://www.recklinghausen.de/inhalte/startseite/leben_wohnen/dokumente/1_integrationsbericht_kreis_re.pdf [09.04.2024].
- FRA (European Union Agency for Fundamental Rights) (2022). *Roma in 10 European Countries. Main Results. Roma Survey 2021*. Luxemburg: European Union. <https://fra.europa.eu/en/publication/2022/roma-survey-findings> [15.05.2024].
- García Zamora, Rodolfo (2017). El Programa Tres por Uno de remesas colectivas en México. Lecciones y desafíos. *Migraciones Internacionales*, 4(12), 165–172. <https://doi.org/10.17428/rmi.v4i12.1185>.
- Geiges, Lars/ Neef, Tobias/ Kopp, Julia/ Mueller-Stahl, Robert (2017). *Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa. "Roma" zwischen Anerkennung und Ausgrenzung*. Bielefeld: Transcript.

- Gesemann, Frank / Roth, Roland (Hg.) (2021). Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS.
- Grabowska, Izabela/ Garapich, Michal P/ Jazwinska, Ewa/ Radziwinowiczówna, Agnieszka (2017). Migrants as Agents of Change. Social Remittances in an Enlarged European Union. London/New York: Palgrave.
- Hassan, Emmanuel/ Siöland, Linus/ Akbaba, Berkay/ Cinova, Daniela/ Gasperini, Michaela/ Geraci, Matthew (2023). Annual Report on Intra-EU Labour Mobility 2022. European Commission. DG Employment, Social Affairs and Inclusion.
- Hassan, Emmanuel/ Siöland, Linus/ Akbaba, Berkay/ Cinova, Daniela/ Gasperini, Michaela/ Geraci, Matthew (2024). Annual Report on Intra-EU Labour Mobility 2023. European Commission. DG Employment, Social Affairs and Inclusion. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8594&furtherPubs=yes>.
- ILO (International Labour Organisation) (2020). How to Facilitate the Recognition of Skills of Migrant Workers. Guide for Employment Service Providers. Second Edition. Geneva: International Labour Organisation. Link: https://webapps.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---migrant/documents/publication/wcms_748721.pdf [10.05.2024].
- IOM (International Organization for Migration) (2024). World Migration Report 2024. Geneva: International Organization for Migration. Link: <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2024> [10.05.2024].
- IT.NRW (2023a). Wanderungen von Nichtdeutschen in ausgewählten Kreisen und Gemeinden NRWs 2006 – 2022 nach Reichweite und Staatsangehörigkeit, Sonderauswertung. Statistisches Landesamt, Düsseldorf.
- IT.NRW (2023b). Ausländische Bevölkerung am 31.12. in Nordrhein-Westfalen nach ausgewählten kreisfreien Städten und Kreisen nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer. Sonderauswertung. Statistisches Landesamt, Düsseldorf.
- IT.NRW (2024). Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeiten (215) - kreisfreie Städte und Kreise - Stichtag. Landesdatenbank NRW (IT.NRW). <https://www.landesdatenbank.nrw.de/> [25.04.2024].
- Jennissen, Roel/ Bovens, Mark/ Engbersen, Godfried/ Bokhorst, Meike (2023). Migration Diversity and Social Cohesion. Reassessing the Dutch Policy Agenda. The Research for Policy Series. Cham: Springer.
- Jeon, Shinyoung (2019). Unlocking the Potential of Migrants: Cross-country Analysis. OECD Reviews of Vocational Education and Training, OECD.
- Jessen, Patricia/ Schoenen, Stephanie (2018). Konzept: Zusammenleben in Gladbeck. Ergebnisse des Prozesses. Stadt Gladbeck. Amt für Integration und Sport. https://www.gladbeck.de/familie_bildung/integration/Integrationskonzept_2019_Web.pdf [15.04.2024].
- Jobelius, Matthias/ Stoiciu, Victoria (2014). Die Mär vom "Sozialtourismus". Zuwanderung rumänischer Staatsbürger nach Deutschland und in andere EU-Mitgliedsländer. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10467.pdf> [24.05.2024]

- Jungwirth, Ingrid/ Gassner, Marius (2024). Arbeitsmigration zwischen den Grenzen – Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in relevanten Sektoren in der Euregio Region Rhein-Waal. Hochschule Rhein-Waal. Link: <https://www.hochschule-rhein-waal.de/en/media/19650/download?attachment> [10.05.2024].
- Kelle, Udo/ Kluge, Susann (2010). Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kovacheva, Vesela/ Cyrus, Norbert (2020). Zur Situation von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Deutschland. Literaturbericht im Rahmen der Studie „Ermittlung der Unterstützungsbedarfe für EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in prekären Lebenslagen in Hamburg“ Diskussionspapier. Hamburg: Diakonisches Werk Hamburg.
- Kovacheva, Vesela/ Cyrus, Norbert (2022). Unterstützungsbedarfe für EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen in Hamburg: Eine Studie der Diakonie Hamburg. Hamburg: Diakonisches Werk Hamburg.
- Kühn, Boris/ Schammann, Hannes/ Bendel, Petra (2024). Integration als Pflichtaufgabe: Holzweg oder Königsweg zu krisenfesten kommunalen Strukturen? Hildesheim: Universität Hildesheim. Blätte
- Kurtenbach, Sebastian/ Gehne, David H. (2024). Transnationalisierung als Herausforderung Sozialer Arbeit in Ankunftsgebieten. In: Gesemann, Frank/ Roth, Roland (Hg.), Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 293-311.
- Kurtenbach, Sebastian/ Rosenberger, Katrin (2021). Nachbarschaft in diversitätsgeprägten Stadtteilen: Handlungsbezüge für die kommunale Integrationspolitik. Expertise für das NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Münster: FH Münster.
- Lampraki, Athanasia/ Kolypiris, Christos/ Grohsjean, Thorsten/ Dahlander, Linus (2024). The new needs friends: Simmelian strangers and the selection of novelty. Strategic Management Journal, Vol 5:716–744. DOI: 10.1002/smj.3564.
- Lechner, Claudia (2020). Anwerbung und Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften: Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71251-3> [22.04.2024].
- Levitt, Peggy (2001). The Transnational Villagers. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Levitt, Peggy/ Glick Schiller, Nina (2004). Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Field Perspective on Society. In: International Migration Review, 38(3), S. 1002–1039.
- Loschert, Franziska/ Kolb, Holger/ Schork, Franziska (2023). Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe: Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor. SVR-Studie, 2023-I. Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR).
- Lücke, Matthias (2021). Wie sich Migration auf die Herkunftsländer auswirkt. Kurzdossier Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/344328/wie-sich-migration-auf-die-herkunftslaender-auswirkt/> [15.05.2024].

- Luig, Benjamin (2024). Saisonarbeit in der Landwirtschaft. Bericht 2023. Herausgegeben von der Initiative Faire Landwirtschaft (IFL). Link: <https://igbau.de/Binaries/Binary20039/InitiativeFaireLanderarbeit-Saisonbericht2023.pdf> [15.05.2024].
- Martin, Benice (2003). The Pentecostal Gender Paradox: A Cautionary Tale for the Sociology of Religion. In: Fenn, Richard K. (Hg.), *The Blackwell Companion to Sociology of Religion*. Oxford: Blackwell Publishing Ltd, S. 52-66.
- Massey, Douglas/ Alarcón, Rafael/ Durand, Jorge/ González, Humberto (1987). *Return to Aztlan. The Social Process of International Migration from Western Mexico*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Matter, Max (2015). Nirgendwo erwünscht: Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Mayring, Philipp A. E. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Merz-Benz, Peter-Ulrich/ Wagner, Gerhard (2007). Idealtypus und Verstehen: Max Webers Logik der Handlungsdeutung. In: Klingemann, Carsten (Hg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 53-66.
- Neuburger, Tobias/ Hinrichs, Christian (2021). Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus, März 2021.
- Oltmer, Jochen (2018a). ‚Neue Migrationen‘ und ‚Alte Migrationen‘: Der Wandel der bundesdeutschen Migrationsverhältnisse. In: Ceylan, Rauf/ Ottersbach, Markus/ Wiedemann, Petra (Hg.), *Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-32.
- Oltmer, Jochen (Hg.) (2018b). *Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration*. Wiesbaden: Springer VS.
- Orozco, Manuel (2003). *Hometown Associations and their Present and Future Partnerships: New Development Opportunities?* Report commissioned by the U.S. Agency for International Development. Washington D.C.: US-AID.
- Pamporov, Alexey (2009). Roma / Gypsies in Bulgaria. In: *GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences (Hg.): Roma in Central and Eastern Europe. Social Sciences Eastern Europe. Thematic Series (02)*. Berlin, S. 27-32.
- Paul, Anju M./ Yeoh, Brenda S.A. (2021). Studying multinational migrations, speaking back to migration theory. In: *Global Networks*, 21(1), S. 3–17.
- Pfister, Sandra M. (2020). Deutungsmuster als forschungsheuristisches Konzept. Erkenntnisse aus der Rekonstruktion von Deutungsmustern der Katastrophe. *Sozialer Sinn* 21(1), S. 149-183.
- Pries, Ludger (Hg.) (2001). *New Transnational Social Spaces: International Migration and Transnational Companies in the Early Twenty-First Century*. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203469392>
- Pries, Ludger (2004). Determining the Causes and Durability of Transnational Labour Migration between Mexico and the United States: Some Empirical Findings. In: *International Migration*, 42 (2), S. 3-39.

- Pries, Ludger (2010a). *Transnationalisierung: Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pries, Ludger (2010b). (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde. In: Pries, Ludger/ Sezgin, Zeynep (Hg.), *Jenseits von ‚Identität oder Integration‘: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 15-60.
- Pries, Ludger (2011). Transnationalisierung der sozialen Welt als Herausforderung und Chance. In: Reutlinger, Christian/ Baghdadi, Nadia/ Kniffki, Johannes (Hrsg.), *Die soziale Welt quer denken. Transnationalisierung und ihre Folgen für soziale Arbeit*. Leipzig: Frank & Timme, S. 17-36.
- Pries, Ludger (2013). Grenzüberschreitende Wanderungen von Menschen und Wissen: Migration, sozial-kulturelle Vielfalt und Innovation im Ruhrgebiet. In: Hornberg, Sabine/ Richter, Claudia/ Rotter, Carolin (Hrsg.), *Erziehung und Bildung in der Weltgesellschaft, Festschrift für Christel Adick*. Münster, NY, München, Berlin: Waxmann, S. 191-208.
- Pries, Ludger (2023) From economic remittances to societal transmittances. Experiences from the European Union. *Contemporary Southeastern Europe*, Vol. 10(1): 1-20 (doi 10.25364/02.9:2023.1.1).
- Pries, Ludger (2024). *Soziologie der Migration. ‚Kleine Reihe Soziologie‘ für Lehrer/-innen und Lehrerbildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau-Verlag (im Erscheinen).
- Pries, Ludger/ Bohlen, Rafael (2024). *Forced Migration: An Integrative Perspective for the 21st Century*. Cheltenham: Edward Elgar (im Erscheinen).
- Pries, Ludger/ Sezgin, Zeynep (Hg.) (2010). *Jenseits von ‚Identität oder Integration‘: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*. Wiesbaden: VS-Verlag
- Pries, Ludger/ Sezgin, Zeynep (Hg.) (2012). *Cross-Border Migrant Organisations in Comparative Perspective*. Houndmills: Palgrave.
- Pries, Ludger/ Yankelevich, Pablo (2019). Comparing Contexts, Institutions and Periods of the Émigrés' Arrival and Possible Return. In: Pries, Ludger/ Yankelevich, Pablo (Hg.), *European and Latin American Social Scientists as Refugees, Emigrés and Return-migrants*. Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 285-296.
- Rommel, Franz (1993). *Die Roma Rumäniens: Volk ohne Hinterland*. Redaktionell bearbeitet und mit einem Nachwort von Renata M. Erich. Wien: Picus.
- Salamońska, Justyna/ Czeranowska, Olga (2021). Mapping the diversity and structuring of migration patterns: One-off, repeat and multiple migrants in the European Union. In: *International Migration*, 59, S. 29-44.
- Salzbrunn, Monika (2009). *Glocal Migration and Transnational Politics: The Case of Senegal*. *Global Migration and Transnational Politics. Working Papers no. 8*, 2009. Fairfax: George Mason University.
- Sandner Le Gall, Verena (2017). Die Problematisierung transnationaler Migration innerhalb der EU: Aushandlungen um Zugehörigkeiten südosteuropäischer Roma. In: Tölle, Alexander/ Wehrhahn, Rainer (Hg.), *Translokalität und lokale Raumproduktion in transnationaler Perspektive. Reihe Thematicon*, 30. Berlin: Logos, S. 79-95.

- Sandu, Dumitru (2023). Emigrarea definitivă de dată recentă: de unde și de ce? Publicat în Contributors.ro, 12 august 2023. https://www.researchgate.net/publication/373092995_Emigrarea_definitiva_de_data_recenta_de_unde_si_de_ce_Definitive_Emigration_of_Recent_Date_Where_from_and_Why?enrichId=rgreq-07c4a478e3db43c5fac240dab84501a5-XXX&enrichSource=Y292ZXJQYWdlOzMzMzA5Mjk5NTtBUzo xMTQzMtI4MTTE4MTEyMzI5NEAxNjkxODY0Nz.Y3MjM2&el=1_x_3&_esc=publicationCoverPdf [15.04.2023].
- Schlicht, Heike (2019). Oer-Erkenschwick: Integration und das Haus der sozialen Leistungen. In: Hein, Ruven/ Krämer, Wolfgang/ Liemann, Kerstin/ Schmitz, Alexandra/ Wiesenenthal, Claus/ Winkel, Jan-Hendrik (Hg.), Integrationsbericht Kreis Recklinghausen 2018 - 2019. Integration vor Ort. Kommunales Integrationszentrum Recklinghausen. S. 122-123. https://www.kreis-re.de/inhalte/buergerservice/leben_und_wohnen/kommunales_integrationszentrum/kreis_re_integrationsbericht_2018_2019_komprimiert.pdf [09.04.2024].
- Schmidt, Susanne K. (2019). Ein Kampf der Staatsgewalten? Die schwierige soziale Absicherung des europäischen Freizügigkeitsregimes. In: Zeitschrift für Sozialreform (ZSR), 65(1), S. 29-57.
- Scholten, Peter/ van Ostaïen, Mark (Hg.) (2018). Between Mobility and Migration: The Multi-Level Governance of Intra-European Movement. IMISCOE Research Series. Cham: Springer Open.
- Schramm, Christian (2025). Mobility within the European Union: Capturing its complexity to guide policy. In: Kuptsch, Christiane/ Mieres, Fabiola (Hg.), Temporary labour migration: Towards social justice? Geneva: ILO. *Im Erscheinen*.
- Schupp, Pia/ Wohlfarth, Charlotte (2022). Integrationsgesetze auf Länderebene: Eine aktualisierte Bestandsaufnahme – und was der Bund daraus lernen kann. SVR-Studie 2022-3. Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration.
- Sieglen, Georg (2020). Migranten auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2008 bis 2018. I|2020. IAB-Regional. IAB Nordrhein-Westfalen.
- Siöland, Linus/ Hassan, Emmanuel/ Geraci, Matthew/ Gasperini, Michaela/ Viñuales, Clara/ Markowska, Agnieszka/ Aouati, Olivia (2023). Report on mobile seasonal workers and intra-EU labour mobility. European Commission. DG Employment, Social Affairs and Inclusion.
- Smith, Robert C. (1997). Reflections on migration, the state and the construction, durability and newness of transnational life. In: Pries, Ludger (Hg.), Transnationale Migration. Sonderband 12 Soziale Welt. Baden-Baden: Nomos, S. 197–220.
- Smith, Robert C. (2001). Comparing local level Swedish and Mexican transnational life. An essay in historical retrieval. In: Pries, Ludger (Hg.), New transnational social spaces: International migration and transnational companies. London: Routledge, S. 37–58.
- Stadt Dortmund (2012): Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess. Stadt Dortmund.
- Stadt Dortmund (2014): Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa. Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/CAC1074D947BA373C1257C7E003B3C5B/\\$FILE/Anlagen_11787-14.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/CAC1074D947BA373C1257C7E003B3C5B/$FILE/Anlagen_11787-14.pdf) [24.05.2024].

- Stadt Dortmund (2018): Zehn Jahre EU2-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf Dortmund. Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit. [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/774D0786ADBDAE19C12582970030F067/\\$FILE/Anlagen_11011-18.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/774D0786ADBDAE19C12582970030F067/$FILE/Anlagen_11011-18.pdf)
- Stadt Dortmund (2022): Dortmunder Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa. Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit. [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/3CEB658753050014C1258899003CF9AE/\\$FILE/Anlagen_25007-22.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/3CEB658753050014C1258899003CF9AE/$FILE/Anlagen_25007-22.pdf) [24.05.2024].
- Stadt Duisburg (2013). Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa: Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Januar 2013. Stadt Duisburg, Referat für Integration. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/Erster_Bericht_der_Stadt_Duisburg_zur_Zuwanderung_aus_Sdost-Europa.pdf [24.05.2024].
- Stadt Duisburg (2015). Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. III. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Februar 2015. Stadt Duisburg, Kommunales Integrationszentrum. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/III._Sachstandsbericht_final.pdf [24.05.2024].
- Stadt Duisburg (2016). Kommunales Integrationskonzept Duisburg 2016. https://www.duisburg.de/microsites/wir_sind_du/Kommunales_Integrationskonzept_Duisburg_2016.pdf [19.04.2024].
- Stadt Duisburg (2018). Sozialbericht 2018 Stadt Duisburg: Integration zugewanderter Menschen in Duisburg. Aktionsplan „Integration“. Erstellt durch Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS), herausgegeben durch Kommunales Integrationszentrum (KI). https://www.duisburg.de/vv/produkte/pro_du/dez_iii/50/102010100000077024.php.media/90369/Sozialbericht_Duisburg_2018_web.pdf
- Stadt Duisburg (2023). Neuordnung der Dezernatsverteilung und Teilung des Ordnungsbereichs in ein Bürger- und Ordnungsamt und ein Amt für Integration und Einwanderungsservice. Drucksache-Nr. 23-0767, Beschlussvorlage. Datum 23.10.2023. Stadt Duisburg.
- Stadt Duisburg (2024). Rumänische und bulgarische Staatsbürger in Duisburg, zum 01.12.2015 und zum 01.12.2022. Sonderauswertung Kommunales Integrationszentrum, Stadt Duisburg.
- Stadt Essen (2021). Zugänge zur Zielgruppe über Kinder und Jugendliche: Rahmenbedingungen und Zugänge in Essen. Vortrag während der Digitalkonferenz „Zuwanderung aus Südosteuropa“. Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes NRW, 13. April 2021.
- Stadt Hagen (2019). Integrationskonzept zur Zuwanderung aus Südosteuropa. Kommunales Integrationszentrum, Quartiersmanagement Hagen. https://www.hagen.de/web/media/files/fb/fb_55/ueberuns/kiz-integrationskonzept-soe-201909.pdf [24.05.2024].
- Sternberg, Jan Philipp (2018). Auswanderung. Dossier Migration. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/247684/auswanderung/> [24.05.2024].

- Strauß, Daniel (2021). *Romnokher-Studie 2021: Ungleiche Teilhabe - Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland*. Mannheim: RomnoKher.
- Styrnol, Natalia/ Wiktor-Mach, Dobrosława/ Sikorsk, Joanna (2023a). *ROMANIA. Migration and demographic patterns in Central-Eastern Europe*. Cracow: Cracow University of Economics.
- Styrnol, Natalia/ Wiktor-Mach, Dobrosława/ Sikorsk, Joanna (2023b). *BULGARIA. Migration and demographic patterns in Central-Eastern Europe*. Cracow: Cracow University of Economics.
- SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) (2022). *Systemrelevant: Migration als Stütze und Herausforderung für die Gesundheitsversorgung in Deutschland*. Berlin: SVR.
- Tesăr, Cătălina (2015). Houses under Construction: Conspicuous Consumption and the Values of Youth among Romanian Cortorari Gypsies. In: Brazzabeni, Micol/ Cunha, Manuela I./ Fotta, Martin (Hg.), *Gypsy Economy: Romani Livelihoods and Notions of Worth in the 21st Century*. New York, Oxford: Berghahn, S. 181-200.
- Thiel, Christine (2021). *New Work: Der mobile Alltag Digitaler Nomaden zwischen Hype und Selbstverwirklichung*. Wiesbaden: Campus.
- Toma, Stefănia/ Tesăr, Cătălina/ Foszto, László (2018). Romanian Roma at home: Mobility patterns, migration experiences, networks, and remittances. In: Matras, Yaron/ Leggio, Daniele V. (Hg.), *Open Borders, Unlocked Cultures. Romanian Roma Migrants in Western Europe*. London, New York: Routledge. S. 57–82.
- Venkov, Nikola A. (2023). Столипиново: боклук, медии, власти и расиализация. [Stolipinovo: garbage, media, authorities and racialization.] Seminar_BG, 25. https://seminar--bg-eu.translate.google.com/spisanie-seminar-bg/broy25/842-stolipinovo.html?_x_tr_sl=bg&_x_tr_tl=en&_x_tr_hl=en-US&_x_tr_pto=wapp [24.05.2024].
- Venkov, Nikola A./ Panchev, Dimitar (2016). "How to Think Stolipinovo?" In *Results from an ethnographic study of the communities in the neighbourhood of Stolipinovo. Pilot study*, edited by Nikola A. Venkov, Genika Baycheva, Rositsa Kratunkova and Dimitar Panchev, 7-20. Plovdiv: European Capital of Culture Plovdiv 2019. https://www.researchgate.net/publication/326752983_Results_from_an_ethnographic_study_of_the_communities_in_the_neighbourhood_of_Stolipinovo_pilot_phase.
- Vertovec, Steven (2009). *Transnationalism*. London/New York: Routledge.
- Vogel, Janka/ Buzoianu, Cătălin (2022). Soziale Arbeit mit migrantischen Rom*nja. Praktische und theoretische Perspektiven aus Europa. *Roma Studies* 46. Pécs: Universität Pécs/Pädagogische Hochschule Freiburg.
- Voigt, Claudius (2017). *Ausgeschlossen oder privilegiert? Zur aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen*. 3. aktualisierte Auflage 2017. Der Paritätische Gesamtverband. Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.
- Voivozeanu, Alexandra/ Lafleur, Jean-Michel (2023). Welfare brokers and European Union migrants' access to social protection. In: *British Journal of Sociology*, 74, S. 717-732.

- Wagner, Bettina/ Hassel, Anke (2015). Europäische Arbeitskräftemobilität nach Deutschland – Ein Überblick über Entsendung, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Saisonarbeit und Niederlassungsfreiheit von EU-Bürgern in Deutschland. Hans Böckler Study 301. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Waldrauch, Harald/ Sohler, Karin (2004). Migrantenorganisationen in der Großstadt: Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien. Reihe Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bd. 14. Frankfurt/M.: Campus.
- Wiśniowski, Arkadiusz/ Aparicio-Castro, Andrea/ Yildiz, Dilek (2023). Figure 1. Intra-EU migrants: Stocks of migrants in the EU that originate from another EU member state (in millions). <https://futuremigration.eu/fume-publications/improving-the-evidence-for-european-migration-policy-making/> [22.12.2023].
- World Bank (2006). Global Economic Prospects – Economic Implications of Remittances and Migration. Washington D.C.: World Bank.
- Zoerner, Birgit (2021). Neuzuwanderung aus Südosteuropa: Rahmenbedingungen der EU2 Beitrittsprozesse, Effekte und Handlungspotenziale vor Ort. Fachkongress ‚Geschichte der Zuwanderung in Nordrhein Westfalen Flucht, Vertreibung, Aussiedlung, Arbeitsmigration, Integration und Teilhabe!‘ der Landeszentrale für politische Bildung NRW vom 9. bis 11. Dezember 2021.
- Zoerner, Birgit/ Certa, Christiane (2022). Neuzuwanderung aus Südosteuropa: Rahmenbedingungen der EU2-Beitrittsprozesse, Effekte und Handlungspotenziale vor Ort. In: Teixeira, Carmen (Hg.), Geschichte der Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen - Flucht, Vertreibung, Aussiedlung, Arbeitsmigration. Bonn: Dietz. S. 210-226.